



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Development Hotspots der Österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit in Guatemala.
Eine geographische Analyse des Beitrags der ÖEZA zur
Armutsreduktion vor Ort“

Verfasser

Matthias Fichtenbauer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 453

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Theoret. / Angewandte Geographie

Betreuerin / Betreuer: o. Univ.-Prof. Dr. Axel Borsdorf

Yo sueño con una Guatemala en donde no sólo como
indígenas o como refugiados y retornados, sino que todos
podamos vivir en paz y en libertad, pero que haya una
verdadera paz no sólo para los ricos sino para todo el pueblo.
Tal vez nuestros hijos seguirán luchando por esto.

Ich träume von einem Guatemala wo wir, nicht nur als
Indigene oder Flüchtlinge und RückkehrerInnen, sondern wir alle,
in Frieden und Freiheit leben können. Aber in einem wahrhaften Frieden,
nicht nur einem für die Reichen, sondern für das gesamte Volk.
Vielleicht werden noch unsere Kinder darum kämpfen.

Roselia García

(ehemals ein Flüchtling vor Repression und Gewalt in Guatemala)

Inhalt

	Abbildungsverzeichnis	iii
	Tabellenverzeichnis	iv
1	Einleitung.....	1
1.1	Zugänge zu Guatemala	1
1.2	Erkenntnisinteresse und Methodik	5
1.3	Aktueller Forschungsstand	8
2	Livelihoods, Guatemala profunda, Entwicklung und Bebbingtons Beobachtungen.....	15
2.1	Der Sustainable Livelihoods Approach.....	15
2.2	Guatemala profunda kennen lernen oder Post Development à la Gustavo Esteva	21
2.3	Entwicklung definieren, um Entwicklung zu gestalten.....	38
2.4	Ergebnisse und Beobachtungen von A. Bebbington hinsichtlich der niederländischen EZA-Projekte	54
3	Guatemala – ein Überblick über die Situation nach der Jahrtausendwende	58
3.1	Natur- und kulturräumliche Analyse	58
3.2	Analyse der Infrastrukturausstattung.....	62
3.3	Analyse des politischen Systems in Guatemala	68
3.4	Welche Akteure spielen in Guatemala eine tatsächliche Rolle und was sind Parallelmächte?	75
3.5	Massenphänomen Migration.....	78
3.6	Die wirtschaftliche Bedeutung der Remesas	87
4	Armut in Guatemala.....	95
4.1	Wie lässt sich Armut feststellen und messen?	96
4.2	Ein Vergleich mit anderen Ländern Lateinamerikas.....	101
4.3	Hauptproblem ungleiche Verteilung innerhalb Guatemalas.....	107
4.3.1	Die historische Dimension der Ungleichverteilung	110
4.3.2	Die Dichotomie von ländlichen und städtischen Gebieten Guatemalas	115
4.3.3	Die ethnische Dimension der Ungleichverteilung.....	117
4.3.4	Die Gender-Dimension der Ungleichverteilung u. das Alter der Armut	120
4.4	Verteilung von Armut auf die Departements.....	123
4.5	Verteilung von Armut auf die Gemeinden	126
5	Die ÖEZA mit und in Guatemala	132
5.1	Das Bekenntnis der ÖEZA zur Armutsbekämpfung.....	132
5.2	Eine kurze Geschichte der ÖEZA in Guatemala.....	135
5.3	Die nicht-staatliche ÖEZA in Guatemala	139
5.4	Österreichische Projekte in Guatemala von 2002 - 2006	140

6	Zusammenschau und Schlüsse aus der Untersuchung	157
6.1	Ergebnis hinsichtlich der Existenz von Development Hotspots der ÖEZA in Guatemala	157
6.2	Ein Vergleich mit den weiteren Ergebnissen Bebbingtons.....	165
6.3	Neue Erkenntnisse für die vier Zugänge zu Guatemala.....	169
7	Zusammenfassung.....	173
7.1	Zusammenfassung auf Deutsch.....	173
7.2	Abstract in English	174
7.3	Resumen en Español.....	175
8	Literaturverzeichnis.....	176
8.1	Literatur.....	176
8.2	Internetadressen.....	186
9	Anhänge.....	187
9.1	Lebenslauf	187
9.2	Fragebogen	189

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Teilkomponenten des SLA.....	17
Abb. 2: Der Asset-Base Approach, auf das Fallbeispiel Guatemala angewandt.....	20
Abb. 3: Das entwicklungspolitische Hexagon von Franz Nuscheler.....	45
Abb. 4: Eine kulturellräumliche Gliederung Guatemalas	61
Abb. 5: Das bestehende Straßenverkehrsnetz und die größeren Städte Guatemalas	64
Abb. 6: Dichte des Straßennetzes in Guatemala.....	65
Abb. 7: Verlauf der Franja Transversal del Norte, von der mexikanischen Grenze, durch die Departements Huehuetenango, Quiché, Alta Verapaz und Izabal bis zur Grenze mit Belize.....	67
Abb. 8: Demokratie-Index der Konrad Adenauer Stiftung für die Länder Lateinamerikas, Durchschnittswert der Indizes aus den Jahren 2002 – 2007, gruppiert nach Entwicklungsstand	73
Abb. 9: Temporäre Migration in Guatemala, hauptsächlich während der Trockenzeit.....	80
Abb. 10: Prozentuelle Bevölkerungszunahme in den Municipios von 1994 bis 2002	83
Abb. 11: Ungleiche Verteilung des Einkommens innerhalb der Gemeinden Guatemalas 2002.....	97
Abb. 12: Verwundbarkeit durch Nahrungsunsicherheit in Guatemala im Jahr 2002	100
Abb. 13: Prozentueller Anteil der Bevölkerung mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2,5 USD pro Tag in Lateinamerika.....	103
Abb. 14: Prozentueller Anteil der Bevölkerung mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2,5 USD pro Tag in Zentralamerika und in der Karibik	104
Abb. 15: Verteilung der Massaker auf die Departements Guatemalas und indigene Gebiete	112
Abb. 16: Prozentuelle Armut in den Departements Guatemalas im Jahr 1994.....	114
Abb. 17: Siedlungsgebiete der indigenen Volksgruppen und der Garífuna in Guatemala	120
Abb. 18: Anzahl der lebendgeborenen Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter im Jahr 2000.....	122
Abb. 19: Extreme Armut in Guatemala 1994, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Departements	124
Abb. 20: Armut in Guatemala 1994, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Municipios.....	127
Abb. 21: Armut in Guatemala 2002, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Municipios.....	128
Abb. 22: Extreme Armut in Guatemala 1994, dargestellt in Prozent der Bev. der Municipios.....	129
Abb. 23: Armut in Guatemala 2002, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Municipios.....	130
Abb. 24: Municipios die zwischen 2002 und 2006 Überweisungen aus Österreich erhielten.....	143
Abb. 25: Österreichische EZA-Mittel in den Departements Guatemalas von 2002 - 2006...	146
Abb. 26: Österreichische EZA-Mittel in den Departements Guatemalas von 2002 - 2006...	148
Abb. 27: Österreichische EZA-Mittel in den Municipios Guatemalas von 2002 - 2006.....	149
Abb. 28: Anteil der öffentlichen EZA-Gelder in den Municipios Guatemalas von 2002 - 2006.....	150
Abb. 29: Summen der ÖEZA-Mittel zur „Armutsbekämpfung“ in den Municipios Guatemalas	152
Abb. 30: Summen der ÖEZA-Mittel zur „Armutsbekämpfung“ von 2002 bis 2005 im Vergleich zur prozentuellen Armut in den Departements im Jahr 1994.....	153
Abb. 31: Summen der ÖEZA-Mittel zur „Armutsbekämpfung“ im Jahr 2006	154

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Demokratie-Index der Konrad Adenauer Stiftung für Guatemala von 2002-2007	71
Tab. 2: Bevölkerung in den drei größten Städten Guatemalas und deren Wachstumsraten	81
Tab. 3: Anzahl der internationalen MigrantInnen mit guatemaltekkischer Staatsbürgerschaft	84
Tab. 4: Anzahl der Deportationen von guatemaltekkischen StaatsbürgerInnen nach Guatemala	86
Tab. 5: Überweisungen aus dem Ausland nach Guatemala für den Zeitraum 1999-2009.....	88
Tab. 6: Brutto Inlandsprodukt von Guatemala zu laufenden Preisen im Zeitraum 1999-2009	89
Tab. 7: PKE (gewichtet nach Kaufkraftparität 2008) in Lateinamerika von 1990 bis 2008..	102
Tab. 8: Vergleich der Länder Zentralamerikas hinsichtlich ihrer Armutsindizes im Jahr 2000	105
Tab. 9: Anteil der alphabetisierten Bevölkerung unter den über 14-Jährigen im Jahr 2003..	107
Tab. 10: Landbesitz in Guatemala im Jahr 2003	109
Tab. 11: Anteil der Indigenen an den extrem Armen, Armen und Nicht-Armen Guatemalas	118
Tab. 12: Arme und extrem Arme in den Ethnien, sowie deren Einschulungsraten im Jahr 2000	119
Tab. 13: Anteil von extrem Armen, Armen und Nicht-Armen an der jeweiligen Altersgruppe	123
Tab. 14: Bevölkerungsanteil der Departements in Armut u. extremer Armut, 1994 bis 2006, alle Angaben in Prozent der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Departements.....	125
Tab. 15: Programm- und Projekthilfe (P.u.P) für Schwerpunkt- und Kooperationsländer in Zentralamerika, 1992 bis 2001, in Mio € und Anteile am Zentralam.- bzw. P.u.P-Budget in %	136
Tab. 16: Verteilung der privaten Aufwendungen von NGOs für Entwicklungsländer 2005.	139
Tab. 17: Übersicht über die Aufteilung der Mittel auf Jahre, hinsichtlich ihrer öffentlichen oder privaten Herkunft sowie Antwort auf die Frage nach dem Ziel der „Armutsbekämpfung“	142
Tab. 18: Aufteilung der österreichischen Projektmittel auf die Departements von Guatemala	145
Tab. 19: Die 25 guatemaltekkischen Municipios, die von 2002 - 2006 am stärksten von den Geldern der ÖEZA profitiert hatten, im Vergleich zu ihren jeweiligen Armutsindizes..	158
Tab. 20: Die 25 guatemaltekkischen Municipios, die von 2002 - 2006 die höchsten ÖEZA-Gelder pro Kopf erhielten, im Vergleich zu ihren Armutsindizes im Jahr 2002.....	161
Tab. 21: Die 21 guatemaltekkischen Municipios, die von 2002 bis 2006 am stärksten von den ÖEZA-Mitteln zur Armutsreduktion profitiert hatten, im Vergleich zu ihren Armutsindizes	162
Tab. 22: Die 21 guatemaltekkischen Municipios, die von 2002 bis 2006 die durchschnittlich höchsten Beträge pro armem/r EinwohnerIn zum Zweck der Armutsreduktion erhielten.....	164

1 Einleitung

1.1 Zugänge zu Guatemala

Während meiner Recherchen für diese Arbeit stieß ich u.a. auf einen kurzen Beitrag von Brigitte Baldauf, in dem sie beschreibt, dass es insgesamt vier verschiedene österreichische Sichtweisen auf Guatemala gäbe (vgl. Baldauf, 2005: 281).

1.) Da wäre zum einen der „friedentheoretische Zugang mit indigenistischem Ansatz“, wie sie ihn zum Beispiel für Markus Brunner, Wolfgang Dietrich und Martina Kaller (ebendiese, 1993) konstatiert. Also ein intellektueller Zugang, der sich abstrakt mit Guatemala als Fallbeispiel für ein Land auf der Suche nach Frieden beschäftigt und der starke Sympathien für indigene Formen des Widerstands, gegen den Zwang zur Entwicklung von außen und damit der Aufgabe ihrer Traditionen und Riten, hegt.

2.) Als zweite Sichtweise nennt Baldauf den „solidarischen Zugang mit marxistischem Ansatz“, der von einer emotionalen Stellungnahme für die (zivilen und linksgerichteten) Opfer des 36-jährigen Bürgerkriegs geprägt sei. „Solidarität“ – schreibt sie – „ist häufig Ausgangspunkt in der österreichischen Guatemala-Forschung und Ursprungsmoment späterer wissenschaftlicher Arbeit.“ Über die Entstehung der Solidaritätsarbeit zu Guatemala in Österreich Anfang der 1980er Jahre und ihre Weiterentwicklung bis Anfang des neuen Jahrtausends findet sich deutlich mehr in *Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden* (vgl. SOVA, 2003, S.109 - 116).

3.) Die dritte Möglichkeit von österreichischer Wahrnehmung Guatemalas sei der „diplomatische Zugang mit entwicklungspolitischem Ansatz“ – die Sicht auf Guatemala durch die „entwicklungstechnische Brille“. Jener Blickwinkel also, aus dem heraus man zu dem Befund gelangen muss, dass es sich bei diesem Land um einen stark unterentwickelten Flecken Erde handelt, dem unbedingt zu nachholender Entwicklung durch Entwicklungszusammenarbeit verholfen werden sollte. Ein Ansatz, der seinerseits vehement von den drei genannten VertreterInnen der ersten Sichtweise kritisiert wurde. Aber dazu noch später.

4.) Zu guter Letzt nennt Baldauf die Perspektive von TouristInnen auf dieses Land. Als charakteristisch für diese Perspektive wäre aus meiner Sicht, z.B. die ewig gleiche Wiederholung von Sightseeing nach Empfehlungen des allseits bekannten Lonely Planets. Auch Baldauf

selbst holt in ihrem Abschlusskommentar zu einem stereotypen Rundumschlag dieser Art aus. Ein paar der typischen, fragwürdigen und abgedroschenen Guatemala-Klischees zählt sie zu „ihrem Guatemala“: „(...) die Vielfalt der Landschaft Guatemalas mit ihren undurchdringlichen Urwäldern, mit von Vulkanen eingebetteten Seen, den bunten Märkten und wunderbaren Menschen (...)“ (Baldauf, 2005: 282).

Man könnte an dieser Stelle viele Fragen zu den genannten Klischees stellen. So z.B. für wen denn der Urwald *undurchdringlich* sei. Jedenfalls nicht für die lokale Bevölkerung, welche die natürlichen Ressourcen des Waldes zu nutzen weiß und sich mitunter sogar in diese Wälder zurückzog, um vor brutalen Übergriffen zu flüchten. Umgekehrt ließe sich auch die Frage stellen, ob es in Guatemala heute überhaupt noch Urwälder im Sinne von Primärwald gibt. Die Märkte von Chichicastenango und Antigua sind tatsächlich bunt. Aber nicht zuletzt deshalb, weil sie zu Haufen Ethno-Textilien für TouristInnen anbieten, die man mitunter genauso in Bolivien, Marokko oder Nepal erstehen könnte.

Und wenn Baldauf von den wunderbaren Menschen in Guatemala schreibt, erübrigt sich sowieso jede differenzierte Sicht auf Land und Leute. Vergisst sie etwa vollends auf jene, die auf beiden Seiten während der Jahre des Bürgerkriegs zu Tätern wurden? Verdrängt sie, dass Guatemala derzeit zu jenen Ländern Lateinamerikas zählt, welche die höchsten Mordraten im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße aufweisen? Ein Land, in dem Jugendbanden, die sogenannten *maras*, ihr Unwesen treiben und sich der Feminizid (also der meist besonders brutale und oft in Zusammenhang mit Vergewaltigung stehende Mord an Frauen) zum abscheulichen Massenphänomen entwickelte (vgl. Sanford, 2008). Viele weitere Fragen könnte man stellen, aber die Einteilung in die vier unterschiedlichen Perspektiven erscheint zutreffend.

Und gerne gebe ich zu, dass ich alle zuvor aufgezählten Perspektiven schon einmal oder gar häufiger eingenommen habe. Während meines Zivildienstes in Guatemala von 2002 – 2003 und gerade bei meinem dreimonatigen Einsatz im ZeugInnenbegleitprojekt der Guatemala Solidarität Österreich (mehr über dieses Projekt findet sich u.a. bei Berghammer, 2007 sowie auf www.guatemala.at) habe ich mehrere Bücher der friedentheoretischen Provenienz gelesen. Diese Lektüre hat meine Empfänglichkeit für Eindrücke und Erlebnisse während dieser Zeit zweifellos gesteigert. Ich ging mit einem anderen Selbstverständnis und anderen Erwartungen auf GuatemalteKInnen zu, die ich unter angenehmen Umständen kennen lernte und dieser Zugang befreite mich gleichzeitig von der anerzogenen moralischen Bürde, diesen neuen Bekannten im Moment des Beisammenseins helfen wollen zu müssen. Natürlich hoffte ich

dennoch, dass meine Anwesenheit zu größerem gegenseitigen Verständnis beitragen würde. Dass ich nicht womöglich zum westlichen Eindringling in eine heile Welt werden und dadurch zu deren Untergang beitragen würde.

Doch die Welt, die ich vorfand war keineswegs perfekt. Sie war auch nicht so traditionell, wie ich mir das bis dahin vorgestellt hatte. Gleichzeitig war sie aber nicht nur elend und schon gar nicht trist. Ich war wohl - ganz im Sinne von Brunner, Dietrich und Kaller - bewegt von meinen Erlebnissen, von der Gastlichkeit, die mir zuteil wurde und aus dieser Bewegtheit heraus bereit, mich auch weiterhin mit der Situation Guatemalas zu beschäftigen.

Jegliche Hoffnungen auf ein friedliches Guatemala wurden leider immer wieder durch die Nachrichten zerstört, die ich in den nachfolgenden Jahren aus Guatemala erhielt. Trotzdem hat mein Aufenthalt in Guatemala und ganz besonders einige wenige, sehr intensive Begegnungen mit wunderbaren Menschen dieses Landes zur Entwicklung eines starken Gefühls von Solidarität mit zahlenmäßig großen Teilen des guatemaltekischen Volkes beigetragen. Ich habe diesen Punkt neben einigen amüsanten Anekdoten von meinem Einsatz als Zivildienstler bereits 2005 ausführlicher in einem Artikel für ConnectU, das Magazin der Katholischen Jugend der Erzdiözese Wien erläutert (vgl. Fichtenbauer, 2005).

Als langjähriges Mitglied des Vereins Guatemala Solidarität Österreich, - *Nomen est Omen* -, weiß ich nur zu gut, dass die freiwillige Mitarbeit durchaus politisch ist. Ich würde sie aber nicht unbedingt als marxistisch deklarieren, weil mir diese Zuordnung heute nicht mehr stimmig erscheint, wenngleich sie für die Anfänge der Solidaritätsbewegung zutreffend sein mag. Ich möchte sie lieber eine parteiische Sichtweise nennen. Parteiisch jedoch keinesfalls im Sinne des guatemaltekischen Parteienspektrums, welches sowieso durch sehr kurze Halbwertszeiten gekennzeichnet ist, sondern im Sinne einer Anteilnahme und Parteinahme für die marginalisierte, diskriminierte, meist indigene, weitestgehend recht- und viel zu oft auch landlose Bevölkerung Guatemalas. Für diese Menschen sehne ich auch, entgegen der friedentheoretischen Sichtweise, *Entwicklung* und *Fortschritt* herbei. Aber, so würde ich mir dies wünschen, nicht nach meinen Vorstellungen, sondern gerade so wie sie sich selbst die Ausgestaltung ihrer Zukunft erträumen!

Als bei der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA) Beschäftigter, wo ich in den letzten Jahren die Stelle als Projektassistent für Lateinamerika bekleidete, betrachte ich die Welt zwangsläufig auch durch jene „entwicklungstechnische Brille“, doch möchte ich sie nicht ohne die beiden anderen, zuvor genannten Betrachtungsweisen zur Anwendung bringen.

Eine ausführliche Definition dessen, was ich unter Entwicklung verstehe, werde ich in Kapitel 2.3 der vorliegenden Arbeit noch nachliefern.

Zum Glück gilt auch für die Projekt-Kooperation der DKA, was Baldauf für die ÖEZA allgemein im Umgang mit der guatemaltekischen Regierung festhielt: „Auf Grund des Defizits an Vertrauen in die derzeitige Regierung beschränkt sich die Zusammenarbeit auch weiterhin auf eine Unterstützung der Zivilgesellschaft.“ Damals war Präsident Óscar Berger an der Macht. Doch weder sein Nachfolger, Álvaro Colom, noch der zukünftige Präsident (ab 2012), Otto Pérez Molina, verdienen ein gesteigertes Vertrauen seitens der internationalen Gebergemeinschaft.

Auch ich habe die „touristischen Höhepunkte Guatemalas“ abgeklappert. Vor allem an Wochenenden war ich, mitunter auch abseits der touristischen Trampelpfade bzw. *off the beaten track* (um im Lonely-Planet-Jargon zu bleiben), in Guatemala mit den öffentlichen Bussen unterwegs. Daher muss ich zugeben, dass, wenn man von der finanziellen Armut, von der alltäglichen Gewalt auf der Straße und in den Familien, der furchtbaren Umweltverschmutzung und –zerstörung sowie den gelegentlich wiederkehrenden Naturkatastrophen, wie Tropenstürmen, Erdbeben und Vulkanausbrüchen absieht, Guatemala ein wirklich fantastisches Reiseland ist und ich es nie bereuen werde, es kreuz und quer durchstreift zu haben.

Ich möchte diese Diplomarbeit in aller erster Linie meiner Frau widmen, die mich teilweise auf oben beschriebenen Reisen in Guatemala begleitet hat und mich während der letzten Jahre stets dazu angespornt hat, diese Arbeit zu schreiben. Ferner widme ich meine Diplomarbeit vielen Freunden und aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern der Guatemala Solidarität Österreich, die mir zunächst durch ihr ehrenamtliches Engagement den Zivildienst in Guatemala ermöglicht haben und die in vielen Fällen ihre Diplomarbeiten zu Guatemala deutlich vor mir fertig stellten, mir dadurch ein Vorbild waren und mich vor allem auch durch ihren Zuspruch und ihr Interesse dazu ermutigten, die vorliegende Arbeit fertigzustellen. „Aus der intensiven und umfangreichen Solidaritätsarbeit vieler ÖsterreicherInnen mit Guatemala (...) gab es einen steten Impuls für das Ansteigen des wissenschaftlichen Interesses an Guatemala“ (Baldauf, 2005: 282). Es war dies offensichtlich ein Lockruf, dem sich auch mein wissenschaftliches Interesse nicht entziehen konnte.

1.2 Erkenntnisinteresse und Methodik

Seitdem ich eine Seminararbeit über die *Urbanisierung in Lateinamerika und die Möglichkeiten der Reduktion der Landflucht durch Projekte der EZA im ländlichen Raum* vorbereitete, fasziniert mich ein Beitrag von Anthony Bebbington, den ich im Zuge der Recherchen für jene Arbeit eigentlich eher zufällig entdeckte (Bebbington, 2004: 725-745). Er stellte in dem Artikel seine eigenen Beobachtungen und unbeabsichtigten Resultate einer Untersuchung vor, die er zuvor zusammen mit einigen anderen Wissenschaftlern durchgeführt hatte. Diese Evaluierung befasste sich mit den niederländischen Hilfswerken, welche teilweise vom holländischen Staat kofinanziert wurden und die Projekte in Peru und Bolivien unterstützten. Die eigentlichen Ergebnisse der breit angelegten Untersuchung wurden unter dem Titel *Contributions of the Dutch Co-Financing Program to Rural Development and Rural Livelihoods in the Highlands of Peru and Bolivia* publiziert und können unter diesem Titel auch im Internet nachgelesen werden (vgl. Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002). Doch es waren weniger die Ergebnisse, welche dann auch an das *Steering Committee for the Evaluation of the Netherlands' Co-financing Programme* zurückgespielt wurden, sondern viel mehr die Beobachtungen, die Bebbington während der Forschungstätigkeit mehr oder minder nebenbei machen konnte, die mich so beschäftigten.

Teilweise entsprachen seine Feststellungen meinen eigenen unsystematischen Beobachtungen in Guatemala. Andererseits fand ich darin ganz neue Ideen, die mich wiederum zu eigenen Überlegungen anregten. Und zu guter Letzt fand ich durch diesen Artikel einen Zugang zu einer Spielart der Geographie, die ich bis dahin in den Vorlesungen an der Universität Wien stets vermisst hatte. Bebbington, seinerseits Professor an der Universität von Manchester, bezeichnet sie als *Geographies of Development (Intervention)*.

Eine der interessantesten Beobachtungen der Untersuchung dieser Strukturen von Entwicklungszusammenarbeit im Raum besagt, dass sich die Hilfswerke bei ihrer Kooperation mit bolivianischen und peruanischen Nichtregierungs-Organisationen (in Hinkunft als *Non-governmental Organizations* bezeichnet und als NGOs abgekürzt) auf einige wenige Gebiete konzentrierten. Bebbington verwendet für diese Gebiete den Ausdruck *Development Hotspots*. Ich werde später noch darauf zu sprechen kommen, in welchem Zusammenhang das Auftreten von *Development Hotspots* zu ländlichen Gebieten mit besonders hohen Armutsindizes steht, bzw. welche Zusammenhänge Bebbington zu erkennen meint. Mehr dazu dann in Kapitel 2.4.

Leider kenne ich die Fälle Boliviens und Perus viel zu wenig, um die Untersuchungen Bebbingtons im Rahmen dieser Arbeit auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüfen zu können. Auch habe ich keinerlei Bezug zur holländischen Szene der staatlichen und parastaatlichen Entwicklungszusammenarbeit und richte daher mein Augenmerk auf die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (in Hinkunft als ÖEZA abgekürzt). Zumindest in der staatlichen ÖEZA spielen die beiden genannten Andenländer aber keine, innerhalb der privaten ÖEZA nur eine geringe Rolle, da der Schwerpunkt innerhalb Lateinamerikas bekannter Weise auf den Ländern Zentralamerikas liegt. So war es für mich naheliegend, dass sich meine Untersuchung auf jenes außereuropäische Land beziehen würde, dessen politische und soziale Entwicklung ich während der letzten Jahre wohl am intensivsten verfolgt habe und in dem ich immerhin 14 Monate meines Lebens verbracht habe. Gleichzeitig meine ich, dass gerade Bolivien und Guatemala hinsichtlich vieler Indizes durchaus Gemeinsamkeiten aufweisen und eine Vergleichbarkeit dieser beiden Fälle daher bis zu einem gewissen Grad auch zulässig ist.

Im Großen und Ganzen wende ich während der vorliegenden Arbeit eine hermeneutische Vorgangsweise an, bei der ich meine eigenen Erfahrungen und Gedanken zu Sachverhalten und Begriffen den Vorarbeiten und Texten anderer Wissenschaftler gegenüberstelle. Seltener geschieht dies, um meinen konträren Standpunkt besser darlegen zu können und meine Ansichten von den kritisierten Aussagen klar abzugrenzen. Meistens zitiere und interpretiere ich jene Wissenschaftler, deren Publikationen mich auf die eine oder andere Weise während meines Studiums und den Nachforschungen zu dieser Arbeit inspirierten. Mitunter werde ich widersprüchliche Standpunkte einander gegenüberstellen. Jedenfalls dient diese Vorgangsweise dazu, dem Leser bzw. der Leserin die Quellen meines angeeigneten Wissensstands leichter zugänglich zu machen.

Das Forschungsziel dieser Arbeit besteht also zum einen darin, (1.) allfällige *Development Hotspots* der offiziellen ÖEZA wie auch einiger privater Hilfswerke und Initiativen in Guatemala zu identifizieren und geographisch zu verorten oder festzustellen, dass sich die Projekte mehr oder weniger gleichmäßig auf das Staatsgebiet Guatemalas verteilen. Hierzu wird eine quantitative Analyse der entsprechenden Projekte im Zeitraum von 2002 – 2006 nötig sein, sowie eine Erhebung über die Projekteinsatzgebiete der einzelnen Projekte.

Desgleichen möchte ich (2.) einen deutschsprachigen Beitrag zur Veranschaulichung der Strukturen von Armut und der daraus resultierenden ungleichen Verbreitung dieses Phänomens in Guatemala anbieten. Dies erklärt auch, warum ich mich gerade für den oben genann-

ten Untersuchungszeitraum entschieden habe. 2001 publizierte die guatemaltekische Regierung die *mapas de pobreza*, also jene Karten in denen die geographische Verteilung der Armut in Guatemala erstmals dargestellt wurde (SEGEPLAN, 2001). Dazu verwendet wurden die Zahlen der vorangegangenen Volkszählung aus dem Jahr 1994, die parallel veröffentlicht wurden. Ab diesem Zeitpunkt wäre den Verantwortlichen in der ÖEZA also ganz hervorragendes Zahlenmaterial zur Verfügung gestanden, auf Grund dessen sie eine wohlüberlegte Entscheidungen für bestimmte Zielgebiete ihrer Projekte treffen hätten können, sodass diese in Gemeinden zu liegen gekommen wären, welche besonders von Armut betroffen waren. Mehr zu den verfügbaren Daten findet man in Kapitel 4.4. Wie ich in Kapitel 5.1 noch ausführlicher erläutern werde, lag die die Priorisierung von Armutsreduktion schon länger in der Luft. Ganz explizit schwenkte auch die offizielle ÖEZA, im Rahmen der Verfolgung der Millenium Development Goals (MDGs), auf diesen Kurs im Jahr 2002 ein. Da ich die dahingehend formulierten Ziele mit der tatsächlichen Ausrichtung vergleichen will, erklärt sich so also die Wahl des Startzeitpunktes meines Untersuchungszeitraums von insgesamt 5 Jahren.

In einem dritten Schritt möchte ich, dem Beispiel Bebbingtons folgend, (3.) das überdurchschnittliche Auftreten von Armut den spezifischen Orten der Projekte der ÖEZA gegenüberstellen und das Datenmaterial graphisch in Karten darstellen. Das Überlappen oder auch das Fehlen von Überlappungsbereichen dieser beiden Sachverhalte werde ich daraufhin interpretieren. Das resultierende Bild der ÖEZA in Guatemala wird auf induktionistischem Wege zeigen, ob sich die Erkenntnisse von Anthony Bebbington auch im Fall Guatemalas bestätigen lassen und sich somit ein allgemeineres Muster empirisch verdichtet, oder ob seine Beobachtungen und Erkenntnisse doch nur einen singulären Erklärungswert für die niederländische EZA in Bolivien und Peru besitzen. Eine Verifikation, bzw. eine Falsifikation der Ergebnisse Bebbingtons kann und soll diese Diplomarbeit nicht bieten.

Nachdem ich mich mit dieser Diplomarbeit an eine möglichst internationale *scientific community* wende und die Beherrschung der englischen Sprache daher vorausgesetzt werden darf, habe ich im nachfolgenden Text alle englischsprachigen Zitate im Original belassen, wohingegen die eher seltenen spanischsprachigen Zitate von mir ins Deutsche übersetzt wurden. Ich habe mich zu diesem Schritt entschlossen, da die spanische Sprache bisher zu wenig Verbreitung gefunden hat und daher ihre Beherrschung nicht von allen deutschsprachigen LeserInnen erwartet werden kann.

1.3 Aktueller Forschungsstand

Wenn man sich auf die Suche nach deutschsprachigen wissenschaftlichen Vorleistungen in den Bereichen Geographie, hier insbesondere im Bereich der *Geographies of Development* im weiteren Sinne und der Lateinamerikanistik im allerweitesten Sinne macht, wird man leider recht bald zu dem Schluss gelangen, dass die geleisteten Vorarbeiten verhältnismäßig gering, die unerschlossenen Forschungsfelder im Grenzbereich von Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und der Forschung zu den Ländern Lateinamerikas demgegenüber noch weitläufig sind.

Zwar meint Petra Kohler, dass die geographische Forschung zu Lateinamerika in Österreich während der letzten Jahre einen wahren Quantensprung erfahren habe, was in erster Linie mit dem massiven Lateinamerika-Schwerpunkt an den geographischen Instituten von Innsbruck und Salzburg sowie den dort lehrenden Professoren zu tun habe. In zweiter Linie aber mit einer Vielzahl an StudentInnen, die ihre Diplomarbeiten und Dissertationen zu lateinamerikanischen Themen und Problemstellungen verfassten (vgl. Kohler, 2005: 83). Doch hat sich diese Lateinamerika-Forschung nur selten mit Fragen der Entwicklungseingriffe durch Entwicklungsprojekte beschäftigt. Die Schwerpunkte der Forschung lagen zumindest bis zur Jahrtausendwende auf ganz anderen Gebieten: „Reviewing the focal point of German-language Latin American research within the second half of the 20th century, one could distinguish three main fields of investigation: men-environment, colonization and urban development” (Borsdorf, 2000: 11).

Diese Aussage trifft sicherlich in besonderem Maße auf die Geographie in Österreich zu, doch leider hat keines dieser Themen besondere Relevanz für die vorliegende Arbeit. Gerade die stadtgeographischen Forschungen in Lateinamerika, insbesondere in Chile und Mexiko sind in Österreich prominent vertreten und für jene Länder Lateinamerikas, welche man zu den Schwellenländern dieser Erde zählen könnte sicherlich auch von großem Interesse, da die Urbanisierung dort sehr weit vorangeschritten ist (vgl. Parnreiter, 2005: 227). Doch zum einen trifft die starke Urbanisierung der Gesellschaft auf Guatemala nur wenig zu, zum anderen werde ich in den nachfolgenden Kapiteln aufzeigen, dass Guatemala weit davon entfernt ist zu den ökonomisch erfolgreichen Ländern Lateinamerikas aufzuschließen. Auch in dieser Hinsicht ähneln sich die Fälle Boliviens und Guatemalas.

Von den ausführlicheren geographischen Arbeiten zu Guatemala erscheint mir am ehesten die Dissertation von Christine Vogt von aktueller Bedeutung zu sein, wenngleich sie aber leider auch nicht mehr brandaktuell ist und daher in dieser Arbeit häufig, aber immer nur dann zitiert wird, wenn ich der Meinung bin, dass ihre Erklärungen auch noch auf das heutige Guatemala zutreffen, bzw. wenn es darum geht, den Stand der Dinge vor der Jahrtausendwende darzustellen (Vogt, 1999).

Als besonders hilfreich empfand ich das relativ aktuelle Standardwerk von Fred Scholz, Prof. für Sozial- und Wirtschaftsgeographie an der FU Berlin, mit dem Titel: *Geographische Entwicklungsforschung*, welches in der Serie der Studienbücher der Geographie erschien. Er gewährt einen gelungenen Überblick über alle gängigen Methoden und Theorien im Bereich der geographischen Entwicklungsforschung und gibt auch Auskunft darüber, bei welchen Autoren man sich, in die jeweiligen Teilgebiete noch weiter vertiefen könnte (Scholz, 2004).

Auch junge österreichische Geographen haben sich im Forschungsfeld der Entwicklungszusammenarbeit betätigt, allerdings nicht oder nur selten mit einem speziellen Guatemala-Bezug. Ich möchte an dieser Stelle daher nur ein paar der Arbeiten zur ÖEZA an der Universität Wien exemplarisch nennen: Barbara Drews schrieb 2002 über die ÖEZA und Kleinwasserkraftwerkprojekte in Nepal und Bhutan. Christina Schmutzhardt erstellte 2005 eine Diplomarbeit über ein Projekt von Horizont3000 zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Nicaragua. Und im gleichen Jahr schrieb Margit Laimer eine Arbeit über die spezielle EZA zwischen Bozen in Südtirol und Burkina Faso. Dabei blieben diese Arbeiten im Wesentlichen aber Evaluierungen von einzelnen Projekten der österreichischen (bzw. südtirolerischen) EZA und wagten allenfalls am Rande ihrer Arbeiten eine Kritik an den Entwicklungsgeographien im weiteren Sinne.

Soweit ich die Situation im englischsprachigen Raum überblicken kann, herrscht dort eine ganz andere Selbstwahrnehmung von Geographen, die sich mit Lateinamerika beschäftigen. Während hierzulande die Forschung zu Lateinamerika tendenziell eher interdisziplinär und zu einem guten Teil über das Lateinamerika Forschungsinstitut (LAI) läuft, gibt es im englischsprachigen Raum eine eigene Gruppe von Geographen, die sich als *Latin Americanist Geographers* begreifen und ein gemeinsames Jahrbuch herausbringen. Im Band 27 findet sich unter anderen auch ein ausführlicher Artikel von Bebbington über das, was er unter den *Geographies of Development (Intervention) in Latin America* versteht (Bebbington, 2002: 105).

Hierzu ist es zunächst wichtig zu verstehen, dass er Entwicklung als einen dualen Prozess begreift. Einerseits meint er damit die weitere und oft chaotisch verlaufende Ausdehnung (bzw. auch die sporadische Kontraktion) des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Andererseits versteht er Entwicklung aber auch als einen intentionalen und organisierten Eingriff mit einer spezifischen Zielorientierung. Aus dieser Dualität wird vielleicht auch verständlich, warum ich zuvor das Wort Intervention in Klammer gesetzt habe. Untersuchungen in diesem Feld betreffen also nur jene Strukturen, welche durch Entwicklungseingriffe hervorgerufen werden oder gar selbst Strukturen des Eingriffs darstellen. Die Entwicklungsgeographie beschreibt hingegen auf der allgemeineren Ebene die Veränderungen, welche durch die zunehmende Ausbreitung des Kapitalismus und seiner Verwertungslogik sowie damit einhergehend die Durchdringung von ursprünglich traditionellen Gesellschaften in diesen und in deren natürlicher Umwelt von statten gehen. Gleichzeitig geht es aber natürlich auch um eine Beschreibung des Ausbreitungsprozesses an sich. Demgegenüber stehen die Untersuchungen von Eingriffen in die allgemeinere Form von Entwicklung. Oft handelt es sich bei diesen aber vornehmlich um Reaktionen auf die Veränderung von Lebensumständen durch die erstere Form der Entwicklung, also die Ausdehnung des Kapitalismus.

In jedem Fall geht es bei Entwicklung als Eingriff um konkrete Handlungen, die von AkteurInnen gesetzt werden. In diesem Sinne gibt es Untersuchungen über jene AkteurInnen und die Strukturen, welche ihren Handlungen zu Grunde liegen. Die entsprechenden Untersuchungen hierzu teilen sich wiederum in zwei Interessensgebiete auf: Einerseits geht es um die *Geographies of Latin American Livelihoods* – also die Art und Weise, wie die lokale Bevölkerung auf die Veränderungen in ihrem Umfeld reagiert und welche Strategien sie anwendet, um das eigene (Über-)Leben, sowohl im physischen als auch im kulturellen Sinne, abzusichern. Meist passiert dies durch eine gewisse Anpassung an die äußeren Umstände oder aber durch Formen des Widerstands gegen die Veränderungen, welche die marktwirtschaftliche Durchdringung aller Lebensbereiche mit sich bringt. In beiden Fällen greifen sie selbst in ihr Leben ein und werden zu den entscheidenden AkteurInnen in ihrem eigenen Umfeld. Mehr dazu in Kapitel 2.1.

Die andere Form der Untersuchung widmet sich hingegen den *Geographies of Organized Development Intervention* – also den konzertierten Eingriffen durch andere, meist fremde AkteurInnen. Bei diesen Eingriffen geht es im schlechteren Fall darum, die extremsten Auswüchse abzufedern, welche durch die kapitalistische Expansion produziert werden oder aber im positiveren Sinne alternative Entwicklungen zu fördern und voranzutreiben. Die Akteur-

Innen in diesem Bereich sind staatliche Institutionen, NGOs und soziale Bewegungen, wie z.B. auch die Grassroots-Bewegungen in den Ländern des Südens usw. Gerade die Untersuchung der Beziehungen zwischen diesen drei AkteurInnen und ihr Einfluss auf die lokale Bevölkerung stehen hierbei im Zentrum des Erkenntnisinteresses. Bebbington betont aber, dass es unumgänglich sei, die *livelihoods* der lokalen Bevölkerung in der Analyse zu berücksichtigen, weil dies viel zu häufig von den oben genannten AkteurInnen nicht ausreichend getan werde und daher die Eingriffe am realen Bedarf der lokalen Bevölkerung vorbei gingen (vgl. Bebbington, 2002: 123). Mit den aktuellen *livelihood strategies* der ländlichen, größtenteils indigenen Bevölkerung werde ich mich zunächst im Kapitel 2.2 auseinandersetzen, aber die Beschäftigung mit diesen wird auch noch danach ein integraler Bestandteil dieser Arbeit sein.

Nachdem nun die Rahmenbedingungen des Entwicklungsverständnisses von Anthony Bebbington abgesteckt wurden, kann ich auch noch seine Definition von *Development Geography* nachliefern, die aber die Kenntnis der obigen Grundideen voraussetzt, weshalb sie erst jetzt folgt: „I would suggest that it can perhaps be understood as the study of the geographical forms taken by both overall capital expansion, by interventions, and by the interactions between these two dimensions of development. It is especially concerned to understand the forces that drive these geographical forms, and on this basis of that analysis is concerned to speak to a range of academic professional, activist and political audiences. Its normative focus continues to be on the South, while analytically it emphasizes the ways in which processes work across different scales, including (and perhaps especially) the global, to drive geographies in the South. Last, but not least, it is passionately concerned with inequality and injustice” (Bebbington, 2003: 306). Die hier angesprochene Leidenschaft, die Ursachen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu erforschen, war und ist eine wesentliche Triebfeder meines Handelns und jedenfalls auch meines Selbstverständnisses als Geograph.

Ganz allgemein erscheint mir die englischsprachige Literatur im Bereich *Development Geography* wesentlich reichhaltiger und vielfältiger als die Literatur im deutschsprachigen Raum. Eine umfassende Darstellung der mannigfaltigen Beiträge hierzu würde aber den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen. Deswegen will ich an dieser Stelle nur noch einen geographischen Diskussionsbeitrag aus dem Buch *Rethinking Development Geographies* von Marcus Power aufgreifen. Erst gegen Ende des Werks stellt der Autor sich selbst und dem Leser / der Leserin die kritische, jedoch wichtige Frage, ob denn die Geographen überhaupt dabei behilflich sein können, Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit nicht nur zu identifizieren (wie von Bebbington weiter oben beschrieben), sondern diese Probleme auch zu lö-

sen: „This will not be easy given that so much of the history of development geography has been characterised by the objective of identifying and cataloguing difference, but social justice has rarely been the outcome of these endeavours” (Power, 2003: 235).

Ich fürchte, dass auch meine Untersuchung diesem hohen Anspruch an die Entwicklungsforschung innerhalb der Geographie keinesfalls gerecht werden kann. Sie soll nicht mehr sein als ein wissenschaftlich fundierter Beitrag. Und doch bin ich davon überzeugt, dass das Einbringen einer geographischen Sicht der Dinge eine echte Bereicherung darstellen kann: „Dies (Anm. d. Autors: ein fachspezifischer Beitrag zur Problemlösung) bedeutete für die Geographie, einem zentralen fachinternen Forschungsanspruch folgend, die auf unterster empirischer Ebene erworbenen originären Einsichten in die und Erfahrungen von den lokal/ regional spezifischen Tatsachen und Strukturen sowie Handlungsstrategien in die Entwicklungspraxis einzubringen. Damit zur Lösung oder zumindest Minderung der Unterentwicklung und ihrer aufrüttelnden, erschreckenden Realität beizutragen (...)“ (Scholz, 2004: 14).

Während man die Beschäftigung mit Guatemala innerhalb der deutschsprachigen Geographie geradezu als Mangelware bezeichnen müsste, findet man in anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern eine Unzahl von Arbeiten zu Guatemala in verschiedenen Zusammenhängen. Bei vielen von diesen handelt es sich ebenfalls um Diplom- oder Dissertationsarbeiten. Exemplarisch möchte ich an dieser Stelle eine Biologie-Diplomarbeit von Ulrike Bechtold zu einem Wasserprojekt in Guatemala nennen. Leider handelt es sich auch dabei um eine Evaluierung eines einzelnen Projekts der ÖEZA und ist daher für meine überblicksartige Analyse kaum von Relevanz (vgl. Bechtold, 2003). Auch ein Projekt der internationalen ZeugInnenbegleitung wurde in der Diplomarbeit von Doris Berghammer genauestens durchleuchtet. Rückschlüsse auf die gesamte ÖEZA lassen sich daraus aber ebensowenig ableiten. Umsoweniger, als das ZeugInnenbegleitprojekt der Guatemala Solidarität Österreich ein eher untypisches Projekt der ÖEZA darstellt (vgl. Berghammer, 2007).

Gerade die Geschichte Guatemalas wird hingegen in fast jeder dieser Arbeiten aus dem einen oder anderen Blickwinkel betrachtet. Eine besonders spannende und etwas andere Sicht auf die Geschichte dieser Republik bietet Berthold Molden mit seiner Dissertationsarbeit an. Darin zeigt er auf, dass Geschichte jeweils unterschiedlich geschrieben wird und dass stets ein politisches Ringen um die offizielle Geschichtsschreibung eines Landes stattfindet. Er beleuchtet daher die Geschichte Guatemalas aus Sicht der Opfer des Bürgerkriegs, wie auch aus Sicht der Täter, also der ranghohen Militärs (vgl. Molden, 2007).

Nun halte ich von Geographie ohne Berücksichtigung von Geschichte relativ wenig, und tatsächlich werde ich in einigen Kapiteln der vorliegenden Arbeit den einen oder anderen Exkurs in die Geschichte Guatemalas wagen müssen, um davon ausgehend erklären zu können, wie es zu den aktuelleren Entwicklungen und der derzeitigen Situation kam. Das was ich in dieser Arbeit aber nicht bieten will ist eine Zusammenfassung der Geschichte Guatemalas von der Hochblüte der Mayas bis zum Inkrafttreten des Freihandelsvertrags der zentralamerikanischen Staaten mit den USA (CAFTA) im Jahr 2006.

Selbstverständlich ist mir bewusst, wie wichtig und bis heute wirkmächtig der 36-jährige Bürgerkrieg Guatemalas ist, der erst am 29. Dezember 1996 offiziell beigelegt wurde. Ich spare den Geschichtsteil in meiner Diplomarbeit nur aus dreierlei Gründen aus: Erstens weil es sehr kluge Köpfe gibt, die sich bereits ausführlich mit der Geschichte Guatemalas auseinandergesetzt haben und in deren Werken man sich mit Leichtigkeit eine hervorragende Übersicht über die letzten Jahrhunderte in Guatemala verschaffen kann. Neben dem Buch von Berthold Molden sei an dieser Stelle auch die Diplomarbeit von Dina Yanni erwähnt. Zweitens gehe ich davon aus, dass jeder Leser der vorliegenden Arbeit ein gewisses Interesse für Guatemala mitbringt und sich auch schon selbständig Wissen zur Geschichte Guatemalas angeeignet hat. Drittens habe ich mich selbst auch schon an diesem Thema versucht und in Kooperation mit einigen Freunden von der Guatemala Solidarität Österreich eine Übersicht über die Geschichte erarbeitet, die jährlich überarbeitet und erweitert wird, während unseren Vorbereitungswochenenden in Wien zum Einsatz gelangt, aber leider niemals offiziell publiziert wurde (vgl. Fichtenbauer et al, in der Letztversion von 2011).

Von den interdisziplinären Annäherungen an Guatemala aus dem deutschsprachigen Raum erscheinen mir drei Werke besonders wert, hervorgehoben zu werden. Das Buch *Projekt Guatemala* von 1993 wird noch im Kapitel 2.2 ausführlich diskutiert und kritisiert werden. Zwei Jahre später erschien *Guatemala – Ende ohne Aufbruch, Aufbruch ohne Ende?*, in dem die Autoren des vorhin genannten Buches zwar als Gastautoren fungierten, dessen Herausgeber, Fridolin Birk, aber auch ganz andere, mitunter sehr konträre Beiträge zusammenstellte (Birk, 2005).

Ebenfalls eine große Sammlung an Beiträgen unterschiedlichster Autoren stellt das Buch *Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden* von 2003 dar. Viele der AutorInnen dieses Werks entstammen übrigens dem solidarischen Umfeld in Österreich, dem auch ich mich zu-

gehörig fühle. Der Zugang des zuletzt genannten Buches ist daher mitunter auch nicht ganz so streng wissenschaftlich, sondern wendet sich vielmehr an ein breites Publikum und will komplexe Zusammenhänge möglichst leicht verständlich machen.

Eben dort fand ich auch einen ersten Hinweis darauf, dass es tatsächlich so etwas wie *Development Hotspots* in Guatemala geben könnte, wenn Andrea Eberl die Situation der internationalen EZA im Departement Quiché wie folgt beschreibt: „Innerhalb des Quiché gibt es auch bevorzugte Plätze für die Entwicklunghilfeprojekte. Diese sind neben der Hauptstadt Santa Cruz del Quiché, vor allem die indigenen Dörfer Nebaj und Chajul im Norden des Departamento.“ (Eberl, 2003: 154).

2 Livelihoods, Guatemala profunda, Entwicklung und Bebbingtons Beobachtungen

In diesem ersten inhaltlichen Kapitel möchte ich einige grundlegende Überlegungen anstellen, die ich als wichtige Ausgangsbasis für die weiteren Kapitel erachte. Ich möchte daher an dieser Stelle darlegen, welche Konzepte ich während den ersten Entwürfen und den weiteren Recherchen zu dieser Arbeit bereits im Hinterkopf hatte und dem Leser somit die Chance geben, meine Gedanken und weitere Vorgehensweise leichter nachvollziehen zu können.

2.1 Der Sustainable Livelihoods Approach

Ich habe in Kap. 1.3 bereits angedeutet, dass ich zu allererst den wissenschaftlichen Zugang des *Sustainable Livelihoods Approach* (SLA) vorstellen möchte. Es ist dies deshalb wichtig, weil ich sowohl in den nachfolgenden Kapiteln als auch bereits im nächsten Unterkapitel immer wieder auf diesen Ansatz Bezug nehmen werde, gleichzeitig aber nicht voraussetzen kann, dass jedeR LeserIn mit diesem Konzept bereits vertraut ist. Darüber hinaus scheint gerade Bebbington sehr stark von Vorarbeiten in diesem Zusammenhang in seiner Forschungstätigkeit geprägt worden zu sein. Jedenfalls setzt er ein gewisses Verständnis für die Methode voraus, weswegen auch ich mich im Zuge dieser Arbeit damit näher auseinandersetzen musste.

Aber beginnen wir erst einmal damit, was man sich unter dem englischen Begriff der *livelihoods* vorstellen darf: *Livelihood* lässt sich zunächst als Lebensunterhalt, Existenzgrundlage oder Lebenshaltung übersetzen, aber die nachfolgende Definition zeigt uns, dass hinter dem Begriff noch weit mehr Aspekte stecken, als diese vordergründigen Übersetzungen suggerieren: “A livelihood comprises the capabilities, assets (including both material and social resources) and activities required for a means of living. A livelihood is sustainable when it can cope with and recover from stresses and shocks and maintain or enhance its capabilities and assets both now and in the future, while not undermining the natural resource base.” (Scoones, 1998: 5).

Nun darf ich vorausschicken, dass der *Sustainable Livelihoods Approach* als Weiterentwicklung des Verwundbarkeitsansatzes gesehen wird, dessen Begründung Fred Scholz durch eine Veröffentlichung Timmermans aus dem Jahre 1981 zu erkennen meint. Ausgehend von

der Vulnerabilität einer Gesellschaft (durch anthropogene oder natürliche Schocks – siehe die Definition im vorherigen Absatz) dürfte vornehmlich Robert Chambers das Gedanken-gebäude der nachhaltigen *livelihoods* während der 1980er Jahre entwickelt haben. Ab den 1990er Jahren wird auch dessen Forschungspartner Gordon Conway genannt. Laut Scholz dürfte Fred Krüger für die Einführung des Verwundbarkeitsansatzes im deutschsprachigen Raum - und hier wiederum gerade in die Geographie - gesorgt haben (vgl. Scholz, 2004: 172).

Dem Zugang der *Sustainable Livelihoods* wurde mehrfach eine Nähe zum *Integrated Rural Development* Ansatz der 1970er Jahre nachgesagt. Tatsächlich gibt es wohl gewisse Übereinstimmungen, jedoch versucht der SLA aus den Fehlern von damals zu lernen. Ganz gewiss ist jedenfalls, dass sich der Ansatz des SLA, zumindest in der Entstehungsphase, stärker mit den Problemen der Armut auf dem Lande beschäftigt hat und in erster Linie zur Erklärung der Beharrlichkeit von Armut (durch die stärkere Exposition gegenüber Risiken) in den peripheren Gegenden herangezogen wurde. Ein ganz großer Unterschied besteht darin, dass im Rahmen der *Integrated Rural Development* Initiativen jeweils die Geber bestimmten, wie eine optimale ländliche Entwicklung auszusehen habe, während der SLA die betroffenen Menschen ins Zentrum der Betrachtung rückt und ihrer aktuellen Situation und ihren Wunschvorstellungen für die Zukunft weitaus größere Aufmerksamkeit als früher widmet. Daraus resultiert fast zwangsläufig, dass man von Amartya Sen das Wohlbefinden bzw. die Lebensqualität der Menschen übernahm und nicht bloß auf eine Reduktion der finanziellen Armut als zu erzielendes *livelihood outcome* abzielt.

Robert Chambers hatte sich auch maßgeblich an der Entwicklung der Technik des *Participatory Rural Appraisal* beteiligt. Der SLA ist somit nicht nur ein theoretisches Konzept zur Identifikation von Problembereichen, sondern in hohem Maße mit der praktischen Seite der effizienten Datenerhebung und in deren Folge auch Überwindung von relativer Armut und der aktiven Gestaltung einer jedenfalls besseren Zukunft im Kleinen verknüpft. Seit Mitte der 1990er Jahre haben alle maßgeblichen internationalen Entwicklungsagenturen, vom DFID des Vereinten Königreichs über das UNDP und die Weltbank, diesen Ansatz und das damit einhergehende Analyseschema übernommen (vgl. DFID, 1999).

Um die Handlungsmöglichkeiten eines einzelnen Haushalts begreifen zu können, steht zunächst die Frage der Mobilisierbarkeit der fünf *livelihood assets* im Vordergrund. *Livelihood assets* lassen sich wohl mit den Worten Vermögenswerte, Aktivposten oder flüssige Mittel übersetzen. Sie stellen spezifische Formen von Kapital im weitesten Sinne dar. Scholz

schreibt von Human-, Natur-, Sozial-, Sach- und Finanzkapital (vgl. Scholz, 2004: 175). Diese Kapitalformen können zum Einsatz gebracht werden, um sich Möglichkeiten zu eröffnen und unterschiedliche Strategien zu wählen, um das eigene Leben derart zu gestalten, dass ein nachhaltiges Leben abgesichert werden, man zu erwartende Krisen besser bewältigen kann, sich ein höheres Maß an Lebensqualität einstellt und eventuell sogar noch weiter gesteigert wird.

Abb. 1: Gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Teilkomponenten des SLA

Quelle: DFID, 1999

Appraisal, auf Chambers und Conway beruft und stärker den Fragen nachgeht, wie sich die Betroffenen Zugang zu den *assets* verschaffen, wie sie diese kontrollieren und deren unterschiedlichen Arten miteinander kombinieren, um ganz neue Strategien zu entwerfen und zu verfolgen (vgl. Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002: 20).

Scholz erläuterte die Lebenshaltungsstrategien (*livelihood strategies*) als das lebenssichernde Handeln der sozialen Akteure (vgl. Scholz, 2004: 176). Die Weltbank bietet hingegen folgende, etwas ausführlichere Definition an: "...livelihood strategies, defined as the ways in which households deploy their assets, including natural, physical, financial, human, social, and location assets, within the context of policies, institutions and risks. Households respond to opportunities, and their asset allocation and resulting livelihood strategies ultimately determine wellbeing outcomes" (Weltbank, 2006: 2). *Wellbeing outcomes* und *livelihood outcomes* dürfen wir hierbei wohl getrost als Synonyme ansehen.

Bebbington, Rojas u. Hinojosa weisen daraufhin, dass nicht alle *outcomes* sofort ersichtlich sein müssen. „Indeed, it may be that a livelihood strategy works at two levels simultaneously, with people accessing and using the resources they need to meet immediate family needs, while also trying to steadily build up those assets which, when accumulated over time, will allow them or their children to pursue a different sort of livelihood" (ebendiese, 2002: 21).

Scholz erläutert die praktische Anwendbarkeit des SLA: "Auf diese Weise (Anm. d. Autors: die Berücksichtigung der Lebenshaltungsstrategien zur Stärkung bzw. Mehrung der *livelihood assets*) wird der theoretisch angelegte Verwundbarkeitsansatz zu dem Analysekonzept *Sustainable Livelihood Approach*. Denn durch die Unterscheidung in vier Ebenen wird es m.E. forschungsempirisch und entwicklungspraktisch handhabbar: Die *assets*-Ebene gibt den fassbaren Forschungs- und Entwicklungsgegenstand vor. Die Ebene des Verwundbarkeits- und die des Politikkontextes bilden Forschungsanlass und Analyserahmen. Und die Ebene der Lebenshaltungsstrategien stellt das entwicklungsrelevante Anliegen und damit das menschenbezogene Maßnahmenziel dar" (Scholz, 2004: 176).

Nachdem wir uns jetzt ausführlich mit der Geschichte und den einzelnen Komponenten des *Sustainable Livelihoods Approach* beschäftigt haben, möchte ich an dieser Stelle aufzeigen, wie eine Interpretation des SLA für einen konkreten Kontext aussehen kann. Es handelt sich um eine Studie der Weltbank, wobei in dieser der Sustainable Livelihoods Approach als *Asset-Based Approach* (in Zukunft als ABA abgekürzt) bezeichnet wird. Mir sind beim Studium

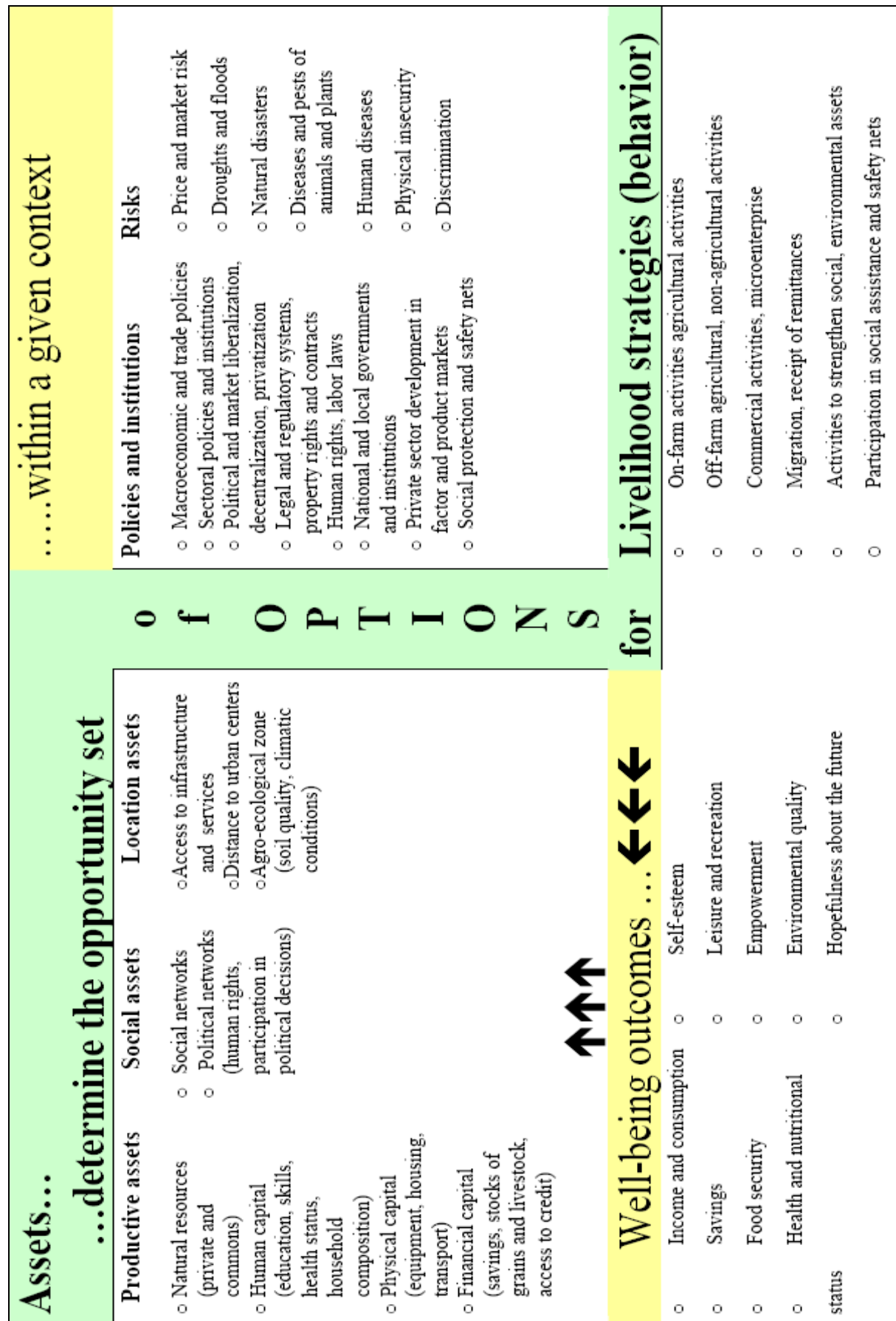
der Methodik aber kaum nennenswerte Unterschiede in der Herangehensweise zwischen diesen beiden Zugängen aufgefallen.

Die Weltbank veröffentlichte also eine Serie unter dem Titel *Drivers of Sustainable Rural Growth and Poverty Reduction in Central America* und einer Situationsanalyse von Honduras, Nicaragua und Guatemala. "The asset-based approach considers linkages between households' productive, social and locational assets; the policy, institutional and risk context; their behavior as expressed in livelihood strategies, and well-being outcomes. For sustainable poverty reducing growth, it is critical to examine household asset portfolios and understand how assets interact with the context to influence the selection of livelihood strategies, which in turn determine well-being" (Siegel, 2005: 1).

Wir sehen also, dass alle wesentlichen Aspekte des SLA auch im ABA berücksichtigt wurden. Der große Unterschied ist wohl eher ein nomenklatorischer, damit die Weltbank den ABA als Alleinstellungsmerkmal für sich beanspruchen kann. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass in den Studien auf die ganz konkreten Probleme des ländlichen Zentralamerikas eingegangen wird: „Household assets include tangible assets such as land and other natural assets, specific agro-ecological conditions, equipment and other physical assets, livestock, housing, financial assets, human capital (education, skills, health and nutritional status) and household composition. Intangible assets are also important, such as social capital and political rights (the degree of inclusion/exclusion), and the capacity and openness of institutions. In addition, community and regional assets such as infrastructure (roads, communication, markets), educational and health infrastructure, location and access to infrastructure and services affect households' livelihood opportunities and returns on other assets" (Siegel, 2005: 7).

Der einzige tatsächliche Unterschied zum SLA mag darin bestehen, dass der Fokus beim ABA noch stärker auf die *assets* und weniger stark auf die *livelihood strategies* gelegt wird. Das kommt auch zum Ausdruck, wenn man sich deren Definition von *drivers* näher ansieht, ein Begriff, der ja auch im Titel der Studie vorkommt: „Drivers are defined as the assets and combinations of assets needed by different types of households in different geographical areas

Abb. 2: Der Asset-Base Approach, auf das Fallbeispiel Guatemala angewandt



Quelle: Weltbank, 2005: 7

to take advantage of economic opportunities and improve their well-being over time.” (Weltbank, 2005: 2). Ich werde die entsprechende Studie zu Guatemala in den nachfolgenden Kapiteln immer wieder zitieren, weil sie eine hervorragende Übersicht über verschiedene aktuelle Phänomene bietet, die man zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie in der guatemalteken Gesellschaft beobachten konnte.

Für das Fallbeispiel Guatemala wurde die klassische Darstellung des SLA (siehe Abb. 1) von den Wissenschaftlern der Weltbank so adaptiert, dass der spezifische Kontext der ärmlichen, guatemalteken Bevölkerung bereits deutlich konkreter abgebildet wird (siehe Abb. 2).

Man erkennt sogleich, dass die Lebenshaltungsstrategien, wie sie der SLA beschreibt, durchwegs vielfältig, komplex und dynamisch aussehen können. Oft dient gerade die gleichzeitige Kombination und Verfolgung konträrer *livelihood strategies* durch verschiedene Familienangehörige der Streuung des Risikos für den Haushalt als Einheit. “Within the sustainable livelihoods framework, three broad clusters of livelihood strategies are identified. These are: agricultural intensification/extensification, livelihood diversification and migration. Broadly, these are seen to cover the range of options open to rural people. Either you gain more of your livelihood from agriculture (including livestock rearing, aquaculture, forestry etc.) through processes of intensification (more output per unit area through capital investment or increases in labour inputs) or extensification (more land under cultivation), or you diversify to a range of off-farm income earning activities, or you move away and seek a livelihood, either temporarily or permanently, elsewhere. Or, more commonly, you pursue a combination of strategies together or in sequence” (Scoones, 1998: 9).

2.2 Guatemala profunda kennen lernen oder Post Development à la Gustavo Esteva

Bei einer wissenschaftlichen Befassung mit dem Thema der ÖEZA in Guatemala kommt man freilich keinesfalls um ein Buch herum, das wohl vor rund 15 Jahren ob seiner (damals) ungewöhnlichen Sichtweise von Entwicklung für einige Diskussionen gesorgt hat, aber auch in den letzten Jahren regelmäßig zitiert wurde. Brunner, Dietrich und Kaller veröffentlichten 1993 mit *Projekt Guatemala* einen Rundumschlag gegen die guatemalteke Staatsideologie der Entwicklung durch Großprojekte, gegen die offizielle ÖEZA im Allgemeinen, gegen das *Instituto Austriaco Guatemalteco* ganz im Speziellen und gegenüber den allermeisten parastaatlichen und unabhängigen NGO-Kooperationen aus Österreich ebenso. Oder wie es

Kaller-Dietrich etwas später knapp zusammenfasste: „Die mittlerweile moribunde Entwicklungs-ideologie entwertet nämlich all die Fähigkeiten der Menschen, ihr Dasein selbst zu bestimmen und sich mit ihrem eigenen Leben in all seinen Dimensionen und Möglichkeiten zu beschäftigen und sich darin wiederzufinden“ (Kaller-Dietrich, 1998: 21).

Diese Position beruht im Großen und Ganzen auf den Überlegungen des Mexikaners Gustavo Esteva, dessen Ideen 1992 erstmals in deutscher Sprache erschienen und welche von den drei oben genannten Autoren übersetzt und im Buch *Fiesta* ausgebreitet wurden. Man kann sich daher vorstellen, welchen starken Einfluss Estevas Ideen auf Brunner, Dietrich und Kaller hatten. Ich gebe aber zu bedenken, dass die Überlegungen Estevas, welche in *Fiesta* präsentiert werden sogar noch älter sind und sich daher seine Schlüsse aus der Analyse von Entwicklungshilfeprojekten auf eine Generation von Projekten beziehen, die während der 1980er Jahre realisiert wurden. Damals (wann die einzelnen Texte verfasst wurden ist anhand der Lektüre des Buches nicht ganz nachvollziehbar) forderte Gustavo Esteva jedenfalls: „Von jetzt an ist die Infragestellung sämtlicher Formen von Entwicklungshilfe weder die nebensächliche Behauptung einiger weniger Radikaler noch eine intellektuelle Modeerscheinung. Sie hat – als logische Schlussfolgerung jeder ernsthaften Analyse der zurzeit verfügbaren Belege über die Auswirkungen von Entwicklungshilfe auf der ganzen Welt – den akademischen und politischen Mainstream erreicht.“ So weit, so nachvollziehbar. Die Bombe lässt er gewissermaßen erst in den nächsten Zeilen platzen: „Wir wissen es jetzt. Hilfe ist kontraproduktiv. Hilfe ist zerstörerisch. »Stellt Hilfe ein!« und »Stoppt Entwicklung« könnten wohl die Slogans für eine weltweite Kampagne sein“ (Esteva, 1995: 84).

Dieser ablehnende Zugang zu Entwicklung im Allgemeinen und zur EZA im Speziellen wird gemeinhin als Post-Development Ansatz bezeichnet, bzw. als *postdevelopmentalism* in der englischen Sprache. Fälschlicherweise kursiert auch der Ausdruck Post-Development Theorie, was insofern unzulässig ist, als dieser Ansatz keine eigenständige Entwicklungstheorie hervorgebracht hat. Zu den bekanntesten VertreterInnen zählen neben Gustavo Esteva auch Ivan Illich, Wolfgang Sachs, Vandana Shiva und Arturo Escobar, den ich in Kapitel 2.3 noch eingehender vorstellen werde. Auch die aktuelle November-Ausgabe des Südwind-Magazins widmete mehrere Seiten dem Thema Post-Development (Südwind, 2011).

Im zuvor genannten Buch von Brunner, Dietrich und Kaller wird die Gesellschaft Guatemalas jedenfalls als zwiespältig beschrieben: Zwei völlig konträre Bevölkerungsteile stehen einander unvereinbar gegenüber. Zum einen das *Projekt Guatemala*, welches von einer weißen

Oberschicht und dem Ladino-Staat Guatemala vorangetrieben wird und die Umgestaltung Guatemalas zu einem fortschrittlichen, exportorientierten und leistungsfähigen Land zum Ziel hat. Bei diesen Vorhaben steht den Betreibern des *Projekts Guatemala* die indigene Mehrheit im eigenen Land buchstäblich im Wege. Diese soll sich entweder dem Diktat der Moderne beugen und sich in das bestehende Entwicklungsmodell eingliedern oder sie wird auf die eine oder andere Art und Weise durch die Ersteren vernichtet.

Der bedrohte, indigene und größtenteils ländliche Teil der Bevölkerung wird demgegenüber als das *profunde Guatemala*, bzw. eigentlich auf Spanisch als *Guatemala profunda* bezeichnet. Damit meinen die AutorInnen eine Lebensweise, die sie häufig als gastlich, gemeinschaftlich, naturverbunden, zirkulär statt linear denkend usw. beschrieben. Dieses *Guatemala profunda* befindet sich laut den AutorInnen im (passiven) Widerstand gegen die Fortschrittsbemühungen der guatemalteckischen Elite und ihrer Handlanger.

Brunners, Dietrichs und Kallers Verurteilung des *Projekts Guatemala* ist für mich sehr wohl nachvollziehbar, solange sie sich in ihrer Argumentation auf die forcierte Entwicklung Guatemalas durch seinen Staatsapparat, seine Machthaber und die weisungsgebundenen Sicherheitskräfte beschränken. Auch die daraus resultierenden Konsequenzen für die lokale Bevölkerung, insbesondere für die indigene Mehrheit, waren und sind gewiss verurteilungswürdig. Allerdings bleibt mir ihre gänzliche Ablehnung von EZA bis heute fremd und die Gründe dafür möchte ich im vorliegenden Teilkapitel und in Kap. 2.3 ausführlich darlegen.

Ebenso möchte ich in diesem Teilkapitel, unter Rückgriff auf andere Autoren, die sich mit der Gesellschaft Guatemalas beschäftigt haben herausarbeiten, warum ich meine, dass dieser Zwiespalt in der Gesellschaft Guatemalas nicht so eindeutig verläuft und *Guatemala profunda* bestimmt nicht in dieser idealtypischen Weise existiert, wie dies damals von den oben genannten AutorInnen suggeriert wurde. Hier halte ich es eindeutig eher mit Fridolin Birk, der da meinte: „Die Folgen des Konzepts Entwicklung können aber, trotz aller Kritik, von niemandem übersehen werden, und die daran teilnehmen, können auch nicht in Kollektivschuldmanier verurteilt werden. Deshalb darf in einer ernstzunehmenden Diskussion nicht vereinfacht werden.“ (Birk, 2005: 68). Gerade diese Befürchtung hege ich aber, wenn ich über *Guatemala profunda* als eine einheitliche Gruppe in der dortigen Gesellschaft lese. Ich meine hingegen, dass es der guatemalteckischen Zivilgesellschaft gerade an dieser Einheitlichkeit, an einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Staatsdoktrin und einer akkordierten Interessensvertretung gegenüber den Regierenden und den Wohlhabenden mangelt!

Jedenfalls war der geschichtliche Teil des Buches für die Arbeiten vieler junger Wissenschaftler sehr befruchtend. Corinna Milborn vertritt beispielsweise in ihrer Diplomarbeit mehrere Thesen, die die erzwungene Einbindung der Hochlandmaya in den Weltmarkt und in das monetäre System an sich als zentrales Thema haben. Es geht dabei aber keineswegs um deren Einbindung als freie KonsumentInnen, sondern vielmehr um die systematische Zerstörung der traditionellen, indianischen Subsistenzwirtschaft, um die Schlüssel-Position der billigen Arbeitskraft in der Agroexportwirtschaft und den gewaltsamen Erhalt des Status quo. „Der Krieg der 80er Jahre gegen die Maya (...) wird nicht zuletzt in dieser Schärfe gegen die Hochlandmaya geführt, weil sie sich erstens durch die Bildung von Kooperativen von der (erzwungenen) Lohnarbeit auf den Plantagen unabhängiger gemacht hatten und zweitens als ArbeiterInnen auf den großen Plantagen in den 70er Jahren mehrmals um bessere Arbeitsbedingungen streikten. Auch die Phase des militärischen Wiederaufbaus des zerstörten Gebiets belegt diese These: Die Maya wurden in dieser Phase gezwungen, um geringe Lebensmittelhilfe für das Militär (etwa im Straßenbau) zu arbeiten“ (Milborn, 2001:146).

Auf derselben Seite kommt sie, durchaus in Anlehnung an die Schlüsse aus dem Buch *Projekt Guatemala* zu dem Ergebnis, dass das Projekt der „Entwicklung der Maya“ einen Teil des Krieges gegen die Maya darstelle, bzw. dessen konsequente Fortsetzung in Zeiten des formellen Friedens sei. Und setzt auf der nächsten Seite fort: „Die aufständischsten Regionen Guatemalas – darunter das Ixil-Gebiet und der Ixcán – wurden in »Entwicklungspole« verwandelt. Die Entwicklungsmaßnahmen dienen in erster Linie der Aufstandsbekämpfung, in zweiter Linie ihrer (der Maya, Anm. d. Autors) Umerziehung und Zivilisierung, in dritter Linie der Integration der Maya in die nationale Agroexportwirtschaft.“ (Milborn, 2001: 147).

Eine ähnliche Position scheint Andrea Eberl zu vertreten, was schon in ihrer Diplomarbeit zum Ausdruck kommt, wenn sie dort schreibt: „Die Friedensverhandlungen und der Friedensschluss brachten eine politische Öffnung, welche die Notwendigkeit des Rückzugs und des Widerstands der indigenen Gemeinschaften nichtig machte. Die Erfahrungen der empirischen Forschung werfen die Befürchtungen auf, dass seit dem Friedensschluss der Erhalt ihrer Kultur durch die offene Konfrontation mit anderen Lebensweisen und Gesellschaftsmodellen gefährdet wird“ (Eberl, 1999: 92). Und es geht weiter: „Die Invasion von Entwicklungshilfeorganisationen und internationalen Akteuren bringt den Aufbau von Strukturen mit sich, die sich auf marktwirtschaftliche Werte stützen. Es scheint eine groteske Situation zu sein, aber was die Jahrhunderte langen Gewaltausbrüche gegen die indigenen Völker nicht geschafft

haben, scheint der Friede nun mit sich zu bringen. Wie eine schleichende Krankheit nimmt das westliche Wohlstandsmodell Einzug in die abgelegensten indigenen Gemeinden und bedroht deren Gemeinschaftsstrukturen zunehmend“ (Eberl, 1999: 92).

Dabei interpretiert sie meiner Meinung nach die Spur der Verwüstung, welche der Bürgerkrieg hinterlassen hat, als zu wenig tiefschürfend. Denn dazu gehören auch die systematische Zerstörung der indigenen Kultur, ihre Stigmatisierung, die Provokation eines künstlichen Schamgefühls für diese und den dadurch hervorgerufenen Rückzug aus dem öffentlichen Leben während der Jahrzehnte des Bürgerkriegs. Nicht immer konnte die indigene Kultur im Untergrund fortbestehen. Viele Riten und eine Unmenge an unerwünschtem traditionellem Wissen, das nicht weitervermittelt werden durfte oder konnte, muss in diesen Jahren und Jahrzehnten verloren gegangen sein – mitunter auch durch die gewaltsame, physische Vernichtung ihrer Träger! Dort wo es den Menschen rechtzeitig möglich war, flohen sie, um weder dem Genozid, noch der Umsiedlung in Modelldörfer und der damit einhergehenden Indoktrination anheim zu fallen.

Man geht davon aus, dass rund 1,5 Mio. Menschen ihren angestammten Wohnort als Antwort auf die Gewalt während des Bürgerkrieges verließen. Doch diese Vertriebenen wurden dadurch gleichzeitig auch kulturell entwurzelt. Traditionelles, standortgerechtes Wissen war plötzlich nutzlos. Viele flüchteten in die Hauptstadt oder in ein Nachbarland (Mexiko, Belize, El Salvador, Honduras). Darauf komme ich in Kapitel 3.5 noch einmal ausführlich zurück. Maya-Ethnien vermischten sich ohne eine gemeinsame Sprache zu sprechen und in all diesen Fällen wurde zumindest die mündliche Beherrschung von Spanisch für Indigene zunehmend unabdingbar. Demgegenüber sieht Hirschmann aber gerade in der Vertreibung und dem gemeinsam erlebten Exil einen wesentlichen Grund für die Entstehung der guatemaltekenischen „Pan-Maya-Bewegung“ über die ethnischen Grenzen hinweg und die Ausformulierung gemeinsamer Forderungen gegenüber dem Staate Guatemala (vgl. Hirschmann, 2007: 129).

Andrea Eberls Skepsis gegenüber Entwicklungszusammenarbeit trat erneut in ihrer späteren Kritik an der Entwicklungshilfe der EU in Guatemala zu Tage, die sie auffällig negativ ausfallen lässt (vgl. Eberl, 2003: 151-159). Sie scheint sich dabei aber stets auf die staatlich-offizielle EZA zu beziehen, denn abschließend betonte Eberl in ihrer Diplomarbeit, dass sie Entwicklungsprojekte nicht generell ablehnen würde und sehr wohl auch positive Beispiele für gelungene Entwicklungszusammenarbeit in Guatemala, gerade im NGO-Bereich, gesehen hätte, welche die Handlungsfähigkeit der Betroffenen stärkten. Die erfolgreiche Umsetzung

von EZA-Projekten hänge aber in erster Linie von der Sensibilität des projektverantwortlichen Personals ab (vgl. Eberl, 2003: 187-188).

Und im Zusammenhang mit Projekten zur Förderung der Menschenrechte schrieb sie gar: „Der internationale Druck und die Präsenz von externen Akteuren haben wesentlich zur Verbesserung der Situation der Menschenrechte in Guatemala beigetragen. Aus diesem Grund weise ich die Aktivitäten der internationalen Kooperation in Guatemala nicht per se zurück. Ich sehe das grundlegende Problem jedoch darin, dass anstatt Strukturen zu schaffen und interne Potentiale zu stärken, immer mehr eine Abhängigkeit von Mitteln der internationalen Kooperation entsteht, die langfristige Lösungen unterbindet“ (Eberl, 1999: 188).

Drastischer sahen dies die Autoren von *Projekt Guatemala*, denn sie forderten die Erarbeitung von umfassenden Studien über die Kooperationsländer Österreichs, was gewiss begrüßenswert gewesen wäre, um z.B. im Fall Guatemalas eine fundierte Entscheidung treffen zu können: „(...) ob Österreich weitere Entwicklungs-Millionen im *Projekt Guatemala* investieren will oder ob man grundsätzlich für *Guatemala Profunda* optiert. Wenn zweiteres der Fall ist, können Gelder nur noch an Initiativen vergeben werden, die dieser Option gerecht werden. Da herkömmliche Entwicklungsprojekte das nicht tun, kann das zur Folge haben, dass man die internationale Zusammenarbeit mit Guatemala vollkommen einstellt“ (Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 264).

In beiden Büchern geht es bei der bedrohten Lebensweise um die Subsistenzwirtschaft der indigenen Bevölkerung. Brunner, Dietrich und Kaller beschreiben diese aber auf eine Art und Weise, die m.E. nach über das klassische Verständnis von Subsistenz hinausgeht. Franz Nuscheler definiert Subsistenzwirtschaft zum Beispiel wie folgt: „Landwirtschaftliche Produktion, die der Eigenversorgung dient und nicht bzw. nur geringfügig den (überlokalen) Markt beliefert und deshalb außerhalb des monetären Kreislaufs bleibt. Die Subsistenzwirtschaft wird dem so genannten „informellen Sektor“ zugerechnet“ (Nuscheler, 2005: 633).

Demgegenüber fassen die Autoren von *Projekt Guatemala* ihren Subsistenzbegriff etwas weiter: „Ziel der Subsistenz ist in erster Linie die Selbstversorgung. Subsistenz bedeutet die Erhaltung des Haushalts, also Reproduktion. Subsistenz ist das Gegenteil von kapitalistischer Mehrwertproduktion, jener Art von Wirtschaft, die sich in Formalkategorien fassen lässt (...). Genau wie Hausarbeit wird der kleinbäuerlichen (Re-)Produktion der Indios in den national-ökonomischen Bewertungskriterien kein Stellenwert beigemessen.“ Und nun kommt jener

Teil, der gewisser Maßen die angeblich häufigste *livelihood strategy* der Indigenen zu beschreiben sucht, auch wenn die Autoren diesen Ausdruck damals nicht verwendeten: „Zur Subsistenzwirtschaft gehören im Wesentlichen drei Bestandteile: Die Grundlage bildet die Produktion von Nahrung für den eigenen Bedarf. Überschüsse sind dazu bestimmt, auf dem Tauschweg (Geldverkehr inbegriffen) notwendige Lebensmittel (Kleidung, Haushaltsgeräte, Baumaterialien und ähnliches) zu beschaffen. Das Abhalten regelmäßiger Märkte stellt einen wichtigen Teil der indianischen Reproduktion dar. Der Überschuss dient der Reproduktion auf gleicher Ebene und nicht der Akkumulation. (...) Sie schafft weder Profite noch Lohneinkommen, beschreibt also weder unternehmerische noch proletarische Tätigkeiten“ (Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 22).

Ein auf diese Weise definiertes *Guatemala Profunda* konnte sich selbst zum Zeitpunkt des Erscheinens jenes Buches auf maximal 62% der guatemaltekischen Bevölkerung beziehen, denn so hoch war 1992 der Anteil der ländlichen Bevölkerung (vgl. Vogt, 1999: 15). Erachtet man die Zugehörigkeit zu einer indigenen Ethnie als zusätzliches Merkmal der Zugehörigkeit zu *Guatemala Profunda*, wären dies laut den offiziellen Zahlen nur noch 43% der Bevölkerung gewesen. Fast alle AutorInnen schätzten die wahre Bevölkerungszahl der Maya aber auf ca. 60% der Gesamtbevölkerung. Hierin enthalten wären dann aber auch mayastämmige Indigene, die zur städtischen Bevölkerung zählten. Da jedoch keinesfalls der urbane Anteil der Bevölkerung dazugehören kann, weil er nicht in der Lage ist, Subsistenz im oben genannten Sinne zu betreiben, muss die Schnittmenge von Indigenen und SubsistenzlandwirtInnen eigentlich noch deutlich geringer ausfallen.

Nur zum Kontrast möchte ich an dieser Stelle noch zwei weitere Definitionen von Subsistenzwirtschaft zitieren, um aufzuzeigen, dass dieser Begriff zumeist deutlich enger gefasst wird. Iván Castillo Méndez veröffentlichte 1999 ein spanischsprachiges Buch über die Ausbeutung des guatemaltekisch-indigenen Kleinbauerntums mittels des Warenaustausches mit dem kapitalistischen Markt, welches damals von der staatlichen ÖEZA gefördert wurde. Er zeigt darin auf, unter welch ungleichen Bedingungen der Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegen andere Produkte des täglichen Lebens stattfindet. Doch im Gegensatz zu Nuscheler, Brunner, Kaller und Dietrich unterscheidet er sehr deutlich zwischen der Produktion für den Konsum innerhalb des eigenen landwirtschaftlichen Haushalts (*la autosubsistencia campesina*) und der Erzeugung von Überschüssen, die für den Handel bzw. Warenaustausch bestimmt sind (*la producción mercantil*). Er fasst diese beiden Produktionsarten aber nicht etwa als Subsistenzwirtschaft zusammen, sondern nennt sie die kleinbäuerliche Produktions-

weise (*la producción campesina*), welche er ganz klar gegenüber jeglicher kapitalistischer Wirtschaftsweise abgrenzt (vgl. Castillo Méndez, 1999: 69-75).

Matilde Mordt untersuchte 2001 die *livelihoods* und deren Nachhaltigkeit im ländlichen Nicaragua. „The bulk of the interviewed households belong to the group of **subsistence farming**, relying on basic grains for their survival. The production merely guarantees the reproduction of the family unit, the greater part being consumed in the family, and the income from the modest sales that are made is aimed for basic consumption goods such as food, clothes, shoes and tools” (Mordt, 2001: 140). Davon unterscheidet sie *agroforestry*, *livestock raising* und *home gardening*, wobei sie aber betont, dass sich Subsistenz mit all diesen Strategien kombinieren lasse. Vor allem aber *cash cropping*, also die arbeitsintensive Produktion von *cash crops* für den Weltmarkt. Gerade Hühnerzucht (*livestock raising*), zumindest für den Eigenbedarf und die kleinteilige Produktion von Kaffee (*agroforestry*) werden sehr häufig in Guatemala mit der Subsistenzwirtschaft in diesem engen Sinne kombiniert. Kaffee wird zwar in den meisten Haushalten konsumiert, doch dient die Kaffeeernte hauptsächlich dazu, finanzielle Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden oder direkte Ernteausfälle innerhalb der Subsistenz auszugleichen. Der Verfall des Weltmarktpreises während der Kaffeekrise von 2001-2005 bedrohte daher nicht so sehr die Besitzer von Kaffeeplantagen, sondern vor allem ärmliche Landwirte.

Die Definition von Brunner, Dietrich und Kaller klammert des Weiteren den gesamten Bereich der saisonalen Arbeitsmigration aus, welcher ja auf der Bezahlung von Löhnen, egal wie niedrig sie in Wirklichkeit und im Vergleich zum staatlich festgesetzten Mindestlohn auch sein mögen, basiert. Geschichtlich gesehen mag die Arbeitsmigration wohl mit der Zerschlagung von indigenen Gemeinden, der Gründung der Modelldörfer und den damit einhergehenden Landzuweisungen durch das Militär zusammenhängen. Da die damals verteilten Parzellen schlichtweg zu klein waren, um einer durchschnittlichen Familie das Überleben durch die Subsistenzwirtschaft zu ermöglichen, wurde die Arbeitsmigration an die Küste somit ganz bewusst gefördert (vgl. Milborn, 2001: 137).

Jedoch stellt die Arbeitsmigration an die Boca Costa heutzutage eine Realität für weit mehr Männer und Frauen aus den Hochlandgemeinden dar und es ist eine Realität, die weit vom profunden Idyll entfernt ist. Milborn erläutert die nachteilige Situation der *campesinos* folgender Maßen: „So leben die Menschen in einem dualen System: Einerseits wurde ihnen die Basis für eine funktionierende Subsistenzwirtschaft (genügend Land und keine anderen Beschäftigungen) genommen, andererseits wurden sie nur peripher in die nationale Wirtschaft

integriert – als Reserve für die Erntearbeit auf den Plantagen und Gratisarbeitskräfte für das Militär“ (Milborn, 2001: 138). Vogt erklärt aber, dass dieser Trend heute auch ohne Zwang durch das Militär anhalte: „Aufgrund des mangelnden Arbeitsplatzangebots (...) und der nicht mehr möglichen Bedarfsdeckung aus der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft suchen viele Personen außerhalb ihres Geburts- und Wohnortes nach Arbeit. Diese Ausweichbewegungen wurden in historischer Zeit mit den Arbeitsgesetzen der liberalen Ära bereits angelegt. Heute sind sie Teil eines Überlebenskampfes von drei Viertel der Bevölkerung, die statistisch als arm oder absolut arm gelten“ (Vogt, 1999: 89).

Zudem gehört heute eine Vielzahl weiterer Migrationsformen zu den gängigen Mustern der Diversifizierung von *rural livelihood strategies* in Guatemala. Zu nennen wären hier selbstverständlich auch Migrationsbewegungen in die Hauptstädte der Departements, besonders nach Guatemala Ciudad, nach Mexiko, El Salvador, in die USA oder sogar nach Spanien. Über die aktuelleren Untersuchungen von ländlichen *livelihoods* in Lateinamerika meint auch Bebbington: „Unlike their forebears, however, such studies increasingly show that peasant livelihoods are no longer mainly agricultural livelihoods. Instead they depend on a range of income sources that often derive from urban and sometimes international locations“ (Bebbington, 2002: 122). Mehr zum Thema der Migrationsformen dann in Kapitel 3.5.

„Im Bereich der kleinbäuerlichen Familienwirtschaften des Westlichen Hochlands hat die kontinuierliche Verkleinerung des zur Verfügung stehenden Landes aus historisch-politischen Gründen (Anm. d. Autors: siehe weiter oben) und durch das Realteilungssystem zu Besitzgrößen zwischen 0,376 und 0,752 Hektar pro Familie inklusive Weideflächen und Waldbesitz geführt.“ (Birk, 1995: 203, zitiert nach Vogt, 1999: 99). Laut einem Bericht des *Food In Action Networks* International (FIAN) mit dem Titel *Human Right to Food in Guatemala* besaßen auch noch 2003 rund 90% der Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten in ganz Guatemala durchschnittlich einen einzigen Hektar an agrarischer und forstwirtschaftlicher Fläche (vgl. FIAN, 2005: 6). Mit einem solchen Flächenangebot lässt sich auch bei intensivster landwirtschaftlicher Nutzung kein Auskommen innerhalb einer reinen Subsistenzwirtschaftsweise erzielen.

Bei Fridolin Birk finden wir ein Synonym für die Subsistenzwirtschaft, nämlich den Begriff der Milpa-Wirtschaft. Dabei bezeichnet die *milpa* in Guatemala sehr vereinfacht ausgedrückt das Maisfeld. Im weiteren Sinne aber den gemischten Anbau von ganz typischen Feldfrüchten. „Eine traditionelle *milpa* ist eine Polykultur, wo in geschwisterlicher Symbiose bis

zu 50 Spezies zusammenstehen. Manche werden gepflanzt, andere gepflegt und wieder andere geduldet. Seine (Anm. d. Autors: des Maises) häufigste Gesellschaft sind Bohne, Kürbis und Chili, sie sind das Herz nahezu aller gemischten Pflanzungen. Der Mais stützt die Bohnenpflanze. Diese wiederum erweist ihm ihre Dankbarkeit, indem sie dem Boden den Stickstoff zurückgibt, den der Mais für seinen Stamm benötigt. Die Kürbispflanze verdrängt Unkräuter...“ (Bartra, 2011: 13). Dass aber die Milpa-Wirtschaft in ihrer häufig praktizierten Form auf viel zu kleinen Parzellen keineswegs so ideal sei, wie man nach der Lektüre von *Projekt Guatemala* meinen möchte und dass die Subsistenzwirtschaft drauf und dran ist, sich selbst die Basis unter den Füßen wegzuziehen, stellte Birk wie folgt dar: „Heute ist eine stark zunehmende Mobilisierung des Landeigentums zu beobachten. Land wird veräußert und wird dadurch zum Produktionsfaktor, was beim Milpa-Denken mit dessen stark begrenztem Mittel- und Arbeitseinsatz für viele Familien das wirtschaftliche Ende bedeutet. (...) Boden, Arbeitseinsatz, Düngung oder Ernteverwertung werden zu kompetitiven Faktoren, die letztlich auf eine Übernutzung vor allem der ökologischen Tragfähigkeit hinauslaufen und langfristig die Grundlagen einer ganzen Kosmologie auflösen. Diese Folgen sind allenthalben im guatemaltekischen Hochland zu finden“ (Birk, 2005: 77). Dieser Argumentation schließt sich auch Christine Vogt in ihrer Dissertationsarbeit an: „Die vorhandenen Flächen werden intensiv genutzt. Brachezeiten entfallen und selbst steile Hänge werden mit dem traditionellen Milpa-System aus Mais, Bohnen, Kürbis und Heilkräutern bepflanzt. Wiederaufforstung von Waldflächen, die aufgrund des Brennholzbedarfs abgeholzt wurden, findet kaum statt. Regen und Wind führen vor allem zu Beginn der Regenzeit und während der sechsmonatigen Trockenzeit zu einer starken Bodenabtragung“ (Vogt, 1999: 99).

Worauf will ich mit der bis hierher entwickelten Argumentation hinaus? Einerseits gibt es Proponenten, die eindeutig der Meinung sind, dass der Rückzug in die Subsistenzwirtschaft und die weitere oder zusätzliche Abkoppelung von der Weltwirtschaft keinesfalls eine Lösung für die Mehrheit der guatemaltekischen Bevölkerung darstellen kann. Weder stehen ausreichend Flächen zur Extensivierung zur Verfügung, noch lassen die Böden eine weitere Intensivierung zu. Erschwerend kommt noch das rasche Bevölkerungswachstum, gerade in den ruralen Gebieten Guatemalas, hinzu. Andererseits will ich deutlich machen, dass die Subsistenzwirtschaft als alleinige Überlebensstrategie in Guatemala faktisch kaum noch existent ist. Ähnliche Entwicklungen dürften sich auch in anderen zentralamerikanischen Ländern abspielen. Eine aktuelle Studie über die Subsistenzökonomie in Nicaragua kommt jedenfalls zu ganz ähnlichen Ergebnissen (vgl. Lambert, 2010). Weiters geht es mir darum aufzuzeigen, dass es kein homogenes *Guatemala profunda* gibt, sondern eine Vielzahl an unterschiedlichen

livelihood strategies der ländlichen Bevölkerung Guatemalas. Und zuletzt möchte ich auch darauf hinweisen, dass zu der angesprochenen ländlichen Bevölkerung sehr wohl auch ein beträchtlicher Anteil von verarmten Ladino-Kleinbauern und -bäuerinnen gehört, deren agrarische Tätigkeiten sich aber kaum von jenen ihrer indigenen MitbürgerInnen unterscheiden. Die wesentlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen liegen hingegen in ihrer jeweiligen Alltagssprache und Spiritualität.

Mit der Ausweitung des Subsistenzbegriffs auf kleine Wirtschaftskreisläufe, die auch Geld als Tauschmittel einbeziehen, schafften es die AutorInnen von *Projekt Guatemala* eine gewisse Vielfalt an Möglichkeiten abzubilden, wie ein Leben am guatemalteckischen Land aussehen kann. Ich glaube aber, dass sie die dahinter steckende Rationalität seitens der Akteure unterschätzten, bzw. glaube ich, dass Bebbington der Realität näher kommt, wenn er schreibt: „(...) rarely is agricultural production purely subsistence production and even if products are not sold, agricultural decisions and investments (of time, resources, technology, etc) are affected by market factors“ (Bebbington, 2002: 122). Davon abgesehen gibt es aber sehr wohl auch ganz eindeutig unternehmerisch-kapitalistisches Handeln in den ländlichen *comunidades*: Oft sind es gerade die Frauen, die zusätzlich zu Hausarbeit und Feldbau noch kleine Läden betreiben, mit dem erklärten Ziel, auf diesem Weg monetäre Einkünfte zu erzielen. Genau diese Einkünfte können dann wiederum für Ausgaben herhalten, die nicht anders als durch Geldmittel, also auch nicht auf dem Tauschweg, erwerbbar sind, wie z.B. Busfahrten, Schulutensilien oder Medikamente. Ich habe während meines Aufenthalts in Guatemala, selbst in den entlegensten Dörfern, noch stets einen kleinen Laden gefunden, in dem man zumindest eine Cola, Kekse, ein Päckchen Chips oder derlei bekommen konnte.

Selbst Gustavo Esteva weist auf das gleichzeitige Vorhandensein des *homo communis* (dieser entspricht wohl weitgehend dem Idealtyp des Indigenen, der in Gemeinschaft mit anderen Menschen lebt und in enger spiritueller sowie physischer Verbindung zu der ihn umgebenden Umwelt steht, obwohl Gustavo Esteva sehr wohl auch urbane Formen des Widerstands gegen Entwicklung beschreibt) und des *homo oeconomicus* in jedem Menschen hin. Die Frage sei also lediglich, welcher der beiden Charaktere die Oberhand erlange. „Als abstrakte Idealtypen existieren der *homo communis* und der *homo oeconomicus* nur auf dem Papier. Wirkliche Menschen vereinen in verschiedener Ausprägung die Charaktere beider Typen in sich (...)“ (Esteva, 1995: 54).

Über Ivan Illich und Gustavo Esteva schreibt Herret: „Die Intention (...) war es, über die konkrete Kritik hinaus, veraltete Denkansätze aufzubrechen und neue Wege aufzuzeigen. Die AutorInnen zeichnen dabei ein Bild einer Welt der Vielfalt, geprägt durch eine Vielzahl unterschiedlichster Kulturen. Sie erzählen von einer Welt, in der es nicht nur eine Wahrheit gibt, sondern bedingt durch die Realität verschiedenster Lebensentwürfe ebenso viele Wahrheiten. Diese Pluralität der Kulturen verkörpert den Widerpart zu den universalistischen Gedanken der Entwicklung“ (Herret, 2007: 19).

Nun glaube ich aber nicht, dass es einen konkreten Widerpart gegen Entwicklung gibt, sondern eben eine Vielzahl an unterschiedlichen Lebensentwürfen und (Über-)Lebensstrategien, von denen einige wenige Entwicklung tatsächlich ganz bewusst ablehnen mögen, sodass sie damit nicht einmal in Berührung kommen wollen. Doch meist beinhalten diese Lebensentwürfe sowohl Teilaspekte von Entwicklung (selbst im modernisierungstheoretischen Sinne) als auch Aspekte von Widerstand gegen Teile von Entwicklung (meist im Sinne von kapitalistischer Expansion), je nachdem welche Strategie gerade opportun erscheint, um die Existenz des Individuums, des Haushalts, der Großfamilie, der Gemeinde, zukünftiger Generationen usw. am besten abzusichern und mittelfristig zu gewährleisten. Nur eine solch pragmatische Sicht von Postmoderne erscheint mir wahrlich sinnvoll, ich kann sie aber im Buch *Projekt Guatemala* nicht entdecken.

Wolfgang Welsch nennt als eine von fünf Thesen über die Postmoderne, dass diese in Wirklichkeit ein Teil der Moderne selbst sei. Denn sie sei nicht die Überwindung der Moderne im Sinn einer Anti- oder Transmoderne, sondern stelle in ihrem Wesen eine radikale Moderne dar, welche die Versprechen der Moderne auf radikale Weise doch noch einlöst. In gewisser Weise setze sie also die Moderne sogar fort (vgl. Welsch, 1997: 5).

Möglicher Weise hat meine divergierende Wahrnehmung aber auch mit einer marktwirtschaftlichen Durchdringung Guatemalas (im Sinne der kapitalistischen Expansion von Bebbington) zu tun, die ausgerechnet in den 10 Jahren zwischen der Veröffentlichung von *Projekt Guatemala* und meinem Aufenthalt dort stattgefunden haben mag und *Guatemala profunda* innerhalb dieses Jahrzehnts komplett veränderte. Und tatsächlich beschreibt Birk das Vordringen der kapitalistischen Marktwirtschaft in die ländlichen Gegenden bereits 1995: „(...) das jährliche Bangen der Kleinbauern um die steigenden Düngerpreise bzw. die Preise für die enormen Mengen an verwendeten Pestiziden geben zusätzlich Auskunft über die schon weit fortgeschrittene Verflechtung der dörflichen Gesellschaft mit globalen Wirtschaftskreis-

läufen“ (Birk, 1995: 78). Es würde mich dennoch wundern, wenn ähnliche Entwicklungen nicht auch schon für Brunner, Kaller und Dietrich beobachtbar gewesen wären.

Zudem schreibt Barbara Hirschmann in ihrer Diplomarbeit, dass eine soziale Differenzierung in den indigenen Gemeinden bereits 1944 einsetzte und sich auch nach dem sogenannten *demokratischen Frühling* weiter vertiefte: „Auch wenn die Kaufkraft, der Zugang zu Land, Transportwegen und Alphabetisierung sowie andere Elemente des neuen kapitalistischen Systems in den indigenen Gemeinden immer geringer waren als in anderen Regionen, entstand so eine neue soziale Klasse unter den Indígenas, die nicht mehr von der Arbeit in den fincas abhängig war, einen höheren Lebensstandard pflegte, ihren Kindern eine schulische Ausbildung ermöglichen konnte und am nationalen Leben außerhalb der comunidades teilnahm“ (Hirschmann, 2007: 62). Aus ihrer Sicht war dies aber nicht nur negativ, denn gerade diese besser gebildeten Indigenen waren es dann auch, aus denen sich die indigenen Bewegungen formierten, welche ihre Chancengleichheit vom guatemaltekischen Staat vehement einforderten. Und doch zeugt das Zitat auch davon, dass derartige Veränderungen schon weit zurückreichen, jedenfalls auch schon vor 1993 beobachtbar waren.

Auch die Globalisierung hat vor Guatemala nicht zurückgeschreckt. Und spätestens seit der Unterzeichnung der Friedensverträge gibt es seitens der internationalen Unternehmer keine „moralischen“ Bedenken mehr, ihre Finanzmittel in Guatemala zum Einsatz zu bringen. Doch die ausländischen Investitionen (*Foreign Direct Investments* - FDIs) in den Ländern Lateinamerikas führen selten zu allgemeinem Wohlstand, sondern meist zu einer massiven Fragmentierung ihrer Gesellschaften. „Instead of the spatial linkages promised by regional and urban planners, globalization has caused a contradictory process of integration and fragmentation, originating a complete new sort of spaces. Some of them are enclaves of foreign direct investment which tend to be around the places where raw materials and natural resources of interest to the world market are found. The resulting patches are centred, for instance, around the energy and mineral fields, two of the Latin American natural resources of strategic relevance to the world market“ (Romero, 2000: 45).

Romero bestätigt ferner meine Ansicht, dass die komplette Abkoppelung ländlicher Gebiete und Gesellschaften, wie z.B. eines *Guatemala profunda*, vom Weltmarkt heutzutage Geschichte sei: „Globalisation meant the end of the remoteness of many places and an important increase of the regional place utility, mainly produced by the improvement of the spatial con-

nectivity. The new connectivity, strongly supported by telecommunications, affected natural and socio-cultural reserve areas, for instance highlands in the Andes” (Romero, 2000: 46).

Im Gegenteil: Gerade besonders abgelegene Gebiete erfahren die meist schonungslose Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen. Im Falle von Guatemala Gold, Öl, Kupfer und tropische Hölzer, aber auch die Bepflanzung mit Monokulturen (Ölpalme, Zuckerrohr), welche sich zum Gewinn von Agrotreibstoffen eignen. So hat beispielsweise die Goldmine der kanadischen Goldcorp im Departement San Marcos den rücksichtslosen Tagbau von Gold begonnen, entgegen der Ablehnung und dem späteren Widerstand mehrerer ansässiger und massiv betroffener Hochlandgemeinden, deren Kontakt zum Rest Guatemalas bis dahin eher bescheiden war. „Der Globalisierung der dörflichen Wirtschaft (als Wirtschaftsteilnehmer) stellen sich ohne Zweifel Widersprüche in den Weg, doch dem Diktat der Globalisierung der Wirtschaftseinflüsse kann sich das Dorf nicht mehr entziehen. Es bleibt zu fragen, wo in den Diskussionen die Menschen bleiben, die diese Unvereinbarkeiten durch ihren Alltag tragen müssen?“ (Birk, 1995: 78).

Genau diese Frage erscheint mir sehr zentral: Was bringt es, einem Ideal vom selbstbestimmten indigenen und mit der Erde verbundenen Leben am Lande anzuhängen, wenn die Realität der Menschen in den peripheren Räumen Guatemalas eine gänzlich andere ist? Ganz im Gegenteil meine ich sogar, dass es eines der häufigsten Ziele von Entwicklungskooperation in den letzten Jahren war, dass man den Menschen vor Ort Perspektiven eröffnen wollte, wie sie ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten erneut so gestalten könnten, dass diese ökologisch nachhaltig wären. In vielen Fällen wurde dabei auf Techniken zurückgegriffen, die dem ursprünglichen und artenreichen Maya-Gartenbau entsprechen, die aber mitunter in Vergessenheit gerieten. Auch Christine Vogt bestätigt, dass das heute betriebene Milpa-System oft nicht mehr dem traditionellen und damals nachhaltigen Landbau der Maya entspräche: „Es ist daher ziemlich unwahrscheinlich und vielleicht auch nicht wünschenswert, dass mit der Renaissance der Maya-Kultur der letzten Jahre eine erfolgreiche agrarische Restaurationsbewegung eingeleitet werden kann. Denn die ursprünglichen Landnutzungssysteme bauten auf einem qualitativ und quantitativ besseren Angebot der zu bewirtschaftenden Flächen auf, und sind auch bei weitem nicht allen heute lebenden Nachfahren bekannt“ (Vogt, 1999: 135).

Brunner, Dietrich und Kaller zeigten sich aber - das muss man auch einmal festhalten - stets diskussionsfreudig und ich hoffe, sie verstehen meine Kritik in diesem Sinne als einen späten

Diskussionsbeitrag. So ließen sie z.B. auch jene in ihrem Buch zu Wort kommen, deren Entwicklungshilfe sie selbst zuvor kritisiert hatten.

Eine Stellungnahme des IIZ (Institut für Internationale Zusammenarbeit, eines der drei Gründungsmitglieder von Horizont3000, die am 1.1.2001 fusionierten) fasst relativ kompakt jenes Unbehagen zusammen, welches auch ich empfinde, wenn ich postdevelopmentalistische Plädoyers für die völlige Abschaffung von EZA lese: „Uns stört die Relativierung des Armutsbegriffs, das Weg-Erklären der Armut zu einem in den Sozialwissenschaften umstrittenen, weil »schwammigen« Begriff, ein Definitionsproblem nur, die abwertende Beschreibung eines bestimmten Zustandes, der, wenn man der Argumentation der Autoren folgt, wohl so schlimm nicht sein kann. Dahinter steht die in unseren Augen naive Ansicht, dass es vorwiegend eine Art »idyllische« Armut gibt, die man am besten nicht durch die Oktroyierung kulturfremder materieller Bedürfnisse stören soll. Nun mag es ja diese traditionsbewussten, wohlfunktionierenden, materiell bescheidenen Gesellschaften noch geben, die selbstgenügsam außerhalb des Weltwirtschaftssystems existieren. Ihre Zahl ist außerordentlich gering, und sie sind niemals die Objekte unserer Bemühungen“ (IIZ, zitiert nach Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 301).

Meine Erfahrung entspricht eher dem, was die drei AutorInnen im ersten der beiden nun folgenden Sätze im Epilog beschrieben: „Oft waren unsere Freunde so hilflos wie wir und baten uns, doch ein Entwicklungshilfeprojekt zu fördern, an die österreichischen Stellen heranzutreten und diese um - wirtschaftliche - Entwicklungshilfe zu bitten.“ Aber dann folgt der absolut widersprüchliche Satz: „Sie wussten ebenso wie wir, daß das nichts hilft – daß Entwicklung etwas ist, von dem man zwar nicht weiß, was es ist, wozu man aber nicht gehören will.“ (Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 272). Dies kann ich keineswegs bestätigen. Ich traf niemanden in Guatemala, der sich nicht auch eine gewisse Verbesserung seiner ökonomischen Situation gewünscht hätte. Ganz im Gegenteil!

Im Grunde wird hier die damals gängige, bevormundende und paternalistische Methode der Entwicklungshilfe mit einem Wertesystem vertauscht, das in ebenso bevormundender Weise jede Form von Entwicklung als gefährlich ablehnt und selbst jenen, die Entwicklung erbitten, normativ zu verstehen gibt, dass es sich dabei um einen unangebrachten, ja vielleicht sogar unanständigen Wunsch handle. Doch wer berechtigt Esteva, Brunner und Co. eigentlich dazu, im Namen aller Menschen im Süden zu sprechen? Zu Recht wissen sie selbst, dass nur die betroffenen Menschen vor Ort bestimmen sollten, wohin sie sich entwickeln wollen.

Der nachfolgenden Aussage stimme ich daher wiederum voll inhaltlich zu. Auch wenn diese nur anhand des Teilbereiches Bildung erläutert wird, so ist sie doch auf die gesamte Entwicklungsdebatte übertragbar. „Österreich muß ihnen zugestehen, daß sie ihre Erziehung nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten. Man darf an sie also weder die Anforderung stellen, sich modernisierend zu »entwickeln«, noch darf man erzürnt sein, wenn sie nicht nach unserer Vorstellung vom »schönen Wilden« leben. Ob es zum Bewußtsein eines Indio paßt, zu schreiben, Maschine zu schreiben oder einen Computer zu benutzen, kann nur er selbst entscheiden. Wir müssen ihre Traditionen bei unseren Kontakten mit ihnen nicht nur berücksichtigen, sondern voll respektieren. Das schließt ein, daß wir ihnen allein überlassen, was sie damit machen“ (Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 265).

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass ich die vorgebrachte Kritik an den althergebrachten Praktiken der EZA an und für sich und der bis dahin angewandten ÖEZA in Guatemala im Speziellen, für außerordentlich berechtigt und weitestgehend nachvollziehbar halte (siehe auch Kap. 5.2). Durch berechtigte Einwände können und sollen eingefahrene Muster aufgezeigt werden. Dabei sind die bisher genannten AutorInnen ja längst nicht die einzigen Kritiker der EZA und sehr häufig bestätigt sich das, was wir auch schon zuvor von Andrea Eberl hörten, dass nämlich die Kritik an der staatlichen EZA zumeist heftiger ausfällt, als an jener der privaten Organisationen des Nordens, die mit NGOs des Südens kooperieren.

So ist es auch bei Kesselring, wenn er die elf großen Fehler der bisherigen (öffentlichen) EZA zusammenfasst, von denen ein Gutteil überhaupt nur die staatliche EZA betrifft (vgl. Kesselring, 2003: 207-211). Im Anschluss an diese Aufzählung fasst er die wichtigsten Erkenntnisse noch einmal zusammen: „Dass es dabei bestimmte Fehler zu vermeiden gilt, ist weitestgehend klar; ebenso, welche diese Fehler sind: (1) eine Planung ohne ausreichende Kenntnis der geographischen und kulturellen Verhältnisse, auf die man einwirken möchte; (2) das Operieren mit allzu großen Geldbeträgen; (3) die Verwechslung von Entwicklungszusammenarbeit mit einem *Deal*, auf den sich die Geberseite nur einlässt, wenn sie davon unmittelbar profitiert. (4) Maßnahmen aller Art, die bestehende Ungleichheiten verschärfen“ (Kesselring, 2003: 212).

Angesichts der Fülle an Problemen, stellt man sich (ebenso wie Kesselring) zwangsläufig die Frage, ob ein gänzliches Verwerfen der EZA, wie von Esteva eingefordert, nicht doch einerseits sinnvoller und andererseits zumindest einfacher wäre als das mühsame Ringen um eine

Verbesserung der bestehenden Zusammenarbeit. Ein Bisschen resignativ klingt vordergründig auch das folgende Zitat von Marcus Power, wenn er schreibt, man müsse lernen, mit Entwicklung zu leben, als handle es sich dabei um eine unvermeidbare Krankheit: „The post-development »project« seeks, in part, the reclaiming and pluralisation of modernity and its complex genealogies. In this sense we might also explore the possibility of learning to live with development by criticising and changing it rather than by simply rejecting and discarding it” (Power, 2003: 229). Ich bin tatsächlich der Meinung, dass Entwicklung unvermeidbar ist, dass es keine Alternative zu Entwicklung gibt, was ich im folgenden Kapitel noch ausführlich darlegen werde.

In Wahrheit geht es also auch bei dieser Diplomarbeit um jenen von Power im obigen Zitat geforderten Kompromiss. Aus einer Analyse der bestehenden Strukturen der EZA soll konstruktive Kritik an eben diesen formuliert werden. Die Kritik soll daraufhin den Verantwortlichen für diese Strukturen zurückgespielt werden, sodass sie in Zukunft die Ausrichtung der ÖEZA in Guatemala entsprechend nachjustieren könnten, wenn, wie ich hoffe, der Wille dazu besteht. Hierzu ist eine intensive Auseinandersetzung mit den schärfsten Kritikern von EZA an sich notwendig, was ich im hiermit zu Ende gehenden Kapitel versucht habe und was auch weiterhin ein Bestandteil dieser Arbeit sein wird. Auf diesem Weg kann man gewiss auf ehrliche Art und Weise, um es mit den Worten von Kesselring zu sagen, aus den Fehlern der bisherigen Entwicklungsprojekte lernen, aber den Blick dennoch nach vorne richten, um durch die Kritik und den Dialog mit anderen Ansichten schlussendlich zu einer kontinuierlichen Verbesserung der ÖEZA beizutragen.

Gute Ratschläge ergeben sich aus der Analyse der Fehler im Grunde von selbst. Es geht also für die Verantwortlichen nur um die Akzeptanz von kritischen Anmerkungen und die nachfolgende Umsetzung von vorgebrachten Ideen. Allenfalls sinnvoll erscheint mir die nun folgende Aufzählung an Vorschlägen: „Die Projekte müssen (a) kleinflächig sein und (b) unter örtlicher Leitung stehen; (c) die betroffene Bevölkerung muss beteiligt werden, die Projektpartner müssen (d) in der Durchführung flexibel und zudem (e) bereit sein, aus Fehlern zu lernen. Die besten Ergebnisse hat Entwicklungszusammenarbeit dort erzielt, wo sie sich in kleinen Dimensionen abspielt und wo sie in der Hand von überschaubaren oder kleinen Organisationen liegt: *Small is beautiful*“ (Kesselring, 2003: 212).

2.3 Entwicklung definieren, um Entwicklung zu gestalten

Ich möchte an dieser Stelle nicht allzu lange darauf eingehen, dass Entwicklung ein prägender Begriff der Moderne war. Und dass damit vordergründig technologischer Fortschritt, daraus resultierendes wirtschaftliches Wachstum und ein beinahe automatischer Anstieg des allgemeinen Wohlstandsniveaus gemeint war (vgl. Südwind, 2011). Ich gehe aber davon aus, dass diese simplen, ja scheinbar geradezu mechanisch funktionierenden, modernisierungstheoretischen Erklärungsversuche als gescheitert angesehen werden dürfen. In dieser Hinsicht halte ich es ganz mit den Post-Developmentalisten. In einer anderen Hinsicht darf ich mich Axel Borsdorf anschließen, der die Subjektivität von „Entwicklung“ erkannte: „Der Entwicklungsbegriff ist weder allgemeingültig definierbar noch wertneutral, er ist von individuellen oder kollektiven Wertvorstellungen beeinflusst und ist von Raum und Zeit abhängig“ (Borsdorf, 1989: 7). Auch ich will am Ende dieses Kapitels versuchen, meine eigene, subjektive Definition von Entwicklung etwas ausführlicher darzulegen.

Obwohl ich eingangs meinte, dass das modernistisch-kapitalistische Verständnis von Entwicklung gescheitert sei, gilt es festzuhalten, dass dieses nach wie vor ausgesprochen wirkmächtig ist und ich vermute, dass dies in erster Linie damit zu tun hat, dass simple Modelle zur Abbildung der Realität leicht nachvollzogen werden können, widersprüchliche Überlegungen hingegen eine tiefschürfende Beschäftigung erfordern. In zweiter Linie hat es damit zu tun, dass durchaus wirtschaftliches Interesse daran besteht, dass die Illusion von nachholender Entwicklung aufrecht bleibt. Gescheitert erscheint sie mir aber deshalb, weil die Realität augenscheinlich wesentlich komplexer war und ist, simple Lösungen daher nicht ausreichen, um für eine Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen gleichzeitig zu sorgen. Das beweisen nicht zuletzt die Resultate der vergangenen sechs Dekaden seit der Antrittsrede von Präsident Truman, am 20. Jänner 1949, die von vielen Autoren als Startschuss für die weltweite Einteilung in entwickelte und unterentwickelte Länder gilt.

„In other words, development is what constructs the contemporary Third World, silently, without our noticing it. By means of this discourse, individuals, governments and communities are seen as «underdeveloped» (or placed under conditions in which they tend to see themselves as such), and are treated accordingly” (Escobar, 1992: 23).

In den Jahrzehnten, die zwischen Trumans Rede und dem obigen Zitat liegen, war es nur einigen wenigen Ländern des Südens - und dann auch nur unter sehr speziellen Konditionen –

erlaubt, zum „Entwicklungsniveau der führenden Länder des Nordens“ aufzuschließen. In den meisten Fällen hat sich eine derartige „nachholende Entwicklung“ nur unzureichend eingestellt und die Positionierung der Länder des Südens zu den Ländern des Nordens hat sich in den internationalen Rankings niemals umgekehrt. Sehr wohl gibt es Aufsteiger innerhalb der Gruppe der Länder des Südens (man denke nur an die Asiatischen Tigerstaaten), wie auch Absteiger in der Gruppe der höher entwickelten Länder. In vielen Fällen, speziell in Afrika südlich der Sahara, hat sich die „Unterentwicklung“ im direkten Vergleich mit den USA, Mitteleuropa oder insbesondere den Ländern Skandinaviens sogar noch verschärft, obwohl gleichzeitig substantielle Fortschritte erzielt wurden.

Ich benütze an dieser Stelle ganz absichtlich abgedroschene Phrasen des Entwicklungsdiskurs, um damit aufzuzeigen, dass man mit gutem Recht behaupten kann, dass „Entwicklung“ ihre Unschuld eingebüßt habe. Oder wie es Herret recht übersichtlich zusammenfasste: „Das als »Entwicklung« titulierte Programm der Universalisierung des westlichen Lebensstils für die ganze Welt hat für die Länder des Südens nicht zu einem Aufholprozess geführt, sondern hat die bestehende Kluft zwischen dem »reichen Norden« und dem »armen Süden« nur vergrößert, sowie zur Zerstörung der Natur und zur Auslöschung von Kulturen geführt“ (Herret, 2007: 18). Die Versprechen der 1950er, -60er und -70er Jahre wurden niemals erfüllt.

Peet und Hartwick erklären folgender Maßen, wie die Modernisierungstheorie konzipiert war und streichen dabei insbesondere hervor, warum sie heute ökologisch untragbar geworden ist: „Third World countries »develop« by copying the model of industrialization already set by the example of the First World countries. Thus modernization and development are captured by a single historical experience repeated eternally at the »end of history« (in terms of lack of temporal change) and the »end of geography« (in terms of lack of spatial variation). Yet it is clear that neither history nor geography have really »ended«. The existing process of modernization cannot possibly continue. If successful, it would lead to a five- or sixfold increase in global incomes, consumption, resource use, and pollution of natural environments already strained beyond capacity. Such an increase shows the natural impossibility of end-lessly copying the Western model – continue the process and human history will really end!“ (Peet u. Hartwick, 1999: 195).

Gustavo Esteva, Arturo Escobar und andere Post-Developmentalisten sprachen also völlig zu Recht am Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre davon, dass sich Entwicklung in einer tiefen Krise befände. Escobar meinte: „...the present crisis does not call for a »better«

way of doing development, not even for »another development«. A critique of the discourse and practice of development, however, can help clear the ground for a more radical collective imagining of alternative futures” (Escobar, 1992: 22).

Cowen und Shenton wiesen zu Recht darauf hin, dass sich mit den allermeisten Entwicklungsdefinitionen, die Entwicklung als Wachstum oder Fortschritt interpretieren, zusätzlich auch noch ein tautologisches Problem ergibt. Denn bei all diesen Sichtweisen wird Entwicklung (also Fortschritt, Wachstum, Verbesserung,...) als Mittel zur Zielerreichung mit dem Ziel selbst (nämlich Entwicklung) gleichgesetzt (vgl. Cowen u. Shenton, 1996: 4).

Wenn ich also behaupte, dass wir uns getrost von diesen simplen modernistischen Gedanken verabschieden dürfen, stellt sich gleichzeitig die Frage, ob alternative Lösungsvorschläge vorliegen. Nun, Peet und Hartwick trafen eine grobe Unterscheidung in zwei kritische Strömungen, die eine Alternative zur modernistisch-kapitalistischen Betrachtungsweise darstellen wollen. „Two kinds of critique contend on the left: critical modernism (sometimes called radical humanism or socialist feminism, both generally inspired by socialist ideas); and postmodernism (including many poststructural ideas, much of postcolonialism, and parts of feminism). The two differ fundamentally in their mode of criticism: critical modernism criticizes material power relations in order to change them; postmodernism criticizes discourses and ideas to undermine their modern certainty. The two differ also regarding the possibilities of development: critical modernism hopes to transform development, post-modernism intends to abandon it. These differences derive not only from the nature of the respective critiques (...), but derive also from differences concerning the social object that forms the target of criticism: modernism or capitalism. Modernism is understood mainly in discursive terms, capitalism as a system of class power” (Peet u. Hartwick, 1999: 199).

Die aktuelle entwicklungspolitische Debatte jenseits des modernistisch-kapitalistischen Paradigmas pendelt also bis heute zwischen totaler Ablehnung von Entwicklung (siehe das Zitat von Escobar weiter oben und Kapitel 2.2) und einer mannigfaltigen Suche nach neuen Bedeutungen des Entwicklungs-Begriffes im Rahmen einer kritischen Auseinandersetzung und dem Versuch einer Neu-Interpretation. Doch was genau dürfen wir eigentlich unter Postmoderne verstehen? Eine Erklärung liefert Andreas Novy: „Am besten können die vielfältigen Strömungen und Zielsetzungen mit dem Begriff der Postmoderne zusammengefasst und damit bei aller Unterschiedlichkeit eine Reihe von Gemeinsamkeiten beschrieben werden. Die Postmoderne ist eine philosophische Strömung, die sich gegen die durch die Moderne produzierte

Vereinheitlichung stellt. Sie fordert Vielfalt, ein friedliches Nebeneinander unterschiedlicher Theorien, Weltsichten, moralischer Standards und Kulturen“ (Novy, 2007: 23).

Die allermeisten Autoren sind sich darin einig, dass Arturo Escobars wichtigster Beitrag zur Entwicklungsdebatte das konsequente Hinterfragen des Entwicklungsdiskurses und der Entwicklungspraxis an sich, ganz in der Tradition von Foucault, war. „Indeed, one of the most powerful texts on development of the last two decades was anthropologist Arturo Escobar’s *Encountering Development* (Escobar 1995), the culmination of this effort to bring Foucauldian approaches to development theory“ (Bebbington, 2002: 124).

Escobar zeigt dadurch auf, dass es sich dabei um einen hegemonialen Akt der Machtausübung über die Gesellschaften im Süden handelte und bis zu einem gewissen Grad bis heute handelt. Er meint, dass es gerade dadurch, dass der Entwicklungsdiskurs alle Gesellschaftsbereiche durchdrungen hat, beinahe unmöglich sei, aus diesem Denkschema auszubrechen und sich alternative Lebensentwürfe jenseits von Entwicklung vorzustellen. „This crisis in developmentalist discourse can be seen in at least two ways: on the one hand, the inability of critical thought and most social forces to imagine a new domain which finally leaves behind the imaginary of development, and which transcends development’s dependence on Western modernity and historicity...“ (Escobar, 1992: 21). Wobei auch Arturo Escobar den Vorschlag eines alternativen Paradigmas stets schuldig blieb.

Seiner Meinung nach muss dieser auch gar nicht einheitlich formuliert sein und darf gerade darin bestehen, dass die sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens - hierbei geht er insbesondere von seinen Beobachtungen in Lateinamerika aus - eine Unzahl von alternativen Gegenentwürfen hervorbringen. Weswegen diese Akteure auch eine ganz besondere Stellung in seinen Vorstellungen einnehmen: „...and, on the other, the emergence of a powerful social movement discourse which, although still unclear about its possible directions, has quickly become a privileged arena for intellectual inquiry and political action“ (Escobar, 1992: 21).

Ganz im Sinne einer solchen Postmoderne der unterschiedlichsten Lebensentwürfe jenseits von modernistischer Entwicklung sehe ich aber auch die Idee der jeweils angepassten, niemals uniformen *sustainable livelihoods*. Umgekehrt bin ich mir nicht ganz sicher, ob die Hoffnungen, die Anfang der 1990er Jahre in die sozialen Bewegungen des Südens gesteckt wurden, nicht etwas übertrieben waren. Ich meine hingegen, dass gerade dadurch, dass man

sich nicht auf einen hegemonialen Gegenentwurf zu Entwicklung geeinigt hat bzw. einigen konnte, die Bedeutung des Wortes *Entwicklung* bis heute ungebrochen weiterbesteht.

Der entscheidende Beitrag der Post-Developmentalisten war daher auch nicht die faktische Etablierung einer Post-Development-Ära, sondern dass der Entwicklungsdiskurs durch die Auseinandersetzung mit der harschen Kritik, zumindest bis zu einem gewissen Grad, die Abhängigkeit von den westlich geprägten Vorstellungen der Moderne und von der Idee der Vorbildfunktion der Ersten Welt für die Dritte Welt abstreifen konnte. Nachdem uns aber niemals ein anderer Ausdruck angeboten wurde, mit dem wir die vielfältigen Hoffnungen auf eine bessere, weil lebenswertere Zukunft benennen hätten können, blieb das Wort der *Entwicklung*, wie ein Relikt aus einer anderen Zeit, wie eine entleerte Worthülse, erhalten.

Marcus Power meint, dass der Zugang von Peet u. Hartwick zu Entwicklung wertvoll sei: "This approach tries to go beyond the neglect of the material realities of deprivation in post-development writings and foregrounds practice and action rather than representation. What is particularly useful about this approach is that it seeks to differentiate various types of developmentalism rather than seeing all forms as inherently "bad" and negative." Und etwas weiter: "This would therefore involve a dialogue with these critical traditions of Marxist, feminist and post-structural critiques and would retain a belief in the potential, rather than the present practice, of development" (Power, 2003: 229).

Wenn die Postmoderne tatsächlich Vielfalt fordert, dann sind gewiss auch derlei kritisch-modernistische Neu-Interpretationen zulässig, welche die Worthülse *Entwicklung* mit neuen Bedeutungen befüllen. Ich persönlich kann der Vielfalt an Bedeutungen, die in der alten Hülle Platz finden jedenfalls einiges abgewinnen, entdecke ich doch in manch einer Definition einen Teil davon, wie ich selbst Entwicklung definieren würde. Oft gehen derlei fremde Definitionen aber auch weit darüber hinaus, welche Aspekte ich wohl berücksichtigt hätte und bereichern dadurch meinen kritisch-modernistischen Gedankenhorizont. Daher möchte ich mich im Folgenden darauf konzentrieren, Definitionen vorzustellen, die dem Entwicklungsbegriff Bedeutungen beimessen, die jenseits des klassischen modernisierungstheoretischen Gedankenguts liegen, die den Begriff aber zumindest nicht gänzlich verwerfen.

Eine durchwegs sympathische Definition von Entwicklung verfasste die Südkommission von 1990, welche sich ausschließlich aus VertreterInnen der Länder des Südens von Ägypten bis West-Samoa zusammensetzte: „Nach unserer Auffassung ist Entwicklung ein Prozeß, der es

den Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen. Sie ist ein Prozeß, der die Menschen von der Angst vor Armut und Ausbeutung befreit. Sie ist der Ausweg aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung. Erst durch Entwicklung erlangt die politische Unabhängigkeit ihre eigentliche Bedeutung. Und sie ist ein Wachstumsprozeß, eine Bewegung, die im Wesentlichen in der Gesellschaft entsteht, die sich entwickelt. Entwicklung ist daher gleichbedeutend mit wachsender individueller und kollektiver Eigenständigkeit. Grundlage für die Entwicklung einer Nation müssen ihre eigenen personellen und materiellen Ressourcen sein, die im vollen Umfang für die eigenen Bedürfnisse genützt werden. Von außen gewährte Unterstützung kann die Entwicklung fördern. Doch um diese Wirkung zu erreichen, muß die Hilfe in die nationalen Anstrengungen integriert und für die Zwecke derer eingesetzt werden, für die sie gedacht ist“ (Stiftung Entwicklung und Frieden, 1991: 34).

Post-Developmentalisten würden dieser Definition wohl entgegenhalten, dass Entwicklung bisher vor allem einmal zur Selbstwahrnehmung als „arm“ geführt, dass sie immer neue Formen von Abhängigkeit hervorgebracht und somit eigentlich zu einem Verlust von Menschenwürde geführt habe. Demgegenüber wurde *Guatemala profunda* als eine würdevolle Lebensweise beschrieben. Gegen die Menschenwürde an sich hätten sie daher wohl kaum etwas einzuwenden. Der Teil der obigen Definition über die „Grundlagen von Entwicklung“ könnte in einer dogmatischen Auslegung auch dahingehend interpretiert werden, dass der Handel zwischen den Nationen gänzlich unterbunden werden sollte, um eine eigenständige Entwicklung der Länder im Süden zu fördern.

Etwas bodenständiger sieht die Definition des Geographen Fred Scholz aus, der dabei wohl weniger den allgemeineren Entwicklungsprozess, sondern vielmehr Entwicklung durch Eingriffe Außenstehender vor Augen hatte: „Danach muss Entwicklung heißen: erstens regionspezifische Überlebenssicherung und zweitens langfristige Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse auf der Basis nachhaltiger Nutzung lokal vorhandener natürlicher und sozialer Ressourcen und unter selbsthilfeorientierter Partizipation der Bevölkerung. Sie muss auf Gleichheit, Freiheit, Menschenwürde, politische/demokratische Beteiligung, Solidarität und (kulturelle) Toleranz gerichtet sein“ (Scholz, 2004: 18).

Brunner, Dietrich und Kaller würden dieser Definition wahrscheinlich entgegenhalten, dass die einstweilige Konzentration auf die Überlebenssicherung der Sicht des Außenstehenden auf die Ernährungsweise eines marginalisierten Teils der Bevölkerung (in ihrem Fall *Guate-*

mala profunda) entspringe, wohingegen die Subsistenzwirtschaft, zumindest laut ihrer Definition, völlig ausreiche um das Überleben, nein sogar ein erfülltes Leben zu sichern. Erst die Zerstörung solch angepasster Lebensweisen ziehe hingegen den Verlust von Nahrungssicherheit nach sich. Überlebenssicherung wäre demnach bestimmt kein Teil von Entwicklung, sondern maximal ein Aspekt von akuter Katastrophenhilfe. Demgegenüber kann man bei Scholz sehr eindeutig den Einfluss des Nachhaltigkeitsgedankens herauslesen. Aber er versteht wohl Überlebenssicherung nicht so sehr als zeitlich beschränkte Hilfe zum physischen Überleben einer bestimmten krisenhaften Situation, sondern eher als *resilience* (Widerstandsfähigkeit) gegenüber Krisen und (Natur-)Katastrophen im Allgemeinen.

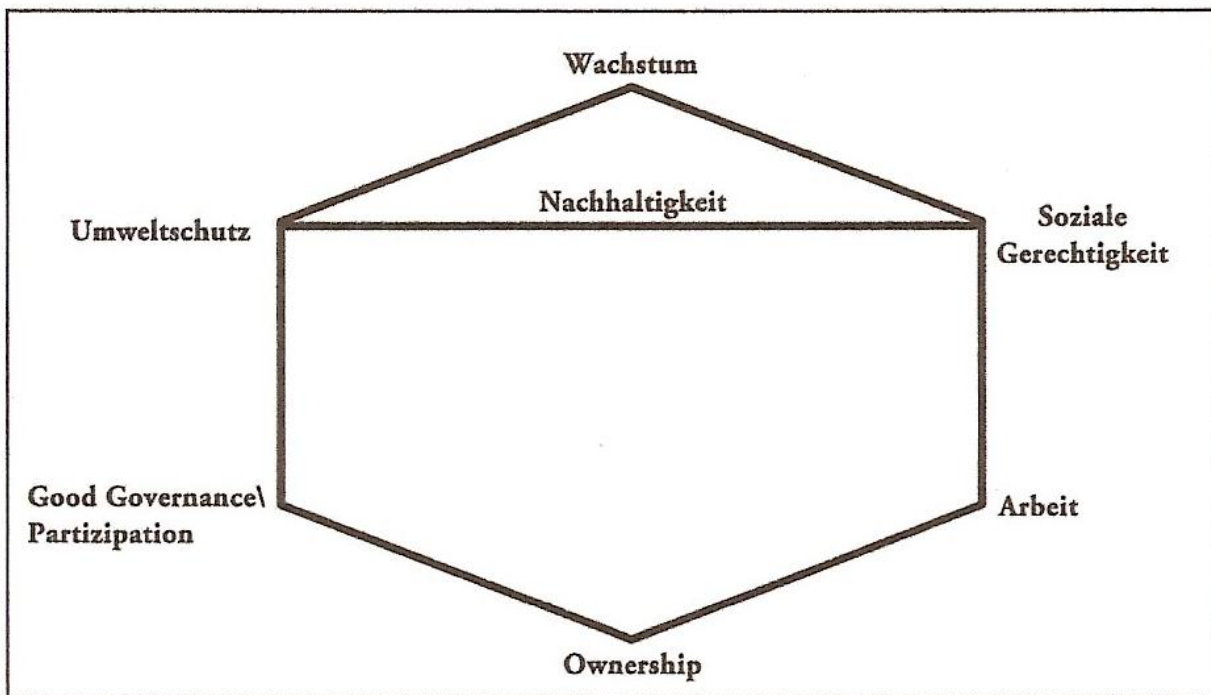
Beiden vorhin genannten Definitionen gemein ist jedenfalls die Zentralität der menschlichen Würde. Ich denke, dass man sich auf diesen Aspekt einigen kann, denn er wird von den Autoren diverser Strömungen gleicher Maßen ins Feld geführt. Doch wie hat ein menschenwürdiges Leben auszusehen? Und ab wann kann man von einem unwürdigen Dasein nach menschlichem Ermessen sprechen? Allenfalls würde ich meinen, dass ein würdevolles Leben auch das Recht auf Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen mit einschließen sollte.

Doch noch eine weitere Gemeinsamkeit ließe sich herauskristallisieren, wenn man das nächste Zitat aufmerksam studiert: „Wirkliche Entwicklung muß sich am Menschen orientieren. Sie muß auf die Entfaltung des menschlichen Potentials und die Verbesserung des sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehens des Volkes gerichtet sein. Und sie muß so konzipiert sein, dass sie das gewährleistet, was die Menschen selbst als ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen betrachten“ (Stiftung Entwicklung und Frieden, 1991:35). Gerade der letzte Satz weist auf den Punkt der Selbstbestimmung des Entwicklungsprozesses hin. Scholz deutet diese wichtige Bedingung für wahrhafte Entwicklung durch die Erwähnung von politischer und demokratischer Teilhabe (Partizipation) der Menschen am Entwicklungspfad an. Im obigen Zitat geht es eher um die Verfolgung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Nur wenn die Entwicklung ihren eigenen Interessen entspricht, werden sie bereit sein, für die ablaufenden Prozesse *Ownership* zu übernehmen. Aber es gibt ganz gewiss noch viele weitere Aspekte von Entwicklung, auf die sich die allermeisten Wissenschaftler einigen könnten.

Nohlen u. Nuscheler hatten 1993 im ersten Band ihres Handbuchs der Dritten Welt, das sogenannte „magische Fünfeck der Entwicklung“ vorgestellt. "Einen allumfassenden Entwicklungsbegriff definierend sprechen Nohlen und Nuscheler von einem "magischen Fünfeck" von Entwicklung, das Wirtschaftswachstum, Arbeit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Partizipa-

tion und Demokratie und schließlich Unabhängigkeit und Eigenständigkeit umfasst. Im Gefolge dieser Überlegungen entstand eine Vielzahl von Entwicklungsindikatoren, mittels der die Fixierung auf das Pro-Kopf-Einkommen kritisiert wurde" (Novy, 2007: 143). Franz Nuscheler ergänzte das magische Fünfeck 2005 um die „Dreifaltigkeit der Nachhaltigkeit“, also Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, fügte dem Fünfeck auch noch den Umweltschutz hinzu und gelangte auf diesem Weg zu einem entwicklungspolitischen Hexagon (vgl. Nuscheler, 2005: 246). Siehe hierzu Abbildung 3.

Abb. 3: Das entwicklungspolitische Hexagon von Franz Nuscheler



Quelle: Nuscheler, 2005: 247

Trotz alldem spielt auch hier die Wirtschaft nach wie vor eine wichtige Rolle und so geht auch das Pro-Kopf-Einkommen weiterhin in alternative Berechnungsmethoden des Entwicklungsstands ein. So auch in den Human-Development-Index (HDI). Die Wirtschaft, ihr Wachstum bzw. die Verteilung des Wachstums auf die Wohnbevölkerung eines Landes hat also noch immer einen starken Einfluss auf Entwicklungspolitik und wird daher auch in meiner Arbeit Berücksichtigung finden, wenngleich mir natürlich bewusst ist, dass es für Entwicklung im besten Sinn des Wortes weit mehr braucht, als eine bloße Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens in einer bestimmten räumlichen Einheit (siehe hierzu Kap. 4.1).

Ein wichtiges Ziel von Entwicklung ist laut dem entwicklungspolitischen Hexagon soziale Gerechtigkeit. In der Praxis wissen wir aber, dass nicht einmal in den sogenannten entwickel-

ten Ländern absolute soziale Gerechtigkeit herrscht. Ab welchem Grad von Gerechtigkeit dürfen wir dann realistischer Weise davon ausgehen, dass das Ziel bereits erreicht wurde? „Ein gesellschaftliches System ist also gerecht, wenn es allen Bürgern das gleiche Ensemble an Grundrechten bietet, wenn faire Chancengleichheit (gleicher Zugang zur Ausbildung und gleiche soziale Aufstiegschancen) erfüllt und wenn im übrigen die Gesellschaft so organisiert ist, dass es den am meisten Benachteiligten besser geht, als es ihnen erginge, wenn die Gesellschaft anders organisiert wäre“ (Kesselring, 2003: 72).

Eine Seite davor erklärt Kesselring, dass Chancengleichheit (nach Rawls Verständnis) weder Egalität noch gleiche Besitz- oder Einkommensverhältnisse bedeuten kann. Es gehe hingegen darum, allen Menschen die gleichen Berufs- und Karrierechancen zu ermöglichen, unabhängig von deren sozialer Stellung. Gegen Ende des Buches nimmt Kesselring zum Thema der Gerechtigkeit durch Entwicklungshilfe ganz spezifisch Stellung: „Entwicklungszusammenarbeit soll das Los der am meisten Benachteiligten verbessern helfen. Je prekärer die Lebensbedingungen einer sozialen Gruppe, desto mehr Gewicht hat ihr Anspruch auf Unterstützung“ (Kesselring, 2003: 238). Da ich in diesem Punkt gänzlich einverstanden bin mit der Ansicht Kesselrings, ist es ja auch ein erklärtes Ziel dieser Arbeit zu überprüfen, ob dies in der Praxis der ÖEZA in Guatemala zutrifft.

Die bahnbrechende Definition von Entwicklung durch Amartya Sen, in seinem vielzitierten Werk „Development as Freedom“ oder, meiner Meinung nach, etwas unglücklich übersetzt als „Ökonomie für den Menschen“, zielt darauf ab, dass wahrhafte Entwicklung als ein Prozess der Erweiterung von realen Freiheiten der einzelnen Menschen verstanden wird. Dabei erkennt er aber auch die doppelte Bedeutung von Freiheit als Zweck und gleichzeitig auch als Mittel von Entwicklung an: „Freiheiten sind nicht nur das primäre Ziel von Entwicklung, sie zählen auch zu den prinzipiellen Voraussetzungen ihrer Verwirklichung“ (Sen, 1999: 22). Ökonomisches Wachstum kann für ihn auch ein Mittel zur Erreichung von Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sein, doch er räumt Lebensqualität einen wesentlich prominenteren Platz ein, als dem durchschnittlichen Einkommen des Einzelnen. Er meint nämlich: „Entwicklung im Sinne der Erweiterung gewichtiger Freiheiten zu begreifen lenkt den Blick auf ebendie Zwecke, die Entwicklung so wichtig machen, statt nur auf einige der Mittel, die unter anderen eine herausragende Rolle in dem Prozeß spielen“ (Sen, 1999: 13). Und er nennt fünf Arten von instrumentellen Freiheiten, die zur Gesamtfreiheit der Menschen beitragen können: politische Freiheiten, ökonomische Einrichtungen (oder der Zugang zu öko-

nomischen Ressourcen), soziale Chancen, Transparenzgarantien (oder gegenseitiges Vertrauen) und soziale Sicherheit (vgl. Sen, 1999: 52).

Besonders begreiflich wird seine Vorstellung von Entwicklung, wenn er sie als Überwindung von Unfreiheit darstellt. „Entwicklung fordert, die Hauptursachen von Unfreiheit zu beseitigen: Armut wie auch Despotismus, fehlende wirtschaftliche Chancen wie auch systematischen sozialen Notstand, die Vernachlässigung öffentlicher Einrichtungen wie auch die Intoleranz oder die erstickende Kontrolle seitens autoritärer Staaten.“ (Sen, 1999: 13). Obwohl diese Liste natürlich nur eine beschränkte Auswahl an Beispielen für Unfreiheiten darstellt, entsteht doch vor dem inneren Auge ein weitreichenderes Bild davon, wie die Sen'sche Entwicklung zu verstehen sei.

Auch Bebbingtons Entwicklungsverständnis dürfte klare Übereinstimmungen mit jenem von Amartya Sen aufweisen. Er selbst weist auf diese Verbindung bzw. auf den Einfluss Amartya Sens hin. Er spricht aber nicht von der Beseitigung von Unfreiheiten, sondern von einer gerechten Verteilung von Möglichkeiten und vom Zugang zu Entwicklungschancen. In Guatemala würde dies u.a. bedeuten: Zugang zu unabhängiger Rechtsstaatlichkeit, sowohl im individuellen Rahmen, wie auch auf nationaler Ebene! Es erscheint mir dieser Aspekt besonders wichtig für ein Land in dem laut der Ombudsstelle für Menschenrechte (*Procuraduría de Derechos Humanos* – PDH) in Guatemala 97% der begangenen Verbrechen niemals juristisch behandelt werden. Nur in einem einzigen Prozent kommt es jemals zu einer Verurteilung, denn weitere zwei Prozent der Fälle führen zu keinerlei Schuldspruch (vgl. Cabanas, 2008: 3).

Ganz ähnlich sieht dies auch Andreas Novy, bei dem ich ein Seminar zum Thema der Gestaltungsmöglichkeit von Entwicklung besuchen durfte. Es waren gerade die damals geführten Diskussionen, welche mich zu meinem heutigen Verständnis von Entwicklung hinleiteten. Einige Erkenntnisse des damaligen Seminars wurden publiziert (Novy, 2007).

Novy verwendet in seiner Einleitung das vom griechischen Philosophen Heraklith stammende Bild eines Flusses, um die Dialektik von Wandel und Beharrung in Entwicklungsprozessen zu erläutern. Selbst wenn man nur drei Monate später in denselben Fluss steigt, wird sich dieser, nicht zuletzt saisonal bedingt, verändert haben, wohingegen der Fluss nach wie vor der gleiche ist oder zumindest denselben Namen tragen wird (vgl. Novy, 2007). Im Folgenden möchte ich dieses Bild vom Fluss um ein paar weitere Denkweisen von Entwicklung bereichern.

Um aber meine Gedanken verständlich zu machen, habe ich lange nach Analogien gesucht, die in das gleiche Bildnis passen könnten.

Aus meiner Sicht besagt das generelle Bild vom Fluss zweierlei: Nämlich erstens, dass Entwicklung ständig stattfindet, dass dies aber noch lange nicht heißt, dass die durch sie hervorgerufenen Veränderungen positiv sein müssen und schon gar nicht für alle Involvierten gleicher Maßen. Zweitens verläuft sie zumeist innerhalb eines gewissen Rahmens (in diesem Fall innerhalb des Flussbetts), der für die Beharrung gesellschaftlicher Systeme steht. Doch wie wir gerade aus der Physiogeographie wissen, verändern sich auch Flussläufe. Zumeist verändern sie sich langsam und stetig, graben sich tiefer ein oder mäandrieren und untergraben dabei die einengenden Prallhänge. Manchmal durchsägen sie aber auch ganze Gebirgsketten und bahnen sich somit gänzlich neue Wege. Genau solche Phänomene könnten als Analogien zu gewaltigen gesellschaftlichen Umbrüchen gesehen werden. Ich würde nun vorschlagen, dass wir die weiter oben beschriebene Form als (1) die **stete gesamtgesellschaftliche Entwicklung** bezeichnen, ohne dass ich damit automatisch auf eine bestimmte Größe eines gesellschaftlichen Systems abzielen will. Es könnte sich dabei also gleichwohl um die Staatengemeinschaft und das von ihr getragene System der Weltwirtschaft handeln, wie auch um einen einzigen Familienverband.

In den modernisierungstheoretischen Ansätzen funktioniert das Bild des Flusses in einer gewissen Hinsicht besonders gut, da alle Flüsse danach streben, immerzu der Schwerkraft folgend, in einen Ozean zu münden. In diesem Zusammenhang könnte man das Einmünden eines Flusses in die Weltmeere dem Status quo eines „westlichen“, eines angeblich restlos „entwickelten“ Landes gleichsetzen. Mir widerstrebt diese Sicht auf Entwicklung, wie ich bereits am Anfang dieses Teilkapitels dargelegt habe. Ich würde meinen, dass es offensichtlich ist, dass sich auch die sogenannten „entwickelten“ Nationen in den letzten 60 Jahren fortwährend weiterentwickelt haben. Gerade Österreich, das in der Nachkriegszeit massive gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen durchmachte und bis heute stete Fortschritte, Rückschritte und Umbrüche erlebt, ist ein vortreffliches Beispiel dafür, dass es keinen statischen Endpunkt von Entwicklung gibt. Denn ohne Entwicklung kommt es zum restlosen Stillstand, Beharrung ohne jegliche Veränderung. Nach menschlichem Ermessen und Erfahrungen entspräche ein solcher Zustand dem Tod und dieser widerspricht vor allem der allerersten Bedingung des Bildes vom Fluss, dass nämlich stets Entwicklung stattfindet. Insofern muss es sich in diesem Bild, also auch in meiner Vorstellung von Entwicklung, zwangsläufig um einen Fluss handeln, der immer weiter fließt und niemals an ein Endziel gelangt.

Angenommen auf diesem Fluss würde ein Flößer treiben, so könnte er die ihm zur Verfügung stehenden Steuerungsmechanismen dazu nützen, um seinen Kurs innerhalb des Stroms (der Zeit) zu bestimmen. Er kann schneller vorankommen, er kann gegen den Strom rudern, er kann sein Floß näher zum einen oder zum anderen Ufer lenken – trotzdem ist er eingebunden in den Strom steter Veränderung. Gleichzeitig erzeugen seine Steuerungsversuche im Wasser Wirbel und Turbulenzen, die ihrerseits zur Veränderung des Stroms beitragen. Der Steuer- mann des Floßes steht in meinem Erklärungsversuch für jede individuelle Einheit einer Ge- sellschaft, egal ob es sich dabei um eine größere Gruppe von Menschen, etwa eine Organisa- tion oder eine Gemeinde handelt oder um ein einzelnes Individuum. Es geht hierbei also um die (2) **individuelle Entwicklung** im Wechselspiel mit der kontinuierlichen gesellschaft- lichen Entwicklung.

Auf der Ebene eines Individuums oder eines Haushalts könnte man den gefahrenen Kurs des Floßes auf dem Fluss genauso gut als dessen *livelihood* bezeichnen. Der Versuch, das eigene Auskommen und das Auskommen der Familie abzusichern, die eigene Entwicklung zu steu- ern bzw. das Floß in dem Strom zu lenken, entspräche demnach dann der gewählten *livelihood strategy*. An diesem Punkt lässt sich auch das Entwicklungsverständnis von Amartya Sen ganz hervorragend einflechten. Seine Betonung der Freiheiten entspräche in meinem Bildnis einerseits den Steuerungsmöglichkeiten des Flößers, also in wie weit sich sein Ruder einschlagen lässt, um dadurch den Kurs des Floßes in die eine oder andere Rich- tung verändern zu können, aber auch der Breite des Flusses, ja vielleicht sogar der Anzahl an verschiedenen Flussarmen, die befahren werden können und somit jedenfalls der Anzahl un- terschiedlicher Arten und momentaner Zustände von selbstbestimmter Verwirklichung - stets eingebettet in die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen.

Dabei eröffnen unterschiedliche *assets* wiederum eine Vielzahl an Möglichkeiten, obwohl alle Floße im gleichen Strom dahin treiben. Welcher Flößer besitzt überhaupt ein Ruder? Welcher Flößer besitzt womöglich einen Außenbordmotor? Welcher Flößer besitzt eine Angel, um damit den Eigenbedarf an Fisch zu fangen? Und welcher Flößer besitzt ein größeres Netz, mit dem er unterwegs Fische fangen kann, die er dann am nächsten Landungssteg gegen andere Waren eintauscht? Und so weiter. Ich glaube es wird bereits klar, worauf ich hinaus will.

Aus meiner Sicht stellt selbst der Versuch des *Ejercito Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN) eines gegenstaatlichen Entwurfs eine solche individuelle und recht selbstbestimmte

Form von Entwicklung dar, obwohl die Zapatisten die Worthölse *Entwicklung* stets ablehnten. Innerhalb der Grenzen der selbstverwalteten Gebiete mag es sich dabei sogar um einen eigenen Flussarm der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung handeln. Im Großen und Ganzen stellt das zapatistische Gesellschaftsmodell momentan vielmehr ein besonders ungewöhnliches und farbenfrohes Floß dar, welches im mexikanischen Fluss dahintreibt und das, sowohl auf Grund des andersartigen Kurses als auch wegen der an Bord herrschenden Spielregeln, einiges an weltweitem Aufsehen und Popularität erreichte. Dies umso mehr, als es mit der restlichen mexikanischen Gesellschaft aufgrund ihrer zunehmenden Unterwanderung durch Drogenbanden und -mafia in den letzten Jahren sprichwörtlich flussabwärts ging.

Zuletzt geht es mir um die (3) **geplante, zielgerichtete und normative Entwicklung**, jene Art von Eingriffen, die wir zuvor dank Bebbington als *development as an intentional activity* oder *development intervention* kennenlernten. Natürlich verfolgt auch der Flößer seine eigenen Intentionen und seine steuernde Hand wird die intendierten Bewegungen so gut als möglich zu realisieren versuchen. Doch geht es dabei zumeist eher um die eigenen und individuellen Interessen (der Person, des Familienverbands, der Gemeinschaft, der Organisation etc.) und erst in einem geringeren Maße um das Gesamtwohl der nächstgrößeren Gesellschaftseinheit. Entwicklungseingriffe könnte man nun mit einem Menschen vergleichen, der vom Ufer (also von außerhalb) oder auch von einem anderen Floß aus (im gleichen Gesellschaftssystem befindlich) Steine wirft. Manchmal landen die Steine ganz daneben, weil ihre Wurfbahn schlecht geplant war und sie haben keinerlei Wirkung oder erzeugen doch nur einen weiteren kleinen Wirbel im Flusslauf. „Yet, to intend to develop does not necessarily mean that development will result from any particular action undertaken in the name of development and that it is believed that development will follow from actions deemed desirable to realize an intention of development” (Cowen u. Shenton, 1996: iix).

Einige Steine treffen hingegen das Floß, welches als Ziel(-bevölkerung) ausgesucht wurde und verändern so die Fahrt des Floßes in die eine oder andere Richtung. Je nachdem, wie groß das Zielfloß und der gewählte Stein sind, sind die Kurskorrekturen mit freiem Auge sichtbar oder so insignifikant, dass sie gar nie festgestellt werden können. Haben die geworfenen Steine tatsächlich eine Wirkung, so können sie gleichermaßen dazu beitragen, dass der Flößer eher den Kurs erreicht, den er sich selbst erdacht und erwählt hatte oder sie können dazu führen, dass er von seiner Ideallinie abgedrängt wird und sein Steuern als fremdbestimmt erlebt. Überhaupt können zu große Steine ein kleines Floß leicht zum Kentern bringen. Insofern stimme ich, in Anlehnung an das Zitat von Kesselring am Ende von Kapitel 2.2, nur mit Vor-

behalt zu: *Small is nice, but only small and steadily is really beautiful!* Auch viele Kieselsteine können ein kleines Floß auf einen anderen Kurs bringen.

Machen wir noch einen Schritt zurück, damit eindeutiger wird, weshalb ich der Meinung bin, dass wir zwischen diesen drei Typen von Entwicklung unterscheiden sollten, bevor wir sie komplett verwerfen. Betrachten wir hierzu die Herkunft des Wortes. Dies funktioniert gleichermaßen mit dem deutschen Wort *Entwicklung*, wie auf Englisch mit *development* oder sogar mit dem spanischen *desarrollo*. Jedes Mal geht es ursprünglich darum, dass sich ein Objekt *entwickelt*.

Ich muss bei dieser wörtlichen Bedeutung stets an ein Kinderspiel namens „Mumie“ denken, bei dem ein Partygast mit Toilettenpapier möglichst rasch eingewickelt werden soll. Bei der Entwicklung handelt es sich folgerichtig um den exakt umgekehrten Vorgang. Ein eingewickelter Gegenstand oder eine Person entwickelt sich oder wird von anderen ausgewickelt. Dabei verliert er oder sie Schicht für Schicht die Wickel, die den Kern wie Schalen umgeben. Nach modernistischer Sichtweise ist die Entwicklung irgendwann abgeschlossen und ein perfekter Endzustand ist erreicht. Wie auch beim Bildnis des Flusses erscheint mir die Idee eines endgültigen Ziels aber widersinnig. In meiner Vorstellung handelt es sich hingegen um einen Entwicklungsprozess, der viel eher mit den russischen Matrjoschkas vergleichbar wäre. Jedes Mal, wenn Entwicklung passiert, also eine Hülle abgelegt wird, kommt darunter ein neuer vorläufiger Zustand zum Vorschein. Nicht immer ist dieser neue Zustand erfreulich, oder anders ausgedrückt: nicht jede Matrjoschka ist noch hübscher, als die gerade erst abgestreifte Hülle. Sie trägt aber zumindest das Versprechen in sich, dass auch aus ihr wieder ein neues Püppchen hervorgehen wird.

Aus meiner dreifach-unterschiedlichen Interpretation von Entwicklung wird jedenfalls ersichtlich, warum ich mich so vehement gegen eine gänzliche Ablehnung von intentionalen Entwicklungsbemühungen verwehre. Sie tendieren dazu, den steten Wandel zu negieren und alleine auf die Beharrlichkeit eines angeblich guten Urzustands zu setzen. In diesem Punkt halte ich es eben wiederum mit Novy wenn dieser schreibt: „Die Verteufelung geplanter Entwicklung übersieht aber, dass auch ohne Planung Entwicklung stattfindet. Entwicklung als ein Prozess *kreativer Zerstörung* kann nicht wegdefiniert werden“ (Novy, 2007: 44). Auch meine Erfahrungen bestätigen: Entwicklung findet selbst in den entlegensten Gemeinden Guatemalas statt. Möglicher Weise mag dort die „Fließgeschwindigkeit“ nicht so hoch sein wie in der Hauptstadt Guatemala Ciudad. Dennoch verändert sich die Gesellschaft Guatemalas auch dort

stetig und nicht zwangsläufig zu ihrem Schlechteren. Meistens bieten gesamtgesellschaftliche Entwicklungen beides, nämlich Chancen und Risiken für jegliches Individuum in dieser Gesellschaft. Ihre Individuen sind daher bestrebt, die eigenen Chancen zu nutzen, Bedrohungen zu vermeiden oder zumindest so weit als möglich abzufedern.

Um noch einmal Novy zu zitieren: "Anti-Entwickler stellen den Engagierten nun ein schlechtes Zeugnis einzig aufgrund des Befundes aus, dass es bei den Entwicklungsprozessen zu keinen Verbesserungen komme. Genau dies kann aber weder den EntwicklungsdenkerInnen noch den EntwicklungspraktikerInnen vorgeworfen werden. Der Entwicklungsprozess findet nämlich vielfach unabhängig von jeglichen Absichten, ihn zu beeinflussen, statt; schlechte Ergebnisse resultieren aus dem Zusammenspiel von Strukturen und dem Handeln aller AkteurInnen und nicht bloß dem selbsternannter EntwicklungspolitikerInnen" (Novy, 2007: 44).

Noch negativer beurteilten Cowen und Shenton den post-developmentalistischen Vorschlag auf Entwicklung gänzlich zu verzichten: „...because the practice of non-development is dissociated from the progressive of development and thus is confined to the intent to conserve, it reproduces what was always regressive about the process of development, to wit, the decay and decomposition of the old" (Cowen u. Shenton, 1996: xv).

„Vor dem Hintergrund von Strukturanalysen ist Gesellschaftsveränderung ein langsamer und reflexiver Prozess, bei dem die Wissenden immer nur ein Teil einer umfassenderen Dynamik sind. PraktikerInnen und vor allem die unmittelbar Betroffenen vor Ort sind die zentralen SchauspielerInnen auf der Bühne realer gesellschaftlicher Prozesse. Sie machen Entwicklung und haben eine Vorstellung, was sie tun und warum sie es tun. Es gibt keine Entwicklung, ohne dass die AkteurInnen sich, ihr Denken und Handeln und ihr Lebensumfeld verändern" (Novy, 2007: 145). Damit ist freilich noch lange nicht gesagt, dass die AkteurInnen mit dem, was sie tun auch immer genau das Richtige tun, um möglichst rasch zu erreichen, was ihren Vorstellungen entsprechen würde. Dies gilt einerseits für EntwicklungshelferInnen und ihre wohlgemeinten, aber mitunter völlig unangepassten Konzepte, wie auch für die lokale Bevölkerung selbst. In beiden Fällen entstehen solche nicht nachhaltigen Handlungen zumeist durch einen Mangel an Information über aktuelle oder zu erwartende, zukünftige Verhältnisse.

Zu guter Letzt und um dieses Kapitel abzurunden noch eine Anmerkung hinsichtlich des normativen Gehalts des Begriffs Entwicklung. Obwohl ich, wie ich meine, dargelegt habe, dass es in meiner Definition von Entwicklung nicht um „gute“ oder „schlechte“ Entwicklung geht,

dass es vielmehr um Veränderungen auf der individuellen, der interindividuellen und der gesamtgesellschaftlichen Ebene geht, ganz gleich ob in die eine oder andere Richtung, komme auch ich nicht umhin einzugestehen, dass mein Plädoyer für den Beibehalt von Entwicklung, ja sogar der Entwicklungszusammenarbeit, natürlich auch normative Konnotationen und implizite Wertvorstellungen beinhaltet, die möglicher Weise mit meiner Erziehung, Ausbildung und meinem beruflichen Umfeld zu tun haben. Ich meine aber nicht, dass meine Meinung alleine schon deshalb wissenschaftlich verwerflich sei. Ich halte es nur für wichtig, dies auch unumwunden einzugestehen und an dieser Stelle explizit festzuhalten.

Im konkreten Zusammenhang mit der Entwicklung Lateinamerikas schrieb Bebbington: „Geographic Research on development in Latin America is therefore also an arena in which quite different views of the world confront each other and argue for a particular view of how Latin America is, and how it ought to be” (Bebbington, 2002: 106). Selbstverständlich habe auch ich eine ganz bestimmte Vorstellung davon, wie sich die soziale Situation in Lateinamerika im Allgemeinen und in Guatemala im Speziellen darstellt und vor allem davon, wie sie eigentlich aussehen sollte. So verstehe ich unter Entwicklung in Guatemala beispielsweise das Ende der allgemeinen Straffreiheit und jeglicher ethnischer Diskriminierung, eine gerechtere Verteilung der Bildungschancen, eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung in entlegenen ländlichen Gebieten und eine wahrhafte Landreform, welche die chronische Unterernährung beendet. Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass nur eine reale Umverteilung von der völlig entkoppelten Oberschicht des Landes zu den tatsächlich ärmsten Bevölkerungsschichten dazu im Stande wäre, die permanenten Spannungen innerhalb der guatemaltekischen Gesellschaft langfristig zu reduzieren und als Basis für eine sozial gerechte, wirtschaftliche Entwicklung zu dienen.

„Indeed, in some sense this is what the word development does: more explicitly than other words, it opens up a chance to be normative in one’s work“ (Bebbington, 2002: 108). Ganz bestimmt wird man im Laufe meiner Analyse auch bis zu einem gewissen Grad herauslesen können, wie ich mir vorstelle, wie denn die ÖEZA mit und in Guatemala aussehen sollte. Damit eröffne ich ganz bewusst erneut das Diskussionsfeld zu Guatemala, welches ja, wie ich im Kapitel 2.2 gezeigt habe, bereits einige kontroverse Beiträge erfahren hat. In dieser Tradition hoffe ich, dass auch dieser Beitrag ein wertvoller sein wird. Denn: „This is the »power of development«. It is a word that opens up space for debate, and as a result has inspired a body of fascinating work done by geographers, (...)” (Bebbington, 2002: 108).

2.4 Ergebnisse und Beobachtungen von A. Bebbington hinsichtlich der niederländischen EZA-Projekte

Ein wichtiges Ergebnis der breit angelegten Studie von Bebbington, Rojas und Hinojosa waren ihre Erkenntnisse über die *livelihood strategies*, die Veränderungen der *livelihoods*, die durch die Hilfswerke und die Projekte der lokalen NGOs vor Ort hervorgerufen wurden, aber auch die allgemeineren Veränderungen. Sie schreiben sogar von einem regelrechten Übergang in den *livelihoods* der ruralen Bevölkerung von Peru und Bolivien. Ein Übergang zu *livelihoods*, die eben nicht mehr ausschließlich agrarisch sind. Aber so groß die damit einhergehenden Veränderungen auch sein mögen, so bedeutend blieb trotz alledem die landwirtschaftliche Produktion in einer gewissen Hinsicht: „...agriculture continues to play an important role in food security strategies, even when it is not the basis of an accumulation strategy“ (Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002: 168).

Gleichzeitig zeigte sich aber in den beiden Andenländern, dass die bäuerliche Bevölkerung sehr wohl nach Einkommensmöglichkeiten jenseits der Landwirtschaft Ausschau hielt, womit es sich bei ihrer Lebensweise nicht mehr um eine Subsistenzwirtschaft im engeren Sinn handelt: „Each of the case studies for this work reiterates the sense that families seek ways to educate their children so that they (or at least all of them except the one or two who will inherit the farm) do not have to become farmers. This is at once a normative commitment to children – the belief that agriculture is too hard a life for them – but also clearly a strategy to reduce further subdivision of land“ (Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002: 168).

Bebbington stellt bei seiner Untersuchung von niederländischen NGO-Projekten der 1990er Jahre in Bolivien und Peru zweierlei Dinge fest: (1.) Erstens, dass sich die NGO Projekte nicht gerade in jenen Regionen häuften, in denen die Armut tatsächlich am stärksten ausgeprägt war, sondern in den (von ihm) sogenannten *development hotspots*. Seinen Beobachtungen zufolge konzentrierten sich diese in ärmlichen Gebieten, die von den großen Städten aus relativ leicht zu erreichen waren, oder aber in Regionen, wo schon lange, historisch gewachsene, gute Beziehungen zum Geberland bestanden. Und die Konzentration auf die gerade eben beschriebenen Gebiete erfolgte derart, obwohl Armutsminderung ein wesentliches Vergabekriterium für die Kofinanzierung von Seiten des holländischen Staates war. „Given that other regions of the two countries are as poor or poorer than these, *ex ante* analysis of poverty concentrations did not appear to be the primary factor determining the geographies of these resource flows even though the co-funding resources that sustained these aid chains were jus-

tified largely in terms of poverty reduction. Instead, these regional concentrations reflected historically constituted regional foci of each co-financing agency” (Bebbington, 2004: 733).

(2.) Zweitens hielt er fest, dass die Orientierung der Projekte zunehmend in Richtung einer Armutsbekämpfung geht, die sich an kurzfristig erreichbaren Indikatoren orientiert. Auch dies bedeutet eine zunehmende Abkehr von den tatsächlich Ärmsten am Lande - nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch innerhalb der Gemeinden. „Showing poverty impact had become increasingly important in arguing the case for continued funding. Ironically, this has led to a trend *away from* focusing on the chronically poor and towards already more viable farming families. The reasoning for such a shift was that these better-off families were more able to take risks, absorb new technologies and combine them with other assets. As such they would probably show impact more quickly” (Bebbington, 2004: 737).

So betroffen einen die Aussage auch stimmen mag, dass das Primat der Armutsbekämpfung de facto zu einer Abkehr von den besonders marginalisierten Haushalten führt, so nachvollziehbar ist gleichzeitig die Argumentation von Bebbington, wenn er versucht, die Rationalität der Hilfswerke und in zweiter Linie, auf Grund der Vorgaben der internationalen Geldgeber, auch jene der lokalen NGOs nachzuzeichnen. „Furthermore, this concentration tended to be among households that were, if not the wealthiest, at least already on a path of agrarian accumulation within the context of underlying processes of capitalist development in these regions. They tended to have better physical and social access to product markets, and were better able to incorporate the types of technological innovation proposed by the NGOs” (Bebbington, 2004: 737).

Beide Erkenntnisse widersprechen im Grunde der Meinung von Henry Bernstein, der den Vergleich bemühte, dass Entwicklungshelfer und Sozialarbeiter jeweils die wildesten (Fehl-) Entwicklungen des Kapitalismus abfedern würden. Die Ersteren an der so genannten Peripherie und die Zweiteren in den Zentren des Weltwirtschaftssystems (vgl. Bernstein, 2007). Sollte Bebbington mit seiner Vermutung jedoch recht behalten, dass durch Armutsreduktion und den Druck, vorzeigbare Ergebnisse möglichst rasch zu liefern, eine Abkehr von den Ärmsten der Armen stattgefunden habe, dann würde die Entwicklungszusammenarbeit also auch dieses Feigenblatt als Legitimation des eigenen Handelns einbüßen oder müsste sich zumindest in der Zukunft für einen der beiden nachfolgenden Ansprüche entscheiden: entweder wahrhafte Armutsreduktion oder hohe, nachweisbare Effizienz der Projekte.

Ich habe die Aufzählung von 11 gewichtigen Fehlern in der EZA durch Kesselring bereits zuvor erwähnt, möchte nun aber zumindest die vier Fehler nennen, die er für die allerschlimmsten hält: „(1) eine Planung ohne ausreichende Kenntnis der geographischen und kulturellen Verhältnisse, auf die man einwirken möchte; (2) das Operieren mit allzu großen Geldbeträgen; (3) die Verwechslung von Entwicklungszusammenarbeit mit einem Deal, auf den sich die Geberseite nur einlässt, wenn sie davon unmittelbar materiell profitiert. (4) Maßnahmen aller Art, die bestehende Ungleichheiten verschärfen“ (Kesselring, 2003: 212). Zumindest dem letztgenannten Punkt werden wir gleich noch einmal begegnen, denn zwei Seiten davor hatte Kesselring diesen Fehler der EZA bereits etwas ausführlicher beleuchtet: „Ungleiche Unterstützung stiftet Unfrieden. Entwicklungshilfe verändert gewachsene soziale und ökonomische Strukturen irreversibel. Die Unterstützung erfolgt in der Regel selektiv und begünstigt willkürlich ausgewählte Personen oder Personengruppen. Intakte Großfamilien werden auseinandergerissen und zerfallen, die soziale Ungleichheit nimmt zu, die unterschiedliche Behandlung ethnischer Gruppen bringt diese in Konkurrenz zueinander, stiftet Zwietracht und kann zu Verteilungskämpfen führen“ (Kesselring, 2003: 210).

Und in Guatemala? Wie sieht es nun ganz konkret in diesem Land aus? Ich habe bereits in Kapitel 2.2 darauf hingewiesen, dass Andrea Eberl einen ersten Hinweis darauf gab, dass eine Untersuchung der EZA-Strukturen in Guatemala zu vergleichbaren Resultaten, also der tatsächlichen Existenz von *development hotspots* führen könnte. Im Originaltext sind die Ausführungen zum Thema der Internationalen EZA im Quiché sogar noch ausführlicher: „Der Quiché ist eine beliebte Region für die internationale Entwicklungskooperation. Vom Bürgerkrieg schwer getroffen, hoher indigener Anteil (um die 80%), ländliche Lebensstrukturen, die in vielen Fällen auf Subsistenzwirtschaft basieren, hoher Armutsgrad, was sich wiederum in hohem Analphabetismus und mangelnden staatlichen sozialen Einrichtungen ausdrückt, und das alles in einer malerischen Landschaft. Fast ein kleines Paradies für westliche EntwicklungsexpertInnen, die sich in entsprechender Zahl in der Gegend angesiedelt haben“ (Eberl, 2003: 154). Ich meine, dass Eberls ironische Anspielung auf das *kleine Paradies* geradezu Bände über ihre negative Haltung gegenüber den EntwicklungsexpertInnen und deren Motive für ihre Hilfe spricht. Für die vorliegende Untersuchung erscheint aber viel interessanter, dass man aus dem Zitat den Schluss ziehen könnte, dass die Projekte geradewegs in Gegenden zu finden wären, wo die Armut (mit all ihren Facetten) besonders hoch sei. Dies würde aber wiederum einen krassen Widerspruch zu den Ergebnissen von Bebbington aus Bolivien und Peru darstellen.

Christine Vogt argumentiert realistischerweise, dass eine flächendeckende Hilfe für alle vom guatemaltekischen Gesellschaftssystem benachteiligten Menschen nicht finanzierbar wäre und sie deutet an, dass EZA-Projekte in Guatemala dazu tendieren, geradewegs den von Kesseling genannten Fehler zu begehen, nämlich die Ungleichheiten in den Gemeinden sogar noch zu verstärken: „In der Praxis werden aber bislang »repräsentative Vertreter der Zielgruppe« mit Modellprojekten bedacht, die eine neue Ungleichverteilung und zusätzliche soziale Konflikte schaffen. Die Förderung der materiellen Infrastruktur mit Straßen- und Schulenbau genügt vor allem quantitativen Ansprüchen an »Entwicklung«, ist aber nicht dazu geeignet, systemischen Zwängen und individuellem Egoismus etwas entgegenzusetzen. Daher erscheint es angemessen, solche quantitativen Erwartungen an internationale Zusammenarbeit zugunsten einer Perspektive des qualitativen Wandels aufzugeben“ (Vogt, 1999: 123). Im ersten Teil des Zitates zeigen sich deutliche Parallelen zu den Erkenntnissen Bebbingtons. Auch er meinte, dass nicht die Ärmsten der Armen mit Projekten bedacht würden, sondern Menschen die repräsentativ für die einkommensschwächste Bevölkerungsschicht stehen.

Zu alldem kommt noch eine letzte Erkenntnis Bebbingtons hinzu, die erst in der Kombination von zwei Resultaten besonders ungerecht erscheint. Ich habe bereits ganz zu Beginn dieses Teilkapitels dargelegt, dass sich die *development hotspots* gerne in Gegenden befinden, die relativ leicht erreichbar sind. Das bedeutet im Klartext das Vorhandensein von guter, daher meist asphaltierter Straßeninfrastruktur. Menschen, die also weit von der nächsten, leicht befahrbaren Straße entfernt wohnen, profitieren tendenziell seltener oder weniger stark von Entwicklungsprojekten. Allerdings sind es ebenfalls diese Menschen, denen eine geringere Auswahl an *livelihood options* zur Verfügung steht, denen also gar keine andere Wahl bleibt, als mit ihrer Subsistenzwirtschaft weiterzumachen. „The general sense in each region is, then, of the emergence of a capitalized family farm sector, which has in turn stimulated other livelihood options related to rural industry and rural labor. However, pockets of stagnant subsistence agriculture continue – among older families, those with less assets, those further away from the road, and those with less access to development institutions” (Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002: 166). Aus diesen Gründen werde ich in Kapitel 3.2 die Existenz oder Abwesenheit von asphaltierten Straßen in Guatemala noch eingehender beleuchten.

3 Guatemala – ein Überblick über die Situation nach der Jahrtausendwende

Scholz erläuterte anhand eines Beispiels, was geographische Entwicklungsforschung zur konkreten Projektarbeit beitragen könne: „Deutlich dürfte geworden sein, dass die Ursachen für Entstehung und Fortdauer der beklagenswerten und inhumanen Situation in den Entwicklungsländern nur verstanden und geeignete Maßnahmen (...) nur ergriffen werden können, wenn die Komplexität der Zusammenhänge bekannt ist und berücksichtigt wird“ (Scholz, 2004: 17). Und er fährt auf der nächsten Seite fort: „Nicht zuletzt aus dieser Tatsache resultiert das Engagement geographischer Entwicklungsforschung, die erstens auf die Vermittlung von Einsichten in die regionalen Strukturen von Unterentwicklung und zweitens auf die Bereitstellung von Grundlagen zur Formulierung lokal/regional angepasster Maßnahmen/Strategien gerichtet ist“ (Scholz, 2004: 18). Im Kapitel 3 möchte ich mich zunächst mit den vorgegebenen Rahmenbedingungen beschäftigen, bevor ich im darauf folgenden Kapitel auf die regionalen Strukturen der Armut näher eingehen werde. Beide Kapitel erachte ich als unbedingt notwendige Grundlagen, um ansatzweise sinnvolle Entwicklungsmaßnahmen anzudenken, von denen die marginalisierten Bevölkerungsteile Guatemalas tatsächlich profitieren würden.

3.1 Natur- und kulturräumliche Analyse

Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich keine der beiden oben genannten Analysen selbstständig durchführen, obwohl gerade die naturräumliche Analyse der lateinamerikanischen Länder, nicht zuletzt dank dem Vorbild Alexander v. Humboldts, geradezu ein Steckenpferd der deutschsprachigen Geographie darstellt. Ich verweise jedoch auf das Kapitel 1.2.3 von *Guatemalas verbotene Ressourcen* von C. Vogt, welches meines Erachtens nach eine hervorragende Zusammenfassung der beiden oben genannten Bereiche darstellt und auch ein Jahrzehnt nach dem Erscheinen dieser Arbeit Gültigkeit besitzt. Sie geht darin sowohl auf die naturräumlichen Gegebenheiten als auch auf die dadurch begünstigten wirtschaftlichen Nutzungsformen ein. Nachdem sich aber weder die Landschaft, noch deren wirtschaftliche Verwertung innerhalb von zehn Jahren drastisch verändern, kann man getrost sagen, dass Vogts recht detailgenaue Einteilung auch heute noch für Guatemala stimmig ist (Vogt, 1999: 11).

Ganz ähnlich, wenngleich etwas gröber, ist die aktuellere Einteilung von Alwang, Siegel und Wooddall-Gainey (vgl. ebendiese, 2005: 27). Ich bevorzuge dennoch Vogts Typisierung, vor

allem deshalb weil ihre Karte wesentlich anschaulicher ausfiel. An dieser Stelle folgt daher eine verkürzte Wiedergabe ihrer natur- und kulturräumlichen Einteilung:

Vom Pazifik her beginnend kann man zunächst die **Costa del Sur** von der Boca Costa unterscheiden. Beide Zonen gemeinsam stellen den Westabhang der großen Vulkankette zum pazifischen Ozean hin dar. Die Bergkette zieht sich von den beiden höchsten Gipfeln Guatemalas, vom Tacaná (4092m), direkt an der mexikanischen Grenze, über den Tajumulco (4220m) und setzt sich über viele weitere inaktive und teilweise aktive Vulkangipfel gen Südosten hin fort. Diese Vulkankette wird in Abb. 4 durch rote Hütchen dargestellt. Die Costa del Sur wird v.a. von Zuckerrohrplantagen und extensiver Rinderzucht geprägt. Sie wird mit 500m über Meeressniveau zur Boca Costa hin abgegrenzt.

Die **Boca Costa** wird von den Stauungsregen an der Vulkankette mit reichlich Niederschlag versorgt. Sie zeichnet sich durch großflächige Kaffeeplantagen aus, die in den niederen Lagen auch durch Kakao- und Kautschukproduktion ergänzt werden. Die wirtschaftlich nutzbaren Gebiete der Boca Costa steigen bis auf eine Höhe von 1700 Höhenmetern an. Darüber beginnen an der Westseite nur noch Nebelwälder. In den Tälern, welche die Vulkankette durchschneiden, findet man aber auch Gemüse- und Blumenanbau für den Export.

Darüber beginnt das **westliche Hochland**, auch *altiplano* genannt, welches ganz besonders stark vom guatemalteckischen Winter, also der Trockenzeit zwischen Oktober und April und einer hohen Reliefenergie geprägt wird. Dementsprechend weit sind auch die Möglichkeiten der Bewirtschaftung, entsprechend der tatsächlichen Lage des jeweiligen Feldes. Das westliche Hochland reicht von Gebieten der *tierra templada* (zum Beispiel die Nordabdachung der Cuchumatanes) über *tierra fría* bis zu extremen Lagen der *tierra helada*. Das Hochland ist bis heute die Kernzone der kleinbäuerlichen Betriebe und des bereits zuvor beschriebenen Milpa-Systems. Zudem findet man hier, gerade in den höheren Lagen, die sich für den Anbau von Mais, Bohnen und Kürbissen nicht mehr eignen, auch noch Schaf- und Ziegenzucht.

Im Südosten des *altiplano* schließt sich die **Metropolitanregion** an, in der sowohl Antigua, die ehemalige Hauptstadt im Kolonialstil (und daher eines der primären Touristenziele des Landes) als auch die heutige Hauptstadt *Guatemala Ciudad* (Guatemala Stadt) liegen. Abgesehen von mehreren Hühnerfarmen im Umland der Hauptstadt, ist dieses Gebiet aber stärker durch Industrie, Sweatshops (der *maquiladora*-Industrie) und Dienstleistungsbetriebe geprägt, als durch die Landwirtschaft. Zusätzlich breiten sich die Siedlungen von Guatemala Stadt auf Grund ihres rapiden Bevölkerungsanstiegs mittlerweile bis in die Umlandgemeinden in allen Himmelsrichtungen aus.

Im Norden und Osten von Guatemala City erstreckt sich das **östliche Bergland**, welches aber deutlich niedriger ausfällt als sein westlicher Konterpart. Zudem ist die Gegend durch ein semiarides Klima geprägt, weswegen sie insgesamt weniger dicht besiedelt ist und eher der extensiven Tierhaltung dient und nur in den Talauen eine kleinbäuerliche Bewirtschaftung erlaubt. Vogt schrieb, dass die Wälder im Grenzgebiet zu El Salvador und Honduras industriell abgeholzt werden. Gerade in dieser Gegend, eventuell sogar in der Folge des massiven Holzeinschlags, dürfte in jüngster Zeit auch die Ölpalme weite Verbreitung gefunden haben.

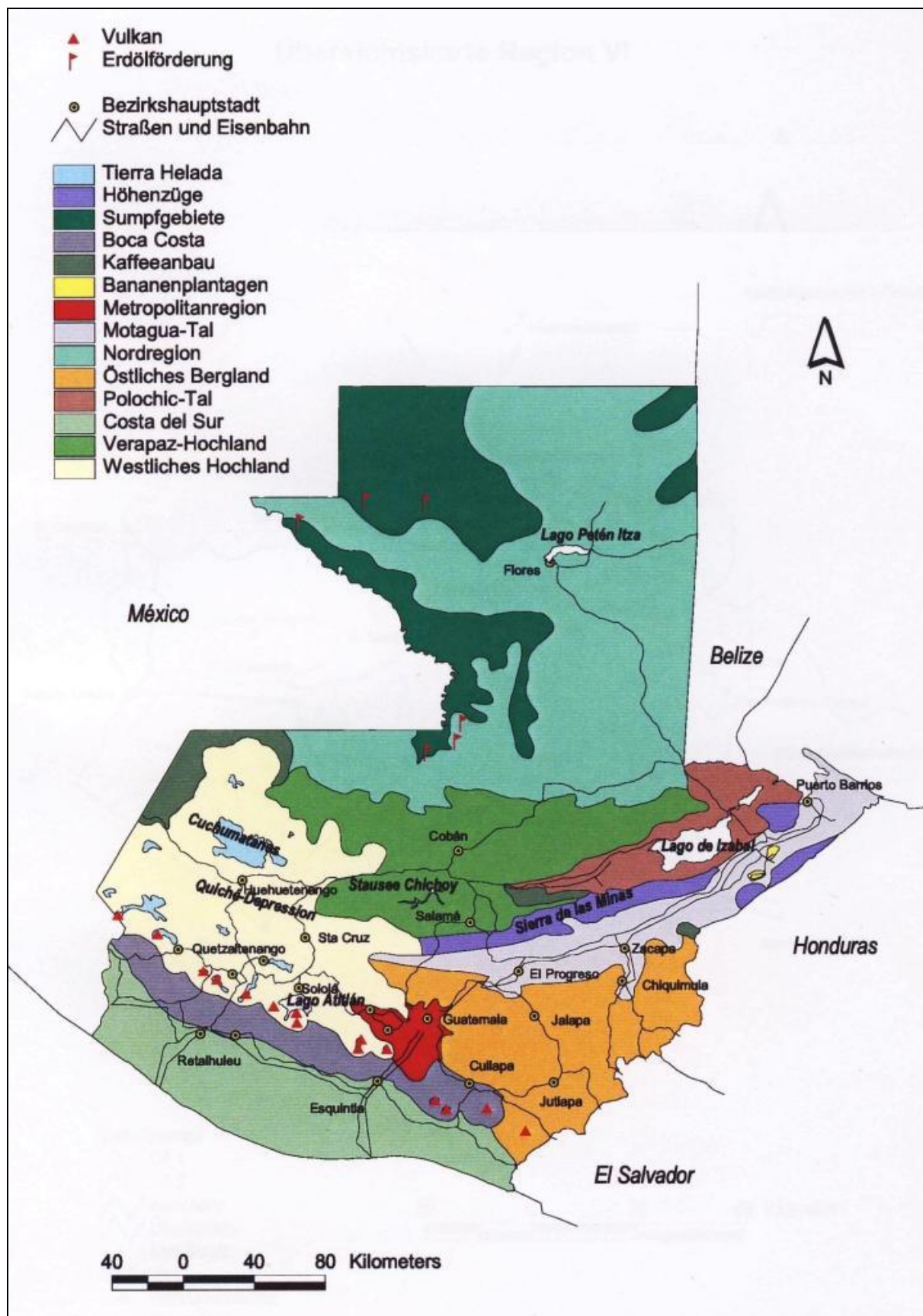
Im Norden schließt das **Motagua-Tal** an, welches in der *tierra caliente* liegt. Parallel zum gleichnamigen Fluss verläuft die Hauptverbindung (Straße und Bahn) zwischen der Hauptstadt und Puerto Barrios, dem einzigen wirtschaftlich bedeutenden Hafen an der schmalen, guatemaltekischen Karibikküste. In der Talebene im Nordosten findet man Bananenplantagen und Rinderzucht im Großgrundbesitz, aber auch den Anbau von Mangos, Melonen und Cashew-Nüssen.

Gen Norden wird das Motagua-Tal durch die Bergkette **Sierra de las Minas** abgegrenzt, welche zwar als Nationalpark ausgewiesen ist, was aber den Einschlag von Holz nicht weiter hindert. Wie der Name schon nahelegt, werden hier Nickelminen betrieben und auch Kalk und Gips zur Herstellung von Zement gefördert. Ihre tektonische Verlängerung gen Westen heißt Sierra de Chuacús und ist deutlich arider geprägt, weswegen sich dort eine Dornsavannen-Vegetation (Akazien) etabliert hat.

Weiter nördlich schließt das **Verapaz-Hochland** an. Ursprünglich mit Bergnebelwald bedeckt, findet man insbesondere in der Region um Cobán ausgedehnte Kaffeepplantagen und die Bepflanzung mit Kardamon. Im Westen befindet sich außerdem das größte Wasserkraftwerk Guatemalas und der Stausee des Río Chixoy. Das Verapaz-Hochland ist besonders im nördlichen Teil morphologisch durch Kegelkarst geprägt, senkt sich immer weiter ab und läuft in das von Vogt als Nordregion bezeichnete Gebiet, gemeinhin als Petén bekannt, aus.

In der **Nordregion** wechseln sich Kegel- und Kuppenkarst mit ausgedehnten Sumpflandschaften ab. Klimatisch handelt es sich um klassische *tierra caliente*. Wobei der Tieflandregenwald, obwohl er heute weitflächig unter Naturschutz steht, durch illegalen Holzeinschlag und Brandrodung für die Rinderzucht arg in Bedrängnis geraten ist. Im Bereich der Laguna Lachuá und in der Gegend um die Laguna del Tigre wurden zudem Ölvorkommnisse festgestellt, die auch gefördert werden.

Abb. 4: Eine kulturräumliche Gliederung Guatemalas



Quelle: Vogt, 1999: 147

Um die Aufzählung zu komplettieren, sei hier auch noch das **Polochic-Tal** erwähnt, von dem Vogt meinte, dass es im Osten vor allem durch die Ausläufer der Verapaz-Kaffeeplantagen und in der Tiefebene um den Izabal-See vornehmlich durch extensive Rinderwirtschaft geprägt sei (vgl. Vogt, 1999: 11-14). Im Jahr 2011 wurde das Polochic-Tal zum Schauplatz mehrerer brutaler Vertreibungen (inklusive einem Toten und zwölf Verletzten) von landlosen Bauern und Bäuerinnen die privaten Großgrundbesitz besetzt hatten, jedoch bereits mit den BesitzerInnen in finanzielle Verhandlungen über den Kaufpreis getreten waren (vgl. Cetino, 2011, in La Hora am 16.04.2011).

3.2 Analyse der Infrastrukturausstattung

Trotz der Gefahr einer naturdeterministischen Sichtweise, darf man die naturräumlichen Gegebenheiten bei einer Analyse von Entwicklung und Armut vor Ort nicht gänzlich außer Acht lassen. Denn sowohl die starke Reliefenergie in den einen als auch die dichte Vegetation in anderen Teilen des Landes haben dazu geführt, dass eben diese Gebiete erst später einer weltwirtschaftlichen Verwertung zugeführt wurden. Wo hingegen für den Weltmarkt produziert wurde, mussten die erzeugten Güter auch abtransportiert werden. Folglich legte man Eisenbahngleise und später auch asphaltierte Straßen so an, dass Produktionsstätten und Häfen bzw. wichtige Grenzübergänge miteinander verbunden wurden. Dabei wählte man zu meist Strecken, die den Bau tendenziell begünstigten. Im Fall von Guatemala war dies z.B. im Osten das flach abfallende Montagua-Tal, welches die Hauptstadt mit dem Hafen Puerto Barrios verband, von wo aus die Exportprodukte (Banane, Cochenille, Kaffee, Rohrzucker usw.) ihren Weg in die damaligen Weltwirtschaftszentren fanden. Auch zum Pazifik laufen Geleise, welche in Puerto San José endeten. Und ein dritter Schienenstrang verläuft beinahe parallel zur Pazifikküste bis an die mexikanische Grenze, welcher also die Fincas der Costa Sur und jene der Boca Costa an die zuvor genannten Transportwege und somit auch an die Häfen anknüpft.

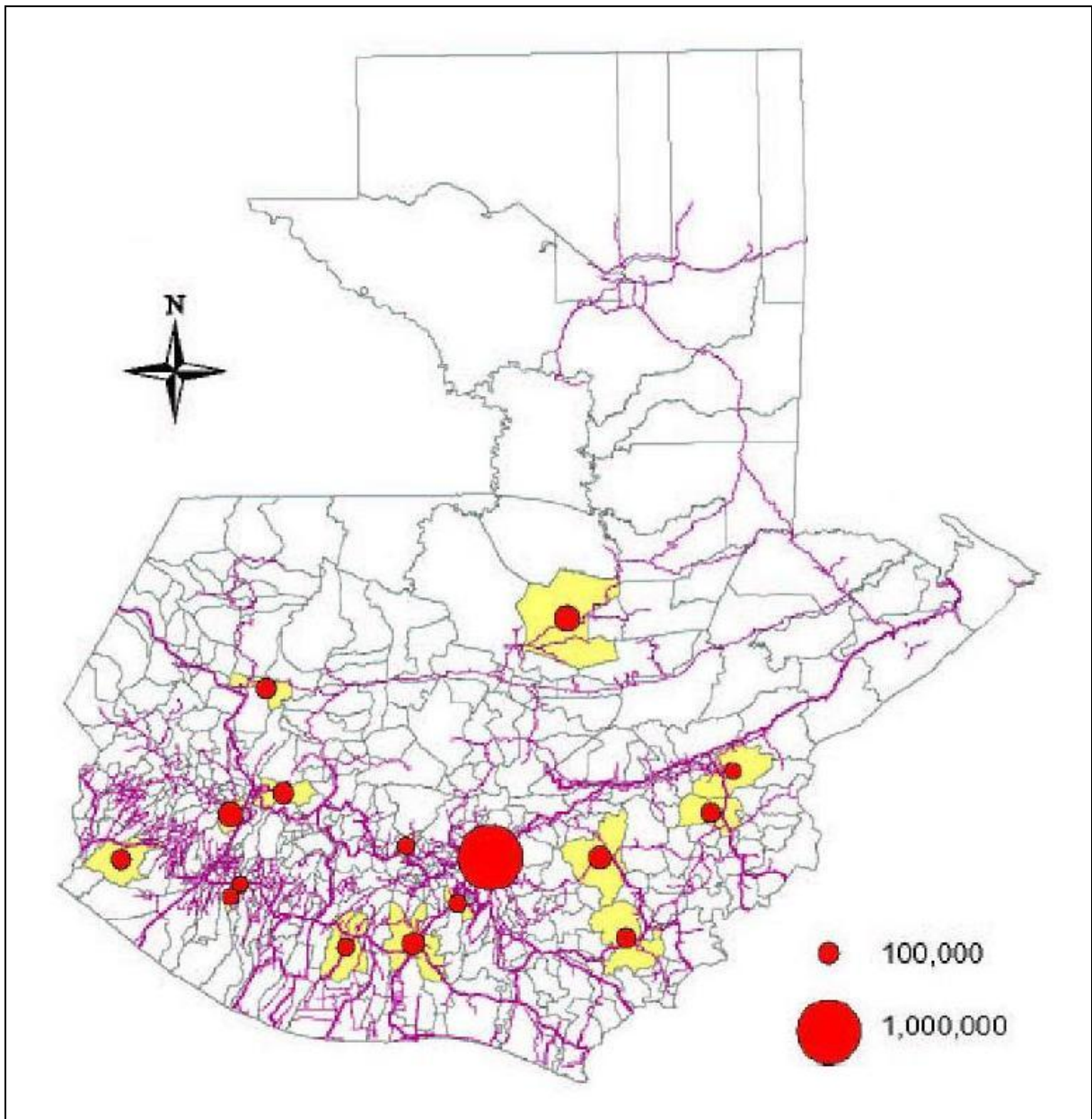
Hinter der verkehrstechnischen Erschließung einer peripheren Region stehen in den allermeisten Fällen ganz handfeste wirtschaftliche Überlegungen. Fred Scholz schreibt über die Extraktionsbahnen: „Die ökonomischen Interessen der Kolonisatoren und später folgenden Händler und Unternehmer zielten auf die Nutzung ganz bestimmter mineralischer oder agrarer Ressourcen ab. Dabei spielte die Erschließung der jeweiligen Region nur insoweit eine Rolle, als sie diesen Zielen diente“ (Scholz, 2004: 101).

Auch in Guatemala lässt sich erkennen, dass die natürlichen Produktionsbedingungen die Erzeugung bestimmter Exportgüter begünstigten. Deren Herstellung und der Wunsch nach einem effizienten Zugang zum Absatzmarkt (in Übersee) wiederum führten zur Etablierung von Verkehrswegen. Ursprünglich, so meint Scholz, bestimmt die materielle Basis (Bodenqualität, Niederschlagsmenge usw.) das gesellschaftliche System. Dieses führt dann zur Ausbildung spezifischer Raumstrukturen, welche sich ihrerseits wiederum auf die Gesellschaft und sogar auf die materielle Basis auswirken (vgl. Scholz, 2004: 91). Ein paar Seiten weiter schreibt er, dass es für die ehemaligen Kolonialgebiete ganz typisch sei, dass deren terrestrische Erschließung einem linear extraktiven Muster folge. Heute wird die Bahn in Guatemala kaum noch genutzt, aber zwei der drei wichtigsten Schnellstraßen wurden parallel zu den alten Bahnstrecken angelegt. Es sind dies die CA 9, die sogenannte *Transatlantica*, welche die beiden Küsten verbindet und die CA 2, welche von Ciudad Tecún Uman an der mexikanischen bis zur salvadorianischen Grenze verläuft. Daran erkennt man ganz gut, wie persistent einmal entwickelte Raumstrukturen weiterwirken.

Erst der Bau von Schienen und Straßen ermöglichte aber auch eine effektive Kontrolle des Staates Guatemala über seine Einwohner. Auf der einen Seite bedeutete das Nichtvorhandensein von Verkehrswegen für die Indigenen daher eine längere Isolation, eine dementsprechend prolongierte Nichteinbindung in den Weltmarkt und damit einhergehend das Fortbestehen der indigenen Gemeinden ohne massive Einwirkungen von außen, Erhalt von traditionellem Wissen und lokaler Kultur sowie der Praxis des Gemeinschaftslandes. Andererseits führte der vergleichsweise späte Anschluss ans Verkehrsnetz auch zum heutigen Mangel an Bildungs- und medizinischen Einrichtungen in diesen abgelegenen Gebieten. Und wie wir bereits in Kapitel 2.4 von Bebbington erfahren haben, ist die relative Nähe zur nächsten Straße durchaus relevant für die ökonomische Entwicklung der ruralen Bevölkerung, weil sich dadurch eine Vielzahl an *livelihood strategies* ergibt, die für all jene Menschen unzugänglich bleibt, die zu weit von der nächsten Straße entfernt leben. Und in Guatemala fahren tatsächlich überall dort Transportmittel durch, wo eine mehr oder minder befestigte Straße vorhanden ist, aber darauf werde ich weiter unten noch etwas genauer eingehen. In Abb. 5 kann man sich zunächst einmal ansehen, in welchen Gegenden Guatemalas prinzipiell asphaltierte Straßen im Untersuchungszeitraum vorhanden waren.

Wir können weiters davon ausgehen, dass sich Entwicklung, im Sinne der Expansion des Kapitalismus, parallel zu den Verkehrswegen bzw. radial um die physischen Haltestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahnhöfe, Bushaltestellen etc.) in die Umgebung ausbreitet.

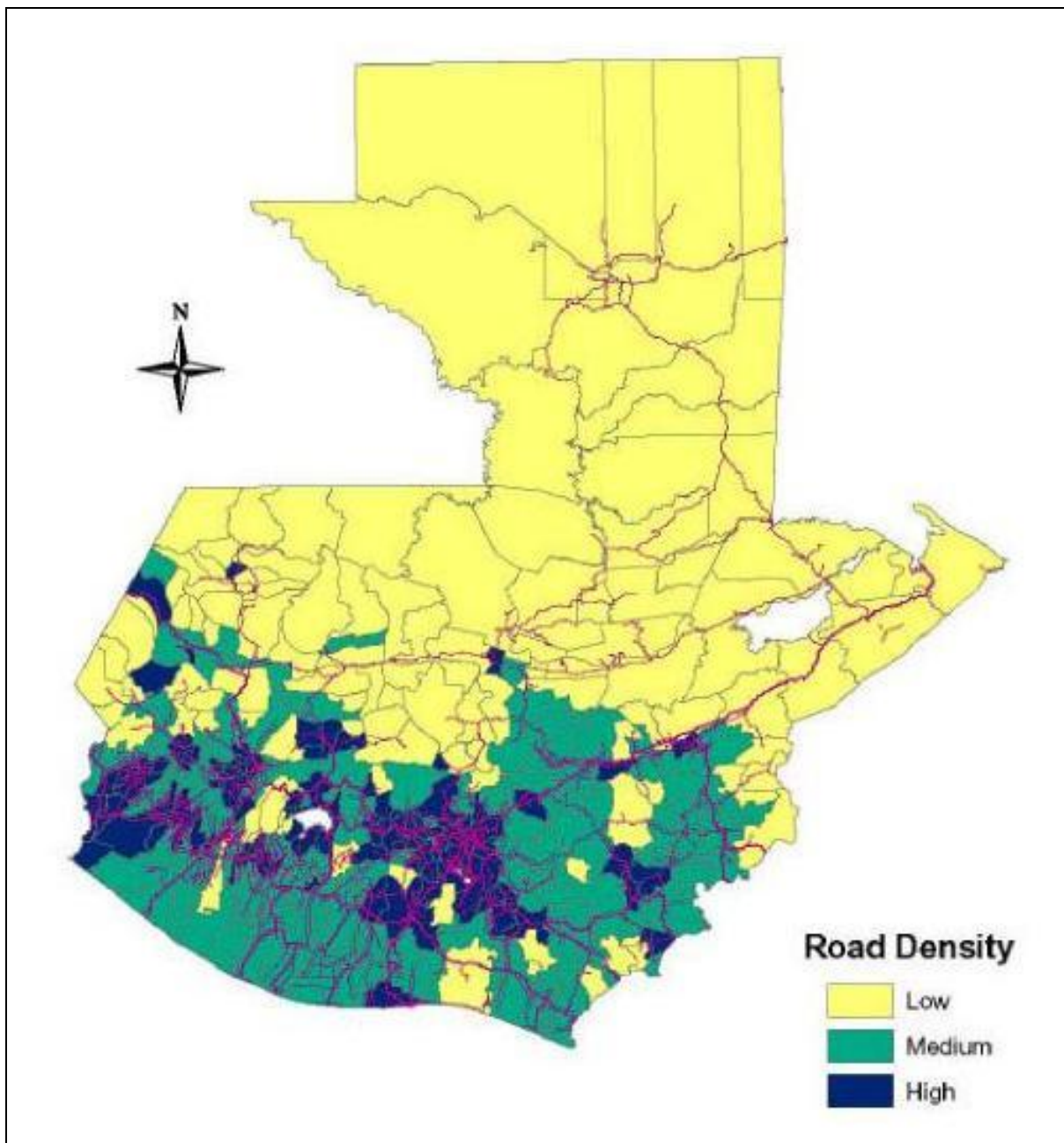
Abb. 5: Das bestehende Straßenverkehrsnetz und die größeren Städte Guatemalas



Quelle: Alwang, Siegel u. Wooddall-Gainey, 2005: 13, leicht adaptiert

Daher ist es auch weniger die Gesamtlänge der Straßen, sondern vielmehr die Dichte des Verkehrswegenetzes, welche eventuell einen Aufschluss über das wirtschaftliche Potential eines bestimmten Gebietes liefert. Aus diesem Grund folgt auf der nächsten Seite eine Karte (Abb.6), in welcher die Gesamtlänge aller asphaltierten Straßen in einer Gemeinde durch die Gesamtfläche des Gemeindegebietes dividiert wurde und danach noch mit der jeweiligen Bevölkerungsdichte gewichtet wurde. Die Gemeinden wurden dann in drei Rangstufen geclustert. Die Darstellung erfolgte in Form der drei Rangstufen hohe (blau), mittlere (türkis) und niedrige (beige) Verkehrswegedichte.

Abb. 6: Dichte des Straßennetzes in Guatemala



Quelle: Alwang, Siegel u. Wooddall-Gainey, 2005: 16, leicht adaptiert

Wenn wir obige Karte mit Abb. 20 und Abb. 22 im Kapitel 4.5 vergleichen, scheint es tatsächlich so, als würden sich Bebbingtons Beobachtungen aus Peru und Bolivien hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen finanzieller Armut und dem Vorhandensein von Verkehrswegen ebenso im Fall Guatemalas bestätigen. Auch die Weltbank gelangte in ihrer Studie über Guatemala zu drei Hauptmerkmalen von ländlicher Armut und nannte als erstes: „First, geographic isolation, caused by varied topography and inadequate transport networks, is an important correlate of poverty. Rural poverty rates increase with isolation. Potential poverty-

reducing income-generating opportunities are more readily found in densely populated areas near urban centers. Many of these income-generating opportunities are found outside of agriculture in the formal and informal sectors” (Weltbank, 2004: 2). Um Zugang zu derlei alternativen Einkommensmöglichkeiten zu erlangen, bräuchte es aber kostengünstige und wenig zeitintensive Verkehrsmittel, welche die ländliche Peripherie mit jenen Zonen verbinden würde, die zusätzliche Arbeitskräfte gebrauchen könnten. Wir stoßen hierbei aber auf drei Dilemmata.

Beim **ersten Dilemma** handelt es sich um ein statistisches Problem. Denn eine derartige Arbeitsmigration in die urbanen Gebiete würde die Armut in den ländlichen Gemeinden nur dann merklich reduzieren, wenn es dabei zu keiner permanenten Verlegung des Hauptwohnsitzes in die Stadt käme bzw. zumindest der Wohnsitz am Land nach wie vor als Hauptsitz angegeben werden würde. Andernfalls wäre der Effekt wohl eher ein Import der ländlichen Armut in die städtischen Ballungsräume als umgekehrt.

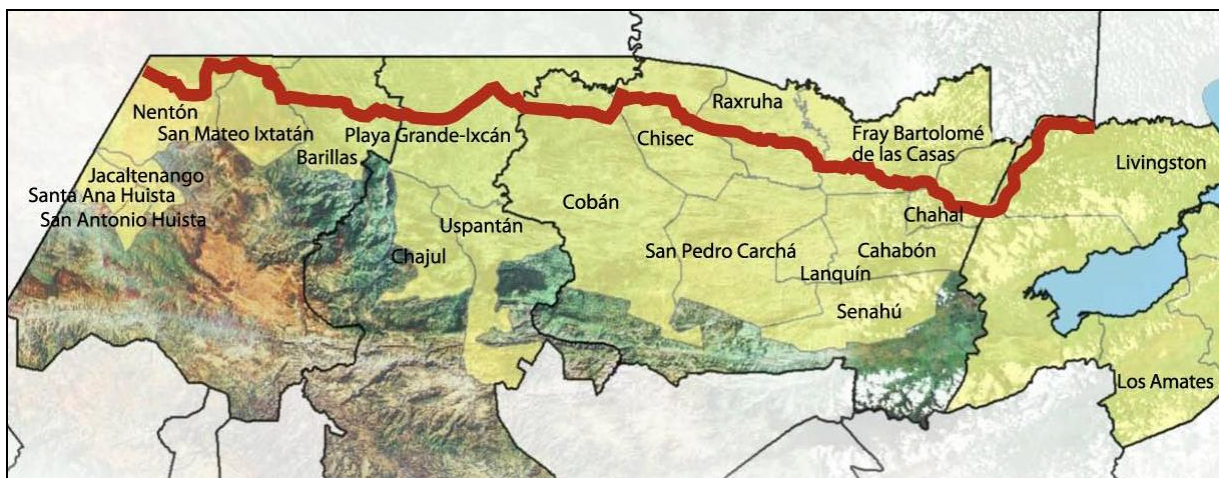
Das **zweite Dilemma** betrifft die Frage nach leistbaren Möglichkeiten zur Überwindung der räumlichen Distanz. Denn der Preis für ein Busticket in Guatemala setzt sich nicht nur aus den zurückgelegten Kilometern zusammen, sondern auch aus der aufgewandten Fahrtzeit, den Straßenverhältnissen auf der Strecke und der Buskategorie. Nachdem in der Peripherie beinahe ausschließlich alte US-Schulbusse eingesetzt werden, entfällt vorderhand einmal das Argument der unterschiedlichen Kategorien, denn alle fahren mit den Zweite-Klasse-Bussen. Alternativ oder dort wo keine Busse mehr fahren, besteht mitunter die Möglichkeit, auf der Ladefläche eines Pick-Up oder auf Lastwägen mitzufahren. Doch wird auch hierfür ein Kostenbeitrag erwartet, der sich in etwa an den Buspreisen orientiert. Zurückgelegte Distanz und erwartete Durchschnittsgeschwindigkeit fließen jedenfalls über den zu erwartenden Kraftstoffverbrauch in den Preis ein. Die Straßenverhältnisse wirken sich wiederum auf die Fahrtzeit und die Häufigkeit notwendiger Reparaturen aus.

All dies bedeutet, dass die durchschnittlichen Kosten pro Kilometer in der guatemaltekischen Peripherie deutlich höher liegen als jene auf den großen Überlandstraßen, welche die städtischen Zentren mit den Häfen, mit den Grenzübergängen und miteinander verbinden. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die geringere Kaufkraft am Land aus. Denn wenn die Betreiber einer privaten Buslinie zu hohe Preise verlangen, kommt es zu einem massiven Einbruch bei der Anzahl der Fahrgäste. Nachdem es aber keine staatlichen Alternativen gibt, wird eine private Buslinie überhaupt nur dann auf einer bestimmten Strecke betrieben, wenn sie zumindest

mittelfristig wirtschaftlich sinnvoll ist. Insofern sind kostengünstige Transport-mittel kaum erzielbar.

Das **dritte Dilemma** beruht auf der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Guatemala auch in den urbanen Gebieten hoch genug ist, sodass ein Gutteil der urbanen Bevölkerung (bei deutlich höheren Lebenshaltungskosten) selbst auf der Suche nach einem geregelten Einkommen ist und somit die ländliche Bevölkerung nur in Konkurrenz zur lokalen urbanen Bevölkerung treten würde. Das aber würde vermutlich die bescheidenen Löhne nur noch weiter drücken. Hierbei stoßen wir auf ein weiteres, eng verwandtes Kennzeichen der guatemaltekischen Gesellschaft. Den historisch-bedingten niedrigen Grad an gewerkschaftlicher Organisation, der daher rührt, dass Gewerkschafter gezielt verfolgt wurden. Er führt dazu, dass keine kollektiven Lohnverhandlungen stattfinden, häufig weniger als der staatlich festgelegte Mindestlohn gezahlt wird, Arbeitsrechte missachtet werden usw. Unter den beiden letztgenannten Umständen ist sehr fraglich, ob eine Verbesserung der Verkehrswege in die Ballungszentren die einzige Lösung sein kann.

Abb. 7: Verlauf der Franja Transversal del Norte, von der mexikanischen Grenze, durch die Departements Huehuetenango, Quiché, Alta Verapaz und Izabal bis zur Grenze mit Belize



Quelle: Diário de Centro América, am 25.09.2009: 3

In diesem Zusammenhang ist wohl auch das Projekt der **Franja Transversal del Norte** (FTN, in etwa als querverlaufender Streifen im Norden übersetzbar) zu sehen und kritisch zu hinterfragen, welches schon seit Jahrzehnten auf seine Realisierung wartet, unter Präsident Berger erneut aufgewärmt wurde, aber wiederum nicht umgesetzt werden konnte. Die Argumentation der guatemaltekischen Präsidenten ging stets dahin, dass mit der Fertigstellung dieser Straße auch erstmals Wohlstand in jene peripheren, vom Bau der Straße betroffenen Gemeinden ein-

ziehen würde. Und tatsächlich handelt es sich bei diesen um einen Teil jener Gemeinden, die am allerstärksten von extremer Armut betroffen sind. Gleichzeitig sind es ausschließlich Gemeinden, die in Abb. 6 in die Kategorie der niedrigen Versorgung mit Verkehrswegen hineinfallen. Offiziell soll die FTN jedenfalls eine Lücke im mittelamerikanischen Verkehrsnetz schließen. Sie soll eine weitere Anbindung in Richtung San Cristóbal de las Casas in Chiapas bieten und die Möglichkeit der Querverbindung in Richtung Belizes Hauptstadt Belmopán eröffnen. Allerdings hegt die lokale Bevölkerung die Befürchtung, dass die FTN in allererster Linie der noch schonungsloseren Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen dienen würde. Diese Ängste haben vielleicht auch damit zu tun, dass sich die Franja Transversal del Norte ausgerechnet durch Gemeinden ziehen soll, die während des Bürgerkriegs ganz besonders von Zusammenstößen zwischen Guerilla und Militär sowie von staatlicher Gewalt betroffen waren. Das grundlegende Misstrauen gegenüber den vollmundigen Versprechen der Präsidenten ist daher durchaus nachvollziehbar.

3.3 Analyse des politischen Systems in Guatemala

Auch an dieser Stelle muss ich ein bisschen auf die Geschichte Guatemalas zurückgreifen, um wenigstens die nötigsten Eckdaten zu liefern. Am Ende des Jahres 1996 wurde der Friedensvertrag zwischen der guatemaltekischen Regierung und der Guerillabewegung *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG) endgültig unterzeichnet, doch dadurch allein war noch lange keine friedliche Koexistenz garantiert. „Um auf die Frage Bezug zu nehmen, ob es sich in Guatemala um Scheinfrieden oder Realfrieden handelt, kann festgestellt werden, dass die im Friedensprozess getroffenen Abkommen kaum langfristige Entwicklungen zur Folge hatten. Die Gesellschaft ist immer noch durch die kolonialen Strukturen geprägt, für die Mehrheit der Bevölkerung brachte der Friedensprozess keine Veränderung. Positiv zu bewerten bleibt, dass Impulse zur zivilgesellschaftlichen Organisation gesetzt wurden und der bewaffnete Konflikt beendet werden konnte“ (Yanni, 2004: 116). Zumindest formal scheint die Demokratie Guatemalas funktionstüchtig.

Doch die Friedensverträge sahen eigentlich vor, dass sowohl die Guerilla-Kämpfer der URNG, als auch die *Patrullas de Autodefensa Civil* (PACs – zivile Einheiten des bewaffneten Widerstands gegen die Guerilla) und das Militär selbst abgebaut und in die Zivilgesellschaft reintegriert werden sollten. Während dieser Prozess im Fall von PACs und URNG relativ gut funktionierte, obwohl die völlige Entwaffnung dieser ehemaligen Kämpfer niemals ernsthaft stattfand, hat dies im Fall des Militärs bis heute nicht funktioniert und die guatemaltekische

Zivilpolizei (*Policía Nacional Civil* - PNC) konnte niemals die Rolle des Heeres als vorgeblicher Garant für die Sicherheit im Lande übernehmen.

Dies hat zum einen mit den häufigen Fällen von Korruption zu tun, die seit dem Friedensschluss innerhalb der Polizei ruckbar wurden und das Vertrauen der Bevölkerung in die PNC schwer erschütterten. Und es hat zum anderen damit zu tun, dass die zivile Polizei die Sicherheitslage tatsächlich zu keinem Zeitpunkt im Griff hatte, ihr ganz im Gegenteil die Kontrolle immer stärker aus der Hand zu gleiten schien und das Militär daher immer wieder dazu herangezogen wurde, die Rolle der PNC auf den Straßen des Landes zu erfüllen. Eine Aufgabe, die dem verfassungsrechtlichen Statut der Armee selbstverständlich widerspricht. Das gänzliche Versagen der Polizei wird umso offensichtlicher, wenn man sich vor Augen hält, dass Guatemala heute, gleich nach Haiti, das zweitgefährlichste Land im gesamten Raum der lateinamerikanischen und karibischen Staaten ist.

In Lateinamerika werden jährlich durchschnittlich 30 Morde pro 100.000 Einwohner verübt, in Guatemala betrug der Referenzwert im Jahr 2005 47 Morde, in Guatemala Ciudad 80 Morde und im Departement Escuintla 147 Morde auf 100.000 Einwohner. Insgesamt wurden zwischen 2004 und 2007 21.000 Personen gewaltsam umgebracht, wobei 82% der Morde mit Feuerwaffen verübt wurden. Damit erreichte die Zahl der Todesopfer in Folge von Gewalt einwirkens dieselben Dimensionen wie der Durchschnittswert während des bewaffneten Konflikts. Die Abwesenheit von Kontrollmechanismen und die fehlende Registrierung von Feuerwaffen haben zudem alle Möglichkeiten für einen blühenden Schwarzmarkt eröffnet, auf dem Schusswaffen schnell, einfach und günstig erworben werden können. Zusätzlich zu den 250.000 registrierten Waffen wird vermutet, dass etwa 800.000 Waffen illegal im Umlauf sind (vgl. Sanford, 2008).

Tatsächlich hatte und hat das guatemaltekeische Militär gar kein echtes Interesse daran, die einmal erlangte Macht und die errungenen Einflussphären im Land an eine zivile Einheit abzutreten. Dies umso weniger, als eine Aufwertung der Exekutive Hand in Hand mit einer Stärkung der Judikative gegangen wäre. Dabei gab es während der Jahre des Untersuchungszeitraumes eine durchaus ansehnliche Anzahl an Gerichtsverhandlungen, aber kaum Verurteilungen, gegen vormalige oder nach wie vor aktive Militärs wegen Verbrechen, die vor oder auch noch nach dem offiziellen Friedensschluss von diesen begangen wurden. Es gibt also bis heute gute Gründe, den Einfluss des Militärs aufrecht erhalten zu wollen. Die GTZ beschreibt dies mit den Worten: „Demokratisierung und Kriegsbeendigung haben zwar den einst äußerst

repressiven Staatsapparat geschwächt und das Militär formal aus diesem verdrängt. Dennoch wurde das Militär nicht grundsätzlich entmachtet. Der Wechsel führte nicht zum Aufbau funktionierender Institutionen. Dies liegt in erster Linie am mangelnden politischen Willen der Eliten, die nach Kriegsende den gesellschaftlichen Status quo aufrecht erhalten wollen und notwendige Reformen blockieren“ (GTZ, 2008: 43).

Die Untersuchung der GTZ bezieht sich dabei auf die Regierungsperioden von Alfonso Portillo, der für die *Frente Republicano Guatemalteco* (FRG), die Partei des Ex-Generals und Diktators Ríos Montt, angetreten war und von 2000 bis Anfang 2004 als Präsident fungierte und jene von Óscar Berger, der für das nichtssagende Wahlbündnis GANA kandidierte. Berger gewann die Präsidentschaftswahl 2003 auch wegen seines Bekanntheitsgrades als ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt von Guatemala. Er regierte bis 2008, als ihn Álvaro Colom, der Zweitplatzierte im Jahr 2003 und Wahlsieger im Jahr 2007, von der *Unidad Nueva Esperanza* (UNE) in dieser Funktion ablöste. Dies zeigt, dass auch für die hiesige Arbeit und den gewählten Untersuchungszeitraum lediglich die Regierungszeiten von Portillo und Berger relevant sind. Beide Präsidenten haben meines Erachtens nach nicht gerade durch ein eigenständiges Profil gegläntzt oder wären in der Lage gewesen, dem Land ihren individuellen Stempel aufzuprägen, obwohl die Machtkonzentration in Händen des Präsidenten der Republik Guatemala dies eigentlich gestatten würde.

Allgemein gilt für Guatemala, dass sein politisches System als *Hiperpresidencialismo* bezeichnet werden darf: „Die lateinamerikanischen Demokratien sind Präsidialsysteme, bei denen die Exekutive von einem Staatschef ausgeübt wird, der zugleich auch Regierungschef ist, Gesetze verkündet, die Innen- und Außenpolitik des Landes bestimmt und seine Minister und Berater ohne Mitwirkung der übrigen Staatsgewalten ernannt. Die angesammelte Machtfülle hat zu Übergriffen geführt, die nicht nur die Institutionen selbst herabwürdigen, sondern auch den Weg für sich wiederholende Regierungskrisen bereiten. Dies führt zunehmend zur Rechtfertigung von Ausnahmen und Maßnahmen, um diese zu überwinden“ (Konrad Adenauer Stiftung, 2007: 6).

Im Fall Guatemalas wäre zum Beispiel zu nennen, dass der Ausnahmezustand wesentlich häufiger verhängt wird, als unbedingt nötig, oder aber wesentlich länger in Kraft bleibt, um eine Fülle an Maßnahmen zu legitimieren, die von der Verfassung her unter normalen Umständen nicht gestattet wäre. Im Großen und Ganzen beschränken sich die Präsidenten aber darauf, ihre Klientel, das heißt jene Wirtschaftstreibenden, die sie bis zum Wahlsieg unterstützt und

gefördert haben, mit Aufträgen zu versorgen, deren Interessen sowie Eigentum zu schützen und dabei dem einfachen Volk gerade genügend Zugeständnisse zu machen, dass diese nicht erneut einen bewaffneten Widerstand anzetteln.

Dementsprechenden kritisch stehen Zivilgesellschaft und NGOs (im Zitat als NRO abgekürzt) der jeweiligen Regierung gegenüber. Die GTZ fasst den wesentlichen Unterschied in der Regierungsführung von Portillo und Berger wie folgt zusammen: „Während der Regierung Portillo gab es – wenn auch unter klientelistischen und autoritären Vorzeichen – ansatzweise eine Politik der sozialen Integration. Dies wurde von manchen sozialen Bewegungen als Fortschritt empfunden. Zu den NRO, die zu Sicherheit und Rechtsstaat arbeiten, war das Verhältnis aber eher schlecht. In der Regierungszeit Berger hat sich diese Situation tendenziell umgekehrt“ (GTZ, 2008: 52). Im Klartext bedeutete dies unter Berger etwas mehr Spielraum für die Aufarbeitung der historischen Verbrechen während des Bürgerkriegs, aber dafür eine umso härtere Gangart gegenüber rezenten Besetzungen von Fincas durch Landlose. Auf Ex-Präsident Portillo werde ich noch gesondert, am Ende von Kapitel 3.4, zu sprechen kommen.

Von diesen Spezifika der einzelnen Präsidenten einmal abgesehen, ist die Frage zu erheben, ob es sich nun im Fall von Guatemala um eine vollwertige Demokratie handelt. Und wenn nein, worin dann die weiteren Probleme des Landes liegen? Eine Annäherung an die erste Frage unter Berücksichtigung der Vergleichbarkeit mit anderen Ländern dieses Kulturkreises bietet uns die Konrad Adenauer Stiftung mit ihrem Index über die demokratische Entwicklung in Lateinamerika an. Nachdem dieser Demokratie-Index jeweils im Folgejahr anhand der Daten aus dem Vorjahr berechnet wird, möchte ich die Indizes von 2002 bis 2007 zu Vergleichszwecken heranziehen.

Tab. 1: Demokratie-Index der Konrad Adenauer Stiftung für Guatemala von 2002-2007

2002	2003	2004	2005	2006	2007
3,992	2,928	3,884	1,648	3,834	3,496

Quelle: Konrad Adenauer Stiftung, 2007: 32

Man erkennt, dass der Wert des Demokratie-Index durchaus signifikanten Schwankungen ausgesetzt ist. Er wird auf Grund von vier Dimensionen berechnet, die teilweise auf der Einschätzung des Personals der Konrad Adenauer Stiftung beruhen, deren Berechnung immerhin im Methodenteil ausführlich dargelegt wird, dabei aber dennoch subjektiv bleibt. Dimension eins (formale Demokratie) gilt als Kriterium für die Aufnahme in diese Auswertung. Die drei weiteren Dimensionen heißen: Achtung der politischen Rechte und der Bürgerfreiheiten, Qua-

lität der Institutionen und politische Effizienz sowie Regierungsfähigkeit, wobei sich die letzte Dimension eigentlich aus zwei Teildimensionen zusammensetzt: Kompetenz in der Umsetzung einer Wohlstand sichernden Politik und Kompetenz in der Umsetzung einer die Wirtschaftsleistung fördernden Politik.

Insbesondere der Index 2005, der auf den Werten von 2004 beruht, sticht in dieser Reihe negativ heraus. Meinen Recherchen zufolge dürfte dies vor allem auf der geringen Beteiligung von Frauen an der Regierung beruht haben, wie auch auf der Einschätzung, dass sich die Bevölkerung von den vorhandenen politischen Parteien kaum bis gar nicht vertreten fühlte. Das verwundert nicht wirklich, denn 2004 war das erste Amtsjahr von Óscar Berger, der zu einem hohen Grad davon profitiert hatte, dass ein Gutteil des guatemaltekischen Volkes beim Urnengang 2003 eine taktische Verhinderungswahl vollführte. Und zwar sowohl aus schierer Furcht vor einer erneuten Amtsperiode des Ex-Diktators Rios Montt (FRG) als auch weil die Linke in Guatemala hochgradig zersplittert war und ist, daher keine der kleinen Parteien eine realistische Chance auf die Präsidentschaft hatte und somit auch auf Grund des Fehlens von wirklichen Alternativen. Zum damaligen Zeitpunkt betraf dies insbesondere die Frage nach der ethnisch-en Herkunft, denn keine der größeren Parteien, nicht einmal das politische Lager der URNG, trat mit einem indigenen Kandidaten zur Wahl an. So zog Rios Montt zwar nicht einmal in die Stichwahl ein, doch Óscar Berbers Regierungsprogramm war für viele Menschen eine herbe Enttäuschung. Dies spiegelt auch die vierte Dimension des Index wider, also die Regierungsfähigkeit, welche 2005 in beiden Teilkomponenten sehr negativ bewertet wurde. Guatemala war in diesem Jahr das lateinamerikanische Land mit dem geringsten Demokratie-Index-Wert.

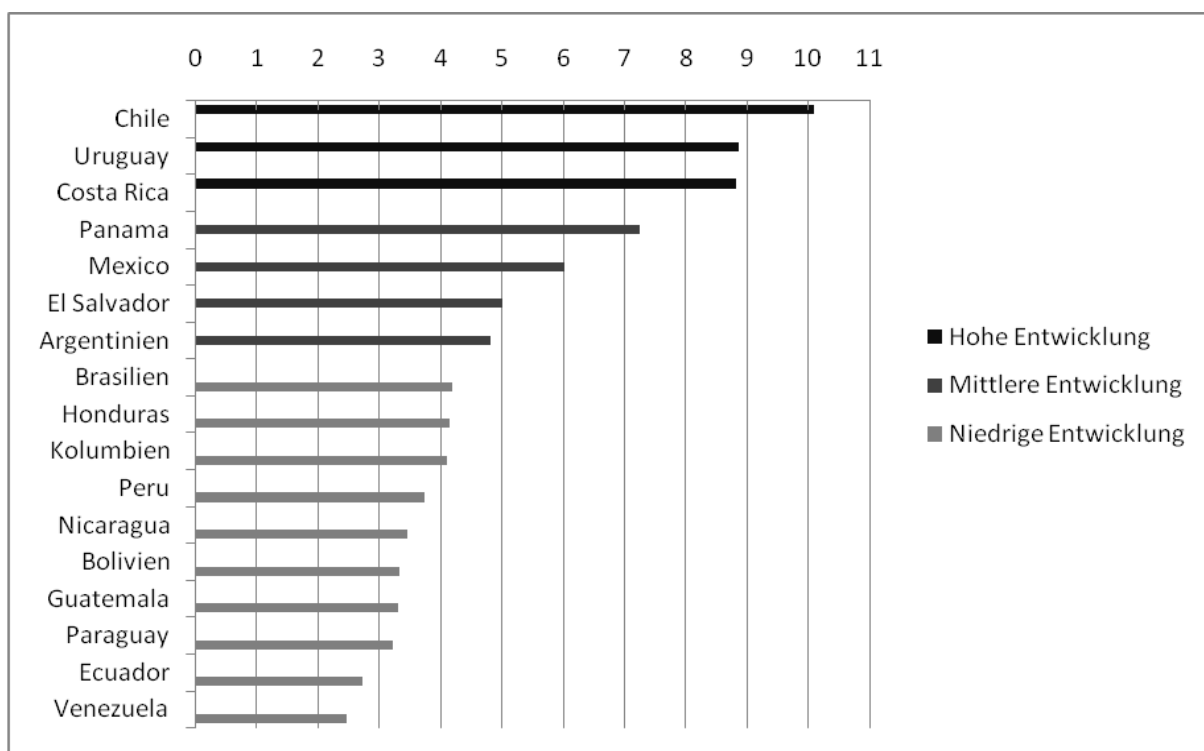
Um Vergleiche mit den übrigen Ländern anzustellen habe ich einen Mittelwert des Demokratie-Indexes über den betrachteten Untersuchungszeitraum errechnet. Ein solcher Mittelwert erscheint mir, für die Vergleichbarkeit der Länder untereinander, eher zulässig als die mitunter extremen Werte einzelner Jahre. Im längerfristigen Mittel gehört Guatemala, zumindest nach dieser Bewertungsmethode, zwar noch immer zur Gruppe der Länder mit einem niedrigen demokratischen Entwicklungsstand, ist aber nur noch eines unter mehreren.

Im Übrigen gehörten die meisten Länder, selbst Brasilien, zu dieser Gruppe. Auffallend ist allemal, dass Guatemala in keinem einzigen Jahr über den Grenzwert von 4,51 hinaus kam, womit es als Land mit einem mittleren demokratischen Entwicklungsstand gegolten hätte. Zu dieser Gruppe zählen immerhin gleich drei mittelamerikanische Länder, nämlich Mexiko, El

Salvador sowie Panama und zwei von ihnen sind direkte Nachbarländer Guatemalas. Auch El Salvador blickt auf einen blutigen Bürgerkrieg zurück, hat in der Post-Conflict-Phase aber offensichtlich deutlich mutigere Schritte unternommen, um die Vergangenheit zu überwinden.

Der Bereich der Länder mit hoher demokratischer Entwicklung beginnt erst bei einem Indexwert von 7,51. Diesen übertrafen nur Chile, Uruguay und Costa Rica. Auch bei dem hier gebildeten Durchschnittswert lagen Bolivien und Guatemala beinahe gleichauf. Das Land, welches in dieser Arbeit untersucht wird, ist in diesem Vergleich das absolute Schlusslicht innerhalb der Gruppe zentralamerikanischer Länder, wenngleich es in einzelnen Jahren zwischen 2002 und 2007 immerhin vor Nicaragua zu liegen kam.

Abb. 8: Demokratie-Index der Konrad Adenauer Stiftung für die Länder Lateinamerikas, Durchschnittswert der Indizes aus den Jahren 2002 – 2007, gruppiert nach Entwicklungsstand



Quelle: Konrad Adenauer Stiftung, 2007, eigene Berechnung und Darstellung

Nachdem mittlerweile klar sein dürfte, dass Guatemalas Demokratie zumindest im ersten Jahrzehnt nach dem offiziellen Ende des Bürgerkriegs als unzulänglich bezeichnet werden muss, kehren wir noch einmal zur Frage zurück, wo denn zusätzliche demokratiepolitische Probleme liegen könnten. Bisher haben wir die Exekutive und die Legislative erörtert, wenden wir uns nun also noch dem Justizapparat zu. „Dass Justiz und Rechtsstaat in Guatemala stark defizitär sind, zeigt sich am hohen Grad der Straflosigkeit. Ursächlich hierfür sind vier verschiedene Problemlagen, die in der Praxis eng zusammenhängen: Erstens der fehlende

Zugang zur Justiz, besonders für Arme; zweitens Verfahren, die internationalen Standards nicht entsprechen; drittens die fehlende Umsetzung von verabschiedeten Gesetzen sowie viertens die Politisierung der Justiz“ (GTZ, 2008: 48).

Insgesamt kommt die GTZ in diesem Text zum vernichtenden Urteil, dass es sich im Fall von Guatemala um einen fragilen Staat handle, der sich nicht so sehr durch fehlende Leistungsfähigkeit als vielmehr durch mangelnden Reformwillen auszeichne (vgl. GTZ, 2008: 43). Und dieser Unwille zu Reformen seitens der herrschenden Elite zieht sich gewissermaßen als große Konstante durch all die Jahre seit dem Friedensschluss, denn die Probleme waren vor über zehn Jahren die gleichen wie heute. So schrieb Vogt: „Zu wenige, schlecht ausgebildete und unterbezahlte Polizisten, Korruption in Polizei, Militär, Judikative und Verwaltung, fehlende Ausrüstung, abbruchreife, überbelegte Gefängnisse, schleppende Gerichtsverfahren und hohe Verfahrenskosten sind keine gute Grundlage für einen Rechtsstaat“ (Vogt, 1999: 131).

Yanni ging in ihrer Diplomarbeit sogar noch einen Schritt weiter und stellte in ihren abschließenden Schlussfolgerungen in Abrede, dass der vertraglich festgehaltene Zustand des Friedens faktisch existent sei und erläutert dies damit, dass gesellschaftliche Konflikte in Guatemala nach wie vor meist gewalttätig „bereinigt“ würden: „1.) Die hohe Anzahl von ermordeten und verletzten Personen gibt Hinweis, dass eine Gewaltfreiheit des Konfliktaustrags nicht gegeben ist. Das in den letzten Jahren aufgetretene Phänomen der Lynchjustiz stützt diese Behauptung zusätzlich. 2.) Anhand dem, in allen Bevölkerungsschichten verbreiteten, Privatbesitz von Waffen sowie an der hohen Anzahl privater Sicherheitsdienste kann abgeleitet werden, dass sich die Bevölkerung zudem nicht in der Erwartungshaltung eines gewaltfreien Konfliktaustrags befindet. 3.) Aufgrund der hohen Prozentzahl in Armut lebender Menschen, (...) ist davon auszugehen, dass den strukturellen Ungleichheiten nicht entgegenge wirkt wird. (...) Keine der Voraussetzungen eines dauerhaften Friedens ist damit erfüllt. Entsprechend der gewählten Bestimmungsfaktoren, befindet sich Guatemala in einem Zustand von Nicht-Krieg oder einem *pax absentia belli*. Weder ein kriegerischer Zustand entsprechend der Definition der AKUF (...) noch ein bewaffneter Konflikt (...) ist gegeben, jedoch ein hohes Ausmaß struktureller Gewalt“ (Yanni, 2004: 117).

3.4 Welche Akteure spielen in Guatemala eine tatsächliche Rolle und was sind Parallelmächte?

Nachdem im Kapitel 3.3 ausführlich dargelegt wurde, dass der guatemaltekeische Staat zu fragil und zu reformunwillig ist, um sich um die Belange aller seiner Bürger zu kümmern, stellt sich nun die Frage, wer denn dann, angesichts des fehlenden Gewaltmonopols seitens des Staates, faktisch die Macht ausübte und bis heute ausübt. Die GTZ beantwortete diese Frage so, dass es die „Parallelmächte“ seien, die diese Funktion erfüllten und definierte diese wie folgt: „Bei den sogenannten Parallelmächten handelt es sich um diejenigen Akteure, die auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene parallel – das heißt außerhalb bestehender formaler Strukturen der Partizipation – Einfluss auf Regierung und Staat ausüben“ (GTZ, 2008: 43). In einer Fußnote wird ergänzt, dass diese Einflussnahme nicht zwangsläufig illegal erfolgen muss, jedenfalls aber informell geschieht.

Dass die Parallelmächte in Guatemala schon länger ein brennendes Problem sind, beweist die Tatsache, dass man noch bevor das Mandat der UN-Mission zur Überwachung der Einhaltung der Friedensverträge (MINUGUA) mit Ende 2004 auslief, in den internationalen Institutionen bereits darüber nachdachte, welche Kommission an ihrer statt nachfolgen und sich ganz gezielt mit den Strukturen, Aktivitäten und Finanzquellen von illegalen Gruppen und geheimen Sicherheitsorganisationen beschäftigen würde. Am 13. März 2003 wurde ein Rahmenabkommen zwischen Regierung, Menschenrechtsprokuratur und den Vereinten Nationen unterzeichnet, wonach ab dem Herbst des gleichen Jahres eine internationale Untersuchungskommission eingesetzt werden sollte.

Allerdings konnte die *Comisión de Investigación de Cuerpos Ilegales y Aparatos Clandestinos de Seguridad* (CICIACS) ihre Arbeit niemals aufnehmen, weil der Kongress seine Zustimmung zu diesem angeblich verfassungswidrigen Abkommen verweigerte und bis 2006 ein neues ausgehandelt wurde. Erst im August 2007 beschloss der Kongress die Zustimmung zur Einsetzung der *Comisión Internacional Contra la Impunidad en Guatemala* (CICIG), welche in etwas abgespeckter Version die nachfolgenden Aufgaben der CICIACS nun doch noch erfüllen sollte: „Es geht um die Aufdeckung klandestiner Organisationen sowie deren Aktivitäten, Vorgehensweisen, Finanzquellen und Verbindungen zu staatlichen Einrichtungen und anderen Sektoren. Die Nachforschungen der Kommission sollen die Zerschlagung der illegalen und im Untergrund tätigen Apparate unterstützen und entsprechende strafrechtliche Sanktionen einleiten. Die CICIG kann in Prozessen als Nebenklägerin auftreten, wenn sie dies für notwendig erachtet“ (Solidarität mit Guatemala e.V., 2006: 4). Mit Anfang Jänner 2008 nahm

die CICIG ihre Arbeit in Guatemala tatsächlich auf. Bekanntheit erreichte sie auch bei uns durch die Forderung der Auslieferung des per internationalen Haftbefehl gesuchten Ex-Subdirektor der PNC, Javier Figueroa. Ihm werden zehn extralegale Hinrichtungen angelastet. Angeblich hatten die Gründe hierfür mit Drogengeschäften zu tun. 2007 erhielt Figueroa in Österreich politisches Asyl. Am 24.05.2011 wurde er hierzulande verhaftet (vgl. ORF, 2011).

Zumindest ein gewichtiger Teil der Parallelmächte war und ist bis heute das organisierte Verbrechen. Vogt meinte gar, dass die Kriminalität in Guatemala als ein eigener, gut organisierter Wirtschaftszweig aufgefasst werden darf und dessen Geschäftsführer vornehmlich aus Spitzenpositionen in Militär und Politik stammen würden. Sie nannte namentlich drei große Aktivitätenbereiche: Entführungen und damit einhergehende Lösegeldforderungen, Schmuggel und Raub von legalen Waren sowie den gesamten Bereich des Anbau, Schmuggel und Handel von illegalen Drogen. „Diese kriminellen Strukturen sind von erheblicher Bedeutung für die nationale Wirtschaft und das Alltagsleben der Bevölkerung“ (Vogt, 1999: 44).

Gerade die Aktivitäten im Bereich der Drogenkriminalität haben in den letzten Jahren noch deutlich zugenommen. Dabei wird das Alltagsleben der guatemaltekischen Bevölkerung nicht ausschließlich negativ beeinflusst. Ich will mit dieser Aussage den Drogenhandel keineswegs glorifizieren, aber dennoch häufen sich Berichte von Drogenbossen, die in ihrem direkten Wohnumfeld (zumindest in ländlichen Gebieten) mildtätig aktiv sind, für Infrastruktur, Saatgut oder medizinische Versorgung aufkommen, somit Kernaufgaben des Staates erfüllen und sich gleichzeitig das Wohlbefinden der lokalen Bevölkerung sichern. Exemplarisch sei hier die Familie Lorenzana genannt, die in Zacapa nicht festgenommen werden konnte, weil unbescholtene Dorfbewohner die Zufahrten blockiert hatten (vgl. Solidarität mit Guatemala e.V., 2009: 6). Hierbei treten zumindest auf der lokalen Ebene Drogengelder mitunter in direkte Konkurrenz mit Geldern aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Aber die Auswirkungen auf die *livelihoods* sind natürlich weitaus vielfältiger. Auch Kriminalität, Drogenschmuggel, Söldnerwesen usw. sind alternative Strategien, um das Überleben der eigenen Familie abzusichern, mit einem höheren Risiko für das eigene Leben, aber zumindest auch mit entsprechend höheren Einkünften.

In einem Interview erklärte Claudia Samayoa, eine bekannte Menschenrechtsaktivistin und Koordinatorin der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA), dass der andere Teil der illegalen Körperschaften aus den paramilitärischen und parapolizeilichen Strukturen der Aufstandsbekämpfung hervorging, welche zum Höhepunkt des Bürgerkriegs

durchaus offen agieren konnten, mittlerweile aber nur noch klandestin tätig sein können. Während derartige Todesschwadronen damals für soziale Säuberungen eingesetzt wurden, besteht ihre Aufgabe heutzutage eher in der marktwirtschaftlichen Vermittlung zwischen organisiertem Verbrechen und der käuflichen Sphäre der Politik. Gleichzeitig garantieren diese Parallelstrukturen durch ihre guten Kontakte zu Polizei, Justiz und Politik für Straflosigkeit und führen zudem gezielt Drohungen, zeitweilige Entführungen oder gar selektive Tötungen aus (vgl. Solidarität mit Guatemala e.V., 2009: 1). Von solchen Angriffen betroffen sind vor allem ExponentInnen von Indígena- und BäuerInnenorganisationen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, OppositionspolitikerInnen, AnwältInnen und RichterInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und Personen oder Organisationen, die an der Aufarbeitung der Vergangenheit mitarbeiten (vgl. Solidarität mit Guatemala e.V., 2008: 2).

Die Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs zur Situation der VerteidigerInnen der Menschenrechte, Hina Jilani, wies am 21. Februar 2008 auf die schwierige Lage der NGOs in diesem Bereich mit den folgenden Worten hin: „Guatemala ist ein Land, das vor beachtlichen Herausforderungen steht. Es gehört zu den Ländern mit der größten Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Die Gewalt und das organisierte Verbrechen sind dringende Probleme, der Grad der Straflosigkeit ist fast total und der Einfluss von parallelen Mächten behindert den Wandel. Das hat die Lage dramatisch verschlechtert, in denen die MenschenrechtsverteidigerInnen aktiv sind" (Zitiert nach Solidarität mit Guatemala e.V., 2008: 3). Neben der Ungleichverteilung von Finanzmitteln und Chancen, wäre also auch der Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu nennen, wenn man nach den größten Hemmschuhen für eine positive Entwicklung der guatemaltekischen Gesellschaft fragen würde.

Dass die CICIG tatsächlich Fortschritte macht, zeigt nicht zuletzt das Beispiel des früheren Präsidenten Alfonso Portillo, der am 27. Jänner 2010, gerade als er sich mit einem Boot nach Belize absetzen wollte, endlich festgenommen wurde. Ihm wird nicht nur die Veruntreuung von Staatsfinanzen in der Höhe von 120 Mio. Quetzales (rund 12 Mio. Euro) aus dem Verteidigungsministerium sondern auch die Geldwäsche eben dieses Betrags durch US-Banken vorgeworfen. Daher gab es sowohl einen guatemaltekischen, als auch einen US-amerikanischen Haftbefehl gegen Portillo. Im Idealfall könnten die genaueren Untersuchungen dieses Falles etwas mehr Licht in die Verbindungen zwischen guatemaltekischer Politik und den Parallelmächten bringen (vgl. Solidarität mit Guatemala e.V., 2010: 3).

3.5 Massenphänomen Migration

Ganz ähnlich wie das Zitat von Scoones am Ende von Kapitel 2.1 meint auch Bebbington: „(...) migration has to be central to any understanding of livelihoods and any rethinking of development. Indeed, a recent and expansive study of livelihoods in southern Bolivia has concluded very strongly that one reason rural development interventions have had such disappointing impacts is that they have misinterpreted livelihoods as agrarian, static and geographically fixed” (Bebbington, 2002: 122). Um nicht den angesprochenen Fehler zu wiederholen, möchte ich mich in diesem Kapitel etwas ausführlicher mit den Migrationsmustern der guatemaltekischen Bevölkerung beschäftigen.

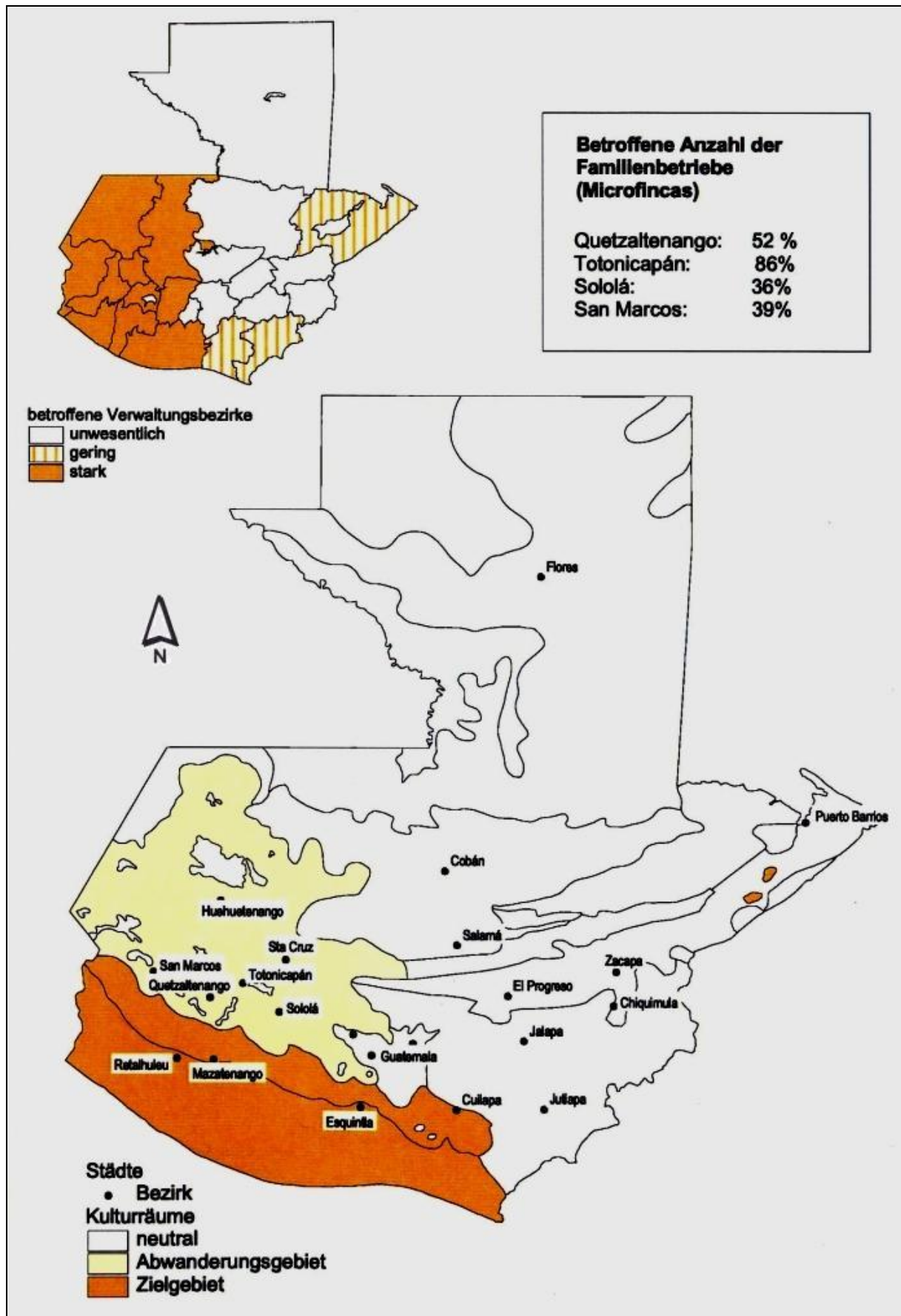
Borsdorf modifizierte 2004 das Modell der Mobilitätstransformation von Zelinski, wandte es auf die lateinamerikanischen Megastädte an und unterschied dabei zwischen den nachfolgenden Migrationsbewegungen: internationale Wanderung, Landflucht, inter/intraurbane Wanderung, Zirkulation, Binnenwanderung zu Pionierfronten und zuletzt Stadtflucht. Er meinte, dass jede dieser Migrationsformen im Verlauf des demographischen Übergangs einen Höhepunkt erreiche und die verschiedenen Stadien der Gesellschaft vom Aufschwung, Höhepunkt oder Abklingen der einzelnen Migrationsformen geprägt seien (vgl. Borsdorf, 2004: 12). Meines Erachtens nach konnte man aber zumindest während meines Untersuchungszeitraums all diese Wanderungsbewegungen mehr oder minder gleichzeitig in Guatemala beobachten, wenngleich sie zahlenmäßig von unterschiedlicher Bedeutung dieses Land waren.

Zunächst können wir im Fall Guatemalas zwischen jener Migration unterscheiden, die innerhalb der Landesgrenzen verläuft und mehr oder minder gut durch die Volkszählungen erfasst wird, und jener Migration, bei der die nationalen Grenzen überwunden werden (internationale Wanderung). Beschäftigen wir uns zunächst mit der **Binnenmigration**. Geschichtlich erwähnenswert ist allemal die gewaltsame Vertreibung bzw. die prophylaktische Flucht der Zivilbevölkerung vor der Gewalt des Staatsapparates während des Bürgerkriegs. Allgemein anerkannt dürfte sein, dass eineinhalb Millionen Menschen ihren angestammten Wohnsitz aus diesen Gründen verließen (vgl. MENAMIG, 2004: 12). Nur um zu verdeutlichen, welche gewaltige Wanderungsbewegungen dadurch in Gang gesetzt wurden, sei hier erwähnt, dass die Gesamtbevölkerung im Jahr 1981, also kurz vor dem quantitativen Höhepunkt der Auseinandersetzungen, auf knapp über 6 Mio. Einwohner geschätzt wurde. Anders ausgedrückt: Jede vierte Person, die den Höhepunkt des Bürgerkriegs in Guatemala miterlebte, wurde von ihrem Heimatort vertrieben.

Als nächstes möchte ich gerne die **saisonal bedingte, temporäre Migration** betrachten. Ihrem Wesen nach entspricht sie einer Zirkulation, da es hierbei in der Regel nicht zur permanenten Verlegung des Wohnsitzes kommt. Sie ist bis heute von großer Bedeutung, gerade um die Subsistenzwirtschaft durch monetäre Einkünfte zu ergänzen und damit deren Fortbestand gewährleisten zu können. Viele kleinbäuerliche Betriebe sind daher von den Einkünften aus dem Tagelohn auf fremden landwirtschaftlichen Gütern abhängig. Umgekehrt wird sie hervorgerufen durch den massiven Arbeitskräftebedarf auf den Fincas am Höhepunkt der jeweiligen Ernte, weswegen auch das Funktionieren der guatemaltekischen Plantagenproduktion von billiger Arbeitskraft abhängig ist. „Aus den Gemeinden des westlichen Hochlandes wandern ganze Familien zur Kaffeeernte auf die Plantagen am pazifischen Küstengebiet ab. Von Januar bis März sind ihre Dörfer weitestgehend entvölkert“ (Vogt, 1999: 90).

Auch wenn nur kurz auf die Bedeutung der saisonalen Abwanderung hingewiesen wurde, so ist diese Wanderungsbewegung nach wie vor sehr wichtig. „Seasonal migration, where families seek temporary work, usually in agriculture, is common, and destinations include the southern coast and eastern plantations. An estimated 800,000 to 1 million Guatemalans migrate on a seasonal basis each year“ (Weltbank, 2005: 23). In Guatemala wird überwiegend Kaffee der Spezies Arabica angebaut, nur in den niedriger gelegenen Anbaugebieten (also unterhalb von 700m über Meeresniveau) findet man auch zahlenmäßig bedeutungslose Pflanzungen der weniger anspruchsvollen Sorte Robusta (vgl. ICO, 2009). Im Fall von Arabica-Kaffee liegt die Erntezeit in Guatemala zwischen August und März. Im Allgemeinen wird aber erst nach Ende der Regenzeit mit der Ernte begonnen. Wie wir aber anhand von Abb. 9 sehen können, sind nicht nur die Arabica-Kaffeeplantagen der Boca Costa betroffen, sondern sehr wohl auch die Zuckerrohrfelder und Bananenhaine der Costa del Sur. Die Angaben in der rechten oberen Ecke von Abb. 9 sind gewiss veraltet, doch sie besagen, dass im Jahr 1995 ca. die Hälfte aller Kleinbauernfamilien im Westlichen Hochland ihre Einkünfte durch saisonale Migration zumindest eines Familienmitglieds aufbesserte.

Abb. 9: Temporäre Migration in Guatemala, hauptsächlich während der Trockenzeit



Quelle: Vogt, 1999: 153, nach Flores Alvarado, 1995

Wenden wir uns aber nun den permanenteren Migrationsformen zu. Hier wären zunächst die Abwanderung aus den ländlichen Gegenden bzw. der Zuzug in die größeren Städte des Landes, vornehmlich in die Hauptstadt Guatemala Ciudad, zu nennen. Wir sprechen hierbei von der sogenannten „Landflucht“ oder, wertneutraler ausgedrückt, von der **Land-Stadt-Migration**, über die Christine Vogt schreibt: „Jüngere Leute erhoffen sich Chancen als Hausangestellte oder ziehen zu Familienmitgliedern und Bekannten, die den Sprung schon geschafft haben. Sie finden entweder in den Maquila-Betrieben, die gürtelförmig um die Hauptstadt angesiedelt sind, oder im informellen Sektor eine Überlebenschance.“ Und einen Satz später nennt sie auch gleich ein paar der damit einhergehenden Probleme für die Hauptstadt. „Die marginalen Wohngebiete in der Hauptstadtregion und die Verstädterung der Randgebiete nehmen durch diese Wanderung ständig zu. Das tatsächliche Arbeitsplatzangebot steht allerdings in keinem Verhältnis zu den Zuzugsraten“ (Vogt, 1999: 50).

Da die Wachstumsraten in Guatemala Ciudad seit Jahrzehnten über dem landesweiten Durchschnitt liegen, obwohl die Geburtenrate in der Hauptstadt wesentlich rascher zurückging als in den ländlichen Regionen, kann man davon ausgehen, dass der Großteil dieses Wachstums auf dem Zuzug aus anderen Landesteilen beruht und auf dem Hinzuzählen benachbarter Gemeinden, die mit der Hauptstadt zu einem urbanen Raum verschmolzen sind, aber weniger stark durch das Bevölkerungswachstum in der Stadt selbst. So hat sich im Lauf der Zeit eine besonders starke Primacy der Metropolitanregion gegenüber den nächstgrößeren Ballungsräumen (Quetzaltenango 1:11, Escuintla 1:17) herausgebildet (vgl. Scholz, 2004: 95). Nach der Jahrtausendwende zeichnete sich in Lateinamerika gerade in den wirtschaftlich entwickelteren Ländern bereits das Ende der Landflucht ab (vgl. Borsdorf, 2004). Ich meine aber darlegen zu können, dass dies im Fall Guatemalas während des Untersuchungszeitraums (noch) nicht zutraf. Der Trend zum Zuzug in die Ballungsräume hielt hingegen nach wie vor an, obwohl sich das Wachstum bereits abgeschwächt hatte. Für Tabelle 2 wurden nur die Bevölkerungszahlen innerhalb der administrativen Grenzen dieser Städte herangezogen.

Tab. 2: Bevölkerung in den drei größten Städten Guatemalas und deren Wachstumsraten

Stadt	Bev. x 1.000 1973	jährliches Wachstum 1973-1981	Bev. x 1.000 1981	jährliches Wachstum 1981-1991	Bev. x 1.000 1991	jährliches Wachstum 1991-1994	Bev. x 1.000 1994
Guatemala	700,5	0,95%	754,0	4,53%	1.095,7	1,67%	1.150,5
Quetzaltenango	53,0	2,29%	62,7	4,90%	93,4	2,71%	101,0
Escuintla	33,2	1,39%	36,9	7,21%	63,5	2,36%	68,0

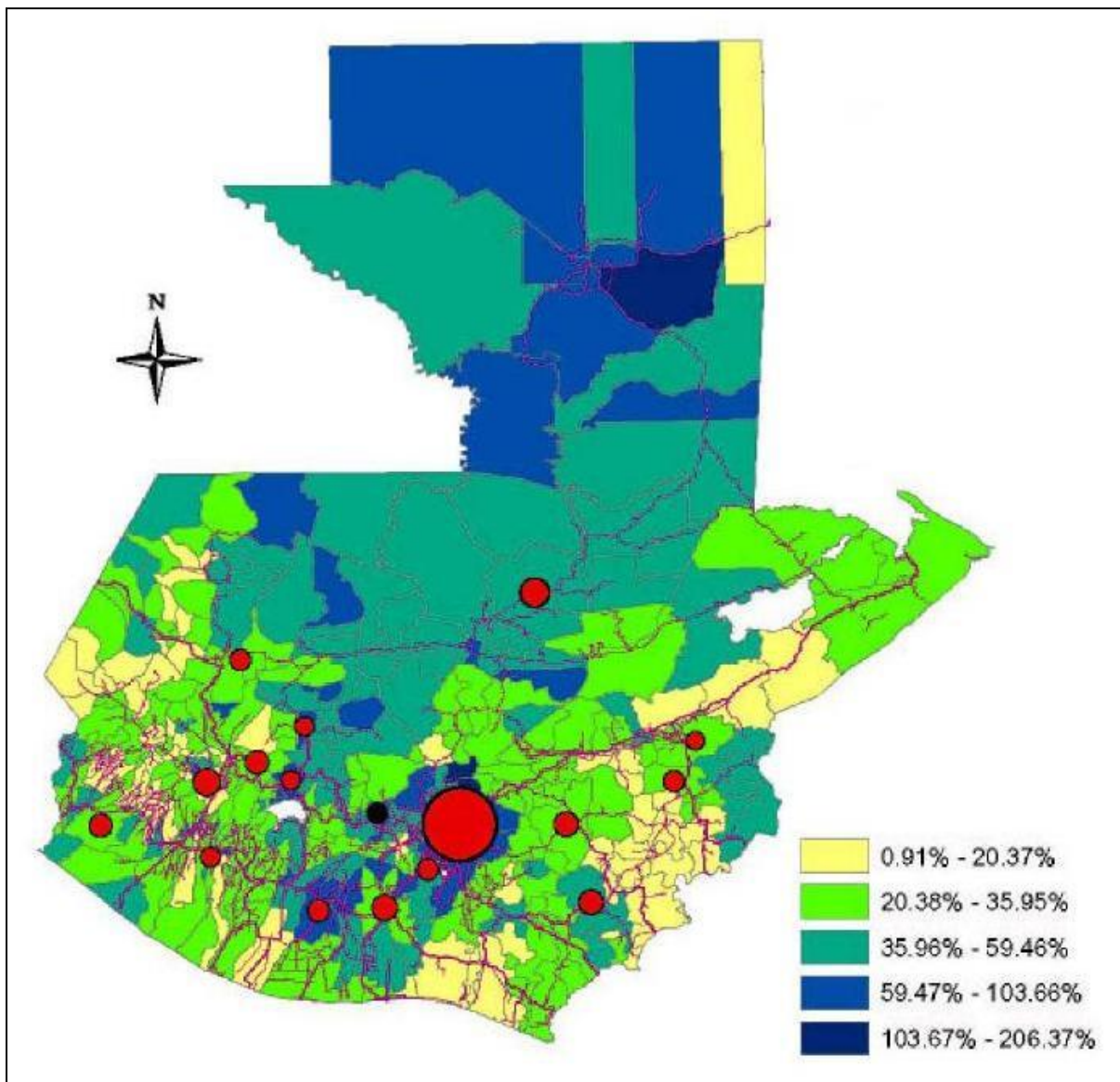
Quelle: Daten des Instituto Nacional de Estadística (INE) von Guatemala, eigene Berechnungen

Man erkennt anhand der Zahlen in Tab. 2 recht gut, dass das Wachstum der Hauptstadt (innerhalb ihrer administrativen Grenzen) in den 1990er Jahren an seine Grenzen stößt. Aber die Metropolitanregion als solche wuchs stets weiter und durch ihre Größe - sie ist immerhin die größte Stadt in ganz Zentralamerika - wird sie auch weiterhin noch mehr Menschen anziehen. Während die Kernstadt mit einem Wachstum von 1,67% kaum noch zulegen konnte, wuchs das Departement Guatemala zwischen 1994 und 2002 noch immer um hohe 5,02% jährlich. Dieses Wachstum geht auch aus Abb. 10 recht deutlich hervor. Laut einer Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001 hatte die urbane Agglomeration um Guatemala Ciudad inklusive aller dazugehörigen Vorstädte im Jahr 2000 eine Größe von 3,242 Mio. EinwohnerInnen erreicht. Für den Zeitraum bis 2015 prognostizierte die UNO übrigens eine Abschwächung des Wachstums auf nur noch 3,24% pro Jahr und eine Gesamtbevölkerung von mehr als 5 Mio. EinwohnerInnen (vgl. United Nations, 2002: 97).

Gerade entlang der Ausfallstraßen der Hauptstadt findet bereits, parallel zum Zuzug aus den ländlichen Gebieten, das Phänomen der **Suburbanisierung** unübersehbar statt. Darunter versteht man die Abwanderung der städtischen Mittelschicht aus der Kernstadt in das zusehends verstärkte Umland. Bei Borsdorf heißt diese Wanderungsbewegung „Stadtflucht“. Mehrere ehemalige Vorstädte von Guatemala Ciudad, die sich im Departement Guatemala befinden, haben die beiden eigenständigen Städte Quetzaltenango und Escuintla hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl überholt und gehörten auch zwischen 1994 und 2002 zu jenen Gemeinden, welche die größten Bevölkerungszuwächse aufwiesen (vgl. INE, 2002). Die bevorzugte Siedlungsform in diesen Vorstädten entspricht dem, was man aus den USA unter dem Namen *gated communities* kennt. Umzäunte Reihen- oder Einzelhaussiedlungen, die durch bewachte Einfahrten vor unerwünschten Eindringlingen halbwegs geschützt werden.

Die letzte Form von Binnenmigration, die von quantitativer Bedeutung ist, dürfen wir als die **Abwanderung an die *frontera agricola*** bezeichnen. Borsdorf spricht von der Binnenwanderung zu Pionierfronten. Markus Stumpf nennt sie auch die „Kolonialisierung des nördlichen Tieflandes“ und weist darauf hin, dass diese Migrationsströme und deren Lenkung in das Gebiet der in Kap. 3.2 genannten *Franja Transversal del Norte* seit den 1960er Jahren ganz bewusst von staatlicher Seite gefördert wurden (vgl. Stumpf, 2003: 131). Diese Binnenmigration hat aber ganz gewiss auch mit den hohen Geburtenraten und der Landknappheit im Hochland zu tun. Sie ist also eine Abwanderung in jene Gebiete, die bis heute vergleichsweise dünn besiedelt sind und daher noch immer ausreichend Fläche für zusätzliche landwirtschaftliche Nutzung bieten. Siehe hierzu auch die nun folgende Karte.

Abb. 10: Prozentuelle Bevölkerungszunahme in den Municipios von 1994 bis 2002



Quelle: Alwang, Siegel u. Wooddall-Gainey, 2005: 17, leicht adaptiert

Diese Form der rural-ruralen Migration hat zwar auch Anteil an der Zerstörung von weitgehend naturbelassenen Wäldern, nimmt aber zumindest einen Teil des Bevölkerungsdrucks von den dicht besiedelten Gebieten im Hochland. Die Zahlen der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2002 belegen, dass der Trend zur Land-Land-Migration bis zuletzt anhielt. So hatte der Petén zwischen 1994 und 2002 ein positives Wanderungssaldo von rund 91.000 Personen. Auch das Departement Izabal im äußersten Osten des Landes verbuchte ein Plus von ca. 9.600 MigrantInnen, während das Departement Alta Verapaz, welches noch zwischen 1990 und 1994 selbst ein beliebtes Ziel war, mittlerweile einen leicht negativen Wanderungssaldo aufwies und dennoch ein starkes Bevölkerungswachstum verzeichnete (vgl. INE, 2002).

Kommen wir nun zur ökonomisch besonders bedeutenden **internationalen Migration**. Auch hier wäre zunächst die Flucht vor Verfolgung und Repression ins Exil zu nennen. Die Schätzungen hinsichtlich der Flüchtlinge, die ins Exil gingen, liegen aber weit auseinander. Alvaro Caballeros von der Mesa Nacional para las Migraciones en Guatemala (MENAMIG) nennt eine Zahl von 45.000 anerkannten Flüchtlingen (vgl. MENAMIG, 2004: 12). Doch alleine von Mexiko ist bekannt, dass im Jahr 1990 46.000 Guatemalteken offiziell dort lebten. Viele von ihnen hatten Flüchtlingsstatus erhalten und hausten in Lagern. Vermutet wird allerdings, dass bis zu 150.000 zusätzliche Personen illegal in Mexiko Zuflucht fanden. Nachdem es Guatemalteken auch in die USA (226.000), nach Kanada (13.270), nach Europa und in die anderen benachbarten Staaten verschlagen hatte (z.B. Belize: 10.700), geht die CEPAL davon aus, dass bis 1990 rund 500.000 Menschen Guatemala verlassen hatten (vgl. CEPAL, 2001: 52). Diese erste Flüchtlingswelle war in jedem Fall nur der Startschuss für alle nachfolgenden internationalen Migrationsströme.

Tab. 3: Anzahl der internationalen MigrantInnen mit guatemaltekischer Staatsbürgerschaft

Jahr	Gesamtbevölkerung Guatemalas	Guatemalteken die permanent im Ausland lebten	Prozentueller Anteil der internationalen MigrantInnen an der Gesamtbev. Guatemalas
2002	11.799.056	1.237.162	10,5
2003	12.084.398	1.273.658	10,5
2004	12.388.861	1.312.000	10,6
2005	12.699.780	1.364.546	10,7
2006	13.017.715	1.413.486	10,9
2007	13.364.534	1.482.247	11,1
2008	13.696.912	1.539.987	11,2

Quelle: nach Schätzungen der IOM, 2008: 32, eigene Übersetzung auf Deutsch

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Daten für die internationale illegale Migration stets auf Schätzungen beruhen und die diesbezüglichen Angaben daher sehr starken Schwankungen unterliegen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) veröffentlicht alljährlich ihre eigenen Statistiken. Demnach nahm die Zahl der guatemaltekischen MigrantInnen im Ausland während der 1980er Jahre relativ konstant zu (plus 25.000 Personen pro Jahr). Erst zwischen 1994 und 1998 steigerte sich die Zahl der internationalen MigrantInnen deutlich rascher und nahm laut ihren Zahlen von ca. 400.000 auf 600.000 Menschen zu. In den darauffolgenden drei Jahren kam es zu einem wahren Exodus mit dessen Höhepunkt im Jahr 2000, als mehr als 177.000 Personen Guatemala verließen. Laut IOM bremsten die strengere Gesetzgebung und die rigorosere Handhabung gegenüber der illegalen Zuwanderung in den USA in der Folge des 11. September 2001 die Migrationsströme aus Guatemala ab 2002 deutlich

ab. Trotzdem hatte sich die Gesamtzahl bis dahin erneut verdoppelt (vgl. IOM, 2008: 33). An dieser Stelle möchte ich auf Tabelle 3 verweisen, welche die weitere Entwicklung zwischen 2002 und 2008 darstellen soll.

Aber kehren wir noch einmal zum Migrationsziel Mexiko zurück. Im Jahr 2000 wurden nur noch 30.000 GuatemalteKInnen von der mexikanischen Volkszählung erfasst. Insgesamt, soviel ist eindeutig belegbar, kehrten insgesamt 42.000 Menschen im Rahmen der ausverhandelten Flüchtlingsrückführung nach Guatemala zurück (vgl. CEPAL, 2001: 54). Man kann sich also leicht ausrechnen, dass der Großteil der illegalen Flüchtlinge und auch ein gewisser Anteil der AsylantInnen niemals in das Land ihrer Geburt heimkehrten. Das ist nicht ganz unverständlich. Schließlich hatten sich diese Menschen jahrelang eine neue Existenz im Exil aufgebaut, viele von ihnen hatten in Mexiko Kinder zur Welt gebracht, die damit mexikanische StaatsbürgerInnen waren. Und dabei sollten wir auch nicht ganz vergessen, dass das durchschnittliche Einkommen sowohl in El Salvador als auch in Mexiko, und dort umso deutlicher, höher liegt als im Heimatland Guatemala. Siehe hierzu auch Tab. 6 in Kapitel 4.2.

Die schlechte Arbeitsmarktsituation in Guatemala, die daraus resultierende Perspektivenlosigkeit und der Unterschied im Lohnniveau sind wohl auch die wesentlichen Triebfedern dafür, dass sich alljährlich rund 300.000 GuatemalteKInnen auf den Weg ins benachbarte Chiapas in Mexiko machen, wo sie hauptsächlich in der Region Soconusco als Arbeitskraft auf den dortigen Kaffeeplantagen zum Einsatz kommen (vgl. CEPAL, 2010). Die Migrationsmuster sind dabei identisch mit der saisonalen Migration innerhalb Guatemalas. Die entscheidenden Unterschiede sind der Grenzübertritt (als zusätzliche Hürde), die Aussicht auf höhere Einkünfte (als Pull-Faktor) und ein Überwiegen der weiblichen Migrantinnen. Eine Umfrage unter MigrantInnen nach Mexiko ergab 2005, dass rund 370.000 GuatemalteKInnen nach Mexiko gingen, um sich dort länger als 24 Stunden aufzuhalten, also exklusive dem kleinen Grenzverkehr zu Einkaufs- und ähnlichen Zwecken. Von diesen gaben 93,5% an, dass sie entweder in eine grenznahe Stadt bzw. auf eine nahe gelegene Finca oder ein anderes landwirtschaftliches Grundstück fahren wollten. Nur jeder zehnte Migrant wollte dies ohne offizielles Visum tun. Jedoch planten gerade diese zumeist einen längeren Aufenthalt zu Arbeitszwecken und um Einkünfte zu erzielen (vgl. CEPAL, 2010: 39).

Aber Mexiko dient natürlich auch als Durchgangsstation auf dem Weg in die Vereinigten Staaten von Amerika. Der US-Zensus des Jahres 1980 erfasste 63.000 GuatemalteKInnen. Zehn Jahre später waren es bereits 226.000. Im Jahr 2000 hatte die Zahl bereits auf mehr als

eine halbe Million zugenommen. Damit war die Gruppe der GuatemalteKInnen in den USA, gleich nach den Salvadoreños, die zweitgrößte aus dem zentralamerikanischen Raum und in etwa gleich groß wie die Gruppe der Nicaragüenses. Interessant ist auch, dass bei der Migration in die USA, im Gegensatz zur temporären Migration nach Mexiko, eindeutig ein Überhang an männlichen Migranten (ca. im Verhältnis 1:3) besteht (vgl. CEPAL, 2001: 52).

Die IOM schätzte 2008, dass sich 97% der guatemaltekischen MigrantInnen, die permanent im Ausland leben, in den USA aufhalten würden. Immerhin 1,2% gelangen bis nach Kanada und nur 0,9% leben demnach in Mexiko. Innerhalb der USA hat sich die Verteilung eindeutig diversifiziert. Noch im Jahr 2000 hatten die Vereinten Nationen 64% der GuatemalteKInnen in Kalifornien vermutet (vgl. Burba, 2003:162). Und nach wie vor lebt die größte guatemaltekische Exilgemeinde in diesem Bundesstaat. Doch die Verteilung der GuatemalteKInnen sah 2008 wie folgt aus: 35,2% in Kalifornien (31,4% in Los Angeles), 11,2% im Bundesstaat New York, 8,5% in Florida, 7% in Texas und die verbleibenden Prozente verteilen sich auf viele weitere US-Bundesstaaten (IOM, 2008: 34).

Tab. 4: Anzahl der Deportationen von guatemaltekischen StaatsbürgerInnen nach Guatemala

Aus welchem Land	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Mexiko	60.583	54.620	81.361	88.353	99.315	100.948	54.356	40.843
USA				7.029	11.512	18.305	23.062	28.051
Deportationen gesamt				95.382	110.827	119.253	77.418	68.894

Quelle: Kombination der Angaben von MENAMIG 2004 und 2010, eigene Berechnung

Die IOM ist im Übrigen, wie man schon weiter oben feststellen konnte, eher konservativ bei ihren Schätzungen. So auch bei der Zahl der guatemaltekischen MigrantInnen in den USA. Andere Quellen, wie z.B. auch Heike Burba, die bereits 2003 die Zahl von 1,5 Mio. angab, schätzten deren Anzahl wesentlich höher ein. Zahlen von bis zu 4 Mio. GuatemalteKInnen werden hin und wieder genannt. Da aber die Einreise in die USA größtenteils illegal erfolgt, ist man jedenfalls auf Schätzungen angewiesen. Und die IOM schätzt nun mal, dass sich jährlich zumindest 150.000 zusätzliche MigrantInnen aus Guatemala auf den Weg Richtung Vereinigte Staaten von Amerika machen. Gesichert sind allerdings lediglich die Zahlen der Deportationen von GuatemalteKInnen, welche von den mexikanischen oder US-amerikanischen Behörden aufgeschnappt und abgeschoben wurden. Leider konnte ich keine Zahlen für die Abschiebungen aus den USA für die Jahre vor 2004 finden. Möglicher Weise deshalb, weil

die Abschiebungen bis dahin kaum nennenswert waren. Ab 2004 steigert sich deren Zahl aber relativ rasch bis zum Jahr 2008. Im Jahr 2009 sank sie ganz leicht auf 27.222 Personen.

Sollte die Schätzung der IOM weiter oben stimmen, dann würde dies bedeuten, dass jährlich zumindest die Hälfte aller MigrantInnen, beim Versuch in die USA zu gelangen, aufgegriffen und abgeschoben wird. Anhand der Abschiebungen 2008 und 2009 lässt sich bereits ablesen, dass die Migrationsströme aus den Ländern Lateinamerikas in die USA seit Ausbruch der weltweiten Finanzkrise deutlich zurückgegangen sind. Dies trifft auch auf die Guatemaltekinnen zu. Und noch einen letzten Aspekt finde ich besonders interessant, den die IOM in ihrem Bericht von 2008 beleuchtet, nämlich den Zusammenhang von Naturkatastrophen und internationaler Migration. Gerade Hurrican „Stan“, der 2005 für rund 3,5 Mio. Menschen in Guatemala merkbare Verluste bedeutete, dürfte die Migration in die USA besonders vorangetrieben haben. Als eines der wesentlichen Motive nennt die IOM den Wunsch der MigrantInnen, zum Wiederaufbau des Eigenheimes finanziell beitragen zu wollen (vgl. IOM, 2008: 47).

Einen ganz anderen Aspekt von Migration behandelte Julia Radlingmayer in ihrer Diplomarbeit. Sie untersuchte den Zusammenhang von Projekten der ÖEZA in Lateinamerika und der Migration von LateinamerikanerInnen nach Österreich. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass vor allem die Vergabe von Stipendien für Ausbildungen in Österreich den Zuzug fördert, und dass darüber hinaus auch der Personaleinsatz von ÖsterreicherInnen in Lateinamerika häufig eine beziehungsstiftende Funktion erfüllte. Weswegen aus solchen Projekten mitunter die Migration eines Partners nach Österreich resultierte. Darüber hinaus meint sie aber keinen nennenswerten Zusammenhang erkennen zu können. Im Übrigen schreibt sie, dass zwei Drittel der dokumentierten LateinamerikanerInnen in Österreich Frauen seien und führt dies auf die gängige Praxis der „Heiratsmigration“ zurück (vgl. Radlingmayer, 2007).

3.6 Die wirtschaftliche Bedeutung der Remesas

In diesem Kapitel soll es um jene Banküberweisungen gehen, welche von den Migranten und Migrantinnen im guatemaltekischen Ausland (hauptsächlich aus den USA) an die im Heimatland Zurückgebliebenen getätigt werden. Es geht also um die sogenannten *remesas*, über die Stumpf meinte: „Vielleicht können daher die *remesas* auch als eine Art der Globalisierung von unten gesehen werden, da sie wesentlich zur lokalen Entwicklung in Guatemala beitragen (...)“ (Stumpf, 2003: 134).

Die Überweisungen nach Guatemala stiegen annähernd parallel zu den Zahlen der GuatemaltekenInnen, welche sich längerfristig im Ausland aufhielten. Und doch waren das rapide Wachstum und die Zunahme der Bedeutung für die guatemalteckische Wirtschaft während der 1990er und nach der Jahrtausendwende erstaunlich. „Längst hat die Summe aller US-Dollar, die von MigrantInnen erwirtschaftet und an ihre zurückgebliebenen Familienangehörigen übermittelt werden, den Einnahmen aus Tourismus und Zuckerexport in den jährlichen Handelsbilanzen den Rang streitig gemacht. Wurden für 1987 etwa zwölf Millionen US\$ Überweisungen über die *Banco de Guatemala* registriert, sind es zehn Jahre später rund 407 Millionen“ (Burba, 2003: 160). Ich will zunächst, von diesem Zitat ausgehend, die weitere Entwicklung der *remesas* in folgender Tabelle veranschaulichen, um vor Augen zu führen, dass dieser Trend auch noch während des Untersuchungszeitraums anhielt.

Tab. 5: Überweisungen aus dem Ausland nach Guatemala für den Zeitraum 1999-2009

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Volumen in Millionen US-Dollar	465	463	592	1.579	2.106	2.550	2.992	3.609	4.128	4.393	3.912

Quelle: Daten der Banco de Guatemala, laut MENAMIG, eigene Zusammenstellung

Man erkennt nicht nur, dass die Vervielfachung der *remesas* bis 2008 ungehindert fortschritt, sondern auch, dass sich gerade anhand des signifikanten Rückgangs der Beträge im Jahr 2009, die Finanzkrise besonders deutlich abbilden lässt. Um diese Zahlen referenzieren zu können, benötigen wir aber noch einen Vergleichswert. Die meisten Autoren ziehen hierfür das gesamte Brutto-Inlandsprodukt (BIP) des Empfängerlandes heran, obwohl die Überweisungen aus dem Ausland selbstverständlich keinen Anteil am BIP haben. Sehr wohl tragen diese aber zum Wachstum des nationalen BIP bei, wenn die empfangenen *remesas* die Kaufkraft im guatemalteckischen Inland stärken, ausgegeben werden und lokale Wirtschaftskreisläufe in Bewegung setzen. Aber reduzieren solche Impulse aus dem Ausland tatsächlich die Armut?

Die IOM berief sich 2005 mit den folgenden Worten auf eine Aussage der Weltbank aus dem Jahr 2003: „Der Weltbank zufolge bewirkt eine Zunahme der empfangenen *remesas* um 10%, im Vergleich zum jeweiligen BIP des Landes, in etwa eine 1,6 prozentige Reduktion der Anzahl der Personen, welche unter den Folgen der Armut im selben Land leiden.“ Nachdem aber die Überweisungen gerade von 2002 bis 2005 wesentlich schneller wuchsen als die nationale Wirtschaft, vermutete die IOM, dass die Armut alleine in diesem Zeitraum um mehr als 6% zurückgegangen sein sollte (IOM, 2005: 4). Vergleichen wir daher die Zahlen genau.

Tab. 6: Brutto Inlandsprodukt von Guatemala zu laufenden Preisen im Zeitraum 1999-2009

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<i>remesas</i> in Mrd. US-\$	0,465	0,463	0,592	1,579	2,106	2,550	2,992	3,609	4,128	4,393	3,912
Wachstum im Vgl. zum Vorjahr in %	1,80	-0,43	27,86	166,7	33,38	21,08	17,33	20,62	14,38	6,42	-10,9
BIP in Mrd. US-Dollar	16,49	17,19	18,70	20,78	21,92	23,96	27,21	30,23	34,11	39,15	37,67
Wirtschaftswachstum im Vgl. zum Vorjahr in %	-4,68	4,24	8,78	11,12	5,49	9,31	13,56	11,10	12,83	14,78	-3,78
Anteil der <i>remesas</i> am BIP in %	2,82	2,69	3,17	7,60	9,61	10,64	11,00	11,94	12,10	11,22	10,38

Quellen: Kombination der Daten der Banco de Guatemala, laut MENAMIG, und des IWF, eigene Berechnungen

Auch wenn sich bestätigt, dass die Zuwendungen aus dem Ausland wesentlich rascher anstiegen als das BIP Guatemalas, so wurde die Theorie eines engen Zusammenhangs zwischen Migration, Rücküberweisungen und daraus resultierender Armutsreduktion durch eine groß angelegte Umfrage 2006 widerlegt. Laut dem Statistikinstitut Guatemalas (INE) ging die Armut zwischen 2000 und 2006 zwar immerhin um fünf Prozentpunkte zurück, jedoch nahm die extreme Armut im selben Zeitraum um lediglich 0,5 Prozentpunkte ab (vgl. INE, 2007: 20). Bereits davor hatte die MENAMIG einen Befund veröffentlicht, wonach die EmpfängerInnen von *remesas* zu 66,75% gar nicht arm seien, zu 28,65% zu den Armen und nur zu 4,60% zu den extrem Armen zählen würden (vgl. MENAMIG, 2004: 42). Das mag wohl daran liegen, dass die Aufwendungen für die Migration, also in den meisten Fällen die Bezahlung für die Schlepper, die sogenannten *coyotes*, vergleichsweise hoch sind und sich die Ärmsten der Armen eine solch riskante Investition schlichtweg nicht leisten können. Jedenfalls dürfte klar geworden sein, dass Migration kaum dazu in der Lage ist, die extreme Armut in Guatemala einzudämmen.

Betrachten wir daher als nächstes, auf welche Art die guatemalteckische Wirtschaft durch die Überweisungen angekurbelt wird. Zunächst wären da die Geldbotendienste (z.B. Western Union, Money Gram) und der Bankensektor Guatemalas. Heike Burba meinte, dass diese beiden Branchen zwischen drei und zehn Prozent des überwiesenen Betrages in Form von Überweisungsgebühren einbehalten würden. Gerade deswegen forderten viele Organisationen immer wieder die Senkung der Transaktionskosten als ein Mittel zur Verbesserung der armutsreduzierenden Wirkung der *remesas*. Ein weiterer Sektor, der durch die Migration erst richtig boomte, war der gesamte Bereich der Telekommunikation, welcher dabei behilflich ist, den

Kontakt zu den geliebten Menschen aufrecht halten zu können (vgl. Burba, 2003: 163). Das Wachstum dieser beiden Branchen begünstigt aber vor allem die Eliten Guatemalas.

Von diesen Nutznießern der internationalen Migration abgesehen wurden die zusätzlich zur Verfügung stehenden Einkünfte aber auch für Bereiche verwendet, die eher in der Lage sind, in den von Armut betroffenen Gebieten einen Mehrwert zu erzeugen. Aber bevor wir uns in diese Details vertiefen, sei zumindest erwähnt, dass die nun folgenden Angaben lediglich auf einer jährlich durchgeführten Umfrage der IOM unter rund 3.000 Haushalten beruht, denen zumindest ein im Ausland lebendes Familienmitglied angehört. Im Jahr 2003 wurden die empfangenen *remesas* für folgende Ausgaben verwendet: 43% gingen in den unmittelbaren Konsum (Nahrungsmittel, Kleidung usw.), 14,8% wurden gespart, 10,9% wurden für die Verbesserung, Instandhaltung oder den Kauf von Immobilien verwendet, 7,6% wurden für Bildungsmaßnahmen und 7,4% für die medizinische Versorgung aufgewandt, 7% dienten der Begleichung von Schulden und die restlichen Ausgaben dienten der Verbesserung der Arbeitsbedingungen (hauptsächlich Investitionen in Landwirtschaft und Kleingewerbe) im weitesten Sinne (vgl. IOM, 2003: 22).

In jedem Fall lässt sich eindeutig feststellen, dass die *remesas* substanziell zur Steigerung der Lebensqualität der EmpfängerInnen beitrugen: Nicht nur, dass ihre Ausgaben 2004 beinahe um 70% höher lagen als die Ausgaben eines durchschnittlichen, guatemaltekischen Haushaltes fünf Jahre zuvor (was zu einem Teil durch die Inflation erklärt werden kann), auch die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Bereiche war abweichend. Insbesondere die Ausgaben für Nahrungsmittel und Wohnraumschaffung waren bei dieser Gruppe deutlich höher als in einem durchschnittlichen guatemaltekischen Haushalt (vgl. IOM, 2004: 32).

Einerseits mag man nun der Meinung sein, dass die *remesas* zu einem guten Teil dazu dienen, integrale Aspekte von Armut abzumildern oder zu vermeiden. Dazu zählen zweifelsohne Hunger bzw. Mangelernährung, chronische Krankheiten und mangelhafte Ausbildung. Auch die getätigten Investitionen in eine Verbesserung der Wohnverhältnisse sind gewiss begrüßenswert. Nicht zuletzt deshalb, weil das Baugewerbe am Land zumindest in den Jahren bis 2008 florierte und zusätzliche Arbeitskräfte aufnehmen konnte, wohingegen die Aufträge im Jahr 2009 einbrachen. Noch 2004 beklagte die IOM in ihrem Bericht, dass die kleinunternehmerischen Investitionen durch Mittel aus den Überweisungen nach Guatemala, z.B. im Vergleich zu Mexiko und teilweise auch El Salvador, eher gering ausfielen. Dabei wären es

gerade solche Investitionen, die einen Mehrwert über den unmittelbaren Nutzen hinaus hervorrufen können (vgl. IOM, 2004: 5).

Im Bericht aus dem Jahr 2005 hatten aber gerade die mittelfristigen Investitionen zugelegt, wohingegen die Sparquote deutlich zurückging (vgl. IOM, 2005). Und in einem noch späteren Bericht der IOM stand, dass mehr als ein Viertel aller Angehörigen von internationalen MigrantInnen im erwerbsfähigen Alter als Selbständige mit einem eigenen Geschäftslokal tätig wären, dessen Errichtung und Einrichtung in vielen Fällen erst durch die Überweisungen aus dem Ausland ermöglicht worden seien (IOM, 2008: 31).

Die Überweisungen im Jahr 2008 wurden laut Banco de Guatemala von insgesamt 1,314 Mio. Personen getätigt. Die IOM ergänzte diese Zahl um jene der EmpfängerInnen: Die Begünstigten beliefen sich demnach auf insgesamt etwas weniger als 4,2 Mio. Menschen. Das entspricht also in etwa drei von zehn GuatemaltekenInnen, bzw. knapp unter 1 Mio. Haushalte. Und die Übersender des Geldes standen zu den EmpfängerInnen in folgenden verwandtschaftlichen Verhältnissen: In 48,5 % der Fälle waren sie die leiblichen Kinder, in 22,5 % die Ehegatten, in 14,1% Geschwister des Empfängers usw. (vgl. IOM, 2008: 36).

Besonders hervorheben möchte ich den Umstand, dass sich laut der Umfrage im Jahr 2005 nur 23,3% aller Menschen, denen *remesas* zu Teil wurden, als Indigene bezeichneten. Dies mag zu einem gewissen Teil auf dem schlechten Selbstbewusstsein dieser Bevölkerungsgruppe beruhen, welches dazu führt, dass sich Indigene in Umfragen und bei Volkszählungen häufig als Mestizen deklarieren, obwohl sie dies gar nicht sind (vgl. Caumartin, 2005).

In jedem Fall erscheint die Teilhabe der Indigenen an der internationalen Migration als deutlich unterdurchschnittlich (vgl. IOM, 2005: 14). Wie ich aber in Kapitel 4.3.3 noch ausführlich darlegen werde, sind gerade Indigene besonders stark von Armut und extremer Armut betroffen. Man müsste demnach zu dem Schluss gelangen, dass Indigene von den *remesas* deutlich weniger stark profitieren als der nicht-indigene Anteil der Bevölkerung, womit der Beitrag der Überweisungen zu einer gleichmäßigen Armutsreduktion erneut in Frage gestellt werden muss.

Darüber hinaus stammt der größte Anteil der guatemaltekischen MigrantInnen im Ausland aus den Departements Guatemala (19,9%), San Marcos (10,1%), Huehuetenango (8,7%) und aus Quetzaltenango (6,3%). Somit war das Departement der Hauptstadt, im Vergleich zu dessen Einwohnerzahl von 2002 (22,6%), leicht unterrepräsentiert, wohingegen die Departe-

ments Huehuetenango (7,5%) und Quetzaltenango (5,5%) leicht überrepräsentiert waren. San Marcos stellte gar einen beinahe eineinhalbmal so großen Anteil an den MigrantInnen wie an den Einwohnern des Landes. Auch in den Jahren davor waren es stets diese vier Departements gewesen, welche einen besonders hohen Anteil zur internationalen Migration Guatemalas beitrugen und umgekehrt in absoluten Zahlen die größten finanziellen Rückflüsse erzielen konnten. Wie wir in Kapitel 4.4 sehen werden, waren im Jahr 1994 ausgerechnet die Departements des westlichen Hochlandes, gerade San Marcos und Huehuetenango, auch Kernzonen der guatemalteckischen Armut (vgl. IOM, 2008). Ihr hoher Anteil an den MigrantInnen hat aber wohl auch mit deren Lage an bzw. nahe der nördlichen Grenze zu tun. Zwischen 1994 und 2002 reduzierte sich die extreme Armut in San Marcos drastisch (siehe Kap. 4.4). Der hohe Anteil an internationalen MigrantInnen hat dazu gewiss beigetragen.

Diego Battistón hat die Situation von El Salvador, Honduras, Nicaragua und Ecuador untersucht und durch Rechenmodelle festgestellt, dass sich Migration im Allgemeinen positiv auf die Armutsreduktion auswirken würde. Vor allem in El Salvador konnte eine armutsmindernde Wirkung belegt werden, wohingegen ein solcher Zusammenhang für Nicaragua nicht nachgewiesen werden konnte. In seiner Arbeit weist er u.a. auch auf ein paar interessante, ergänzende Fragen bzw. Aspekte zur Bewertung von internationaler Migration hin:

- 1.) Aus welcher ökonomischen Schicht stammt die Mehrheit der MigrantInnen? In Nicaragua war dies aus politischen Gründen zunächst v.a. die Mittel- bis Oberschicht, daher brachte die Migration dort eher eine Abwanderung von Finanzkapital mit sich.
- 2.) Welche Einkommensmöglichkeiten hatte der Migrant am Ursprungsort und wie hoch ist daher der momentane Einkommensverlust für die entsendende Familie bis zum Eintreffen der ersten Überweisungen aus dem Ausland?
- 3.) Wie hoch sind die Kosten der Migration und wie lange muss der Migrant im Ausland arbeiten, um alleine diese Investitionen wieder herein zu bringen (vgl. Battistón, 2010)?

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass jede Person, die ins Ausland geht, dazu beiträgt, dass das Haushaltseinkommen in der Heimat auf weniger Köpfe aufgeteilt werden muss. Alleine dadurch ergibt sich oft eine statistische Reduktion der Armut des einzelnen Haushalts. Besonders profitieren auf alle Fälle jene Haushalte, die selbst keine Person entsenden und daher auch keinen zwischenzeitlichen Einkommensverlust hinnehmen müssen, aber trotzdem *remesas* von verwandten oder befreundeten MigrantInnen empfangen (vgl. Battistón, 2010). Eine andere Studie weist darauf hin, dass der Empfang von Überweisungen aus dem Ausland das Budget eines extrem armen Haushaltes relativ stärker aufbessert als dies bei wohlhaben-

deren Haushalten der Fall ist. Im konkreten Fall Guatemalas bedeutet dies: "Households in the bottom decile group receive between 50 and 60 percent of their total income (expenditure) from remittances" (Adams, 2004: 2). Die zusätzlichen Einkünfte verändern daher die Situation dieser niedrigsten Einkommensgruppe besonders drastisch zum Besseren.

Man könnte derlei Gedanken noch weiterspinnen, z.B. könnte man sich überlegen, welche Effekte es auf den guatemaltekischen Arbeitsmarkt hätte, wenn die rund eineinhalb Millionen guatemaltekischen MigrantInnen in ihrem Heimatland geblieben wären und dort um die wenigen, meist schlecht bezahlten Arbeitsplätze konkurrieren würden. Die Migration bewirkt also in jedem Fall eine gewisse Entspannung auf dem guatemaltekischen Arbeitsmarkt. Aber eine verlässliche Bestätigung, ob die enormen Zahlen der Auswanderung während des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends die Armut in Guatemala faktisch reduzieren half, wird uns wohl erst die nächste Volkszählung liefern. Bis dahin dürfen wir davon ausgehen, dass Migration tendenziell zur Armutsbekämpfung beiträgt, auch wenn sie auf der lokalen Ebene wohl eher die Ausbildung von Ungleichheit zwischen benachbarten Haushalten fördert und somit Gefühle von relativer Armut und Neid verstärkt.

Aber es kann auch ganz anders laufen. Das hat Burba in ihrem Beitrag „MigrantInnendollars und lokale Entwicklung“ aufgezeigt indem sie darauf hinweist, dass manche Gemeinden damit begonnen haben, die empfangenen Überweisungen kollektiv zu nutzen und zumindest teilweise der Allgemeinheit zukommen zu lassen. „Ob sich die kollektive Verwendung der *remesas* in Guatemala künftig durchsetzt, hängt zunächst von der Kontinuität des Geldflusses aus den USA ab.“ Diese war zumindest bis zur Finanzkrise mehr als gewährleistet. „Andererseits entscheidet das kreative und partizipative Zusammenwirken von AkteurInnen wie BürgermeisterInnen, Komitees und NROs auf lokaler Ebene darüber, ob der Geldmittelfluss einen nachhaltigen Einfluss auf die kommunale Entwicklung nehmen und produktiv eingesetzt werden kann. Die gemeinsame Kanalisierung der *remesas* könnte so entwicklungsfördernde und integrative Wirkung auf lokaler Ebene erzeugen“ (Burba, 2003: 165).

Angesichts der unvorstellbar hohen Summen, die in den letzten Jahren v.a. aus den USA überwiesen wurden, erscheint die Bedeutung der internationalen Kooperation in und mit Guatemala zu schwinden. 1999 wurde ein beinahe doppelt so hoher Betrag von MigrantInnen aus den USA überwiesen, wie die gesamte erfasste *official development assistance* (ODA) für Guatemala ausmachte. Im Jahr 2005 hatte sich das Verhältnis auf 1:10 erhöht. Alleine vom

finanziellen Volumen her sind die getätigten *remesas* daher viel eher dazu geeignet, substantielle Verbesserungen der Lebensumstände eines Drittels der GuatemalteKInnen zu erzielen.

Folglich sollten die beiden nachfolgenden Aussagen besondere Beachtung finden:

- 1.) Entwicklungszusammenarbeit, die sich nicht realistisch mit dem Phänomen der Migration auseinandersetzt und sie als einen wesentlichen Katalysator von lokaler Entwicklung berücksichtigt, muss in Guatemala heutzutage zwangsläufig scheitern.
- 2.) Nachdem es aber offensichtlich nicht die Ärmsten der Armen sind, die den Weg ins Ausland beschreiten, um dadurch die familiären Einkünfte aufzubessern, müsste sich die internationale EZA gerade um diese marginalisierte Bevölkerungsschicht kümmern und ihren Angehörigen alternative Möglichkeiten zur Steigerung der eigenen Lebensqualität eröffnen.

Trotz der großen finanziellen Bedeutung der *remesas* für die guatemalteKische Bevölkerung gibt es durchaus gute Gründe dafür, warum Migration nicht als Allheilmittel gesehen werden darf. Neben dem hohen Risiko für Leib und Leben der MigrantIn oder des MigrantIn selbst, also während der Reise bzw. auch noch im jeweiligen Gastland, sollte man ebenfalls die Effekte der Migration auf den sozialen Zusammenhalt jener Gesellschaft bedenken, welche die MigrantInnen entsendet. Denn: „Zurück bleiben sorgenvolle Eltern, meist aber Ehefrauen mit Kindern. Es sind die Frauen, die traditionsgemäß die psychosozialen Folgen der Migration erleiden. Sie fangen den Zerfall ihrer Familien auf, sind zusätzlicher Arbeitsbelastung durch die fehlenden Mitglieder ausgesetzt und mit der ewigen Unsicherheit beschwert, ob der Ehemann oder die Kinder den gefährvollen Weg in die USA überleben, (...) wann und ob sie überhaupt zurückkehren“ (Burba, 2003: 161).

4 Armut in Guatemala

Wir gelangen in diesem Kapitel endlich zum Kern des Problems selbst. Eigentlich handelt es sich wohl vielmehr um ein ganzes Bündel an Problemen, von denen auch im folgenden Zitat nur einige ausgewählte angesprochen werden: „Armut bildet den verbindenden Grund, warum Menschen unterernährt, krank, obdachlos, ungebildet und kaum zur Selbsthilfe fähig sind. Sie bildet dann ein Synonym von Unterentwicklung, wenn sie Gesellschaften und Individuen daran hindert, ihre Fähigkeiten zu entwickeln“ (Nuscheler, 2005: 146).

Nuscheler unterscheidet zwischen absoluter, relativer und politisch-kultureller Armut. Über die erstgenannte Form der Armut schreibt er: So „... kann man **absolute Armut** als ungenügende Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen und als mangelnde Teilhabe an Gütern, die das Leben lebenswert machen, verstehen. Der Maßstab ist die Menschenwürde, die zwar in den verschiedenen Kulturen unterschiedlich gedeutet werden mag, aber überall verletzt wird, wo die existenziellen Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden“ (Nuscheler, 2005: 146). Sie liege dann vor, wenn Menschen nicht über die zur Existenzsicherung notwendigen Güter wie Nahrung, Kleidung, Wohnung etc. verfügen. Als groben Maßstab zur Feststellung von absoluter Armut hat die Weltbank zunächst eine Kaufkraftparität (PPP) von weniger als einem US-Dollar pro Tag und Kopf festgelegt. In den letzten Jahren sind aber auch höhere Armutslinien gezogen worden. In solchen Fällen wurde oft noch zwischen Armut (< 2 US-\$ PPP) und extremer Armut (< 1 US-\$ PPP) unterschieden.

Relative Armut bezeichnet hingegen die Lebenslage von all jenen Bevölkerungsgruppen, die im Verhältnis zum allgemeinen Wohlstandsniveau des Landes am unteren Ende der Einkommenspyramide leben (Nuscheler, 2005: 144). Eng verwandt ist das Konzept der relativen Deprivation, bei dem es um die gefühlte Armut geht, die der Betroffene ganz besonders dann wahrnimmt, wenn sein Lebensstandard deutlich geringer ausfällt als jener seiner Mitmenschen, die er tagtäglich beobachten kann. Folgerichtig ist die relative Armut in jenen Gesellschaften höher, in denen eine besonders ungleiche Verteilung herrscht und dort am geringsten, wo ein ausgeprägtes System der Umverteilung für weitestgehende Egalität sorgt.

Und zuletzt: „Es gibt auch eine **politische und kulturelle Armut**, also den Ausschluss aus dem politischen und kulturellen Leben, den Soziologen Marginalisierung nennen. Diese poli-

tische Armut erschwert auch die Selbstorganisation der Armen, die die Herrschenden dazu zwingen könnte, sich mehr um ihre Belange zu kümmern“ (Nuscheler, 2005: 147).

Bevor wir uns in dieses Kapitel vertiefen, darf ich vorausschicken, dass alle drei hier genannten Formen von Armut in Guatemala anzutreffen sind.

4.1 Wie lässt sich Armut feststellen und messen?

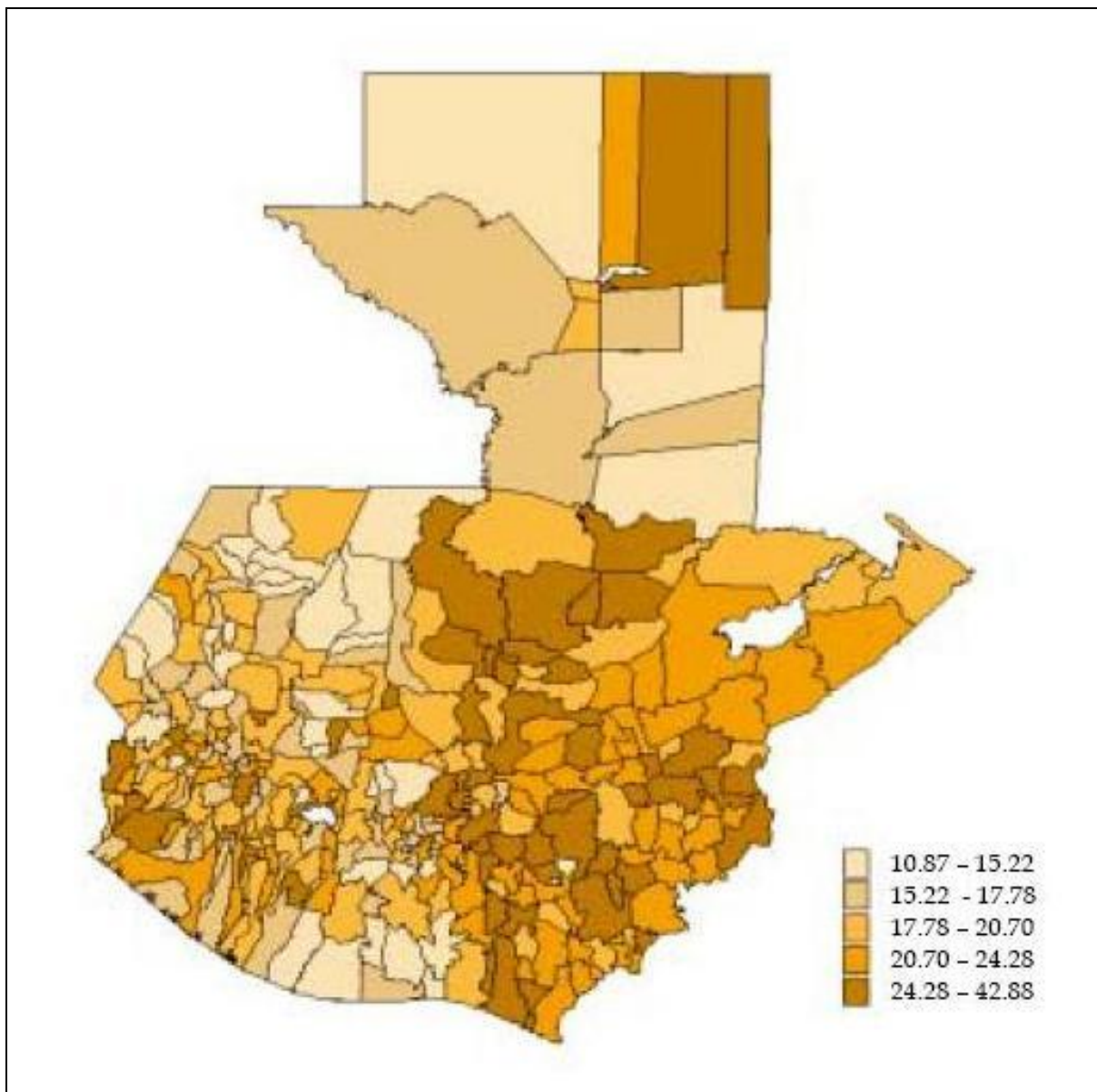
Beginnen wir zunächst bei der politisch-kulturellen Armut. Die Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen lässt sich wohl am ehesten dann feststellen, wenn diese an demokratischen Wahlen kaum beteiligt sind, VertreterInnen dieser Bevölkerungsgruppen in den Parteien des Landes fast nicht anzutreffen sind, hohe Einkommens- und Bildungsdifferenzen zu Mitgliedern nicht-marginalisierter Bevölkerungsteile bestehen etc. Es gäbe ganz bestimmt noch viele weitere Kriterien, anhand derer sich Marginalisierung feststellen ließe. Viele der oben genannten Punkte treffen in Guatemala zumindest auf die Indigenen und die Garífuna, jene afro-indigene Bevölkerung, die von den karibischen Arawak und schwarzen SklavInnen abstammt und sich entlang der karibischen Küste von Belize bis Nicaragua angesiedelt hat, zu.

Als Gradmesser für das Vorhandensein von relativer Armut erscheinen mir jene Messmethoden besonders geeignet, welche eine möglichst vergleichbare Aussage über die Verteilung des Einkommens oder anderer *assets* auf die Bevölkerung ermöglichen. Hierzu kann man den Vergleich zwischen dem Anteil verschiedener Quantile (meist Quintile oder Dezile) der Bevölkerung am Volkseinkommen oder auch den Gini-Koeffizient heranziehen. Selbstverständlich lassen sich derlei Vergleiche auch für andere Merkmale, wie z.B. den Besitz von produktiver Anbaufläche oder die Teilhabe an Bildung, einsetzen. Im Human Development Report 2010 findet sich daher auch erstmals eine Version des Human Development Index (HDI), der die nationalen HDI-Werte ausgehend vom Grad der Ungleichheit bei Gesundheits- und Bildungsstandards sowie bei der Einkommensverteilung entsprechend verringert. Beim Wert für diesen „Ungleichheit einbeziehenden Index für menschliche Entwicklung“ landete Guatemala 2010 auch prompt am letzten Platz aller lateinamerikanischen Staaten, knapp geschlagen von den Ländern Bolivien und Honduras (vgl. UNDP, 2010).

Ein anderes Maß für die Ungleichverteilung des Einkommens ist der Theil-Index. Man berechnet ihn mit Hilfe einer logarithmischen Gleichung, die ich hier nicht wiedergeben möchte. Ich will hingegen versuchen seine Bedeutung und Aussagekraft möglichst einfach zusammenzufassen: Der Theil-Index beginnt bei null. Der Wert Null entspräche einer Situation, in der

alle Menschen in einer bestimmten Untersuchungseinheit exakt das Durchschnittseinkommen erhalten würden. Ansonsten ist es so, dass der Theil-Index umso höher ausfällt, je ungleicher das Einkommen verteilt ist. Derartige Maßeinheiten können für unterschiedlich große Untersuchungseinheiten berechnet werden, ohne dass die Vergleichbarkeit der Zahlen darunter leidet und genau hierin liegt nun der große Vorteil. Einen solchen Versuch stellt auch die nachfolgende Karte (Abb. 11) bildlich dar, für die der jeweilige Theil-Index der einzelnen Gemeinden Guatemalas auf Basis der Volkszählungsdaten von 2002 berechnet wurde.

Abb. 11: Ungleiche Verteilung des Einkommens innerhalb der Gemeinden Guatemalas 2002



Quelle: SEGEPLAN, 2005: 26

Auch ohne nähere Kenntnis der Departementsgrenzen Guatemalas ist schon mit einem einzigen Blick ersichtlich, dass die Ungleichheit der Einkommensverhältnisse innerhalb der Ge-

meinden im Osten des Landes deutlich höher ausfällt als in den meisten westlichen *municipios*. Besonders hohe Theil-Indizes weisen einige Gemeinden von Alta Verapaz (Cobán erreichte den Spitzenwert von 42,88) auf. Umgekehrt war die Ungleichverteilung in mehreren Gemeinden von Huehuetenango (Santa Bárbara wies den niedrigsten Theil-Index von 10,87 auf) und dem Departement Quiché besonders gering. Behalten wir diese generellen Resultate in Erinnerung bis wir uns in Kapitel 4.5 der Verteilung von absoluter und extremer Armut auf die Gemeinden Guatemalas widmen.

Viele AutorInnen sprachen sich zu Recht gegen eine Messung von absoluter Armut anhand von festgelegten Armutslinien im Bereich des erzielten Einkommens pro Kopf aus. Denn ausgerechnet eine Studie der Weltbank aus dem Jahr 2000, bei der den Menschen im Süden besonderes Gehör geschenkt wurde und die den Titel „Die Stimmen der Armen“ trägt, zeigte auf, dass die subjektive Wahrnehmung von Armut nicht einmal vorrangig mit der Höhe des Einkommens zusammenhängt, sondern dass die Selbsteinschätzung deutlich von den objektiven Daten abweicht (vgl. Nuscheler, 2005: 148). Somit erübrigen sich im Grunde auch alternative Ansätze, welche entweder zusätzlich zum Einkommen andere Indikatoren berücksichtigen oder aber das Einkommen pro Kopf gänzlich außer Acht lassen. Zur ersten Gruppe wäre wohl der Human Development Index (HDI) des United Nations Development Programme (UNDP) zu zählen, der neben dem BIP pro Kopf (PPP) auch noch die Lebenserwartung und die Bildungssituation berücksichtigt. Zur zweiten Gruppe zählt u.a. der Human Poverty Index (HPI), welcher ebenso vom UNDP erstmals im Rahmen des Human Development Report von 1997 eingeführt wurde (vgl. Nuscheler, 2005).

Der HPI berücksichtigte neben der Sterbewahrscheinlichkeit unter 40 Jahren die Analphabetenrate unter Erwachsenen, den Zugang zu Trinkwasser sowie das Untergewicht von Kindern unter fünf Jahren. Je höher der HPI eines Landes ausfiel, desto dramatischer stellte sich die non-monetäre Armutssituation seiner Bevölkerung dar. Doch der HPI leidet unter dem gleichen Problem, welches seit jeher auch die Berechnung des HDI erschwerte: der mangelnden Verfügbarkeit von aktuellem und vertrauenswürdigen Datenmaterial aus allen Ländern der Erde. Weswegen ein Vergleich solcher Werte stets etwas problematisch war und ist. Trotz dieser generellen Bedenken sei hier zumindest erwähnt, dass Guatemala auch im Ranking des HPI zwischen 2001 und 2007 unter den angeführten lateinamerikanischen Ländern stets den letzten oder vorletzten Platz einnahm (vgl. UNDP, 2001, 2003, 2005 u. 2007).

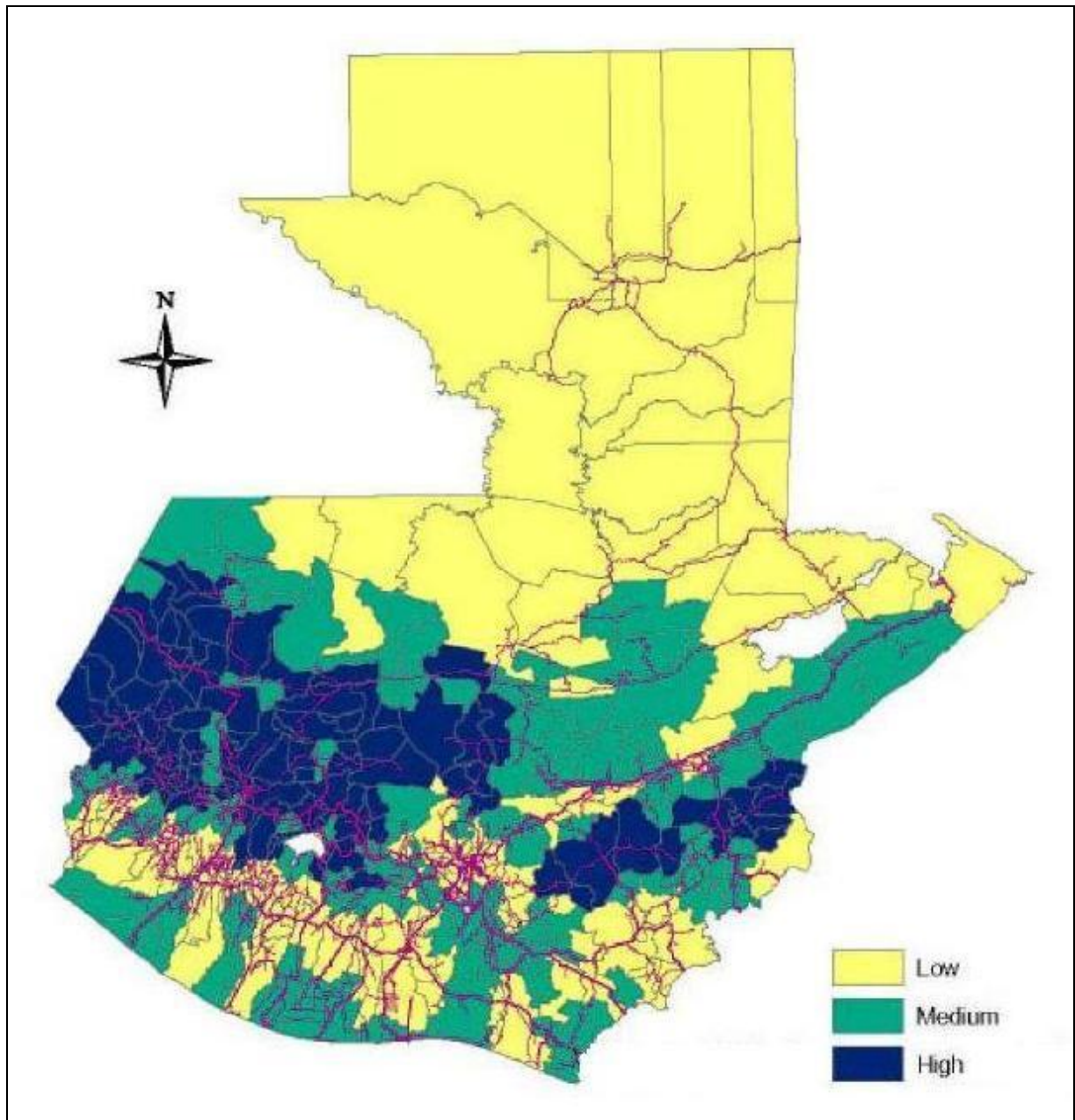
Seit dem HDR 2010 ersetzt das UNDP den HPI durch den Multidimensional Poverty Index (MPI), dessen Berechnung noch komplexer ausfällt, weil er in die drei Dimensionen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard die Werte von insgesamt 10 Indikatoren einfließen lässt. Doch selbst das UNDP weist darauf hin, dass eine Vergleichbarkeit dieses Index über mehrere Länder hinweg nur sehr eingeschränkt zulässig sei, weil ein Gutteil der Daten nur unzureichend erfasst wurde. Der Vollständigkeit halber sei hier aber dennoch erwähnt, dass Guatemala im ersten MPI-Ranking, wofür Daten aus dem Jahr 2008 herangezogen wurden, zumindest vor Nicaragua und Honduras zu liegen kam (vgl. UNDP, 2010).

Sobald man nun auch noch die geographische Verteilung von absoluter Armut in den Ländern des Südens untersuchen will, sieht man sich beinahe zwangsläufig mit einem methodischen Problem konfrontiert: Einerseits trachtet man danach, eine eindimensionale, rein ökonomische Sicht von Armut zu vermeiden und auch andere Aspekte zu berücksichtigen, andererseits stehen dafür nur unzulängliche Daten zur Verfügung. Und dies gilt sowohl für deren Verlässlichkeit als auch für die Vielfalt an Merkmalen, welche in den Ländern des Südens flächendeckend erhoben werden. Aus diesem Grund werde ich mich im gesamten vorliegenden Kapitel hauptsächlich auf die Daten des *Instituto Nacional de Estadísticas* (INE) von Guatemala verlassen. Denn die Volkszählungsdaten von 1994 und 2002 sowie die breit angelegten Umfragen zu den Lebensbedingungen (*Encuestas Nacionales de Condiciones de Vida* - ENCOVI) aus den Jahren 2000 und 2006 wurden zumindest einheitlich erhoben. Wenngleich es ausreichend Gründe dafür geben mag, die Detailresultate mitunter in Zweifel zu ziehen, gibt es doch bislang keine verlässlicheren Daten für ganz Guatemala, die auch eine regional differenzierte Analyse zulassen würden.

Das guatemaltekeische Statistikinstitut (INE) hegt aber eher eine ökonomische Sicht auf Armut und legte sich im Vorfeld der Volkszählung des Jahres 2002 auf ganz konkrete Armutslinien fest. Diese resultierten aus den Ergebnissen der ENCOVI 2000, wo ganz gezielt danach gefragt wurde, welche Ausgaben nötig seien, um die empfohlene Mindestmenge von 2.172 Kalorien pro Kopf täglich zu sich nehmen zu können. So erhielt man die entsprechende Linie für die extreme Armut, welche damals mit 1.911 guatemaltekeischen Quetzales (Q) pro Jahr und Kopf festgelegt wurde. Der entsprechende Gegenwert entsprach damals ca. 0,69 US-\$ pro Tag, lag also noch deutlich unterhalb der extremen Armutslinie der Weltbank. Anders ausgedrückt bedeutete die erwähnte Linie zur Abgrenzung der extrem Armen, dass alle Menschen, die noch geringere Ausgaben tätigten, als theoretisch chronisch unterernährt angesehen werden durften (vgl. INE, 2002: 5). Um die Bedrohung durch Hunger geht es auch in Abb. 12.

Unter- und Mangelernährung sind in Guatemala leider tatsächlich weit verbreitete Phänomene. Wie man später noch sehen wird, decken sich die hier gezeigten Kernzonen aber nicht gänzlich mit den Gebieten der höchsten festgestellten extremen Armut.

Abb. 12: Verwundbarkeit durch Nahrungsunsicherheit in Guatemala im Jahr 2002



Quelle: Alwang, Siegel u. Wooddall-Gainey, 2005: 23, leicht adaptiert

Zur Linie der extremen Armut addierte das INE im nächsten Schritt ein Minimum an zusätzlichen Ausgaben, die nicht in den Bereich Ernährung fielen, also für Dienstleistungen, Gesundheit, Wohnkosten, Transportkosten usw., die aber für ein menschenwürdiges Leben in Guatemala als unerlässlich angesehen wurden. So gelangte man zur nationalen Armutslinie und definierte sie durch jährliche Ausgaben von 4.318 Q pro Kopf. Dies entsprach zum dama-

ligen Zeitpunkt einem Gegenwert von rund 1,55 US-\$ pro Tag (vgl. INE, 2002: 6). Das nationale Statistikinstitut argumentierte, dass die monatlichen Ausgaben, nach denen man bei der groß angelegten Untersuchung fragte, geringeren Schwankungen unterliegen würden als die monatlichen Einkünfte und die Resultate daher verlässlicher seien. Da jedoch die Ausgaben im längerfristigen Mittel mit den Einkünften korrespondieren müssen, wären sie ein indirekter Ausdruck des durchschnittlichen Haushaltseinkommens pro Kopf.

Für die ENCOVI 2006 mussten diese beiden Armutslinien auf Grund der relativ hohen Inflation in Guatemala deutlich angehoben werden. Extreme Armut entsprach daher 2006 bereits Ausgaben von weniger als 3.206 Q (ca. 1,10 US-\$ pro Tag und Kopf) und die generelle Armutslinie wurde mit 6.574 Q (ca. 2,27 US-\$ pro Tag und Kopf) gezogen. Trotz dieser deutlichen Anhebung ging der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von 2000 bis 2006 merklich zurück (vgl. INE, 2007). Wenn ich in weiterer Folge die Daten des INE verwende, so geschieht dies nicht etwa, weil ich gänzlich damit einverstanden wäre, Armut auf einen reinen ökonomischen Mangelzustand zu reduzieren, sondern ausschließlich deshalb, weil es keine verlässlichen multidimensionalen Daten für das gesamte guatemalteckische Staatsgebiet gibt. Ich glaube trotzdem, dass die Betrachtung der vorhandenen Daten und der daraus resultierenden Karten ausreichend aufschlussreich ist.

4.2 Ein Vergleich mit anderen Ländern Lateinamerikas

Bevor wir uns der Detailanalyse Guatemalas zuwenden, möchte ich im gerade eben begonnenen Teilkapitel den Versuch unternehmen, die armutsrelevanten Indizes Guatemalas jenen der anderen Länder Lateinamerikas, insbesondere der Länder Mittelamerikas, gegenüber zu stellen. Würde man für einen solchen Vergleich alleine die durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukte (BIP) pro Kopf heranziehen, könnte man leicht zu der Annahme gelangen, dass die Bevölkerung Guatemalas ein vergleichsweise akzeptables Niveau an monetären Einkünften erreicht habe. Denn das Prokopfeinkommen (PKE) lässt einen allzu leichtfertig über die ungleiche Verteilung des Einkommens hinwegsehen. Dabei haben das Zitat von Jina Hilani in Kap. 3.4 und meine Ausführungen zur relativen Armut in Kap. 4.1. bereits darauf hingewiesen, dass gerade die ungleiche Verteilung ein großes Manko Guatemalas sei. Um aber zu verdeutlichen, wie wenig aussagekräftig das BIP pro Kopf sein kann, möchte ich diesen Vergleich hier dennoch anführen. Nachdem ich mich insbesondere für die Zeit zwischen 2002 und 2006 interessiere, wurde in Tab. 7 das PKE im Jahr 2000 für die Reihung der einzelnen Länder herangezogen. Das PKE 1990 habe ich ebenfalls in die Tabelle aufgenommen, um zu

zeigen in welche Richtung der Trend im letzten Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende ging. Die Tabelle endet mit dem BIP pro Kopf im Jahr 2008, womit auch der Trend kurz nach dem Untersuchungszeitraum abgebildet wäre. Die Reihung der Länder in dieser Tabelle erfolgte nach der Höhe des PKE im Jahr 2008.

Tab. 7: PKE (gewichtet nach Kaufkraftparität 2008) in Lateinamerika von 1990 bis 2008

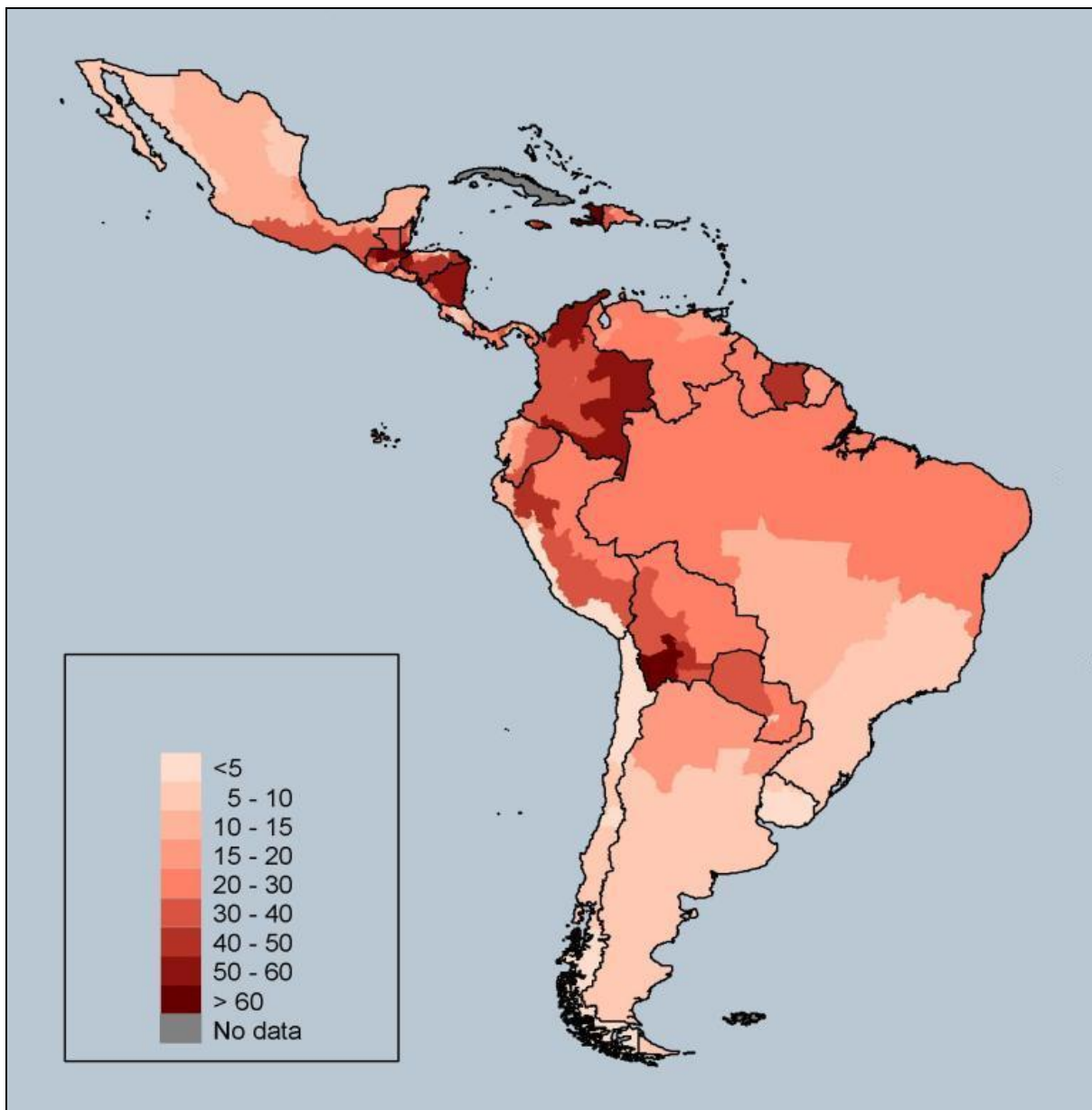
Länder mit höherem PKE in US-Dollar					Länder mit niedrigerem PKE in US-Dollar				
Land	1990	2000	2005	2008	Land	1990	2000	2005	2008
Mexico	10.977	13.119	13.653	14.570	Ecuador	5.952	5.943	7.293	8.014
Chile	7.128	11.336	13.178	14.436	Suriname	5.785	5.389	6.569	7.401
Argentinien	8.111	11.131	11.714	14.313	El Salvador	3.991	5.612	6.157	6.799
Venezuela	10.366	10.356	10.745	12.818	Belize	4.527	6.086	6.767	6.743
Uruguay	7.915	10.027	10.484	12.744	Guatemala	3.612	4.290	4.400	4.760
Panama	6.584	8.820	9.945	12.498	Paraguay	4.330	4.102	4.219	4.704
Costa Rica	6.737	8.784	9.747	11.232	Bolivien	3.170	3.681	4.068	4.277
Brasilien	7.772	8.576	9.209	10.304	Honduras	2.871	3.121	3.541	3.932
Kolumbien	6.511	6.966	7.800	8.797	Guyana	1.638	2.616	2.683	3.064
Peru	4.827	5.969	6.846	8.509	Nicaragua	2.025	2.293	2.505	2.689

Quelle: UNDP, 2011, eigene Zusammenstellung

Zunächst einmal können wir feststellen, dass Guatemala zwar das BIP pro Kopf stets steigern konnte, jedoch gehörte es keineswegs zu jenen Ländern, die während des Untersuchungszeitraums besonders große Fortschritte gemacht hatten. Ganz im Gegenteil. Alle Länder mit einem noch geringeren PKE entwickelten sich zwischen 2000 und 2008 deutlich dynamischer. Nur Mexiko und Belize entwickelten sich in diesem Zeitraum ähnlich schwach, aber immerhin auf leicht bis wesentlich höherem Niveau. Nichtsdestotrotz möchte man annehmen, dass Armut in Guatemala eine geringere Rolle spielen sollte als in den nachgereihten Ländern Bolivien, Honduras und Nicaragua, wenn wir zu Vergleichszwecken eine einheitlich definierte Armutslinie heranziehen.

Aber betrachten wir die Karte in Abb. 13, auf der sowohl alle lateinamerikanischen Staaten als auch die allermeisten karibischen Inseln abgebildet sind. Lediglich von Kuba waren keine Daten zu Vergleichszwecken vorhanden. Man darf davon ausgehen, dass Kuba die Kooperation mit der Weltbank verweigert hatte. Die verarbeiteten Daten stammen von Erhebungen, die zwischen 1998 und bis zum Ende 2000 durchgeführt wurden.

Abb. 13: Prozentueller Anteil der Bevölkerung mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2,5 USD pro Tag in Lateinamerika

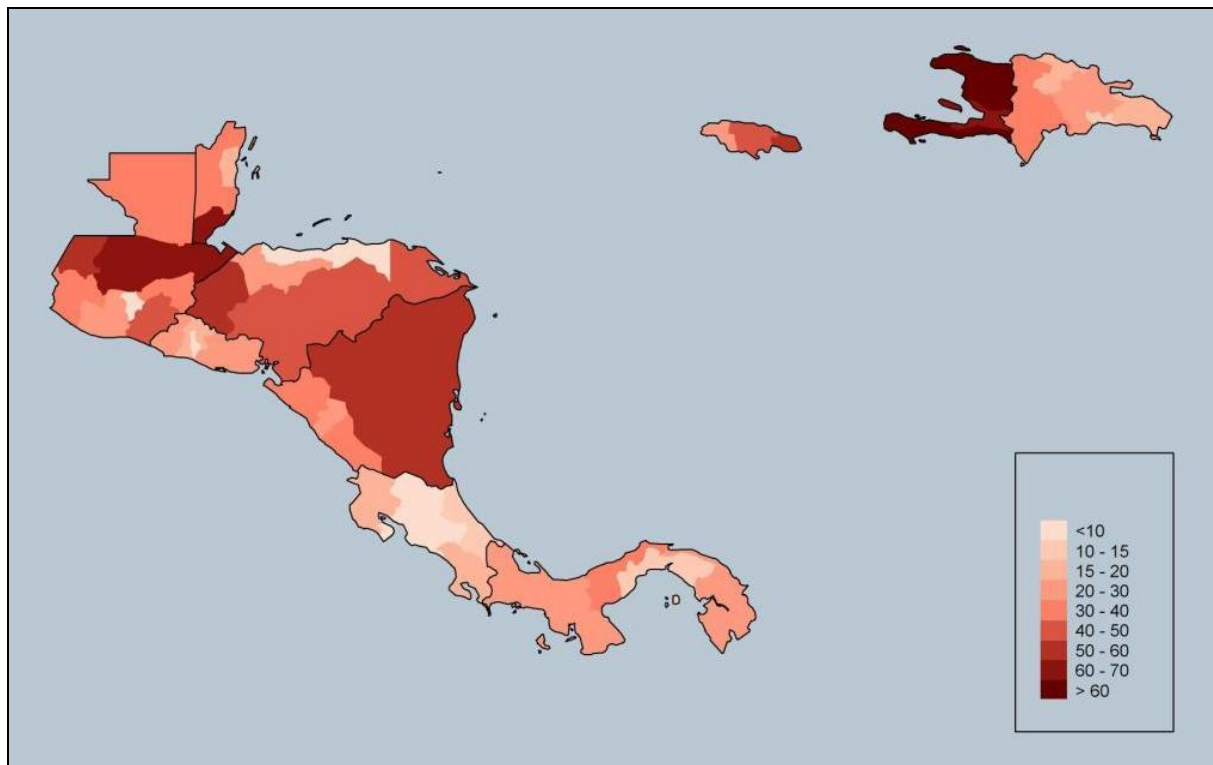


Quelle: SEDLAC, 2010, eigene Bearbeitung

Man erkennt bei genauer Betrachtung, dass es eigentlich nur wenige Teilgebiete in Lateinamerika gibt, in denen durchschnittlich mehr als 50% der Bevölkerung mit weniger als 2,5 US-Dollar auskommen müssen. Was selbstredend auch mit der Größe mancher der gewählten Teilgebiete zu tun haben wird, denn je größer die Einheit, umso leichter können regionale Disparitäten, wie wir sie in Zentralamerika gut erkennen können, verdeckt werden. Neben einigen zentralen Regionen Guatemalas sind dies jedenfalls Haiti, das Armenhaus dieser Weltregion, weite Teile Nicaraguas, die Amazonasgebiete und die karibische Küste Kolumbiens (beide Gebiete beherbergen Minderheiten, nämlich Indigene und Afrokolumbianer), kleine Teile Boliviens sowie ganz Suriname.

Abb. 14 fokussiert in größerem Maßstab nur noch auf die zentralamerikanischen Länder von Belize bis Panama sowie Jamaica, Haiti und die Dominikanische Republik. Die zugrundeliegenden Daten sind dabei ident mit jenen der vorangegangenen Karte.

Abb. 14: Prozentueller Anteil der Bevölkerung mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2,5 USD pro Tag in Zentralamerika und in der Karibik



Quelle: SEDLAC, 2010, eigene Bearbeitung

Auch wenn die Ergebnisse der Volkszählung von 2002 den hier dargestellten Ergebnissen mitunter widersprechen und aufzeigen werden, dass sich die Situation in Guatemala sogar noch viel dramatischer darstellte, sehen wir in der obigen Karte, dass die Konzentration von Armut auf bestimmte Regionen lediglich noch in Belize ebenso hoch war wie in Guatemala. Auch Honduras und Nicaragua verfügen über Gebiete, die stark von Armut geprägt sind, doch ist ihre Konzentration nicht ganz so hoch wie in Guatemala. Im Fall Nicaraguas kann dies auch damit zu tun haben, dass relativ weite (und weniger stark bewohnte) Regionen im Osten des Landes zu einer Einheit zusammengefasst wurden und sich in dieser Darstellung somit besonders hohe regionale Konzentrationen nicht abbilden lassen. In Guatemala, El Salvador und Nicaragua sind die jeweiligen Hauptstädte recht deutlich zu erkennen, da in diesen die Dichte an Menschen mit weniger als 2,5 US-Dollar pro Tag deutlich geringer ausfiel als im Rest des Landes. Wir dürfen daher davon ausgehen, dass ein starkes Gefälle zwischen den urbanen Räumen und den ländlichen Gebieten in diesen Ländern besteht. Vergleichen wir

daher im Folgenden die Unterschiede zwischen Stadt und Land in mehreren zentralamerikanischen Staaten.

Tab. 8: Vergleich der Länder Zentralamerikas hinsichtlich ihrer Armutsindizes im Jahr 2000

	Zentralamerika	Costa Rica	El Salvador	Guatemala	Honduras	Nicaragua	Panama
<u>Anteil d. Haushalte</u>							
in Armut	48,8	18,9	41,5	53,5	74,3	65,1	24,2
Stadt	39,4	16,0	32,6	41,2	65,6	59,3	20,8
Land	59,8	23,3	56,6	62,9	82,3	72,7	32,6
in extremer Armut	26,1	7,6	17,4	26,1	50,6	40,1	8,3
Stadt	16,4	5,4	10,3	12,2	37,1	30,7	6,6
Land	37,4	10,7	29,3	36,8	63,2	52,5	12,6
<u>Bevölkerungsanteil</u>							
in Armut	56,6	20,3	47,9	61,1	79,7	69,9	30,2
Stadt	46,3	17,5	37,6	49,1	71,7	64,0	25,7
Land	66,8	24,4	62,3	69,0	86,3	77,0	41,5
in extremer Armut	31,9	7,8	21,0	31,6	56,8	44,6	10,7
Stadt	20,3	5,4	12,2	16,0	42,9	33,9	8,1
Land	43,4	11,1	33,5	41,8	68,0	57,5	17,2

Quelle: CEPAL, 2003a: 4, beruhend auf Erhebungen aus den Jahren 1998 - 2000, eigene Bearbeitung

Tabelle 8 bestätigt die Vermutung, dass die Differenz in der Verteilung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gerade in El Salvador und Guatemala besonders groß war, wohingegen die absoluten Zahlen an Armen und extrem Armen, laut dieser Daten, in Honduras und Nicaragua sogar noch etwas höher lagen.

Die CEPAL kommt im gleichen Bericht zu dem Ergebnis, dass der Gini-Koeffizient in Guatemala und in Nicaragua im Jahr 1998 annähernd gleich hoch war und diese beiden Staaten somit hinsichtlich der ungleichen Verteilung des Einkommens auf ihre jeweiligen Haushalte die Schlusslichter innerhalb Zentralamerikas bilden würden. Nicaragua stand im Vergleich zu Guatemala mit 0,586 zu 0,584 etwas schlechter da. Honduras hatte offensichtlich zwischen 1990 und 1999 entscheidende Fortschritte in der Umverteilung des Wohlstands erzielt und konnte dadurch die beiden zuvor genannten Länder in der Zwischenzeit überholen (vgl. CEPAL, 2003a: 27). Eine Studie der Weltbank kam zu durchaus vergleichbaren Ergebnissen für ganz Lateinamerika. Demnach war der Gini-Koeffizient, diesmal allerdings für das Pro-Kopf-Einkommen, im Jahr 2001 nur mehr in Brasilien mit 0,588 (aber mit sinkender Tendenz) höher als jener von Guatemala im Jahr 2000, welcher angeblich 0,583 betragen habe. Paraguay konnte hingegen die beiden zuvor genannten Länder zwischen 1995 und 1999 (von 0,595 auf 0,566) deutlich überholen (vgl. Weltbank, 2003). Allerdings sind die Angaben über den Gini-Koeffizient reichlich widersprüchlich.

Aus den Zahlen auf der Homepage von SEDLAC, welche ebenfalls mit Datenmaterial der Weltbank gespeist wird, geht nämlich hervor, dass im Jahr 2001 Bolivien mit einem Gini-Koeffizienten von 0,585 eine etwas höhere Ungleichverteilungen aufgewiesen hätte (vgl. SEDLAC, 2011). Im Human Development Report 2005 steht wiederum, dass der Gini-Koeffizient für das Prokopfeinkommen im Jahr 2000/2001 nicht einmal mehr in Brasilien (0,593) höher war als in Guatemala (0,599). Damit rangierte Guatemala laut diesen Daten an letzter Stelle der aufgelisteten lateinamerikanischen Staaten und konnte sich getrost mit schwarzafrikanischen Ländern wie Lesotho oder Swaziland messen (UNDP, 2005: 272).

So oder so können wir festhalten, dass Guatemala um die Jahrtausendwende innerhalb des lateinamerikanischen Spektrums zu jenen Ländern gehörte, die eine besonders ungleiche Verteilung des Einkommens aufwiesen. Fünf Jahre später hatte sich der Gini-Koeffizient von Guatemala angeblich auf 0,537 verbessert. Das erscheint mir jedoch deshalb reichlich unwahrscheinlich, da sonst eine recht große Zahl an lateinamerikanischen Ländern (in genau dieser Reihenfolge: Belize, Kolumbien, Bolivien, Honduras, Brasilien, Panama) deutlich bis leicht höhere Ungleichverteilungen aufweisen würden (vgl. UNDP, 2010). Der Vollständigkeit halber sei dies hier aber zumindest erwähnt.

Insgesamt viel interessanter erscheint mir ein Vergleich der lateinamerikanischen Länder hinsichtlich anderer Indizes, die uns einen Rückschluss auf die gefühlte Armut der Menschen in Guatemala erlauben. Nicht umsonst stellt Guatemala seit mindestens zwei Jahrzehnten das Schlusslicht der lateinamerikanischen Länder innerhalb des HDI-Rankings dar. Laut den aktuellsten Berechnungen lag nur Nicaragua zu Beginn des neuen Jahrtausends kurzfristig hinter Guatemala (vgl. UNDP, 2010). In den originalen HDRs aus diesen Jahren lag Guatemala aber stets an allerletzter Stelle (vgl. UNDP, 2005). Somit beruht der Unterschied scheinbar auf einer Veränderung der Berechnung des HDI in den allerletzten Jahren.

In den HDI fließen neben dem durchschnittlichen Einkommen auch noch die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt und die vorhandene AnalphabetInnenrate (unter den über 14-Jährigen) ein. In beiden Punkten wurde Guatemala im Jahr 2003 von allen mittelamerikanischen Ländern geschlagen. Während der Unterschied zu Honduras bei der Lebenserwartung gerade einmal ein halbes Jahr ausmachte (Guatemala: 67,3 Jahre), war der Abstand zu Nicaragua in der Bildungsfrage schon deutlich größer. Aber nicht nur absolut wies Guatemala die

höchste AnalphabetInnenquote auf, der Unterschied zwischen Frauen und Männern war zusätzlich auch noch am deutlichsten zu erkennen (vgl. UNDP, 2005).

Tab. 9: Anteil der alphabetisierten Bevölkerung unter den über 14-Jährigen im Jahr 2003

	Guatemala	Nicaragua	Belize	El Salvador	Honduras	Mexiko
Frauen	63,3%	76,6%	77,1%	77,1%	80,2%	88,7%
Männer	75,4%	76,8%	76,7%	82,4%	79,8%	92,0%
Gesamt	69,1%	76,7%	76,9%	79,7%	80,0%	90,3%

Quelle: UNDP, 2005, eigene Zusammenstellung

Auch bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit belegte Guatemala 2003 den letzten Platz unter den oben genannten Ländern. Ebenfalls im HDR aus dem Jahr 2005 fand ich eine Übersicht über die Zahl der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren, wobei die verwendeten Daten aus unterschiedlichen Jahren von 1995 bis 2003 stammten. Auch in diesem Bereich wies Guatemala die mit Abstand höchste Prozentzahl (nämlich 23%, gefolgt von Honduras mit 17%) auf. Im Bereich der durchschnittlich unterernährten Bevölkerung von 2000 – 2002 lag Guatemala (24%) noch drei Prozentpunkte hinter Nicaragua und zwei Prozentpunkte vor Honduras (vgl. UNDP, 2005: 242).

Die wesentliche Erkenntnis aus dem vorliegenden Teilkapitel lautet, dass das vergleichsweise hohe guatemalteckische BIP pro Kopf die Tatsache verschleiern, dass Guatemala bei vielen anderen armutsrelevanten Indizes bestenfalls auf einem Level mit Nicaragua und Honduras steht, in einzelnen Fällen sogar deutlich schlechtere Werte vorzuweisen hat. Nachdem aber auch Honduras, Nicaragua und Bolivien stets am untersten Ende der lateinamerikaweiten Vergleiche zu finden sind, gehört Guatemala ganz eindeutig zu jenen Ländern Lateinamerikas, die noch einen besonders weiten Weg vor sich haben, bevor sie die Millennium Development Goals (MDGs) erreichen werden.

4.3 Hauptproblem ungleiche Verteilung innerhalb Guatemalas

Guatemala ist also ein Land, das stark von Armut geprägt ist. Und dies, obwohl das durchschnittliche Einkommen in diesem bevölkerungsreichsten Land Zentralamerikas nicht einmal allzu niedrig ist. Folglich ist das Hauptproblem Guatemalas gleichzeitig auch der Grund, warum die Armut bis heute ein so prägendes Element seiner Gesellschaft geblieben ist, die ungleiche Verteilung der *assets*. Jean Ziegler, der Sondergesandte der UNO zum Recht auf Nahrung, drückte es in dem Bericht über seine Forschungsreise dorthin so aus: „Guatemala is

not a poor country, but it is one of the countries with the most inequitable distributions of wealth in the world, and the majority of its population is poor and hungry, particularly indigenous peoples” (Ziegler, 2006: 6).

Mehr noch, die ungleiche Verteilung ist nicht nur der Grund dafür, warum es Armut gibt, sie ist langfristig gesehen auch der größte Hemmschuh dafür, dass hausgemachte Entwicklung in Gang kommen könnte, von welcher schlussendlich alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen profitieren würden. Guatemala hat mit seinen mittlerweile rund 14 Mio. EinwohnerInnen einen für zentralamerikanische Verhältnisse bedeutenden Binnenmarkt, trotzdem wird kaum für den nationalen Markt und die Nachfrage im Inland erzeugt. „Widespread hunger and malnutrition in Guatemala is not simply a question of the availability of food, as Guatemala’s land could theoretically feed the whole population. It is more related to inequities in the distribution of resources and people’s access to food” (Ziegler, 2006: 6).

Auch im Human Development Report des Jahres 2005 wurde ganz explizit am Beispiel Guatemalas erläutert, weswegen exportorientiertes Wachstum nicht zwangsläufig zu Armutsreduktion führt. Auch hierfür nannte das UNDP als Hauptgründe die ungleiche Verteilung von Chancen (es wurde insbesondere die hohe AnalphabetInnenrate genannt), den ungleichen Marktzugang, die hohe Rate an Mangelernährung und, als besonders zentral, den Zugang zu Land: „Extreme inequality extends to land ownership. An estimated 2% of the population owns 72% of agricultural land, including the most fertile land. Traditional exports - such as sugar, beef and rubber - are dominated by some 20–50 families. At the other extreme, smallholders constitute 87% of farmers, but hold just 15% of land and have limited access to credit and marketing infrastructure. Over half of rural households are landless or own less than 1 hectare. Poverty rates in this group are over 80%” (UNDP, 2005: 123). Aber die Angaben zum Landbesitz schwanken von AutorIn zu AutorIn relativ stark.

Aufgrund der erhobenen Daten einer Volkszählung im Jahr 1950 weiß man, dass 57% der damaligen Bauern gar kein Land besaßen, 76% der Grundbesitzer gehörten nicht einmal 10% der bewirtschaftbaren Landflächen, wohingegen 70% des produktiven Landbesitzes in den Händen von nur 2,2% der Grundbesitzer waren. Alleine die 22 reichsten Familien des Landes hielten 13% in ihrem Besitz (vgl. González Molina, 2011: 44). Doch laut Susanne Gauster hat sich seither nichts verbessert (vgl. Gauster, 2003). So schrieb sie über die ungleiche Verteilung des produktiven Landes, dass laut Angaben des guatemalteckischen Landwirtschaftsministeriums (MAGA) im Jahr 1998 37% ihr Grundstück nur in Infrasubstistenz bewirtschafteten.

Unter Infrasubsistenz versteht man einen landwirtschaftlichen Betrieb, der viel zu geringe landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt, um zumindest das Überleben der bewirtschaftenden Familie garantieren zu können. Bei 59% der landwirtschaftlichen ProduzentInnen reichte es gerade mal für eine Subsistenzlandwirtschaft, während 0,2% der ProduzentInnen 70% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes besaßen. Vergleicht man diese Zahlen mit den obigen Angaben aus den 1950er Jahren, scheint es, als hätte die Konzentration des fruchtbaren Landes in wenigen Händen seit damals sogar noch zugenommen.

Tab. 10: Landbesitz in Guatemala im Jahr 2003

Kategorie der landwirtschaftlichen Produktion	Anzahl der BesitzerInnen des Landes	Anteil an den BesitzerInnen in Prozent	Gesamtfläche in <i>manzanas</i>	Prozent des Landes
1 <i>manzana</i> (Mz) oder weniger (Infrasubsistenz)	375.708	45,26	172.412,75	3,24
1 - 10 Mz (Subsistenz)	388.976	46,83	989.790,71	18,62
10 - 64 Mz (Überschussproduktion)	50.528	6,08	1.145.316,31	21,55
64 Mz und darüber (kommerzielle landw. Produktion)	15.472	1,86	3.008.318,31	56,59
Gesamt	830.684	100,00	5.315.838,37	100,00

Quelle: Berechnungen von C. Barreda mit Zahlen des landwirtschaftl. Zensus des Jahres 2003 (Barreda, 2007)

Dazu passen auch die obigen Berechnungen von Carlos Barreda, der anhand von Daten aus dem Jahr 2003 den Gini-Koeffizienten für die Landverteilung innerhalb Guatemalas berechnete und dabei auf einen ganz extremen Wert von 0,84 kam. Seine selbstentworfenen Tabelle reichte ihm nicht, um die Ungleichverteilung ausreichend drastisch darzustellen, weswegen er auch noch diesen Satz hinzufügte: „Es gibt 47 Fincas die mehr als 3.700 Hektar groß sind, wohingegen 90% der landwirtschaftlichen Erzeuger von durchschnittlich einem einzigen Hektar überleben müssen“ (Barreda, 2007: 8). Seiner Umrechnung zufolge entspricht das guatemaltekeische Flächenmaß der *manzana* einer Fläche von 0,7 Hektar.

Schlussendlich stimmen alle Angaben darin überein, dass die Verteilung des Landes in Guatemala ausgesprochen ungleich und ungerecht ist. Dies wurde auch von allen bedeutenden internationalen Institutionen, wie der FAO, dem UNDP, der CEPAL, ja selbst von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank, anerkannt. Es herrscht sogar Einigkeit darüber, dass ein umgekehrter Zusammenhang zwischen Größe des Landbesitzes und Produktivität pro Flächeneinheit besteht und dass somit die ungleiche Landverteilung die Möglich-

keiten für weiteres Wirtschaftswachstum einschränken würden. Eine Landreform wäre daher ein wesentliches Instrument zur Dynamisierung der guatemaltekischen Ökonomie (vgl. Gauster, 2003: 140).

Doch die Forderungen gehen nicht immer so weit wie jene des UNDP: “No export growth strategy in Guatemala is likely to produce substantive benefits for human development without deep structural reforms to reduce inequalities and extend opportunity through the redistribution of land and other productive assets, increased public spending for the poor and targeted programmes aimed at breaking down the barriers facing indigenous people. Such measures will ultimately require a change in the distribution of political power in Guatemala” (UNDP, 2005: 123). Manch andere Organisation glaubt daran, dass die Umverteilung des Landes über den freien Markt gelingen könnte, doch Susanne Gauster wies zurecht darauf hin, dass die Grundvoraussetzungen für einen funktionierenden Markt mit Landtiteln in Guatemala keinesfalls gegeben seien und ein solcher Versuch daher von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre (vgl. Gauster, 2003: 143).

Ich habe bereits in Kapitel 2.4 dargelegt, dass intentionale Entwicklung eigentlich zu einer gerechteren Verteilung statt zu noch größerer Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften beitragen muss, um sich nicht durch die eigenen Resultate zu diskreditieren, ganz gleich, ob wir nun das Einkommen, den Landbesitz, den Zugang zu Bildungschancen oder die medizinische Versorgung betrachten. Wir stoßen bei näherer Betrachtung, zumindest meines Erachtens nach, zwangsläufig auf zumindest drei strukturelle Ausprägungen von ungleicher Verteilung zwischen Bevölkerungsgruppen, welche ihrerseits wiederum in einem unmittelbaren Zusammenhang miteinander stehen und welche in den nächsten vier Unterkapiteln noch genauer beleuchtet werden sollen.

4.3.1 Die historische Dimension der Ungleichverteilung

In diesem Unterkapitel geht es darum, wie eng vor allem die Unterschiede zwischen der städtischen und der ländlichen sowie jene zwischen der indigenen und der nicht-indigenen Bevölkerung miteinander verwoben sind. Es wäre unzulässig, die Unterschiede zwischen diesen Bevölkerungsteilen zu erläutern, ohne auf den historischen Zusammenhang hinzuweisen. Wenn ich also von einer historischen Dimension spreche, dann meine ich damit die durchgehende Bevorzugung der mehrheitlich nicht-indigenen, metropolitanen Zentralregion und einiger spezifischer und für die Exportwirtschaft wichtiger Zonen gegenüber den hauptsächlich von Indigenen bewohnten peripheren Gebieten im eigenen Land.

Auch die Weltbank widmete diesem Punkt ein ganzes Kapitel, weil Armut nun mal nicht von einem Jahr auf das nächste entsteht, sondern in den allermeisten Fällen eine jahrzehnte-, oft jahrhundertelange Vorgeschichte hat. Dies gilt ganz gewiss auch im Fall Guatemalas und seiner indigenen Bevölkerung. So beschreibt die Weltbank z.B. die Enteignungen von besonders fruchtbaren Böden in indigenem Gemeinschaftsbesitz, zu Gunsten der Schaffung von großen, produktiven Kaffeeplantagen in bester Lage als eine der historischen Ursachen für die heutige Situation der Indigenen (vgl. Weltbank, 2003: 33). Aber die Ursachen sind selbstverständlich weitaus vielfältiger, können hier aber nicht ausführlich behandelt werden. Zusammenfassend kann man gewiss sagen, dass der guatemaltekeische Staat sich ausdrücklich rassistisch verhielt, seine indigene Bevölkerung zunächst gar nicht als StaatsbürgerInnen ansah und ihr dementsprechend fundamentale Rechte vorenthielt, sie aber auch nach der entsprechenden Verfassungsänderung im Jahr 1945 niemals wirklich gleichwertig behandelte.

Die Weltbank belegt dies mit dem Beispiel des Bildungszugangs für Indigene, der bis 1945, zumindest von staatlicher Seite, gänzlich verwehrt blieb: "In practice, the education system was ethnically segregated: on the one hand, the state promoted a paternalistic approach to »civilize« and assimilate the indigenous as agricultural producers; on the other hand, the education system continued to exclude the indigenous, being largely reserved for ladino males. As such, virtually the entire indigenous population (and most women) remained illiterate. Literacy was then used as a pretext for ineligibility for voting, making the educational policy part of a broader strategy of political exclusion" (Weltbank, 2003: 35).

Zu dieser sehr langen Geschichte der gänzlichen Exklusion bzw. systematischen Benachteiligung der Indigenen, kommt auch noch die jüngere Geschichte des Bürgerkriegs hinzu, welche in einigen Departements ganz besonders dramatische Folgen zeitigte. Neben dem individuellen Leid, welches den einzelnen BewohnerInnen dieser Gebiete zugefügt wurde oder dem Verlust von geliebten Menschen, brachten die Wirren des bewaffneten Konflikts auch noch massive finanzielle Verluste mit sich. Man kann davon ausgehen, dass das BIP pro Kopf im Jahr 2000 um 40% höher gewesen wäre, wenn der Bürgerkrieg Guatemalas niemals stattgefunden hätte (vgl. Weltbank, 2003: 37). Während die erste Phase des Aufstands eines Teils des guatemaltekeischen Heeres praktisch keinerlei Bedeutung für die indigene Bevölkerung hatte, verlagerte sich der Konflikt während der 1970er Jahre zusehends ins Hochland Guatemalas, also in jene Gebiete, in denen der Anteil an mayastämmiger Bevölkerung besonders hoch war und nach wie vor ist.

[illegible]

112

Dorthin konnten sich die Guerilla-Einheiten zurückziehen, weil die staatliche Kontrolle dieser Gebiete bis dahin nur sehr eingeschränkt gegeben war. Abb. 15 zeigt, welche guatemaltekischen Departements vom Bürgerkrieg besonders stark betroffen waren und wo nicht-spanische Sprachen gesprochen werden.

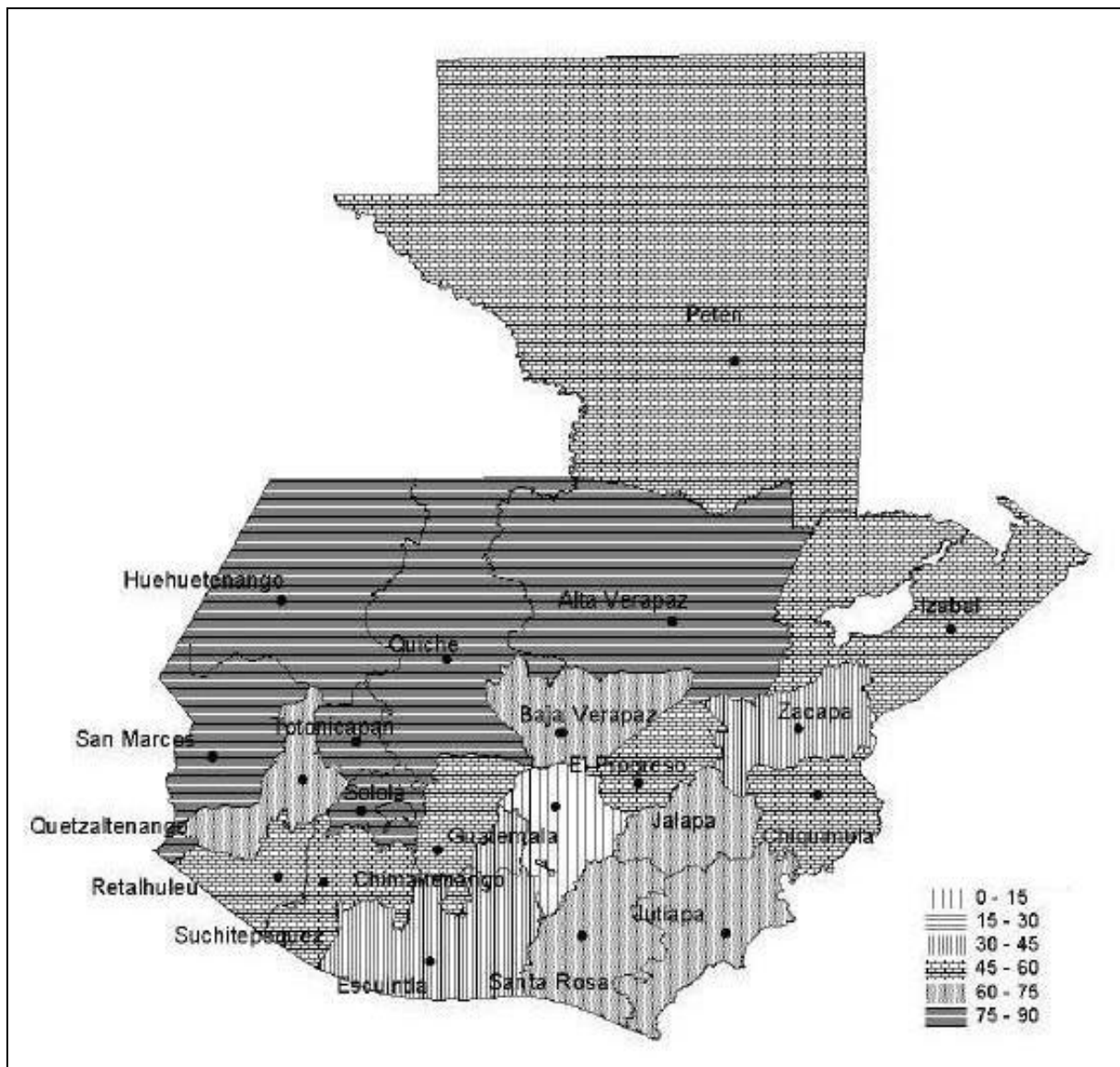
Sehr lange hatte der guatemaltekische Ladino-Staat keinerlei Interesse gehabt in die infrastrukturelle Ausstattung jener Gebiete zu investieren, in denen diese Bürger zweiter Klasse lebten. „Die Hochlandbereiche der Bezirke Quiché und Huehuetenango sind von der militärischen Repression des Bürgerkrieges besonders getroffen worden, weshalb diese Bereiche heute neben der naturräumlichen Ungunst zu den am geringsten mit Infrastruktureinrichtungen ausgestatteten Regionen Guatemalas gehören. Wirtschaftliche Alternativen außerhalb der kleinbäuerlichen Familienwirtschaft, die Subsistenzlandwirtschaft mit Handwerks- und Handelstätigkeiten im Kleingewerbebereich kombiniert, gibt es in dieser Region kaum“ (Vogt, 1999, S.12). Die einzigen Investitionen waren die finanziellen Unsummen, die in die Errichtung von Kasernen, Modelldörfern und den Erhalt des dazugehörigen Militärapparats flossen.

So ist es aus meiner Sicht nachvollziehbar, dass sich die BewohnerInnen jener peripheren Gebiete nicht nur vom eigenen Staat verlassen und verraten, sondern buchstäblich in ihrer Existenz bedroht fühlten. In der Tat wurde die Zivilbevölkerung Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre zur hauptsächlichen Zielscheibe für militärische und paramilitärische Übergriffe. Nicht umsonst sprach der Wahrheitsbericht der historischen Untersuchungskommission CEH (*Comisión de Esclarecimiento Histórico*), welche mit Unterstützung der UNO eingerichtet worden war, von regelrechten „Akten des Völkermords“, die während des Bürgerkriegs stattfanden. In dieser schrecklichen Situation war die passive oder aktive Unterstützung der Guerilla häufig der einzig logische Schluss, eine letzte Form der Notwehr, selbst wenn man mit der revolutionären Ideologie an sich nur wenig anfangen konnte.

Armut ist in Guatemala vornehmlich indigen, ländlich, weiblich und jung. Armut, Land- und Perspektivenlosigkeit sowie die gefühlte Bedrohung durch den Staat waren auch die Triebfedern, welche an sich friedliebende Menschen zu den Waffen greifen ließen. Doch anstatt das Übel der Armut an der Wurzel zu packen und für Umverteilung zu sorgen, wie dies während der Zeit des sogenannten „demokratischen Frühlings“ versucht wurde, schlug der guatemaltekische Staat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen völlig anderen Weg ein und bekämpfte nicht die Armut, sondern die Armen selbst und förderte dadurch erst recht die Ursachen von Armut. Ein selbstverstärkender Teufelskreis wurde so in Gang gesetzt.

„The Historical Clarification Commission report estimates that, during the 1980s alone, the costs of the war were equivalent to 15 months of production in Guatemala, or 121% of GDP in 1990. The majority of these costs arise from the loss of productive potential and abandoned economic activities due to death, disappearance, or forced displacement. Destruction of physical capital, including private, community and infrastructure assets was also costly (estimated at 6% of GDP in 1990)” (Weltbank, 2003: 36).

Abb. 16: Prozentuelle Armut in den Departements Guatemalas im Jahr 1994



Quelle: SEGEPLAN, INE u. URL, nach Daten der Volkszählung von 1994, zitiert nach Weltbank, 2003: 12

Es kommt daher auch nicht von ungefähr, dass ausgerechnet jene Departements, in denen die Aufstandsbekämpfung durch den Staat und seine Handlanger besonders intensiv erfolgte (siehe Abb. 15), nur zwei Jahre vor der endgültigen Beilegung des bewaffneten Konflikts, zu dem

in Abb. 16 erkennbaren Armutsgürtel im Norden und Nordwesten des Landes zählten. Genau das meinte ich mit der historischen Dimension der Armut in Guatemala. Eine Bürde der Ungerechtigkeit, die bis zum heutigen Tag nachwirkt: “Poverty in Guatemala is a national problem, with pockets of poverty spread throughout the country. Nonetheless, poverty is significantly lower in the Metropolitan region around the capital, and much higher in the North and Northwest Regions, as well as the Department of San Marcos, which were largely affected by the country's three-decades long civil war” (Weltbank, 2003: ii).

4.3.2 Die Dichotomie von ländlichen und städtischen Gebieten Guatemalas

Wenn in diesem Kapitel von den städtischen Gebieten Guatemalas die Rede ist, dann betrifft dies in allererster Linie die heutige Hauptstadt Guatemalas, Guatemala Ciudad, ihr Umland, die nächst größeren Städte wie Quetzaltenango, Escuintla und viele weitere Departements-Hauptstädte. Wie ich bereits im Kapitel 3.5 darzulegen versuchte, wuchs und wächst der urbane Zentralraum durch das Saldo der Binnenwanderungen erstaunlich schnell. Umso mehr möchte ich darauf hinweisen, dass Guatemala zumindest bis zur Jahrtausendwende sehr ländlich geprägt war. Selbst im Jahr 2000 lebten erst 38,63% seiner Bevölkerung in urbanen Gebieten (vgl. INE, 2002). Dies entsprach, gerade für lateinamerikanische Verhältnisse, einem erstaunlich niedrigen Grad an Verstädterung. Zum Vergleich schätzte das UNDP die Prozentzahl der städtischen Bevölkerung im Jahr 2000 für die Weltregion Lateinamerika und Karibik auf durchschnittlich 75% und für 2005 bereits auf 77,3% (vgl. UNDP, 2007: 300).

Die Differenz beruht zum Teil auf der unterschiedlichen Definition von Urbanität innerhalb der Länder Lateinamerikas und der Karibik. Gerade in den bevölkerungsreicheren Ländern Südamerikas werden häufig Gemeinden mit mehr als 2.000 EinwohnerInnen als urbaner Siedlungsraum definiert (vgl. United Nations, 2005). Das guatemaltekeische Statistikinstitut (INE) zählt hingegen alle Wohnorte dazu, denen das Stadtrecht verliehen wurde, bzw. die einen Departements- oder Gemeindesitz beheimaten. Seit der Volkszählung im Jahr 2002 werden außerdem auch andere Siedlungstypen hinzugezählt, wenn diese mehr als 2.000 EinwohnerInnen aufweisen und zumindest 51% der Haushalte über elektrischen Strom und reguläre Wasserleitungen verfügen. Entsprechend der Ausweitung der Definition hatte sich das Verhältnis zwischen urbanen und ruralen Gebieten auch in Guatemala bis zur nächsten großangelegten Umfrage im Jahr 2006 deutlich verändert und so leben mittlerweile 48% der guatemaltekeischen Bevölkerung in urbanen Räumen und nur noch 52% in ländlichen Gegenden (vgl. INE, 2007).

Trotz der Unterschiede bei der Definition von Urbanität ist Guatemala ein Nachzügler, wenn es um den Grad der Verstädterung geht. Und auch ohne die Definitionsänderung wäre die Urbanisierung Guatemalas während des Untersuchungszeitraums massiv vorangeschritten. Obwohl aber die städtischen Gebiete hinsichtlich ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung eine geringere Bedeutung hatten, setzte sich die finanzielle Bevorzugung der Hauptstadt und ihres Umlandes, auf welche ich bereits im vorangegangenen Unterkapitel hingewiesen habe, auch in friedlichen Zeiten fort: „Die Verwendung staatlicher Finanzmittel verfestigt die Dichotomie zwischen Hauptstadt und sog. »Landesinneren«: 78 Prozent aller Steuereinnahmen des Jahres 1996 verbrauchte der hauptstädtische Staatsapparat an Gehältern und sog. »Funktionskosten«. Die Investition verbleibender öffentlicher Gelder teilen sich laut Verfassung die Metropolitanregion (90 Prozent) und das restliche Landesgebiet (10 Prozent)“ (Vogt, 1999: 91).

Ganz ähnlich sah dies auch Rassmann in ihrer Diplomarbeit: „Die jahrzehntelange Konzentration der Politik und Wirtschaft auf die Städte und die damit einhergehende Vernachlässigung der ländlichen Regionen schufen einen hohen Grad an sozialer Ausgrenzung, der sich in begrenztem Zugang der ländlichen Bevölkerung zu grundlegenden Leistungen wie Trinkwasser- oder Stromversorgung und zu Investitionen in die Produktivsysteme äußert. Diese markante Asymmetrie in der Entwicklung des Landes spiegelt auch die Spaltung der Gesellschaft wieder“ (Rassmann, 2003: 31). Eben diese Kluft in der guatemaltekischen Gesellschaft zwischen den ländlichen und den städtischen Gebieten beschränkt sich nicht nur auf die Ausstattung mit Infrastruktur und Bildungseinrichtungen, sondern macht sich auch beim durchschnittlichen Konsum deutlich bemerkbar. Wenn man nun die Armutszahlen aus dem Jahr 2000 ansieht, so waren damals 56% der GutemaltekinInnen arm. Allerdings waren 74,5% der BewohnerInnen ländlicher Gebiete arm, während in den urbanen Gebieten der Referenzwert nur 27,1% betrug. Noch gravierender war der Unterschied bei den extrem Armen, die in den städtischen Gebieten mit 2,8% fast gar nicht vorkamen, aber in den ländlichen Gegenden durchschnittlich 23,8% der Bevölkerung stellten (vgl. INE, 2002: 17).

Durch das nach wie vor starke Bevölkerungswachstum nahm die absolute Zahl der Armen bis 2006 um rund 230.000 Menschen zu, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank. Parallel dazu hatte sich die Schere zwischen ländlichen und städtischen Gebieten wieder etwas geschlossen. Und so lebten im Jahr 2006 70,75% der ländlichen Bevölkerung und 29,71% der städtischen Bevölkerung in Armut (vgl. INE, 2007). Man könnte also durchaus sagen, dass die ländliche Armut durch die zwischenzeitliche Zunahme der Urbanisierung, in

der Folge von Landflucht, in die städtischen Gebiete importiert wurde. Nach wie vor ist der Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Gebieten aber enorm hoch und so darf man davon ausgehen, dass die Verstädterung Guatemalas auch in den nächsten Jahrzehnten rasch voranschreiten wird und sich dem lateinamerikanischen Durchschnitt annähern wird.

4.3.3 Die ethnische Dimension der Ungleichverteilung

Ich habe in Kapitel 3.2 bereits angedeutet, dass die Studie der Weltbank drei Erklärungen für die ländliche Armut in Guatemala festhält. Nach der Komponente der Isolation in der Folge von schlechten Verkehrswegen folgt dort: “The second dominant feature of rural poverty is ethnic exclusion. Poverty rates are far higher among indigenous groups and groups whose primary language is not Spanish. The 23 ethno-indigenous groups in Guatemala suffer from historical exclusion from public services and economic opportunities, and are frequently geographically isolated. Exclusion results in weak asset bases, uncertain property rights, and limited ability to exploit economic opportunities. Access to land is a particularly serious problem of the indigenous in the Western Altiplano” (Weltbank, 2004: 3). Dieses Zitat bestätigt erneut meine Ansicht, dass auch die Ungleichheit in der Verteilung zwischen den Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen historisch gewachsen ist. Doch bis heute ist es so, dass die Zugehörigkeit zu einer nicht-spanischsprachigen Minderheit einen sehr hohen Erklärungswert besitzt, wenn es um die Gründe für Armut in Guatemala geht.

Eine Grafik im Human Development Report des Jahres 2005 zeigt ganz deutlich auf, wie stark der Unterschied zwischen den Indigenen (76%) und den Nicht-Indigenen (41%) in Guatemala ausfiel, wenn man den jeweiligen Anteil der Armen an der Gesamtzahl dieser beiden Bevölkerungsgruppen betrachtet. Durch die Grafik erfährt man, dass der Unterschied in den Prozentzahlen der Armen, wenn man sie nach urbanen und ländlichen BewohnerInnen unterscheidet, innerhalb der Gruppe der Indigenen (51% zu 85%) weniger stark ausgeprägt war als bei den Nicht-Indigenen (18% zu 63%). Aber vor allem zeigt sich somit, dass die Wahrscheinlichkeit eines ländlichen Indigenen im Jahr 2000 beinahe fünffach so hoch war, in Armut zu leben, als die Wahrscheinlichkeit eines städtischen Nicht-Indigenen (vgl. UNDP, 2005: 60). Dabei ist es bis heute so, dass Indigene ganz eindeutig eher in den ländlichen Gebieten, wohingegen Mischlinge und Weiße eher im Südwesten, Osten und vor allem in den zentralen, urbanen Gegenden von Guatemala leben.

Vergleicht man die Zahlen der beiden *Encuestas de Condiciones de Vida* (ENCOVI) der Jahre 2000 und 2006 (siehe Tab. 11), zeigt sich zunächst, dass die absolute Zahl an selbstdeklarier-

ten Indigenen um 6,44% anstieg, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung im selben Zeitraum deutlich zurückging. Dadurch scheint es auf den ersten Blick so, dass der Anteil der Indigenen an den Armen und den extrem Armen seit dem Jahr 2000 ebenfalls leicht zurückgegangen sei, tatsächlich ist aber deren Anteil an den Nicht-Armen im selben Zeitraum deutlich stärker gesunken. Die Situation hat sich, zumindest für all jene Menschen, die auch tatsächlich bereit waren sich als Indigene zu deklarieren, also in Wahrheit sogar verschlechtert. Zur leichteren Interpretation habe ich auch die jeweilige relative Veränderung von 2000 bis 2006 angegeben, wobei das Basisjahr 2000 mit 100% indiziert wurde. So wird ganz deutlich, dass der Anteil der Indigenen an der Gesamtbevölkerung deutlich stärker zurückging als ihr Anteil an den extrem Armen im ganzen Land sank.

Tab. 11: Anteil der Indigenen an den extrem Armen, Armen und Nicht-Armen Guatemalas

	Anteil an d. extrem Armen	Anteil an den Armen	Anteil an den Nicht- Armen	Anzahl d. Indigenen gesamt	Zahl der Bev. ge- samt	Anteil der Indigenen an der Bev.
Im Jahr 2000	70,17%	55,72%	20,97%	4.610.729	11.385.441	40,50%
Im Jahr 2006	68,05%	55,60%	19,36%	4.907.693	12.963.954	37,86%
Relative Veränderung	-3,02%	-0,22%	-7,68%	6,44%	13,86%	-6,52%

Quelle: Eigene Berechnungen nach Zahlen von INE, 2002: 17 und INE, 2007: 48

Aus Abb. 16 geht weiters hervor, dass ländliche Armut im Jahr 1994 in besonders hohem Maß in den nachfolgenden Departements vorkam: San Marcos, Huehuetenango, Quiché, Alta Verapaz, Totonicapán und Sololá. All diese Departements mit der Ausnahme von San Marcos wiesen selbst noch bei den Resultaten von ENCOVI 2006 besonders hohe Anteile an indigener Bevölkerung auf. Sololá und Totonicapán mit mehr als 90%, Quiché und Alta Verapaz knapp unter 90% Indigene. Huehuetenango hatte immerhin noch einen Anteil von 58,1% an indigener Bevölkerung und San Marcos nur noch 35,5%, also etwas weniger als der landesweite Durchschnitt. Umgekehrt war Armut im Departement Guatemala, also in der Hauptstadt und ihren direkten Vorstädten, sowohl im Jahr 1994 als auch bei der Volkszählung 2002 (siehe Tab. 14 in Kap. 4.4) am geringsten zu finden. Dort machten Indigene im Jahr 2006 allerdings nur 10,9% der Wohnbevölkerung aus, wohingegen ihr Anteil an den Armen 26,3% und an den extrem Armen in diesem urbanen Zentralraum 67,3% betrug (vgl. INE, 2006).

Während z.B. bei der landesweiten Umfrage zu den Lebensbedingungen (ENCOVI) im Jahr 2006 nur eine grobe Unterscheidung zwischen Indigenen und Nicht-Indigenen vorgenommen wurde, zeigte sich schon öfter, dass auch innerhalb der Bevölkerungsgruppe der Indigenen

gravierende Unterschiede zwischen Teilgruppen bestehen und es bestimmte indigene Ethnien gibt, die ganz besonders stark von Armut und Exklusion betroffen sind. Leider unterschied aber nicht einmal die ENCOVI-Umfrage im Jahr 2000 zwischen allen indigenen Gruppen, sondern wies nur die bevölkerungsreichsten Ethnien als eigenständige Einheiten aus und warf die verbliebenen Minoritäten unter dem Titel „andere Indigene“ in einen Topf (siehe Tab. 12).

Tab. 12: Arme und extrem Arme in den Ethnien, sowie deren Einschulungsraten im Jahr 2000

Bevölkerungsgruppe	Anteil an d. Gesamtbevölkerung in %	Anteil an der Bevölkerungsgruppe in %		Einschulungsrate in die erste Schulstufe in % der		Einschulungsrate in die Mittelschule in % der	
		Arme	extrem Arme	Buben	Mädchen	Buben	Mädchen
Nicht-Indigene	57,4	41,4	7,7	71	86	32	33
K'iche'	9,4	64,4	19,1	78	64	23	12
Kaqchiquel	8,9	62,6	13,6	78	77	28	17
Mam	8,3	89,7	34,2	78	71	9	10
Q'eqchi'	6,5	83,5	38,0	65	52	9	3
andere Indigene	9,5	83,6	31,3	75	67	17	10

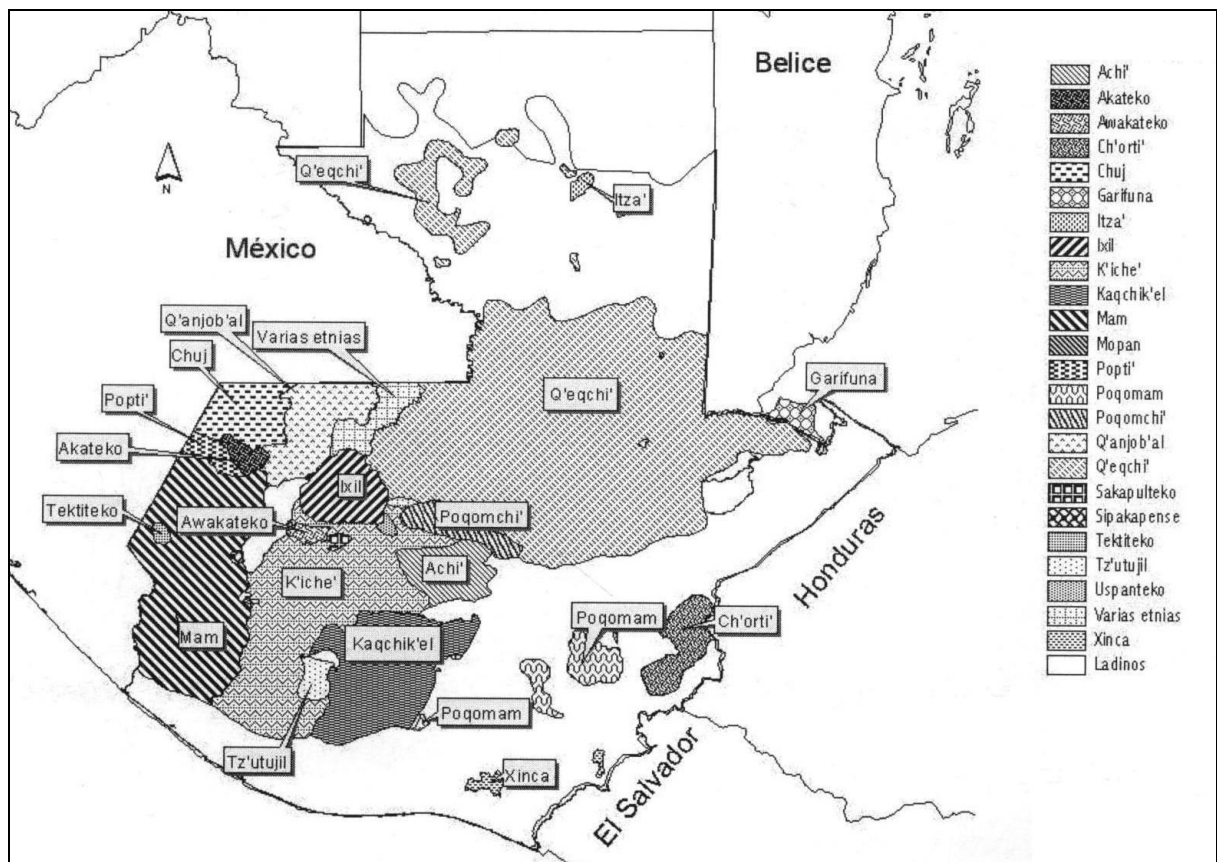
Quelle: Daten von ENCOVI 2000 laut Weltbank, 2003: 11 und 65, eigene Zusammenstellung

Es zeigt sich, dass sich die unterschiedlichen Niveaus der Armut nicht nur beim Konsum der Angehörigen der unterschiedlichen indigenen Ethnien, sondern auch bei der Frage der Einschulung in die Mittelschule, bemerkbar machen. Weniger deutlich sind die Unterschiede bei den Einschulungsraten in die Volksschule, nicht nur zwischen den Volksgruppen, sondern auch zwischen Buben und Mädchen. Die besonders großen indigenen Gruppen der K'iche' (zur leichteren Unterscheidung vom Departement Quiché verwende ich diese Schreibweise für die gleichnamige indigene Volksgruppe) und der Kaqchiqueles waren scheinbar erfolgreicher darin, ihre Rechte vom guatemalteckischen Staat einzufordern. Ein weiterer Vorteil mag aber auch darin liegen, dass gerade die Kaqchiqueles ein Gebiet bewohnen, welches relativ nahe zur Hauptstadt liegt. Selbst die Siedlungsgebiete der K'iche' liegen weniger peripher, als jene der Mam und der Q'eqchi'.

Bereits in Kap. 4.3.1 habe ich, neben der Karte der vom Bürgerkrieg betroffenen Gebiete, ein Kärtchen von UNOSTAT über die Verteilung der SprecherInnen von nicht-spanischen Sprachen in Guatemala eingefügt. Abb. 17 ist eine alternative Darstellung desselben Sachverhaltes, welche im Zuge von Untersuchungen durch Grünberg und Reyna entstand. Während sich manche der abgebildeten Siedlungsgebiete in beiden Darstellungen decken, weichen andere deutlich voneinander ab. Die nun folgende Karte erscheint jedenfalls auf Grund ihrer Größe

und der detaillierteren Darstellung besser geeignet, um sich mit den indigenen Territorien und dem Vorkommen der Garífuna-Minderheit in Guatemala auseinander zu setzen.

Abb. 17: Siedlungsgebiete der indigenen Volksgruppen und der Garífuna in Guatemala



Quelle: Grünberg u. Reyna, übernommen aus Stumpf et al., 2003: 168-169, grafisch leicht adaptiert

4.3.4 Die Gender-Dimension der Ungleichverteilung u. das Alter der Armut

Die beiden letzten Komponenten, um Ungleichverteilung und Armut in Guatemala richtig einordnen zu können, wären das Geschlecht und das spezifische Alter der Armen. Dabei ist die Unterscheidung zwischen Frauen und Männern, wenn man deren durchschnittlichen Konsum betrachtet zumindest statistisch gesehen weniger aussagekräftig als man erwarten mag. Die letzten verfügbaren Daten von ENCOVI 2006 legen nahe, dass der Anteil der Frauen an der gesamten Bevölkerung, die in Armut lebt, nur leicht höher ist als der Anteil der Männer, nämlich 51,5% zu 48,5%. Und eine noch größere positive Überraschung ist die Tatsache, dass die relativ wenigen Haushalte, in denen eine Frau den Haushaltsvorstand stellt, deutlich seltener arm sind (30,8%) als jene Haushalte, in denen ein Mann die Rolle des Vorstands übernommen hat (42,7%) (vgl. INE, 2007: 50 u. 51). Die offizielle Interpretation des INE geht dahin, dass Frauen offensichtlich mit ihren durchschnittlich geringeren Einkünften deutlich besser haushalten können als Männer. Ich frage mich hingegen, ob es sich nicht dabei zu ei-

nem gewissen Teil um solche Familien handeln könnte, in denen sich der männliche Haushaltsvorstand temporär im Ausland aufhält und von dort aus seine *remesas* leistet.

Dass der durchschnittliche Lohn von guatemaltekischen Frauen geringer als jener der Männer ausfällt, steht gänzlich außer Zweifel und wird u.a. von Jean Ziegler indirekt durch das folgende Zitat bestätigt: „Gender discrimination is also pervasive, and it is reported that many landowners do not even pay women or children for their work – they are considered husband’s »helpers«. Women suffer multiple discrimination - as women, as poor, as rural residents and as indigenous - and rarely own land or other assets” (Ziegler, 2006: 7). Deswegen ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die ENCOVI-Umfragen stets nach dem durchschnittlichen Konsumausgaben im gesamten Haushalt fragen, aber ungeeignet sind, um Aussagen über die spezifischen Einkünfte von Frauen zu tätigen. Selbst wenn wir die Einkommensfrage beiseitelassen, kann man getrost festhalten, dass die Möglichkeiten für alle Frauen in einer machistischen Gesellschaft wie Guatemala ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ausgesprochen gering sind.

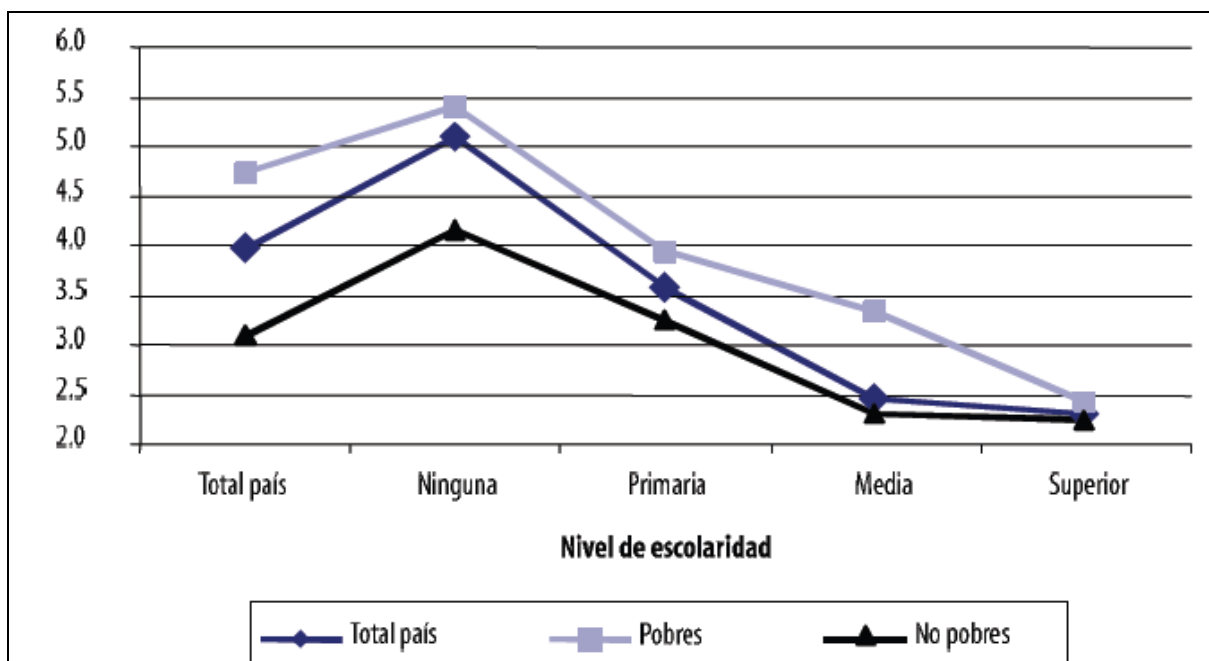
Dies zeigt sich beispielsweise auch an der Frage der höchsten abgeschlossenen Ausbildung. Wie wir aus Tab. 11 bereits erfahren haben, wurde vor ca. einem Jahrzehnt nur jedes zweite Q’eqchi-Mädchen in die Volksschule geschickt. Und nur jedes 10. indigene Mädchen besuchte eine Mittelschule. Das macht sich selbstverständlich auch bei der Analphabetinnenrate unter den Frauen im gebärfähigen Alter bemerkbar. Bei den Indigenen lag diese im Jahr 2006 immer noch bei 38%, bei den nicht-indigenen Frauen nur noch bei 12,4%. Dabei ist der Zusammenhang zwischen schlechter Ausbildung und Armut mehr als offensichtlich, denn unter den Analphabetinnen waren 81,1% der Frauen arm, 31,9% sogar extrem arm. Und unter den extrem armen Frauen hatten 53,9% keinerlei Art von Schule besucht (vgl. INE, 2007).

Nicht umsonst meinte die Weltbank “Girls and women face cumulative disadvantages in Guatemala. They also face exclusionary policies (e.g., in land and education) and a general culture of *machismo*. They face limited access to education (with fewer girls attending school even when schools are available), constrained employment opportunities, explicit wage discrimination (even after taking into account differences in endowments), and traditional exclusion from land ownership. Women are also at risk for health shocks, with Guatemala recording extremely high levels of maternal mortality. Furthermore, women participate significantly less in community decision-making (limited social capital networks). Yet women's roles are cru-

cial in promoting long-term development, with a strong influence, for example, on the nutritional status of children” (Weltbank, 2003: xiii).

Es besteht weiters ein enger Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Anzahl an Kindern einer Familie und deren Armut. Ein Resultat von ENCOVI 2006 besagt daher, dass arme Frauen im gebärfähigen Alter vor der letzten zurückliegenden Schwangerschaft seltener Empfängnisverhütung betrieben hätten, als nicht-arme Frauen. Die entsprechenden Prozentzahlen für betriebene Geburtenkontrolle lauteten für die extrem armen Frauen 71,6%, bei allen anderen armen Frauen 80,2% und für die nicht-armen Frauen lautete der Vergleichswert 90,5% (vgl. INE, 2007). Dementsprechend haben extrem-arme Familien durchschnittlich auch mehr Kinder als arme oder nicht-arme Familien, ebenso wie indigene Familien tendenziell etwas mehr Kinder zur Welt bringen (vgl. INE, 2002: 27). Haushalte mit einer größeren Anzahl an Kindern werden vom guatemaltekischen Statistikinstitut allerdings auch eher als „arm“ oder „extrem arm“ eingestuft, weil die durchschnittlichen Ausgaben der ganzen Familie auf mehr Köpfe aufgeteilt werden müssen.

Abb. 18: Anzahl der lebendgeborenen Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter im Jahr 2000



Quelle: INE, 2002: 28, nach Daten von ENCOVI 2000

Wie aus Abb. 18 hervorgeht, besteht auch ein ähnlicher Zusammenhang zwischen der höchsten abgeschlossenen Schulbildung und der Anzahl an lebendgeborenen Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter. In dieser Abbildung wird die höchste abgeschlossene Schulbildung (in dieser Reihenfolge von links nach rechts: landesweiter Durchschnitt, keine Schulbildung,

Volksschule, Mittelschule, Hochschule) der Anzahl der lebendgeborenen Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter gegenübergestellt. Zusätzlich wird zwischen armen (oberste Linie) und nicht-armen (unterste Linie) Frauen unterschieden, wie auch der guatemalteckische Durchschnittswert (mittlere Linie) dargestellt ist. Gerade die Förderung von Schulbildung für Mädchen wäre also ein effizientes Mittel, um gleichzeitig Armut und Bevölkerungswachstum in Guatemala einzudämmen.

Das jährliche Bevölkerungswachstum Guatemalas lag von 1975 bis zum Jahr 2000 bei durchschnittlich 2,5%, womit Guatemala zwar unter den rasch wachsenden Ländern Lateinamerikas lag, jedoch zumindest von Venezuela (2,6%), Nicaragua (2,8%), Paraguay (2,9%) und Honduras (3,0%) überflügelt wurde. Doch es betrug zwischen 2000 und 2005 sogar 2,6%, nahm erst in der zweiten Hälfte der letzten Dekade wieder ab und so prognostiziert das UNDP bis zum Jahr 2015 ein weiteres Bevölkerungswachstum Guatemalas von durchschnittlich 2,4%, während die Prognosen für alle anderen lateinamerikanischen Länder deutlich geringer ausfielen. Sie lauten etwa 1,5% jährliches Wachstum im Fall Nicaraguas, 1,6% für Bolivien, 1,9% für Honduras und Belize (vgl. UNDP, 2010). Auf der Homepage *The World Factbook* der CIA findet man hingegen ganz aktuelle Zahlen von ca. 2% jährlichem Bevölkerungswachstum in Guatemala. Jedenfalls verfügt dieses Land, auf Grund seines rasanten Bevölkerungswachstums, über einen großen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung. Das erkennt man auch an seiner Bevölkerungspyramide, die sich nach unten hin sehr stark verbreitert. Und dabei sind es nun einmal gerade die jungen Menschen, die besonders stark von Armut betroffen sind, wie man aus Tabelle 13 ablesen kann.

Tab. 13: Anteil von extrem Armen, Armen und Nicht-Armen an der jeweiligen Altersgruppe

Altersgruppe	Anteil a. d. Gesamtbev.	Anteil a. d. extrem Armen	Anteil a. d. restl. Armen	Anteil a. d. Armen gesamt	Anteil a. d. Nicht-Armen
0-14 Jahre	41,4%	54,2%	46,7%	48,9%	33,6%
15-64 Jahre	53,8%	43,2%	49,0%	47,3%	60,6%
65+ Jahre	4,7%	2,6%	4,3%	3,8%	5,7%

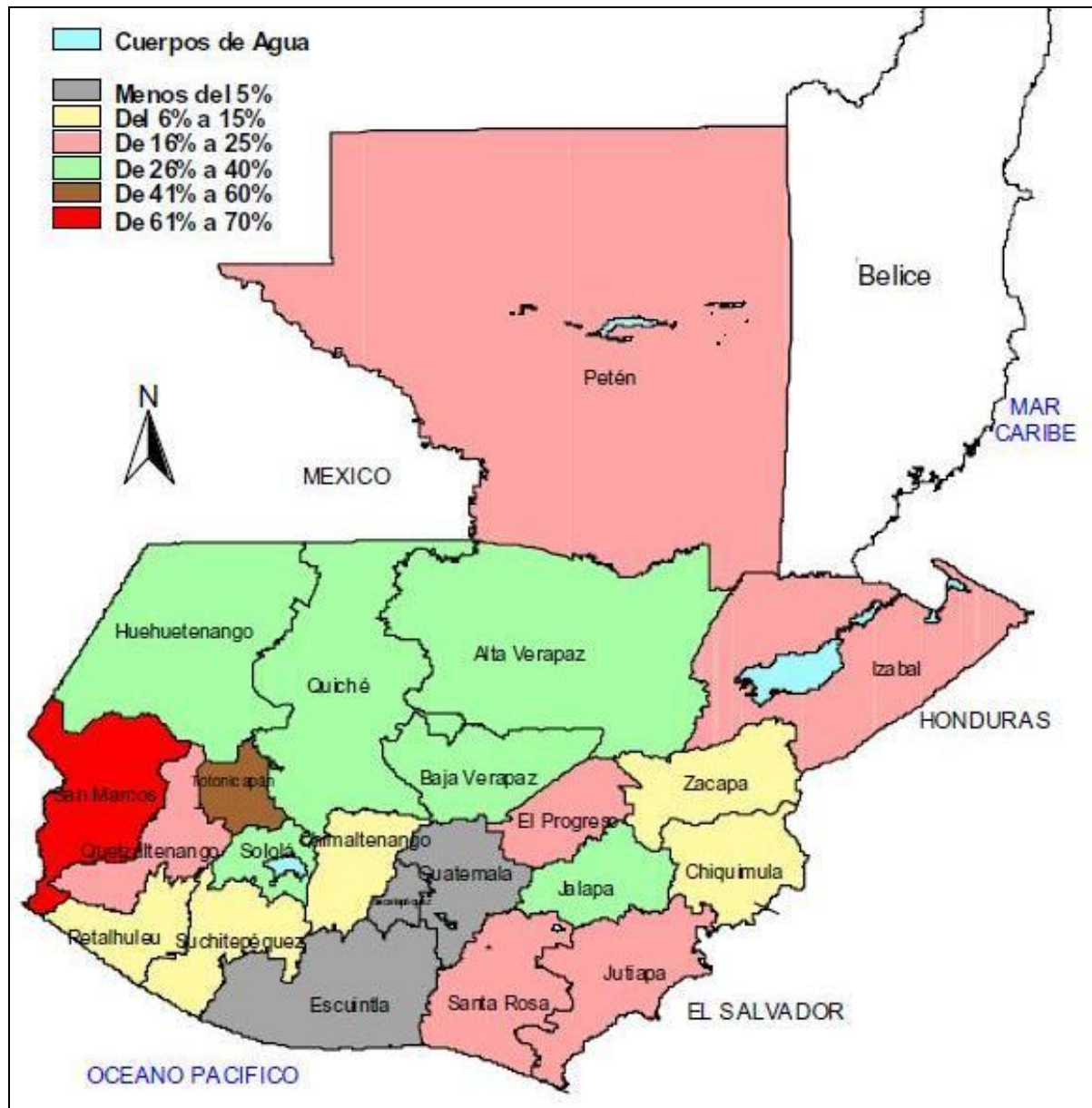
Quelle: Daten von ENCOVI 2006, laut INE 2007

4.4 Verteilung von Armut auf die Departements

Im vorliegenden Teilkapitel geht es selbstverständlich nicht nur um die Frage, in welchen Gebieten Guatemalas Armut anzutreffen war und ist, sondern es geht auch um die Frage, welche Informationen den Hilfsorganisationen der ÖEZA zum jeweiligen Zeitpunkt der Projekt-

entscheidung zur Verfügung gestanden haben bzw. gestanden hätten, wenn man sich um die Beschaffung dieser Informationen bemüht hätte.

Abb. 19: Extreme Armut in Guatemala 1994, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Departements



Quelle: Gobierno de la República de Guatemala, 2001, basierend auf den Daten der Volkszählung von 1994

Im Jahr 2001 veröffentlichte die guatemaltekeische Regierung endlich die Armutskarten von Guatemala, welche aus den Daten der Volkszählung von 1994 hervorgegangen waren (vgl. SEGEPLAN, 2001 und Gobierno de la República de Guatemala, 2001). Um nationale Armutslinien bilden zu können, hatte man erst auf die Resultate der Umfrage ENIGFAM (*Encuesta Nacional de Ingresos y Gastos Familiares*) aus den Jahren 1998/1999 gewartet und diese dann in die Analyse der Daten der Volkszählung einfließen lassen. Daraus resultierte

zunächst jene grafische Darstellung des Anteils der Armen an der jeweiligen Bevölkerung der Departements, welche ich bereits als Abb. 16 im Kap. 3.4.1 vorgestellt habe, und jene der extrem Armen (siehe Abb. 19).

Bereits im Mai 2002 folgte die Veröffentlichung des *Perfil de la Pobreza en Guatemala*, worin die Daten von ENCOVI aus dem Jahr 2000 in vielerlei Hinsicht analysiert wurden. Man blieb aber die Veröffentlichung einer Karte oder einer Liste mit den Armutsindizes auf Departementsebene schuldig, was wohl auch mit der relativ kleinen Größe der Stichprobe von ENCOVI 2000 zu tun hatte. Erst im April des Jahres 2005 folgten endlich die Resultate der Volkszählung von 2002 in Form von Kartenmaterial unter dem Titel *Mapas de Pobreza y Desigualdad de Guatemala*. Während sich in diesem Schriftstück aber keine kartografische Darstellung der Ergebnisse auf Departementsebene finden lässt, wurden doch zumindest die Ergebnisse in Form einer Tabelle publiziert, in der die Prozentsätze der Armen und extrem Armen im Jahr 2002 aufgelistet wurden.

Tab. 14: Bevölkerungsanteil der Departements in Armut u. extremer Armut, 1994 bis 2006, alle Angaben in Prozent der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Departements

	1994		2002		2006		Veränderung 1994 – 2006 in %-Punkten	
Departement	Bev. in Armut Gesamt	Bev. in extremer Armut	Bev. in Armut gesamt	Bev. in extremer Armut	Bev. in Armut gesamt	Bev. in extremer Armut	Anteil der Armen	Anteil d. extrem Armen
Alta Verapaz	76,4	36,6	84,1	41,2	78,8	43,5	+2,4	+6,9
Baja Verapaz	71,6	31,0	73,2	23,5	70,4	21,2	-1,2	-9,8
Chimaltenango	57,9	13,5	59,4	13,5	60,5	19,3	+2,6	+5,8
Chiquimula	49,3	13,9	56,5	13,3	59,5	27,7	+10,2	+13,8
El Progreso	54,8	18,1	45,4	8,6	41,8	8,1	-13,0	-10,0
Escuintla	35,2	4,3	47,6	7,8	41,4	5,4	+6,2	+1,1
Guatemala (Dep.)	11,7	1,3	14,2	1,6	16,3	0,5	+4,6	-0,8
Huehuetenango	77,8	37,1	78,3	30,3	71,3	22,0	+6,5	-15,1
Izabal	52,1	16,8	47,9	8,2	51,7	18,3	-0,4	+1,5
Jalapa	72,6	29,2	72,0	30,0	61,2	22,7	-11,4	-6,5
Jutiapa	63,9	23,2	66,2	24,0	47,3	11,1	-16,6	-12,1
Petén	59,3	22,2	62,6	13,0	57,0	14,5	-2,3	-7,7
Quetzaltenango	60,7	22,4	50,8	11,2	44,0	10,1	-16,7	-12,3
Quiché	81,1	36,7	84,6	33,2	81,0	25,6	-0,1	-11,1
Retalhuleu	57,6	14,9	55,3	10,9	50,4	9,5	-7,2	-5,4
Sacatepequez	33,5	4,6	36,1	5,3	36,5	4,7	+3,0	+0,1
San Marcos	86,7	61,1	73,1	25,0	65,5	19,9	-21,2	-41,2
Santa Rosa	62,1	21,5	63,2	19,2	57,9	10,2	-4,2	-11,3
Sololá	76,4	32,6	77,5	29,2	74,6	29,3	-1,8	-3,3
Suchitepequez	53,9	14,7	64,7	15,9	54,7	13,6	+0,8	-1,1
Totonicapán	85,6	55,6	73,7	22,6	71,9	20,0	-13,7	-35,6
Zacapa	43,8	12,5	42,4	7,0	53,9	18,9	+10,1	+6,4
Guatemala Gesamt	54,3	22,8%	56,2%	15,7%	51,0%	15,2%	-3,3	-7,6

Quelle: Daten von SEGEPLAN, 2001, INE, 2005 und INE, 2007. Eigene Zusammenstellung und Berechnung

Dabei bestätigte sich das generelle Bild, welches seit der Veröffentlichung der Armutskarte im Jahr 2001 bestand und wonach die ärmsten Departements im Nordwesten des Landes zu finden seien. Eine vergleichbare Liste wurde auch nach den Daten von ENCOVI 2006 im Jahr 2007 publiziert, nachdem man die Größe der Stichprobe verdreifacht hatte. Die Ergebnisse beider Volkszählungen und der letzten Umfrage zu den Lebensumständen (ENCOVI 2006) werden in Tab. 14 miteinander verglichen. Aus der Tabelle geht hervor, dass das Bild recht heterogen ist, dass es in der Zeit von 1994 bis 2006 einige eindeutige Aufsteiger gab, aber auch Departements in denen die Armut und extreme Armut entgegen dem allgemeinen Trend stark gestiegen ist. Die Departements mit den stärksten Reduktionen der Armut befinden sich allesamt im Hochland Guatemalas. Zu den größten Verlierern gehören zwei Departements im Osten des Landes (Chiquimula und Zacapa), beide liegen an der Grenze zu Honduras, im Gegensatz zu Alta Verapaz, welches auch schon 1994 und 2002 zu jenen Departements zählte, die besonders hohe Armutsindizes aufwiesen.

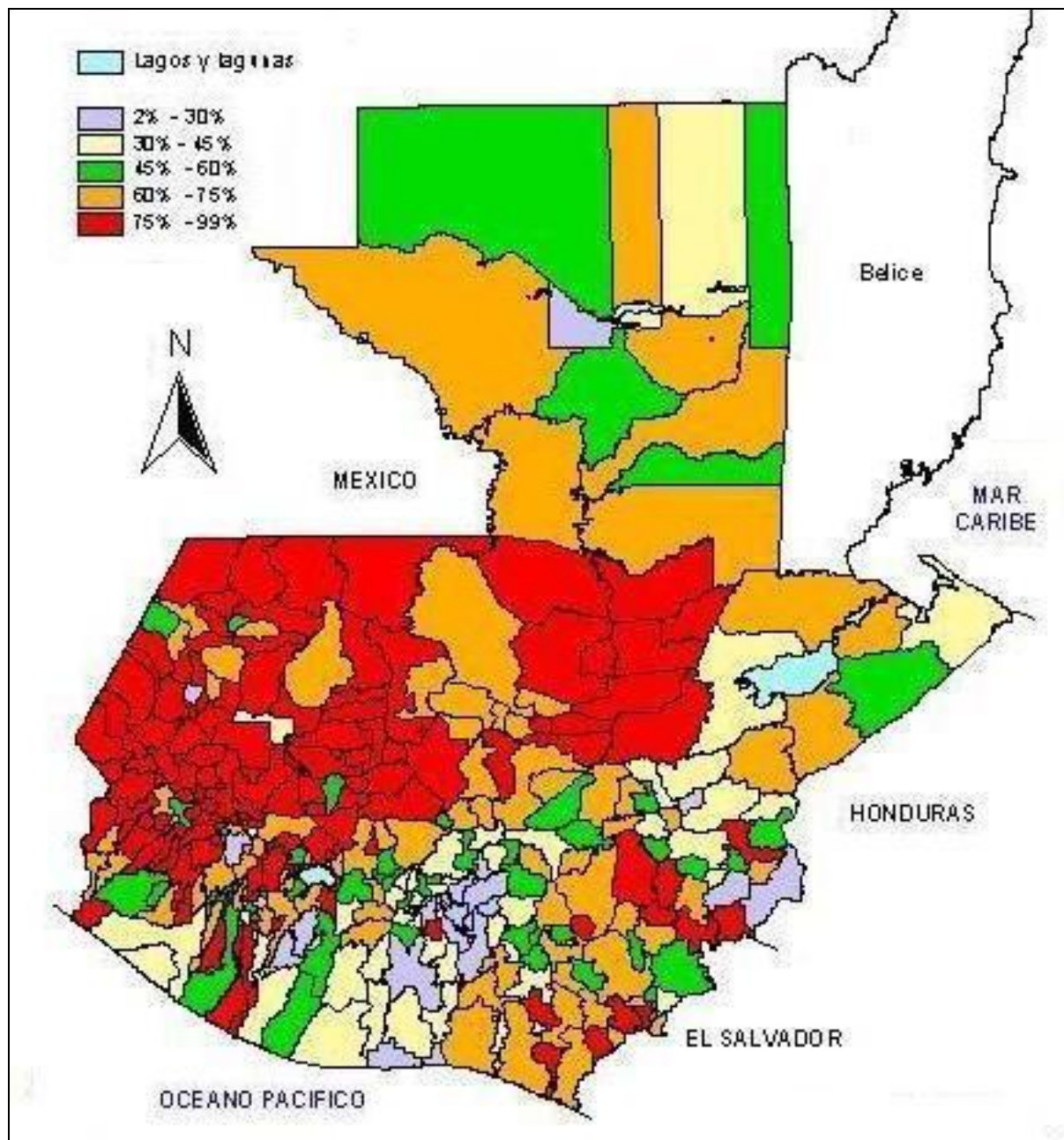
4.5 Verteilung von Armut auf die Gemeinden

Im nächsten Schritt könnte man die Detailergebnisse noch eine Verwaltungsebene darunter betrachten. Also auf der Ebene der *municipios*, die in etwa unseren Gemeinden entsprechen und zumindest in den ländlichen Gegenden Guatemalas meist eine ganze Reihe von umliegenden Dörfern und/oder Streusiedlungen umfassen. Auch für diese Verwaltungsebene wurden Listen veröffentlicht, in denen man den jeweiligen Anteil an Armen und extrem Armen in den einzelnen *municipios* überprüfen hätte können. Spätestens im Zuge der Veröffentlichung der *Mapas de Pobreza de Guatemala* im Jahr 2001 wurde die entsprechende Liste mit den Resultaten von 1994 publik gemacht (SEGEPLAN, 2001). Im Jahr 2005 folgte die Veröffentlichung der *Mapas de pobreza y de desigualdad de Guatemala* und damit ebenfalls einer Liste mit den Werten der einzelnen *municipios* (SEGEPLAN, 2005, ab Seite 36). Aus Platzgründen möchte ich die Einzelergebnisse hier nicht in Listenform wiedergeben, sehr wohl aber deren kartografische Umsetzung in Form der beiden Armutskarten für den Anteil der Armen und extrem Armen.

Über die erste Karte in diesem Teilkapitel (siehe Abb. 20) kann man sagen, dass die Farbwahl als nicht sonderlich geglückt bezeichnet werden darf, was sich insbesondere bei einer Schwarz-Weiß-Reproduktion negativ bemerkbar machen würde. Ein Fehler, der zum Glück in den späteren Armutskarten nicht wiederholt wurde. Für die Karte der extrem Armen im Jahr 1994 fand ich eine alternative Darstellung, in der die Zunahme der Farbintensität mit der In-

tensität des Phänomens der extremen Armut korreliert. Aber beginnen wir einfach mit der Analyse der Karte über den Anteil der Armen innerhalb der Gemeinden. Besonders augenscheinlich ist die beinahe einheitlich rote Landmasse an Gemeinden im Norden und Nordwesten von Guatemala, wo also relativ homogen mehr als 75% der lokalen Bevölkerung als arm zu bezeichnen wären. Zusätzlich erkennt man einige wenige rot gefärbte Gemeinden an der *Costa del Sur* und im Osten des Landes, doch grenzen diese mitunter direkt an Gemeinden, in denen sich die Situation weitaus weniger dramatisch darstellte.

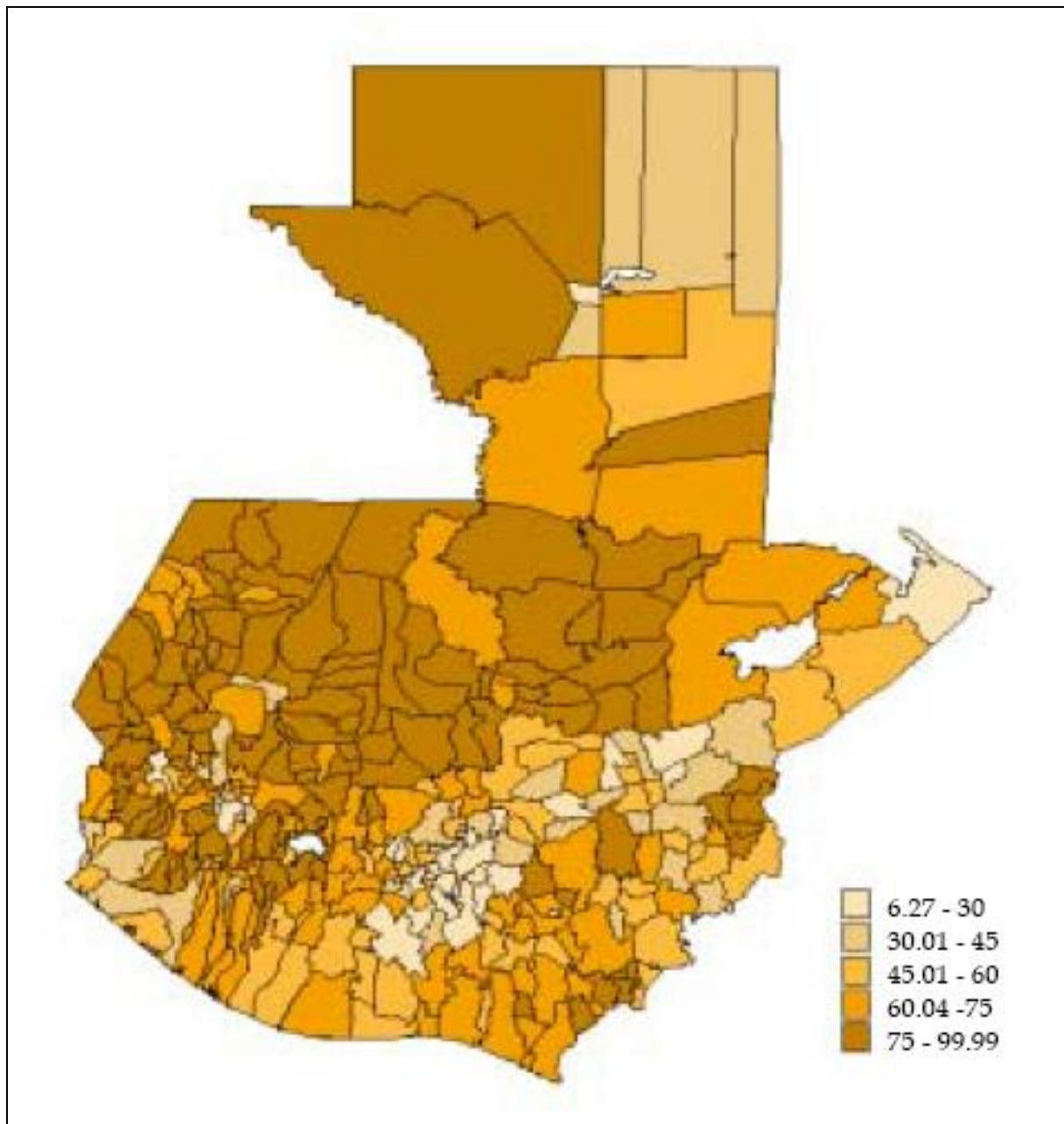
Abb. 20: Armut in Guatemala 1994, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Municipios



Quelle: SEGEPLAN, 2001: 24, nach Daten der Volkszählung von 1994

Zu Vergleichszwecken kann man jene Karte heranziehen, welche anhand der Daten der Volkszählung im Jahr 2002 erstellt wurde (siehe Abb. 21). Angenehmerweise erfolgte die kartografische Darstellung in diesem Fall monochromatisch unter Verwendung verschiedener Farbschattierungen zur Verdeutlichung der prozentuellen Intensität des Phänomens Armut. Praktisch für den Vergleich zwischen beiden Kärtchen ist die Tatsache, dass immerhin die Abgrenzung der fünf Rangstufen gegeneinander gleich geblieben ist, sodass Auf- und Abstiege innerhalb der fünf Ränge leicht auszumachen sind.

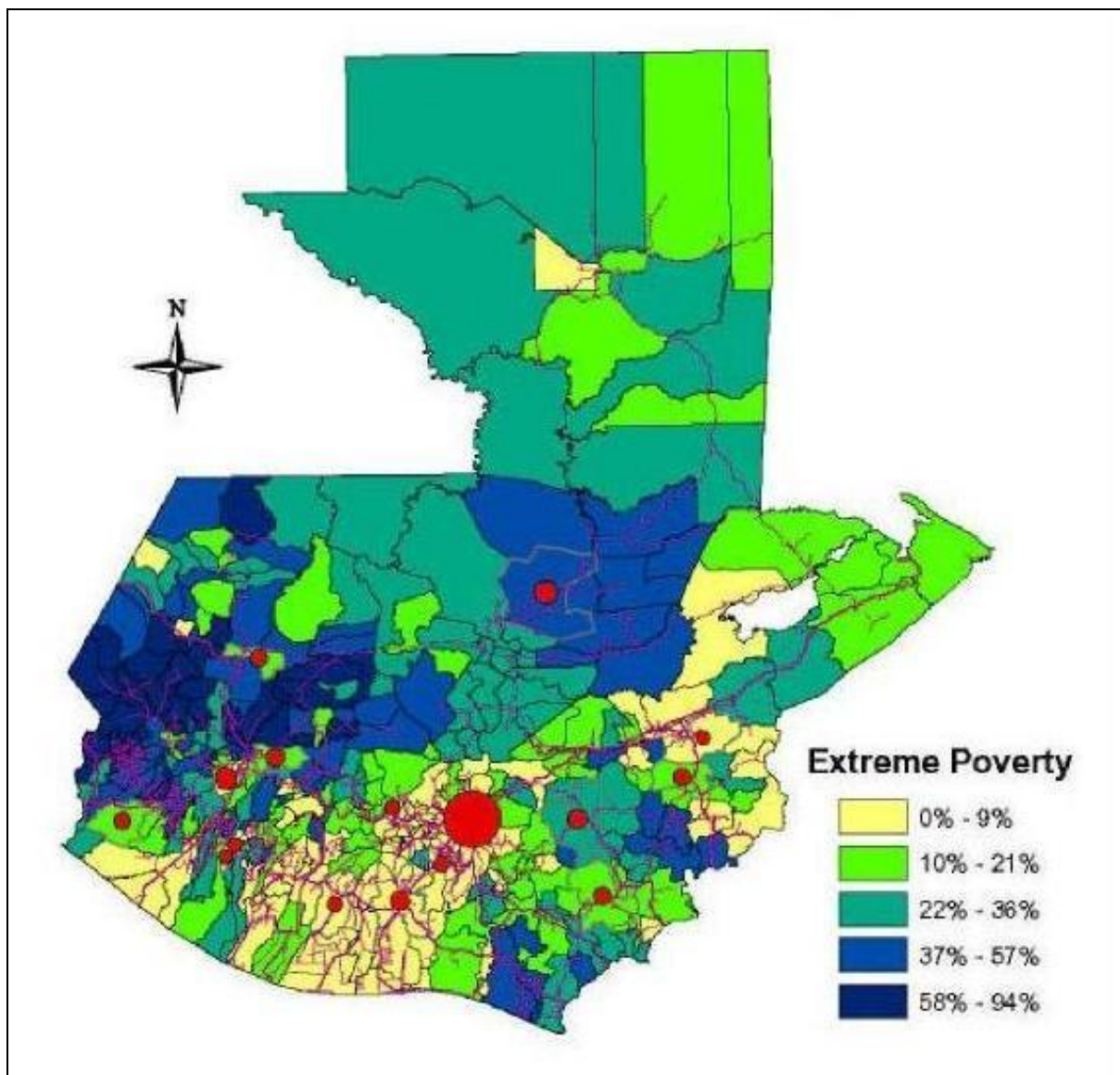
Abb. 21: Armut in Guatemala 2002, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Municipios



Quelle: SEGEPLAN, 2005: 19

Insgesamt erkennt man zunächst keine dramatischen Veränderungen. Am ehesten fallen einem die Zunahme von absoluter Armut im Petén und die Veränderungen im Osten von Guatemala auf, wo statt dem kleinen Block an Gemeinden in Chiquimula im Jahr 1994 in Abb. 21 vier Gemeinden von Zacapa als besonders ärmlich hervortreten. Die Situation im Hochland und in Alta Verapaz hatte sich zwischenzeitlich kaum verändert und es gab in diesem Bereich fast keine Gemeinden, die den Bevölkerungsanteil an Armen auf weniger als 75% absenken konnten. Man hat fast den Eindruck, dass alles beim Alten geblieben sei, aber die drastischen Veränderungen fanden in Wahrheit beim Anteil der extrem Armen statt, weswegen wir uns im Folgenden der entsprechenden Karte (siehe Abb. 22) zuwenden. Bei extrem Armen handelt es sich laut der Definition des guatemaltekischen INE um jene Personen, die chronisch unterernährt waren.

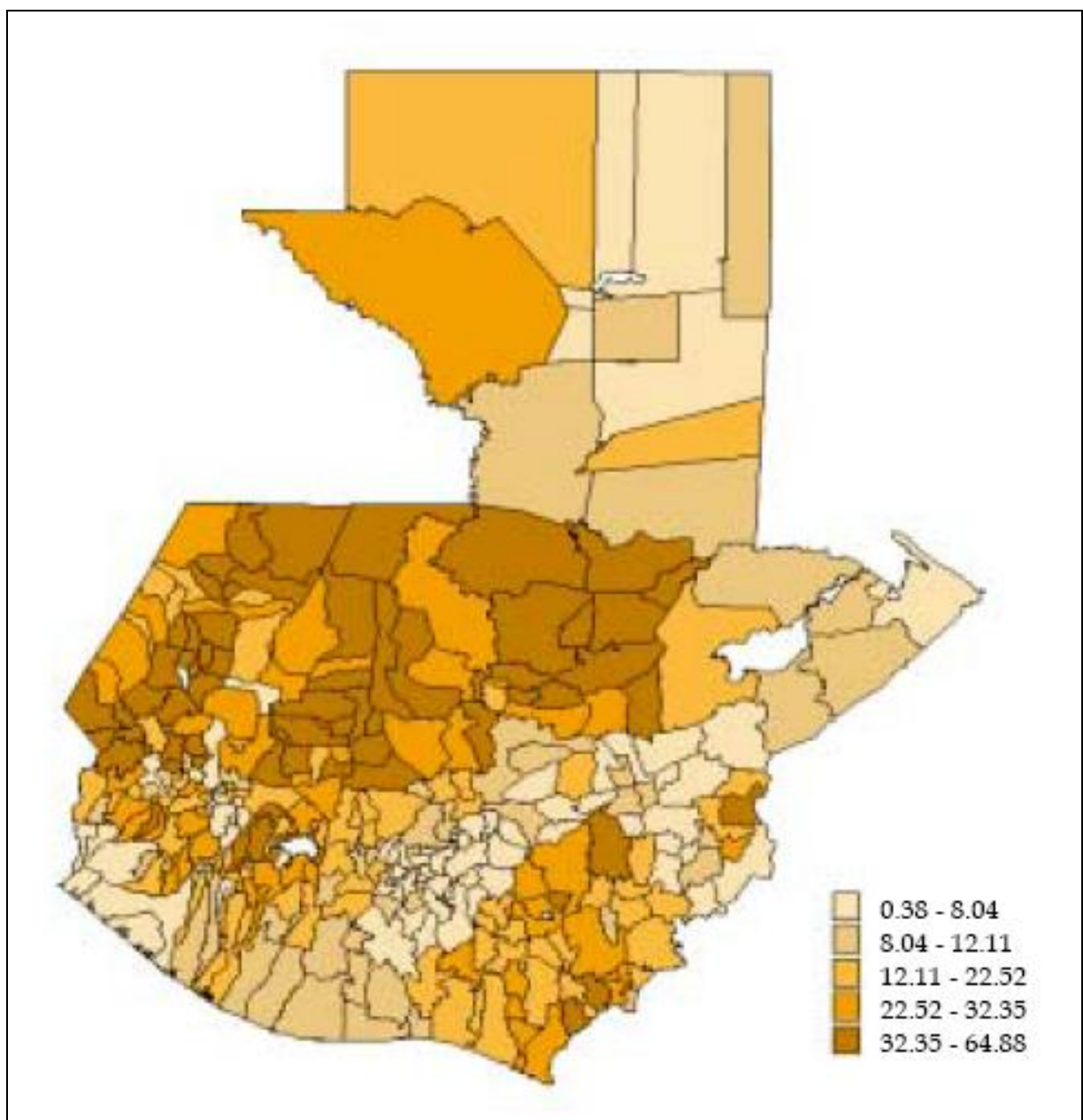
Abb. 22: Extreme Armut in Guatemala 1994, dargestellt in Prozent der Bev. der Municipios



Quelle: Alwang, Siegel u. Wooddall-Gainey, 2005: 21, nach Daten der Volkszählung von 1994, leicht adaptiert

Wie ich bereits eingangs erwähnte, habe ich mich in diesem Fall gegen die originale Darstellung von SEGEPLAN aus dem Jahr 2001 entschieden, weil diese weniger leicht zu interpretieren gewesen wäre. In obiger Karte stellt sich die Situation im Jahr 1994 in den Hochlandgemeinden von San Marcos als besonders dramatisch dar, wo die beiden *municipios* Comitancillo und San José Ojetenam einen Anteil von mehr als 90% extrem armer Bevölkerung aufwiesen und somit die landesweite Spitze des Eisbergs bildeten. Aber neben jenen von San Marcos zählten auch einige Gemeinden von Totonicapán und Huehuetenango zur Gruppe der Gemeinden mit mehr als 60% extrem Armer. Selbst in den mittelblau eingefärbten Gemeinden machte der Anteil an extrem Armen noch rund die Hälfte aller Gemeindebürger aus.

Abb. 23: Armut in Guatemala 2002, dargestellt in Prozent der Bevölkerung der Municipios



Quelle: SEGEPLAN, 2005: 21

Im Gegensatz zur generellen Armutssituation hatte sich die Lage bei der extremen Armut im Allgemeinen bis zur Volkszählung im Jahr 2002 deutlich verbessert, wie wir anhand von Abb. 23 erkennen können. Dabei kann ich nicht recht einschätzen, ob die besonders extremen Werte im Jahr 1994 durch Messfehler bei der Datenerhebung zustande kamen oder ob sich die Einkommenssituation während der acht dazwischen liegenden Jahre tatsächlich so positiv verändert hat. Laut Daten der Volkszählung von 2002 lag der Anteil der extrem Armen aber in keiner Gemeinde über 65%, wodurch es u.a. notwendig wurde, die fünf Ranggruppen entsprechend anzupassen und deren Abgrenzung zueinander neu zu wählen. Dies erschwert uns leider den direkten Vergleich der beiden Karten.

Der rasche Rückgang bei der Zahl der extrem Armen in den besonders betroffenen Gemeinden machte sich insbesondere in San Marcos bemerkbar, wo offenbar unglaubliche Fortschritte erzielt wurden. Somit verlagerte sich der Schwerpunkt der extremen Armut in Guatemala vom Nordwesten in die nördlichen Departements und, wie wir aus den Zahlen von ENCOVI 2006 wissen, zusehends auch in den Osten des Landes.

Abschließend kann festgehalten werden, dass spätestens ab dem Jahr 2001 relativ verlässliches, wenn auch veraltetes Datenmaterial sogar auf der untersten Verwaltungsebene der *municipios* zur Verfügung gestanden wäre, um davon ausgehend Entscheidungen über die Förderung oder Ablehnung von Projektanträgen aus Guatemala zu treffen. Ab dem Jahr 2005 standen aktuelle Daten zur Verfügung, wie auch die Möglichkeit bestand, Verbesserungen oder Verschlechterungen in den einzelnen Gemeinden zwischen den Volkszählungen von 1994 und 2002 zu erkennen und in die Situationsanalyse mit einzubeziehen. Eine derartige Entscheidungsfindung setzt aber voraus, dass sich sowohl die öffentliche ÖEZA, als auch die vielen kleinen oft privaten oder kirchlichen in Guatemala tätigen Hilfsorganisationen und Einzelpersonen zum Millennium Development Goal Nr. 1, nämlich der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers bzw. der Halbierung der Zahlen der extrem Armen und der chronisch Hungernden zwischen 1990 und dem Jahr 2015, bekannt hätten. Ob dies tatsächlich der Fall war und wie die ÖEZA in Guatemala funktioniert, möchte ich im nächsten Kapitel genauer untersuchen.

„Armutsbekämpfung ist im neuen Jahrtausend das primäre Ziel der internationalen Entwicklungsstrategien der bilateralen und multilateralen Geber. Mit der Formulierung der Millennium Development Goals hat sich die internationale Gemeinschaft ehrgeizige, aber erreichbare Ziele gesetzt“ (ÖFSE, 2003: 5).

5 Die ÖEZA mit und in Guatemala

5.1 Das Bekenntnis der ÖEZA zur Armutsbekämpfung

Karin Küblböck schrieb 2002: „Der Begriff Armutsbekämpfung ist seit den 1990er Jahren ins Zentrum der entwicklungspolitischen Debatte gerückt. Praktisch alle multilateralen sowie bilateralen Geber haben sich diesem Ziel verschrieben.“ Nachdem sie weiters ausführt, welche Konferenzen während den 1990er Jahren vorbereitende Schritte setzten, folgt noch auf derselben Seite: „Auf dem Millenniumsgipfel im September 2002 in New York haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Armutsbeseitigung, Friedenserhaltung und Umweltschutz als die vordringlichsten Aufgaben der internationalen Gemeinschaft in diesem Jahrhundert identifiziert“ (ÖFSE, 2003: 7).

Im Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik 2005 – 2007 steht geschrieben: „Mit der Millenniums-Erklärung, die im Jahr 2000 auf dem Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen von insgesamt 189 Ländern verabschiedet wurde, hat sich die internationale Staatengemeinschaft ein Orientierungsdokument zur Steuerung der politischen und insbesondere entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gegeben. Die in der Erklärung enthaltenen Entwicklungsziele (...), die zum größten Teil aus den Schlussempfehlungen vorhergehender UN-Konferenzen sowie aus der »Strategie für das 21. Jahrhundert« (DAC/OECD) stammen, sind quantifiziert (...) und sollen bis 2015 umgesetzt werden“ (BMaA, 2005: 7). Während also die Armutsreduktion spätestens seit der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung das praktische Handeln der ÖEZA geprägt haben müsste, folgten noch zwei sehr wichtige Konferenzen im Jahr 2002, welche die Ausrichtung mitbestimmten.

„Ein weiteres wichtiges Instrument der internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklungszusammenarbeit sind die Beschlüsse der Internationalen Konferenz für die Finanzierung von Entwicklung von Monterrey, Mexiko (März 2002)“ (BMaA, 2005: 8). Denn während der genannten Konferenz sagten die Länder der EU eine deutliche Erhöhung ihrer ODA-Leistungen zu, was das Erreichen der MDGs endlich auch finanziell realistisch erscheinen ließ. „Detaillierte inhaltliche Empfehlungen über die Ausgestaltung der entwicklungsrelevanten Politiken erfolgten wenige Monate später auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg“ (BMaA, 2005: 8).

Parallel dazu machte man sich in Österreich daran, die Ausrichtung der Entwicklungspolitik an den MDGs nun auch gesetzlich zu verankern. Im Jahr 2002 wurde ein neues Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet, welches im Jahr 2003 noch einmal novelliert wurde und nach dieser Novelle u.a. auch die Schaffung der Austrian Development Agency (ADA) vorsah. „Die Österreichische Entwicklungspolitik hat“ - laut Abs. 1.3 des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes von 2002 - „vor allem folgende Ziele zu verfolgen: 1. die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll, 2. die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung, sowie 3. die Erhaltung der Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung“ (Republik Österreich, 2002).

Alle drei Ziele klingen geradezu maßgeschneidert für die ÖEZA in Guatemala, wenn wir uns noch einmal die wichtigsten Erkenntnisse aus den Kapiteln 3 und 4 vergegenwärtigen. Dies umso mehr, als das zentrale Prinzip des österreichischen Engagements, namentlich die Armutsminderung, im Dreijahresprogramm 2005-2008 auch noch durch fünf Punkte einer effektiven Programm- und Projekthilfe ergänzt wurde, von denen die ersten beiden lauteten: „(...) einige der ärmsten Länder werden als bevorzugte Partnerländer ausgewählt;“ und „(...) innerhalb dieser Länder wird besonders bedürftigen Regionen, Provinzen und Distrikten Priorität zugestanden“ (BMaA, 2005: 9). Im Klartext bedeutet dies, dass die Projekte in Gebieten liegen sollen, die nicht nur im Allgemeinen (auf Ebene der übergeordneten Raumeinheiten) sondern sehr wohl auch in den untergeordneten, kleineren Raumeinheiten als arm gelten müssten.

In Guatemala gibt es jedoch nur vier Ebenen. An oberster Stelle steht das gesamte Staatsgebiet Guatemalas, inklusive dem beanspruchten Gebiet des heutigen Belize, welches im Jahr 1831 vom Britischen Empire annektiert wurde. Darunter findet man die acht Planungsregionen, die jedoch nicht über eine eigene politische Vertretung verfügen. Sie setzen sich meist aus mehreren Departements zusammen, mit den beiden Ausnahmen der Metropolitanregion, welche lediglich aus dem Dep. Guatemala besteht, und der Planungsregion Petén, die nur das gleichnamige Departement beinhaltet. Eine Ebene tiefer findet man die 22 Departements. Dieser ist nur noch die Ebene der 331 Gemeinden bzw. *municipios* untergeordnet.

Weiters findet man auch noch folgende Empfehlung im Dreijahresprogramm: „Alle Programme und Projekte sollten bei allen Auswahl- und Genehmigungsverfahren systematisch auf ihr

Potenzial zur Armutsminderung hin untersucht werden“ (BMaA, 2005: 9). Im MDG Nr. 1 ist ganz konkret von der Beseitigung der extremen Armut die Rede. Insofern hätten sich zumindest all jene Projekte, die aus Mitteln der offiziellen ÖEZA gefördert wurden, in Gemeinden befinden müssen, in denen ein hoher Anteil an extrem Armen zu finden war. Aber darauf werde ich noch in den Teilkapiteln 5.4 und 6.1 näher eingehen.

Das Image der ÖEZA in der Öffentlichkeit ist bekanntlich nicht allzu gut. Ein Teil der öffentlichen Meinung geht dahin, dass durch sie Steuergeld verschwendet werde, welches man lieber in Österreich zum Einsatz bringen solle. In wissenschaftlichen Kreisen herrscht tendenziell eher die gegenteilige Meinung vor. Die eingesetzten Mittel seien viel zu gering, die selbst auferlegten Verpflichtungen wären jahrzehntelang verfehlt worden und man sei, entgegen aller Beteuerungen bei der Monterrey-Konferenz im Jahr 2002, auch heute wieder weit davon entfernt, diese jemals erfüllen zu wollen. Zudem habe die Republik Österreich auch noch allerhand geleistete Zahlungen als EZA ausgewiesen, die bei einer genaueren Überprüfung diesem Anspruch nicht wirklich gerecht werden würden.

Die meisten der obigen Vorwürfe sind gewiss berechtigt, doch stellt sich die Frage, ob denn die Praxis in anderen Ländern so viel besser ist. Hierzu muss man die ÖEZA einem Vergleich mit den Entwicklungsinitiativen anderer Staaten unterziehen. Dazu geeignet erscheint mir der Commitment to Development Index (CDI) des Center for Global Development (CGD), welcher seit dem Jahr 2003 das Entwicklungshilfeengagement von 21 bis 22 Ländern bewertet und mit der jeweiligen Größe des Landes gewichtet, sodass ein direkter Vergleich überhaupt erst zulässig wird. „Der CDI stellt einen durchaus interessanten Versuch dar, qualitative Faktoren mit quantitativen Faktoren der Entwicklungshilfe zu verbinden und die wichtigsten Geberländer in einer multidimensionalen, interdisziplinären Bewertungsmatrix zu vergleichen (Benchmarking)“ (Klein, 2007: 126).

Dabei landete Österreich von 2003 bis 2007 auf dem passablen sechsten oder siebten Platz. Im Jahr 2006 betrug der errechnete Index zum Beispiel 5,4, wohingegen die Niederlande auf Platz eins 6,6 und Japan als Schlusslicht einen Wert von nur 3,1 aufwiesen. Vor uns lagen meistens nur die skandinavischen Länder, Neuseeland und Australien, manchmal auch Irland oder Großbritannien. Erst ab dem Ranking 2008 verschlechterte sich die Position Österreichs vom neunten Rang (2008 u. 2009) auf Rang elf im Jahr 2010 (vgl. CGD, 2011). Das klingt vordergründig gar nicht so negativ, obwohl die letzten Ergebnisse natürlich eindeutig nach unten weisen. Wenn man sich bereits mit der Geschichte der ÖEZA in Guatemala auseinander

gesetzt hat, würde man sogar noch wesentlich schlimmere Ergebnisse erwarten. Genau über diese historischen Anfänge möchte ich daher im nächsten Teilkapitel schreiben.

5.2 Eine kurze Geschichte der ÖEZA in Guatemala.

Die österreichische Kooperation mit Guatemala beginnt sich Mitte der 1960er Jahre das Feigenblatt der „Entwicklungshilfe“ umzuhängen und besteht in den ersten Jahren ab 1963 im Wesentlichen aus der Rettung der deutschsprachigen Österreichischen Schule vor dem wirtschaftlichen Ruin. Sie sollte in ihrem Umfang trotzdem nicht unterschätzt werden. „Um die Dimension der ersten Welle von Entwicklungsgeschäften in Guatemala besser einschätzen zu können, bleibt zu sagen, daß die gesamte offizielle, staatliche Entwicklungshilfe Österreichs, die zwischen 1963 und 1973 nach Lateinamerika ging, 55 Millionen Schilling umfaßte. Obwohl in Guatemala Großprojekte wie das Atitlán-Kraftwerk, die Traktoristenschule und die Holzbauschule nie gebaut wurden, rangiert dieser Zwerg unter den lateinamerikanischen Ländern als Empfänger an erster Stelle während »Österreichs erster Entwicklungsdekade in Lateinamerika«“ (Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 140). Doch diese Vorrangstellung konnte Guatemala aufgrund des sich verschärfenden Bürgerkriegs nicht allzu lange beibehalten. „Mit dem Beginn der *violencia* wurden alle Projekte abgebrochen. Das einzige Entwicklungshilfe-Monster, das damals geboren wurde und auch diese Turbulenzen überlebte, war das *Instituto Austríaco Guatemalteco*“ (ebenda: 149).

Es handelt sich um jene Schule, die bis heute in Guatemala Ciudad, in einem Außenbezirk der Hauptstadt, betrieben wird. Für Bau, Einrichtung und Erhaltung des *Instituto Austríaco Guatemalteco* (IAG) kam der österreichische Staat alleine zwischen 1963 und 1983 mit ca. 25 Mio. Schilling auf. Zusätzlich wurden während der 1980er Jahre jährlich rund 20 Mio. Schilling zur Bezahlung der Lohnkosten (exklusive Umzugskosten) von bis zu 25 österreichischen LehrerInnen in Guatemala geleistet (vgl. Brunner, Dietrich u. Kaller, 1993: 216). Das Einfrieren zugesagter Leistungen während des Höhepunkts des bewaffneten Konflikts betraf aber ausschließlich die offizielle EZA Österreichs, keineswegs aber Geschäfte österreichischer Unternehmen mit dem Staat Guatemala, wie aus dem Kapitel III/4 des selben Buches hervorgeht.

Zumindest bis 2003 dürfte das IAG weiterhin in die staatliche ÖEZA hinein gerechnet worden sein. Dies geht zumindest aus einem Informationsblatt von Baobab über die ÖEZA in Guatemala hervor: „25 österreichische Lehrer unterrichten in der Österreichischen Schule in Guate-

mala. Ihr Gehalt samt Auslandszulage wird vom Unterrichtsministerium bezahlt. Obwohl die Schule kein eigentliches ÖEZA-Projekt ist, werden die Lehrergehälter zu der Gesamtsumme der Österreichischen Entwicklungshilfeleistungen dazu gerechnet und lassen diese Summe wesentlich großzügiger erscheinen“ (Baobab, 2003: 11). Es sind solche und ähnliche Finanztricks, die bereits gegen Ende des Kap. 5.1 angesprochen wurden.

Im Jahr 2006 besuchte die damalige Bildungsministerin Elisabeth Gehrler das IAG während eines Guatemalaaufenthalts. Auf die Frage, inwieweit denn Österreichs Lehrer und Schüler von den Auslandsschulen profitieren würden, gab sie eine längere Antwort, an deren Ende sie lapidar hinzufügte: „Unser Bildungsexport ist eine Art der Entwicklungshilfe“ (KURIER, am 07.05.2006: 8). Immerhin 12% der Schüler bekommen ein Stipendium „und zahlen fast nichts“, wie aus demselben Artikel im Kurier hervorgeht. Angesichts der Tatsache, dass die übrigen SchülerInnen für den Besuch der Schule ein monatliches Schulgeld von 60 bis 80 Euro zahlen müssen, erübrigt sich die Frage, ob diese „Art der Entwicklungshilfe“ dazu geeignet ist, zur Linderung der realen Armut eines großen Teils der guatemaltekischen Bevölkerung beizutragen. Nachdem die Kritik am IAG eine lange Tradition hat, wollte ich dies nur kurz erwähnen, um die wesentlich älteren Beiträge ein wenig zu aktualisieren.

Tab. 15: Programm- und Projekthilfe (P.u.P) für Schwerpunkt- und Kooperationsländer in Zentralamerika, 1992 bis 2001, in Mio € und Anteile am Zentralam.- bzw. P.u.P-Budget in %

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
P. u.P. gesamt	€ in Mio.	57,56	79,39	76,61	71,02	79,53	69,35	81,31	71,96	72,96	63,42
Zentralamerika	€ in Mio.	2,29	9,88	12,77	11,52	9,31	7,97	12,76	11,03	8,73	9,61
	% an der ges. P.u.P	3,97	12,44	16,67	16,22	11,70	11,50	15,69	15,33	11,97	15,15
Nicaragua	€ in Mio.	2,12	5,24	8,85	7,46	6,62	4,33	8,38	6,95	5,21	6,15
	% an Zentralamerika	92,73	53,07	69,31	64,73	71,16	54,37	65,67	63,04	59,68	64,00
	% an der ges. P.u.P	3,69	6,60	11,56	10,50	8,33	6,25	10,30	9,66	7,14	9,70
Guatemala	€ in Mio.	0,12	1,29	1,23	1,77	1,24	2,23	2,75	2,76	1,93	1,93
	% an Zentralamerika	5,40	13,08	9,65	15,40	13,31	27,96	21,52	25,02	22,11	20,08
	% an der ges. P.u.P	0,21	1,63	1,61	2,50	1,56	3,21	3,38	3,84	2,65	3,04
El Salvador	€ in Mio.	0,00	1,68	1,73	1,92	1,30	0,95	1,38	1,25	1,25	1,18
	% an Zentralamerika	0,00	17,02	13,52	16,64	13,99	11,92	10,83	11,29	14,32	12,28
	% an der ges. P.u.P	0,00	2,12	2,25	2,70	1,64	1,37	1,70	1,73	1,71	1,86
Costa Rica	€ in Mio.	0,04	1,66	0,96	0,37	0,14	0,46	0,25	0,07	0,00	0,00
	% an Zentralamerika	1,87	16,83	7,52	3,24	1,53	5,75	1,99	0,65	0,00	0,00
	% an der ges. P.u.P	0,07	2,09	1,25	0,52	0,18	0,66	0,31	0,10	0,00	0,00

Quelle: ÖFSE, 1999 und ÖFSE, 2003. Eigene Zusammenstellung und Umrechnung von Ös auf €

Die Wiederaufnahme der offiziellen ÖEZA mit Guatemala ging jedenfalls einher mit dem Amtsantritt des ersten zivilen Staatspräsidenten Guatemalas seit dem Beginn des Bürgerkriegs, namentlich Vinicio Cerezo Arévalo, unter dessen Staatsführung ab 1986 die Menschenrechtverletzungen (zumindest anfangs) zurückgingen. Aus Tab. 15 geht hervor, dass die Bedeutung der offiziellen ÖEZA in Guatemala, sowohl absolut als auch relativ, an den Overall-Budgets der ÖEZA und insbesondere der ÖEZA in Zentralamerika noch vor dem endgültigen Ende des bewaffneten Konflikts im Jahr 1996 stark zunahm. In dieser Tabelle wurde die Programm- und Projekthilfe aus Platzgründen kurzerhand als P. u P. abgekürzt.

„Ende der 1980er Jahre bis 1993 hatte Guatemala den Status eines Schwerpunktlandes innerhalb der österreichischen EZA – was sich aber in den statistischen Angaben über bilaterale Zuschüsse nicht widerspiegelt – während es heute als Kooperationsland gilt und es Bestrebungen gibt, das Volumen der EZA weiter hinunterzuschrauben“ (Rassmann, 2003: 30).

Tatsächlich verdoppelten sich die getätigten ÖEZA-Leistungen direkt nach der Unterzeichnung der Friedensverträge im Jahr 1997 im Vergleich zum Vorjahr. Auch 1998 und 1999 konnte das relativ hohe Niveau gehalten werden, wohingegen man erst ab dem Jahr 2000 einen sanften Rückgang erkennt. Dieser setzte sich übrigens, laut den von mir erhobenen Daten, bis zum Jahr 2003 fort, was recht eindeutig aus der später folgenden Tab. 17 hervorgeht.

Im Lauf der mehrteiligen ORF-Serie „Ferne Nachbarn“ wurden alle Kooperations- und Schwerpunktländer der ÖEZA nach und nach vorgestellt. Begleitend erschien auch ein Informationsheft zu Guatemala. In diesem wurden u.a. die damals gültigen Ziele der ÖEZA in diesem Land aufgezählt. Man beachte insbesondere das erste Ziel, aber auch die explizite Nennung der Indigenen (siehe Ziel 3) und der ländlichen Bevölkerung (siehe Ziel 4). Zitat:

„- Armutsbekämpfung

- Stärkung demokratischer Strukturen und der Zivilgesellschaft
- Schutz der Rechte der Indigenen und Verankerung der zweisprachigen Erziehung
- Einkommenssicherung für die ländliche Bevölkerung
- Erhaltung der Umwelt (Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft)“ (Baobab, 2003: 9).

Diese Prioritäten bestätigt auch die schriftliche Zusammenfassung eines Vortrags von Hans Georg Danninger, der anlässlich des Symposiums „Begegnungen mit Guatemala“, im Rahmen des 35. Lateinamerikatages des Lateinamerika-Instituts (LAI) am 8. und 9. Nov. 2002 als Vertreter des Außenministeriums auftrat. In diesem Text werden alle wesentlichen Punkte angesprochen, welche ebenfalls in den Kapiteln 3 und 4 der vorliegenden Arbeit als besonders

beachtenswert herausgestrichen wurden (vgl. Danninger, 2002). Der Sektion 7 des Außenministeriums mangelte es also niemals an einer tiefschürfenden Analyse der Gründe für die Armut in Guatemala. Und ebensowenig mangelte es an Daten zu Guatemala. Danninger zitierte in seinem Vortrag die Armutszahlen der Volkszählung von 1994 der Departements Totonicapán, San Marcos, Quetzaltenango sowie Huehuetenango und begründete mit diesen auch die Auswahl der Schwerpunktregion „westliches Hochland“ für die ÖEZA innerhalb Guatemalas mit folgenden Worten: „Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hat das westliche Hochland als geographisches Einsatzgebiet festgelegt, da diese Region die allerhöchsten Indizes in den Bereichen Armut und sozialer Ausschluss aufweist“ (Danninger, 2002: 1).

Auch ein Jahr später wurde diese regionale und inhaltliche Schwerpunktsetzung noch einmal schriftlich auf der Homepage des Außenministeriums bestätigt: „Der geografische Schwerpunkt der ÖEZA im Kooperationsland Guatemala liegt im westlichen Hochland um Quetzaltenango und Totonicapán. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Guatemalas hängt eng mit dem Friedensprozess zusammen, der 1996 mit einem Friedensabkommen zwischen Regierung und Widerstandsbewegung in die Wege geleitet wurde. Um den Prozess trotz der derzeit politisch schwierigen Situation in Gang zu halten, setzt die ÖEZA besonders auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und benachteiligter Gruppen. Der Schutz der Rechte von Indigenen, die Förderung und Einbeziehung von Frauen, Einkommenssicherheit für die ländliche Bevölkerung und Umweltschutz sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und spielen daher eine wichtige Rolle. Derzeit fördert die ÖEZA in Guatemala 14 Projekte. Sie sind im Wesentlichen ausgerichtet auf die Bekämpfung der Armut durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und die Verbesserung der Lebensbedingungen, auf Stärkung demokratischer Strukturen, Verankerung der zweisprachigen Erziehung und auf den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen im Bereich der ländlichen Entwicklung“ (BMaA, 2003).

Eine zeitlich begrenzte Sonderbehandlung erfuhr Guatemala auch gegen Ende des Jahres 2005 bzw. im Laufe des Jahres 2006. Um die schlimmsten Auswirkungen des Tropensturms „Stan“ in den betroffenen Gebieten Zentralamerikas abzufedern, stellte das Außenministerium Budgetmittel in der Höhe von insgesamt 100.000 Euro für den Wiederaufbau zur Verfügung. „Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist seit vielen Jahren in den jetzt vom Hurrikan betroffenen Regionen tätig. Soweit wir bisher wissen, sind zum Beispiel in Guatemala bis zu 20 Projekte der österreichischen Entwicklungshilfe von den Folgen des Hurrikans betroffen“, erklärte die damalige Außenministerin, Ursula Plassnik, am 11. Okt. 2005. Vor al-

lem Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Wasserversorgung sollten vor dem Hintergrund der Katastrophe besonders gefördert werden (vgl. BMaA, 2005).

5.3 Die nicht-staatliche ÖEZA in Guatemala

„Die private Entwicklungszusammenarbeit ist in der Regel flexibler und effizienter als die öffentliche. Sie arbeitet mit geringeren Summen und ist von politischen Kompromissen unabhängig. (...) Im Übrigen fehlt der privaten Entwicklungszusammenarbeit eine *unité de doctrine*. Das erklärt zum Teil ihre höhere Flexibilität, macht aber auch das unvermittelte Nebeneinander miteinander konkurrierender Entwicklungsphilosophien verständlich, die heute die Szene dominieren“ (Kesselring, 2003: 213).

Im Kapitel 5.2 wurden die finanziellen Flüsse der ÖEZA in verschiedene Länder Zentralamerikas analysiert. Eine vergleichbare Übersicht kann ich für die private Entwicklungszusammenarbeit nicht anbieten. Immerhin fand ich eine Aufstellung der Austrian Development Agency (im Folgenden als ADA abgekürzt) über alle privaten Aufwendungen von österreichischen NGOs für Entwicklungsländer im Jahr 2005. Präsentiert wurden hierin die Ergebnisse der 25 bedeutendsten Empfängerländer in Listenform und laut der Daten, welche vom Referat Statistik der ADA gesammelt wurden. Diese Liste mag einen groben Überblick über die Dimension solcher Zuwendungen bieten. Den Informationen zufolge gab es lediglich fünf lateinamerikanische Länder, die es in diese Liste schafften, unter diesen auch Guatemala.

Tab. 16: Verteilung der privaten Aufwendungen von NGOs für Entwicklungsländer 2005

Länder Lateinamerikas in der Liste der ADA	Brasilien	Nicaragua	Ecuador	Guatemala	Bolivien
Rang Nummer	15	16	19	21	25
Aufwendungen in Mio. Euro	1,68	1,64	1,33	1,19	0,88

Quelle: Daten übernommen von ADA, 2007: 3, eigene Zusammenstellung

In der Publikation der ADA wurden private Mittel mit Eigenmitteln (aus Spenden, Selbstbesteuerung oder anderen privaten Quellen) gleichgesetzt, welche dazu eingesetzt werden, um eine Kofinanzierung von staatlicher Seite für ein konkretes Projekt zu erhalten (vgl. ADA, 2007: 1). Dies würde aber bedeuten, dass jene privaten Leistungen, welche nicht durch die öffentliche Hand aufgestockt wurden, in diese Summe nicht eingerechnet wurden. Meinen Informationen zufolge erscheint diese Zahl deutlich zu hoch angesetzt. Ich kann sie aber auch

nicht widerlegen, nachdem mir die ADA trotz mehrmaliger Anfrage keine Auskunft über die Gesamtheit aller geförderten Projekte in Guatemala erteilte. Obwohl ich sehr viele kleine ausschließlich privat finanzierte Projekte berücksichtigte, die von der ADA bestimmt nicht erfasst wurden, fällt meine Summe an privaten Aufwendungen zu Gunsten von Guatemala im Jahr 2005 deutlich geringer aus. Mehr dazu dann in Kapitel 5.4.

Auf den Umstand der geographischen Schwerpunktbildung der ÖEZA im westlichen Hochland Guatemalas reagierten auch Horizont3000 und das Österreichische Nord-Süd Institut (ÖNSI) im Jahr 2004 mit der Gründung des *Centro de Iniciativas de Desarrollo del Occidente* (CIDO). Es handelte sich dabei um ein Gemeinschaftsbüro dieser beiden österreichischen Organisationen mit zwei guatemaltekischen Organisationen, welches in Quetzalzenango angesiedelt wurde. Um die Bedeutung dieses Schrittes besser einordnen zu können, ist es aber notwendig zu erläutern, dass es sich bei den beiden genannten NGOs um jene österreichischen Organisationen handelte, welche zumindest zum damaligen Zeitpunkt das größte Projektvolumen in Guatemala umsetzten. Im Fall von Horizont3000 darf man auch nicht auf vier ihrer kirchennahen Mitgliedsorganisationen vergessen, welche gerade bei finanziell voluminösen Projekten die erforderlichen Eigenmittel zuschießen, sodass eine Kofinanzierung seitens der ADA finanziell machbar wird. Daraus resultiert eine punktuell sehr enge Kooperation zwischen Horizont3000, der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, dem Welthaus der Diözese Graz-Seckau, der Katholischen Männer- und der Katholischen Frauenbewegung. So werden zwar einerseits die Mittel aus Spenden von staatlicher Seite vervielfacht, andererseits begeben sich die aufgezählten Organisationen auch in ein Verhältnis von gegenseitiger Abhängigkeit, in dem ein hohes Maß an Zusammenarbeit und gegenseitigem Vertrauen nötig ist.

Wie wir in Kapitel 5.4 noch sehen werden, sollte man also das Ausmaß dieser gegenseitigen Verstrickung nicht unterschätzen. Ich meine, gerade darin eine der entscheidenden Erklärungen für die Ausbildung von Hotspots der ÖEZA in Guatemala zu erkennen. Selbstverständlich schränkt eine so enge Kooperation und (insbesondere im Fall von Horizont3000 zusätzlich auch noch) finanzielle Abhängigkeit aber die von Kesselring genannte (siehe das Zitat am Anfang von Kap. 5.3) Flexibilität und Unabhängigkeit der privaten EZA ein.

5.4 Österreichische Projekte in Guatemala von 2002 - 2006

Im Zuge meiner Recherchen habe ich mich bemüht möglichst alle Projekte in Guatemala ausfindig zu machen, ganz egal ob diese zu 100 Prozent staatlich, staatlich-privat, privat oder

kirchlich gefördert wurden. In einigen wenigen Fällen handelte es sich sogar um die Unterstützung von kleinen Projekten durch Einzelpersonen. Nichtsdestoweniger ist die nachfolgende Liste bestimmt nicht komplett und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie bietet aber einen weitreichenderen Blick auf alle finanziellen Transfers aus Österreich nach Guatemala, welche dem Zweck der Unterstützung von Entwicklung im weitesten Sinne dienen, als dies die Datenbank der ÖFSE ermöglicht. Im genannten Untersuchungszeitraum unterstützten meines Wissens nach die nachfolgenden österreichischen Regierungsstellen und staatlichen Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Pfarren und losen Gruppen Projekte im weitesten Sinne in Guatemala oder trugen wesentlich zu deren Realisierung bei:

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA) und ab dem Jahr 2003 die Austrian Development Agency (ADA), die Steiermärkische Landesregierung, die Oberösterreichische Landesregierung und die Kommunalkredit (eine Bank die sich zu 99,7% im Besitz der Republik Österreich befindet) sowie auf nicht-staatlicher Seite Horizont3000, das vormalige Österr. Nord-Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit (ÖNSI), welches heute als GEZA bekannt ist, das Technische Büro Weidel (TBW), das Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten (ICEP), CARE-Österreich, die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (KOO) über vier ihrer Mitgliedsorganisationen, namentlich die Dreikönigsaktion der Kath. Jungschar (DKA), die Kath. Männerbewegung (KMB) bzw. „Sei so frei“ (die Aktion der KMB) und hier wiederum hauptsächlich die KMB Linz, die Kath. Frauenbewegung Österr. (kfb) und die MIVA Austria, weiters das Welthaus der Erzdiözese Graz-Seckau (WHG), die Initiative Eine Welt Braunau (IEWB), die Kindernothilfe Österreich (KNH), der Verein Solidarität mit Lateinamerika Steiermark (SoL), MIRIAM Österreich und die Erklärung von Graz, die Guatemala Solidarität Österreich, der Verein zur Förderung der internationalen Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit (VFISE), die Solidaritätsgruppe Edelschrott, welche sich später in den Verein „Hoffnung für Santiago“ umbenannte, die Pfarre Münzgraben, die Pfarre Herz-Jesu in Graz, der Verein Salzburger Tourismusschulen, der Steirische Akademikerbund und engagierte Einzelpersonen, wie beispielsweise Franz Harringer, der eine Kofinanzierung für den Schulbau in Sumpango vom Land Oberösterreich erhielt. Gerade solch individuelle Unterstützungen, die meist auf sehr persönlichen Kontakten und Verbindungen nach Guatemala beruhen, sind aber kaum in ihrer Gesamtheit erfassbar.

Insgesamt erhielt ich Informationen zu 120 Projekten, zu deren Gunsten im Zeitraum vom 01.01.2002 bis 31.12.2006 Geld aus Österreich überwiesen wurde. Leider fiel die Qualität dieser Informationen recht unterschiedlich aus, sodass ich nicht alle nachfolgenden Analysen

mit der gesamten Anzahl an Projekten durchführen konnte. Aber bevor dies noch genauer erläutert wird, zunächst ein paar statistische Eckdaten des ausgewerteten Datenmaterials.

Tab. 17: Übersicht über die Aufteilung der Mittel auf Jahre, hinsichtlich ihrer öffentlichen oder privaten Herkunft sowie Antwort auf die Frage nach dem Ziel der „Armutsbekämpfung“

	2002	2003	2004	2005	2006	GESAMT
öffentliche Mittel	1.352.440	991.972	1.581.457	2.089.015	2.437.872	8.452.757
private Mittel	422.376	554.715	609.050	709.520	858.426	3.154.087
Mittel zum Zweck der Armutsbekämpfung	964.025	873.121	1.390.320	1.575.038	2.096.107	6.898.610
Mittel zur Verfolgung anderer Entwicklungsziele	810.791	673.567	800.188	1.223.497	1.200.191	4.708.235
GESAMT	1.774.816	1.546.688	2.190.508	2.798.535	3.296.298	11.606.845

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der zurückgesandten Fragebögen

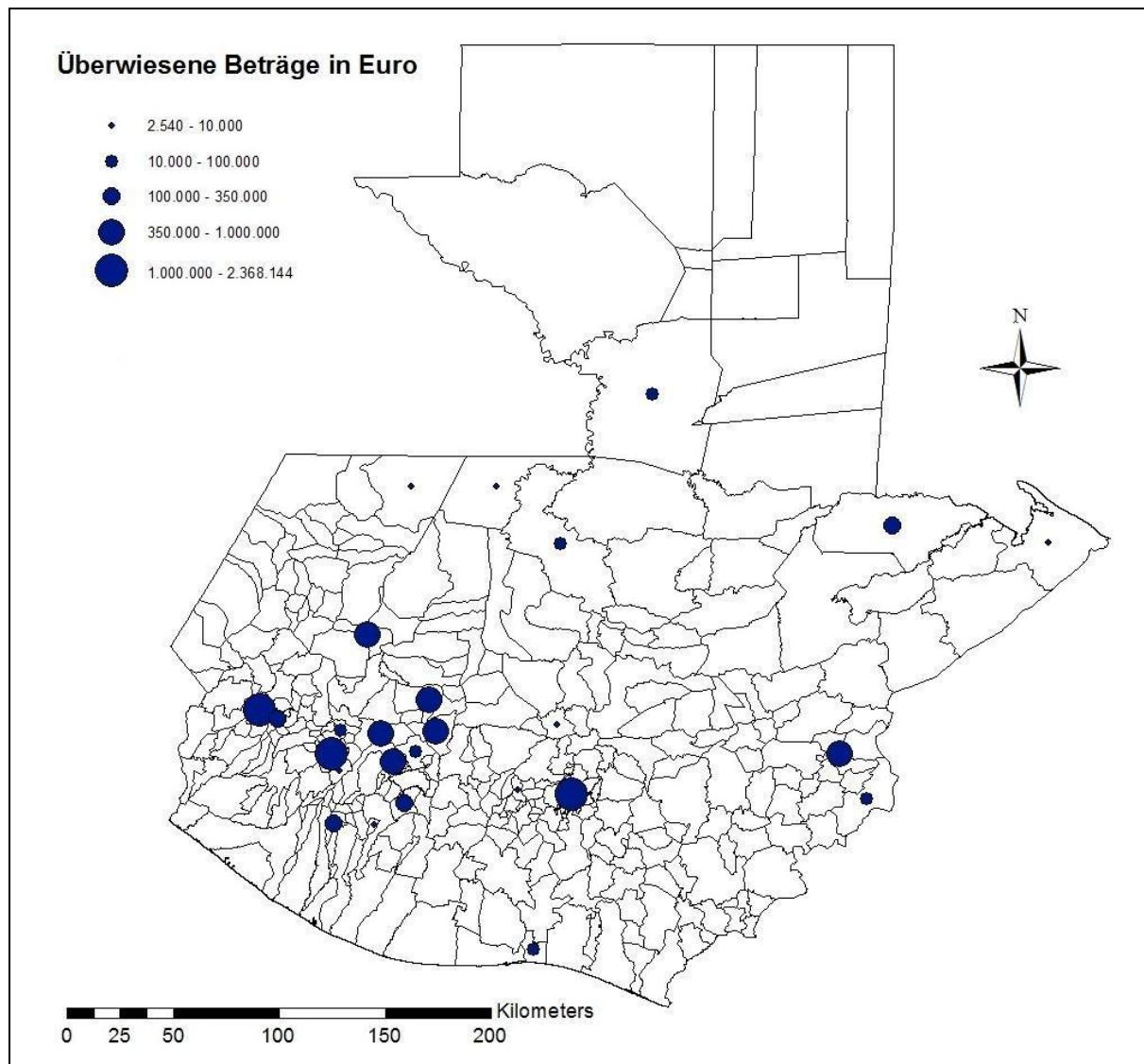
Zunächst noch eine Anmerkung zu den hier präsentierten Zahlen. Der Fragebogen, den ich verschickt hatte (siehe Anhang 9.2), holte ganz explizit Informationen über jene Beträge ein, die nach Guatemala überwiesen worden waren. Im Fall einiger professioneller EZA-Organisationen entsteht somit eine nicht unwesentliche Differenz zu den bewilligten Beträgen, welche von staatlicher Seite in ihrer Gesamtheit als ODA angegeben werden, da diese bis zu 10% an Verwaltungsaufwand der österreichischen Partnerorganisation enthalten dürfen. Meine Überlegung bei der Formulierung der Frage war, dass aber nur jene Mittel in Guatemala der Entwicklung des Landes dienlich sein konnten, die dort auch tatsächlich ankamen.

Davon abgesehen lässt sich festhalten, dass die gesamten überwiesenen und von mir erfassten Projektmittel im Untersuchungszeitraum von Jahr zu Jahr angestiegen sind, wobei lediglich das Jahr 2003 eine Ausnahme in diesem generellen Trend darstellt, was allerdings ganz alleine auf dem temporären Einbruch der öffentlichen Gelder beruhte. Wie bereits erwähnt, bilden die Jahre 2005 und vor allem 2006 insofern eine Ausnahme, als in diesen Jahren zusätzliche Mittel zum Wiederaufbau nach Hurrikan Stan überwiesen wurden. Es ist daher eher unwahrscheinlich, dass sich eine ähnlich konstante Steigerung der ÖEZA in Guatemala auch in den Jahren nach 2006 fortsetzte.

Mit der nächsten Frage erbat ich Information über das *municipio*, in dem die lokale Partnerorganisation, welche mit der Umsetzung des Projekts vor Ort betraut wurde, ihren Sitz oder ihr Büro hatte. Wer sich schon einmal etwas intensiver mit Projektbudgets beschäftigt hat, der

wird wissen, dass ein guter Teil des Projektgeldes für Gehälter, Büro- und Fahrtkosten etc. eingesetzt wird und der Betrag, welcher bei den tatsächlich Bedürftigen ankommt, wesentlich geringer ausfällt als die ursprünglich überwiesene Summe.

Abb. 24: Municipios die zwischen 2002 und 2006 Überweisungen aus Österreich erhielten



Quelle: Eigene Berechnungen und eigene Darstellung

Dies ist keinesfalls verwerflich, sondern sogar unumgänglich, wenn man ein hohes Maß an Professionalität in der Entwicklungszusammenarbeit einfordert. Umso mehr, als ein guter Teil der Projekte eher im Bereich der Wissens- oder Bewusstseinsvermittlung angesiedelt ist, in dem es fast gar nicht zu einer monetären Transaktion kommt, während auch solche Projekte einen wichtigen Beitrag zur (finanziellen) Armutsreduktion leisten können. Ich fand die Frage in welche Gemeinden die österreichischen Gelder flossen (siehe Abb. 24), bevor sie in den konkreten Projekten zum Einsatz kamen, daher ebenfalls erforschenswert. Interessanterweise erhielt ich auf diese Frage zu 100 Prozent verwertbare Antworten.

Erstaunlich ist die Tatsache, dass die Stadt Quetzaltenango, trotz ihrer eindeutigen Unterlegenheit hinsichtlich der Einwohnerzahl, eine höhere Summe verbuchen konnte als Guatemala Ciudad. Es ist dies bereits ein erster realer Niederschlag der Schwerpunktbildung der ÖEZA im westlichen Hochland. Etwas abgeschlagen folgt San Marcos. Auch von den nächsten sechs Empfängergemeinden lagen fünf (Huehuetenango, Chichicastenango, Totonicapán, Sta. Cruz del Quiché und Sta. Lucia Utatlán) im Hochland. Nur Jocotán im Osten des Landes passt nicht recht ins Bild, deutet aber bereits darauf hin, dass man dort einen Development Hotspot der ÖEZA vermuten darf. Weit weniger verwunderlich ist die Tatsache, dass von den insgesamt 28 betroffenen *municipios* immerhin 10 gleichzeitig auch die Hauptstädte ihrer Departements beherbergen. Diese Städte liegen häufig recht zentral in ihrem Verwaltungsgebiet, bieten zudem eine relativ gute Anknüpfung an das guatemaltekische Verkehrsnetz, moderne Kommunikationsmöglichkeiten (z.B. Internet), welche zumindest im Jahr 2002 noch nicht überall in Guatemala verfügbar waren, weiters einen gewissen Lebensstandard, den sich das gut ausgebildete Projektpersonal vermutlich erwartet usw. Es ist aus diesen und vielen weiteren Gründen auch nicht verwunderlich, dass sich die guatemaltekischen NGOs ganz gerne in den Departementhauptstädten ansiedeln.

Nachdem ich keine Möglichkeit hatte, den finanziellen Anteil herauszurechnen, welcher bei den guatemaltekischen Projektpartnern am Sitz der Organisation verblieb, teilte ich die gesamten Projektgelder auf die *municipios* des genannten Zielgebiets auf. Das bedeutet, dass in der Realität bestimmt deutlich weniger Geld in den einzelnen Gemeinden ankam bzw. dort zum Einsatz kam. In all jenen Fällen, in denen mir mehrere Gemeinden angegeben wurden, teilte ich die Projektgelder pro Jahr zu gleichen Teilen auf die genannten *municipios* auf. In wenigen Fällen erhielt ich zusätzliche Informationen über die korrekte Aufteilung der Mittel auf die einzelnen betroffenen Gemeinden. In solchen Fällen wurde dies von mir berücksichtigt. Bei den genannten absoluten Zahlen je Gemeinde handelt es sich daher nicht um tatsächliche Geldbeträge, sondern um Richtwerte, um eine virtuelle Einheit zur Messung der Intensität der Kooperation zwischen Österreich und einzelnen Gemeinden Guatemalas. Dies ändert aber wenig an der Tatsache, dass meine Untersuchung dennoch dazu geeignet sein sollte, allfällig vorhandene Development Hotspots identifizieren zu können.

Häufig gab man mir überhaupt keine Gemeindennamen an. Dies hatte unterschiedliche Gründe: In manchen Fällen wussten offensichtlich nicht einmal die österreichischen Projektpartner ganz genau, in welche Gemeinden ihr Geld geflossen war. In anderen Fällen war die Anzahl

der *municipios* so groß, dass man sich mit der Angabe des betroffenen Departements begnügte oder die Projekte betrafen sogar mehrere Gemeinden aus unterschiedlichen Departements. Alle von mir erfassten Projekte ließen sich entweder einem oder auch mehreren Departements zuordnen, betrafen das „westliche Hochland“ (ohne detailliertere Angaben zu den betroffenen Departements) oder waren sogar von nationalem Charakter. Ein gutes Beispiel für die letzte Kategorie bilden u.a. einige guatemaltekeische Menschenrechtsorganisationen, welche von Österreich aus unterstützt wurden, ihren Sitz meist in Guatemala Ciudad haben und von dort aus in einer großen Zahl an Departements tätig waren. Es ist dies auch deshalb ein gutes Beispiel, weil die Menschenrechtsarbeit, so wichtig sie auch ist, in keinem direkten Zusammenhang mit der Bekämpfung von ökonomischer Armut im Sinne des ersten MDG steht. Darüber dürfte weitestgehend Einigkeit herrschen, denn meine Frage nach der Armutsbekämpfung wurde in all diesen Fällen mit „nein“ beantwortet.

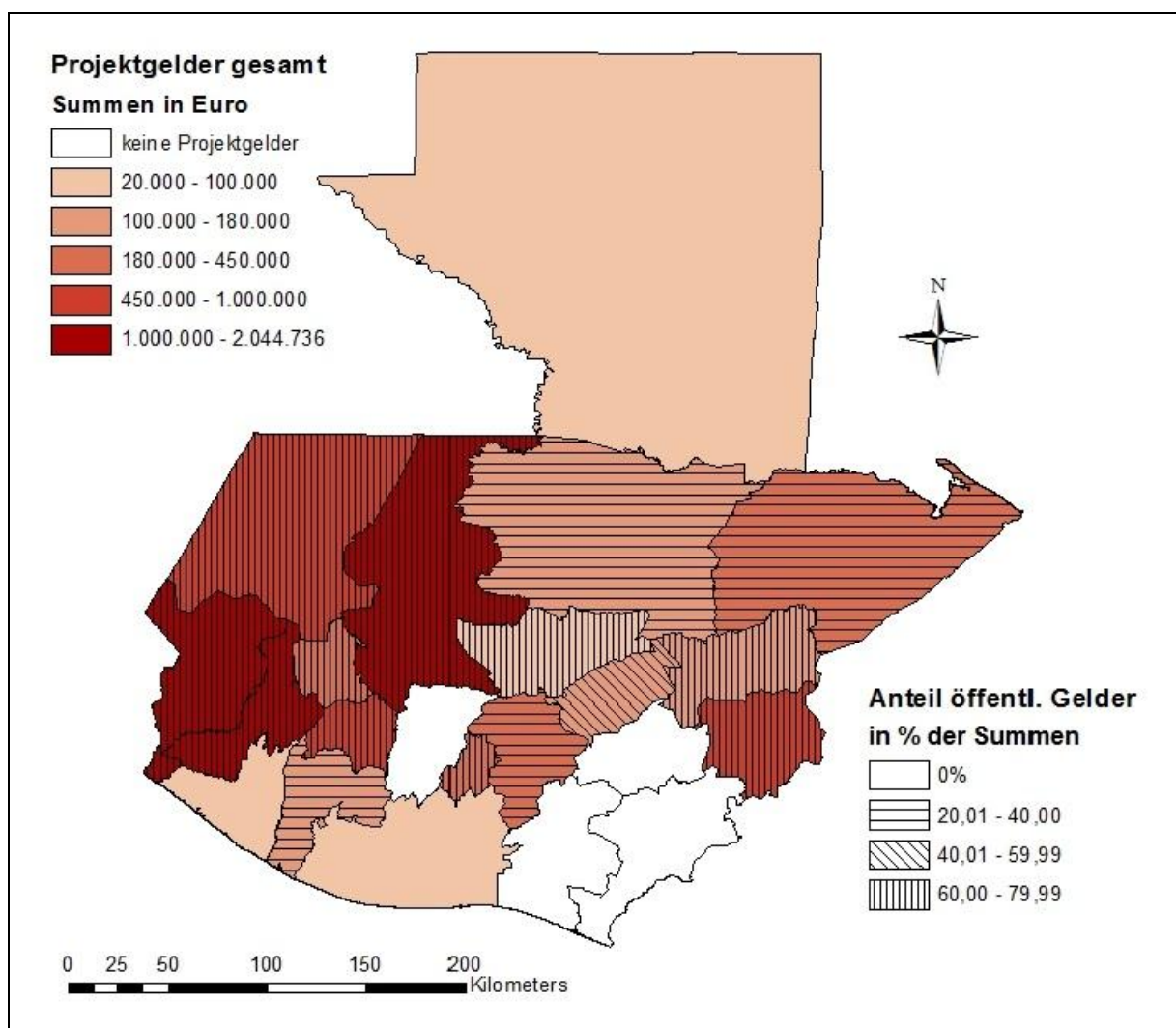
Tab. 18: Aufteilung der österreichischen Projektmittel auf die Departements von Guatemala

Das Zielgebiet der Projekte lautete	Summe der Projektmittel 2002 - 2006	Anteil am Gesamtbeitrag in %	Anteil der öffentl. Mittel in %	Anteil der privaten Mittel in %	Anteil in % zur „Armutsbekämpfung“
San Marcos	2.044.736	17,62	79,69	20,31	27,33
Westl. Hochland	1.705.628	14,70	88,90	11,10	80,48
El Quiché	1.639.970	14,13	77,19	22,81	17,96
Quetzaltenango	1.317.434	11,35	78,31	21,69	64,06
Nationale Ebene	985.900	8,49	67,64	32,36	40,35
Huehuetenango	848.205	7,31	73,91	26,09	100,00
Sololá	677.396	5,84	71,96	28,04	100,00
Chiquimula	574.588	4,95	69,22	30,78	98,07
Totonicapán	348.709	3,00	68,90	31,10	56,10
Izabal	326.761	2,82	27,20	72,80	100,00
Guatemala	227.298	1,96	21,94	78,06	77,36
Sacatepéquez	214.102	1,84	65,86	34,14	100,00
Alta Verapaz	144.011	1,24	38,78	61,22	15,78
Zacapa	138.120	1,19	70,00	30,00	100,00
El Progreso	124.207	1,07	48,31	51,69	100,00
Suchitepéquez	108.802	0,94	38,64	61,36	52,83
Baja Verapaz	92.085	0,79	60,65	39,35	0,00
Retalhuleu	39.030	0,34	0,00	100,00	94,88
Petén	29.862	0,26	0,00	100,00	100,00
Escuintla	20.000	0,17	0,00	100,00	100,00
GESAMT	11.606.845	100,00	72,83	27,17	59,44

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der zurückgesandten Fragebögen

Um aber dennoch die Gesamtheit der erfassten Geldmittel darstellen zu können, habe ich in Tabelle 18 alle Projektgelder, welche in einem bestimmten Departement zum Einsatz kamen, zusammengefasst oder einer der beiden übergeordneten Kategorien zugeordnet. Nachdem in den weiterführenden Analysen kein Verwendungszweck für die Zielgebiete „nationale Ebene“ und „westliches Hochland“ bestand, entfielen diese Projektsummen ab dem nächsten Analyseschritt. Dies trifft auch auf Abb. 25 zu, welche die Ergebnisse auf Departementsebene anschaulich wiedergeben soll. Nachdem in einem späteren Schritt noch näher auf all jene Projekte eingegangen werden soll, welche „Armutsbekämpfung“ zum Ziel hatten, stelle ich in dieser Karte die gesamten Mittel dem Anteil der öffentlichen Mittel gegenüber.

Abb. 25: Österreichische EZA-Mittel in den Departements Guatemalas von 2002 - 2006



Quelle: Eigene Berechnungen und eigene Darstellung

Eindrucksvoll geht auch aus dieser Karte hervor, dass das westliche Hochland tatsächlich den Schwerpunkt des österreichischen EZA-Engagements bildete. Erstaunlich ist nur, dass das Departement Chimaltenango weder von staatlicher noch von privater Seite Geldmittel erhielt,

obwohl es ebenfalls zum westlichen Hochland zählt. Gleichzeitig stellte die öffentliche Hand in Österreich besonders hohe Anteile an den jeweiligen Projektmitteln, wenn es sich um ein Projekt in einem der Departements im Hochland handelte. Diese Erkenntnis stimmt auch mit den Ergebnissen von Tab. 18 überein, in welcher die Region „westliches Hochland“ den allerhöchsten relativen Anteil an öffentlichen Geldern (88,9%) aufwies.

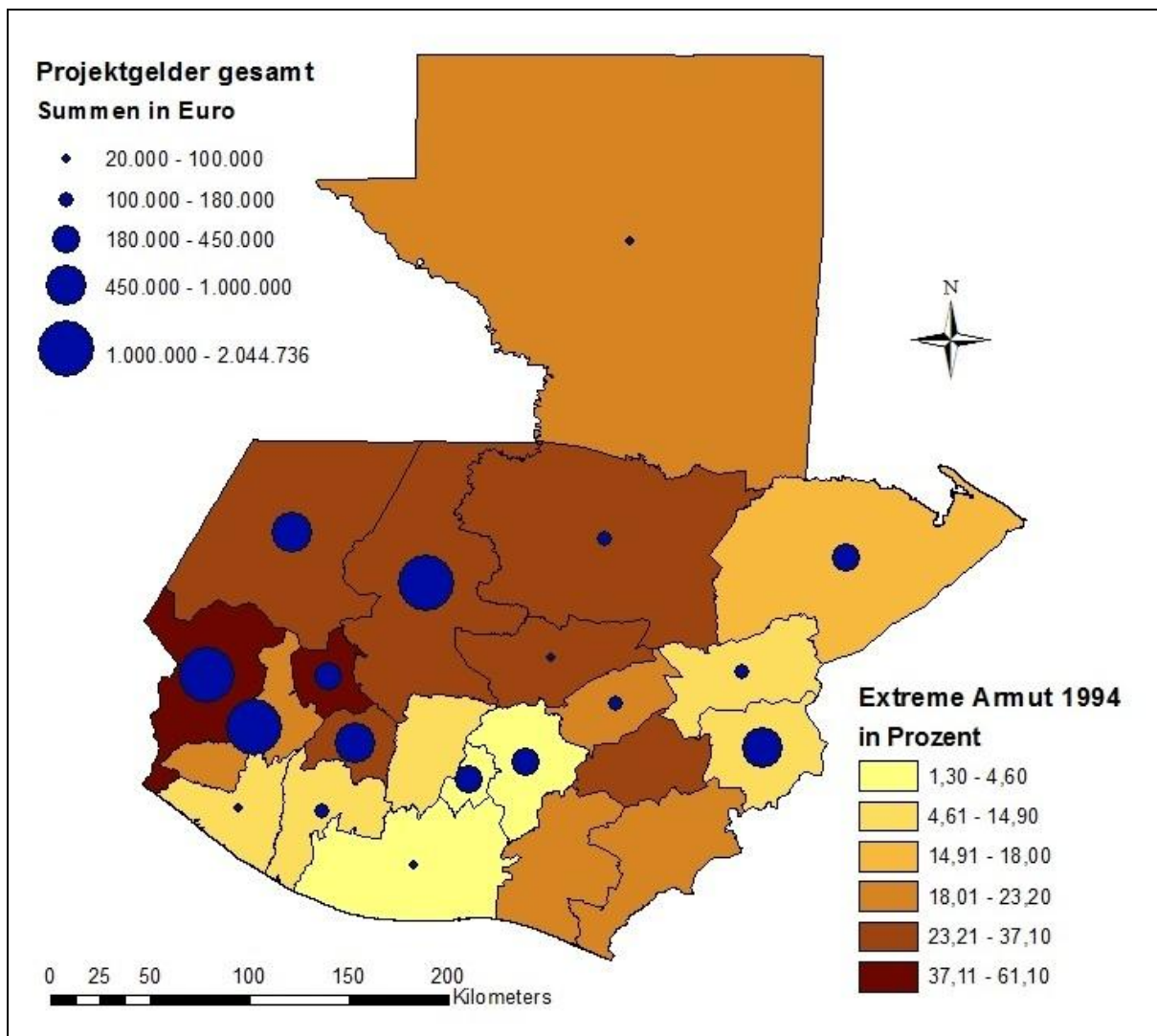
Dafür hauptverantwortlich zeichnet ein einziges Projekt, welches an dieser Stelle exemplarisch für die gesamte Schwerpunktregion westliches Hochland vorgestellt werden soll. Es handelt sich um das Projekt „Ländliche Entwicklung im Westlichen Hochland“, welches zu 100% von der ADA und zwar mit einem Projektvolumen von insgesamt 1.090.000 Euro (von 2003 bis 2006) finanziert wurde. Dabei fungierte das Technische Büro Weidel (TBW) als österreichischer Projektträger und kooperierte mit sieben guatemaltekischen Partnerorganisationen. Die erhaltenen Informationen zum Einsatzgebiet dieses Projekts waren leider zu unpräzise für eine eindeutige Zuordnung (Zitat der Antwort: „Departamentos Quetzaltenango, San Marcos und ein Municipio in Totonicapán“) und ohne Kenntnis der genauen Aufteilung der Mittel auf diese drei Departements hätte eine, von mir willkürlich gewählte Aufsplittung, gerade auch auf Grund des enormen Projektvolumens die ansonsten recht soliden Daten der übrigen Projekte stark verzerrt, weswegen ich mich gegen diesen Schritt entschied.

Um die obigen Ergebnisse nun erstmals mit dem Vorhandensein von extremer Armut zu referenzieren, wurden die Summen in Abb. 26 als unterschiedlich große Punkte dargestellt und durch die Prozentzahlen extremer Armut laut der Volkszählung von 1994 unterlegt.

Auf den ersten Blick scheint es, dass man mit der Schwerpunktregion des westlichen Hochlands die Projektmittel tatsächlich mehr oder minder treffsicher verteilt hatte. Das Dep. San Marcos, welches im Jahr 1994 von extremer Armut am stärksten betroffen war, erhielt die absolut höchsten Projektmittel überhaupt. Aber auch das Dep. Quiché und das nicht ganz so arme Dep. Quetzaltenango wurden großzügig bedacht, wie auch Huehuetenango, Sololá und, in etwas geringerem Umfang, auch Totonicapán. Die übrigen Projektmittel verteilten sich auf tendenziell weniger arme Gebiete bis hin zu Sacatepéquez und das benachbarte Dep. Guatemala, welche die niedrigsten Armutsindizes überhaupt aufwiesen. Im Gegensatz dazu fällt ganz deutlich auf, dass die Departements von Alta und Baja Verapaz, obwohl auch sie von extremer Armut stark betroffen waren, kaum von österreichischer Unterstützung profitierten.

Abweichend von Abb. 19 habe ich für Abb. 26 die Klassengrenzen neu gewählt. Dies geschah v.a. deshalb, weil in Abb. 19 in den beiden obersten Klassen jeweils nur ein einziges Departement rangierte. In der höchsten Klasse von Abb. 26 findet man hingegen Totonicapán (55,6%) und San Marcos (61,1%). Die Abgrenzung der darunterliegenden Klasse wird durch die Prozentzahl des ebenfalls extrem armen Dep. Huehuetenango (37,10%) definiert.

Abb. 26: Österreichische EZA-Mittel in den Departements Guatemalas von 2002 - 2006

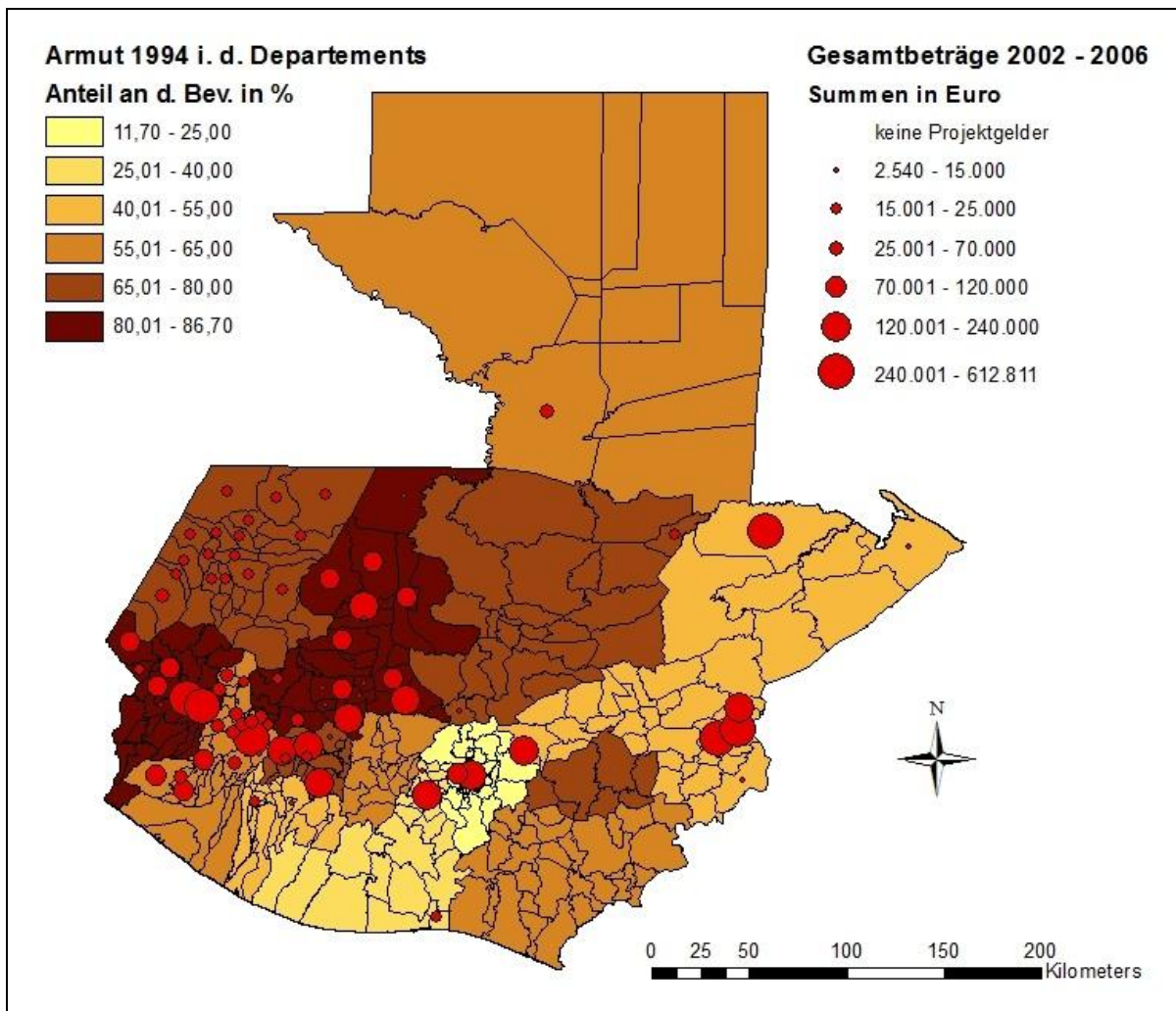


Quelle: INE, 2002 sowie eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Aber wenden wir uns nun der Ebene der *municipios* zu. Wie bereits weiter oben erläutert, ist damit ein weiterer Datenverlust verbunden, da man ab hier all jene Projekte beiseitelassen muss, deren Angaben zum Zielgebiet auf der Ebene der Departements endeten. Das gesamte analysierbare Projektvolumen reduziert sich somit auf nur noch 6.451.943 Euro, wobei sich das Verhältnis zwischen dem Anteil der öffentlichen (74,95%) und jenem der privaten (25,05%) Gelder im Durchschnitt kaum verändert.

Nachdem man bei der direkten Überlappung der beiden Sachverhalte extreme Armut in den *municipios* und der Summe an Projektgeldern je Gemeinde den darunterliegenden Sachverhalt in vielen Fällen optisch schlichtweg nicht mehr ausmachen könnte, weil einige *municipios* recht kleinflächig ausfallen, habe ich mich dazu entschieden, in Abb. 27 weiterhin den Anteil der extrem Armen an der Gesamtbevölkerung der Departements laut den Daten der Volkszählung im Jahr 1994 als Basisdatum zu unterlegen.

Abb. 27: Österreichische EZA-Mittel in den Municipios Guatemalas von 2002 - 2006

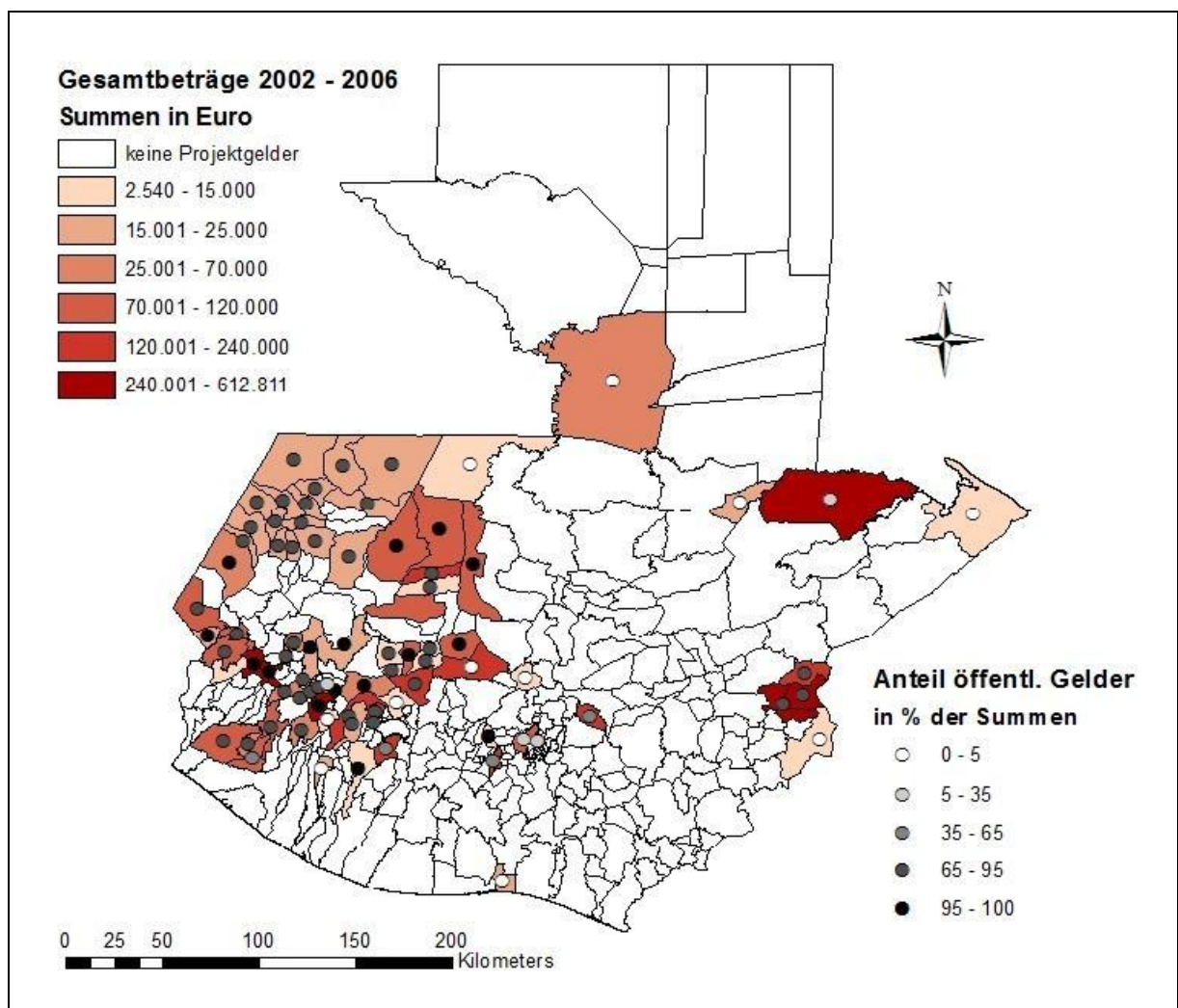


Quelle: INE, 2002 sowie eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Wieviel deutlicher wird doch in dieser Darstellung die Aufteilung der Projektgelder! Erst jetzt kann man ganz eindeutig die Hotspots der ÖEZA ausmachen: Zum einen zieht sich ein dichtes Band an roten Punkten im nordöstlichen Schatten der großen Vulkankette von den Gemeinden Sololás, die sich um den Lago Atitlán anordnen, über die Hochlandgemeinden Quetzaltenangos bis zur Departementhauptstadt San Marcos und auch noch weiter bis zur Gemeinde Tajumulco. Andererseits fallen die isolierten Development Hotspots in Livingston

(an der Karibikküste) sowie in Chiquimula und Zacapa im Osten auf. Im Zentralbereich erhielten Antigua, Guatemala Ciudad und San Antonio La Paz (in El Progreso) in dieser Reihenfolge ebenfalls größere Summen. Auch Mixco, ein urbaner Vorort von Guatemala Ciudad, wurde mit ein paar kleineren Projekten bedacht. Viele großflächige Punkte findet man auch im Dep. Quiché, wobei die allermeisten von einem einzigen Projekt des Österr. Nord-Süd Instituts zur Förderung der Rechte der Indigenen herrühren, welches zu 100% öffentlich finanziert wurde. Davon abgesehen sticht ins Auge, dass es auch einige „Ausreißer“ gab, also unterstützte Gemeinden, die sich abseits der bisher genannten Gebiete befanden, die aber allesamt vergleichsweise geringe Summen verbuchten.

Abb. 28: Anteil der öffentlichen EZA-Gelder in den Municipios Guatemalas von 2002 - 2006



Quelle: Eigene Berechnungen, eigene Darstellung

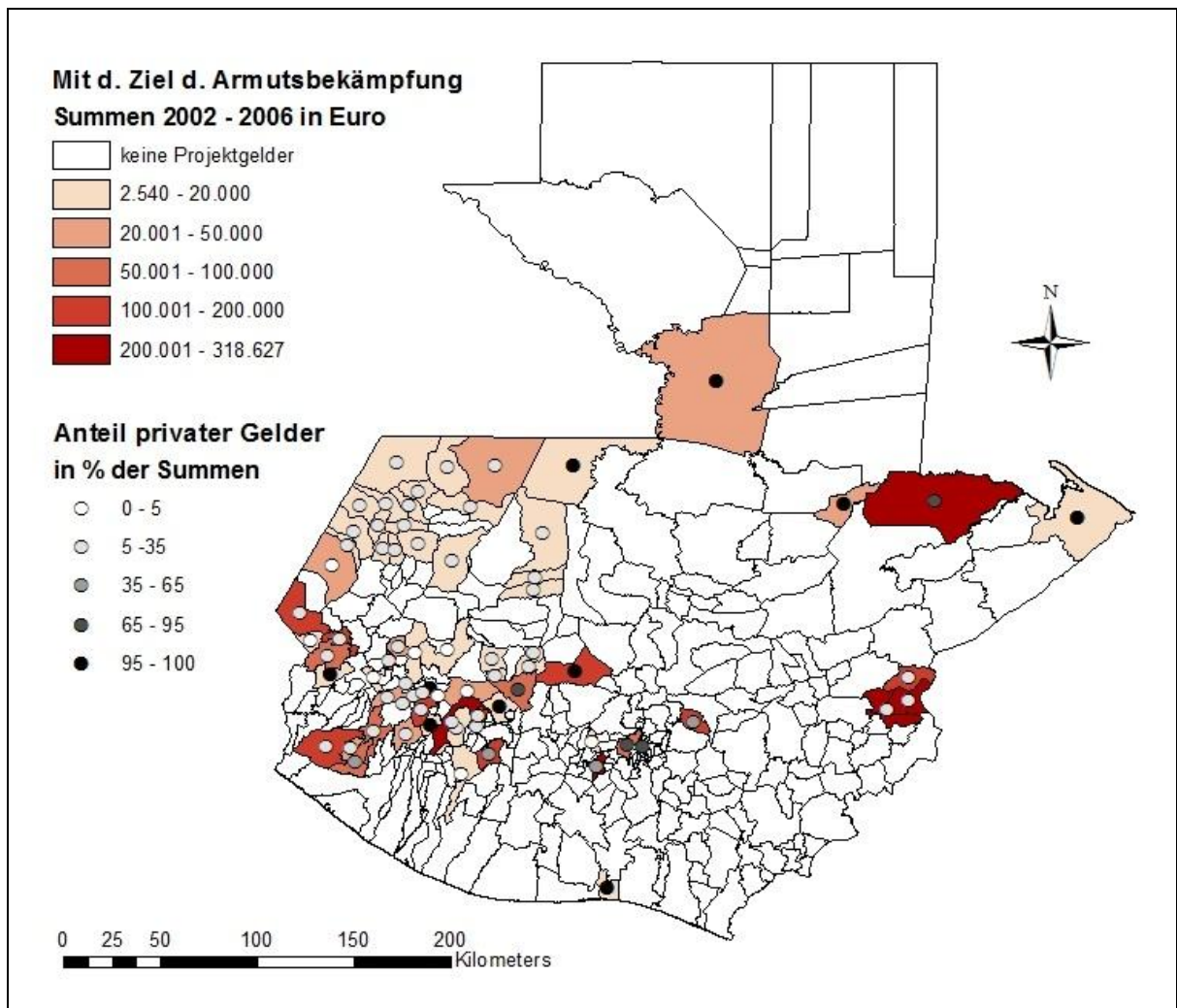
Im Gegensatz zu Abb. 27 habe ich in Abb. 28. versucht, eine Darstellung zu finden, aus der hervorgeht, dass sich die Förderung von Projekten durch die öffentliche Hand in Österreich im Großen und Ganzen tatsächlich auf das westliche Hochland, teilweise auch noch um Ge-

meinden der Boca Costa (insbesondere im Dep. Quetzaltenango) erweitert, beschränkte. Die große Ausnahme von dieser Regel bildete erneut das Projektgebiet um die Pfarre Jocotán in Chiquimula, welches ebenso eine substantielle staatliche Unterstützung erhielt.

Für 78 von 120 Projekten gab man an, dass diese das Ziel der direkten oder indirekten Armutsminderung verfolgt hätten. Nachdem alle Projekte entfernt waren, von denen ich keine genauen Daten zu den betroffenen Gemeinden erhalten hatte, verblieben noch immer 66 Projekte, die zwischen 2002 und 2006 Überweisungen im Gesamtwert von 4.135.304 Euro erhalten hatten. Die starke Reduktion der Gesamtsumme lässt sich dadurch erklären, dass einige sehr kostenintensive Projekte wegfielen, die zumeist auch einen hohen Anteil an öffentlicher Förderung enthielten, die sich aber ganz eindeutig anderen wichtigen Zielen verschrieben hatten. Somit ist es auch nicht verwunderlich, dass sich das Verhältnis zwischen dem Anteil der staatlichen Mittel (62,9%) und jenem der privaten Gelder (37,1%) am Gesamtbetrag durch den vorgenommenen Auswahlprozess deutlich veränderte. Exemplarisch seien hier die beiden Projekte zur Verbesserung der Wasserversorgung im urbanen Quetzaltenango und im semiurbanen Umland, wie auch in San Marcos und San Pedro Sacatepéquez (im Dep. San Marcos) genannt. Alleine das zweite Projekt machte Überweisungen in der Höhe von 919.216 Euro aus. Während das *municipio* San Marcos zuvor an allererster Stelle der Empfängergemeinden rangierte, fehlt San Marcos in der Liste, welche der Abb. 28 zugrunde liegt, komplett.

Abgesehen davon sucht man große Veränderungen - hinsichtlich der begünstigten Gemeinden - von Abb. 27 zu Abb. 28 vergeblich. Gerade die kleinen, oft sogar zu 100% privat finanzierten Projekte abseits der Kernzonen der guatemaltekischen Armut findet man in beiden Abbildungen. Sehr häufig handelt es sich dabei um Projekte zur Förderung, Erhaltung oder zum Umbau von (mitunter zweisprachigen) Schulen. Bei der Auswertung der Fragebögen fiel mir insgesamt auf, dass bei jenen Projekten, die eine staatliche Förderung erhielten, klarer unterschieden wurde zwischen dem Ziel der direkten Armutsbekämpfung (was mittels Produktivprojekten, Kleinkreditprogrammen etc. verfolgt wurde) und jenen (Bildungs-, Bewusstseins-, juristischen Beratungs- usw.) Projekten, die sich nicht unmittelbar auf die ökonomische Armutssituation auswirken, die aber sehr wohl in weiterer Folge positive Effekte auf die Einkunftssituation haben können. Ich meine, dass diese unterschiedliche Interpretation meiner Frage, welche eigentlich dazu gedacht war, den Anspruch der Projekte auf Armutsminderung herauszufiltern, mit ein Grund dafür ist, dass man in Abb. 29 recht viele überwiegend privat finanzierte Projekte ausmachen kann, die sich deutlich abseits der bereits benannten Armutszonen befinden.

Abb. 29: Summen der ÖEZA-Mittel zur „Armutsbekämpfung“ in den Municipios Guatemalas

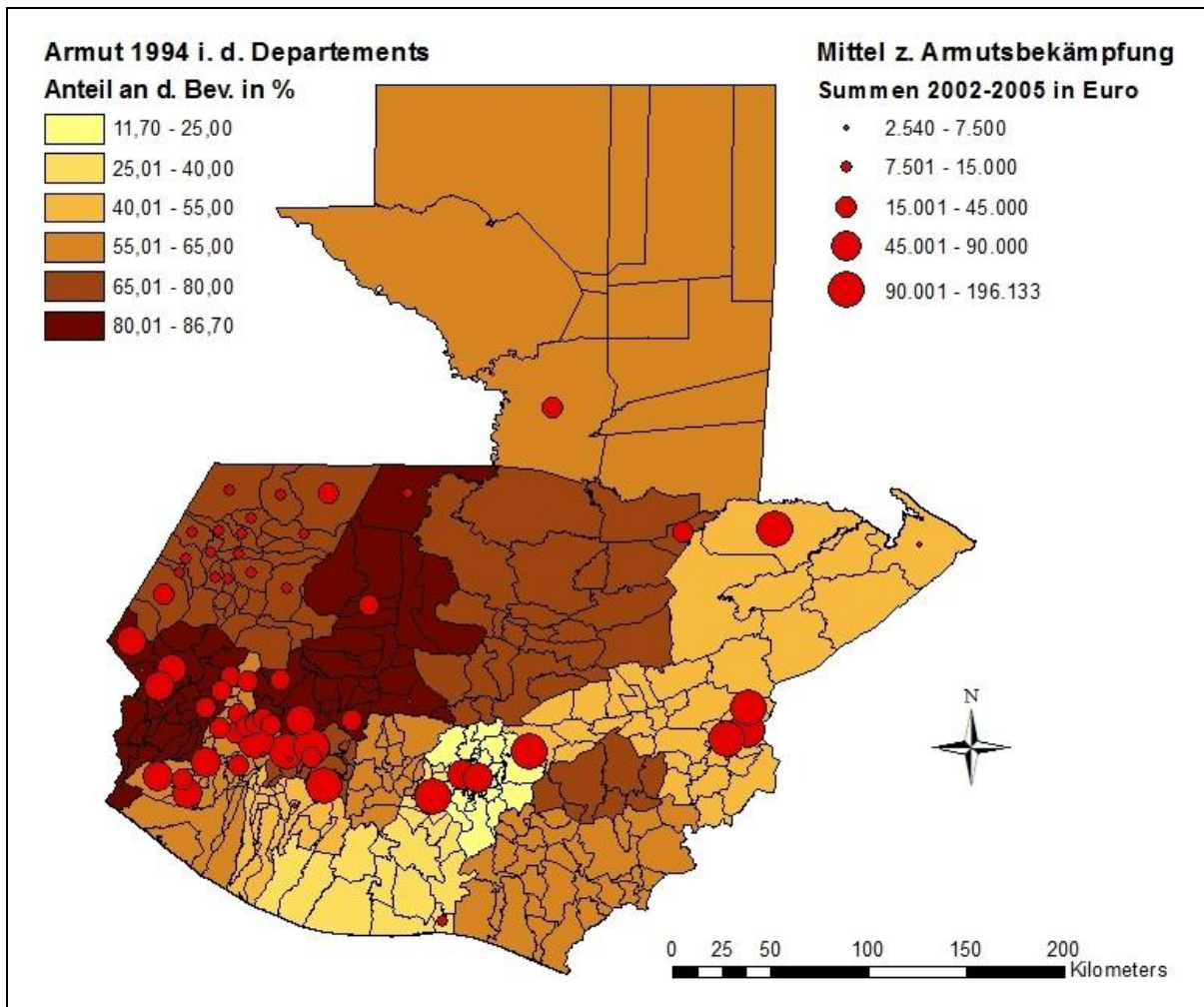


Quelle: Eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Vor dem Projektbeginn all jener Kooperationen, zu deren vordringlichsten Zielen die Bekämpfung der ökonomischen Armut zählte, wäre es sinnvoll gewesen, zu evaluieren in welchen Gemeinden das jeweilige Projekt tätig werden soll und wie weit die betroffenen *municipios* tatsächlich von Armut oder gar extremer Armut geprägt waren. Projektplanung erfolgt aber im Idealfall längerfristig und auch Projektarbeit hat nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn die Anstrengungen eines Projekts eine gewisse Kontinuität aufweisen. Schließlich und endlich verpflichteten sich die Geber oft dazu, die Finanzierung eines Projektes über mehrere Jahre hinweg fortzusetzen. Die Armutszahlen der Volkszählung von 2002 wurden erst 2005 publiziert, daher kann man die Einsatzgebiete der Projekte frühestens ab dem Kalenderjahr 2006 den neueren Daten von 2002 gegenüberstellen. Während der Jahre 2002 bis 2004 waren lediglich die Armutszahlen von 1994 bekannt und selbst im Jahr 2005 war die Projektplanung längst abgeschlossen, als die neuen Daten endlich veröffentlicht wurden.

Aus diesen Gründen stellt Abb. 30 die Summen aller österreichischen Projektmittel dar, welche zwischen 2002 und 2005 in den jeweiligen *municipios* mit dem Ziel der Armutsbekämpfung zum Einsatz kamen. Unterlegt wird obiger Sachverhalt durch den prozentuellen Anteil der armen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Departements im Jahr 1994.

Abb. 30: Summen der ÖEZA-Mittel zur „Armutsbekämpfung“ von 2002 bis 2005 im Vergleich zur prozentuellen Armut in den Departements im Jahr 1994



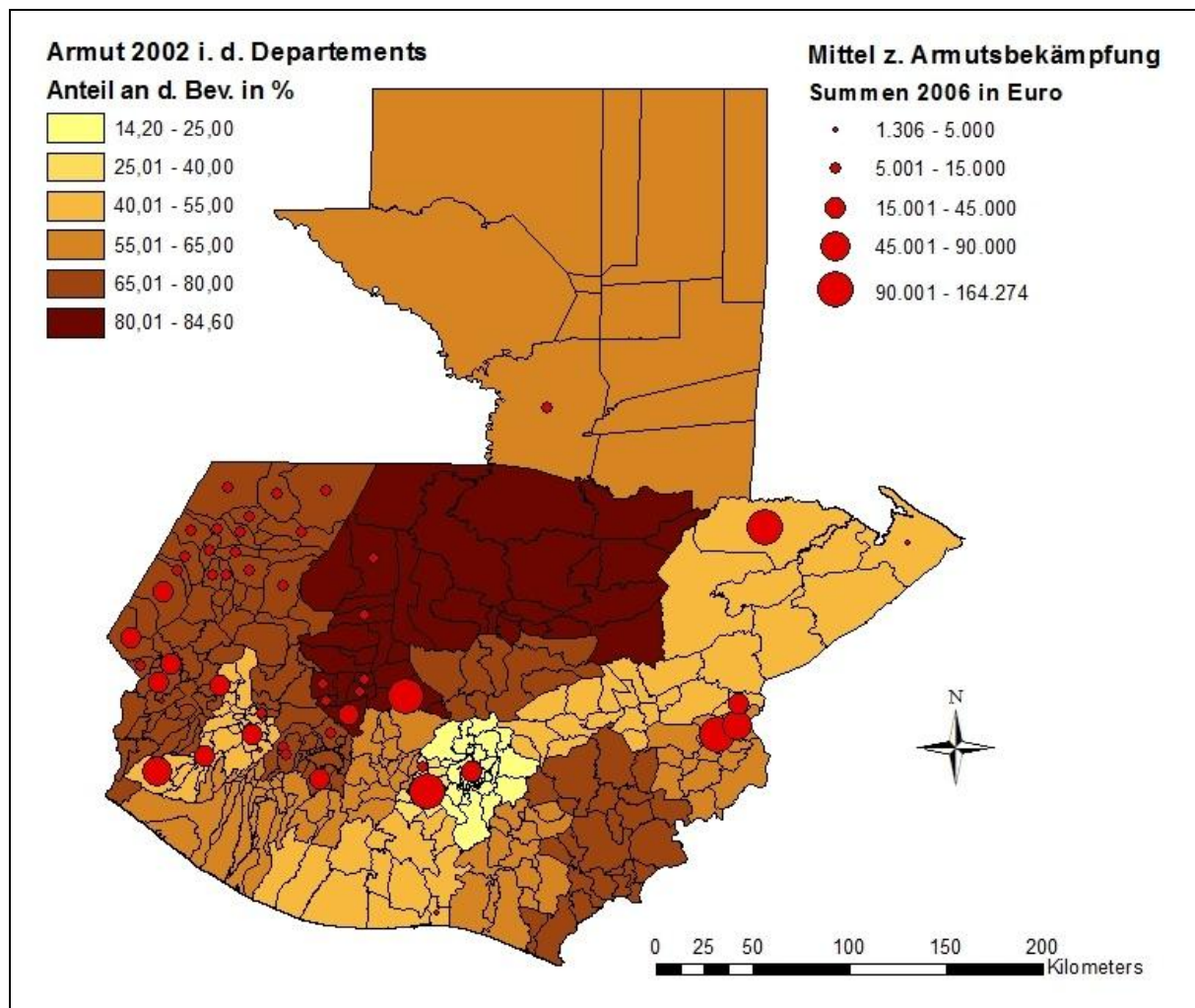
Quelle: INE, 2002 sowie eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Aus Abb. 30 geht vielleicht noch einmal stärker hervor, welche zentrale Rolle der Stadt Quetzaltenango und dem gesamten gleichnamigen Departement innerhalb der ÖEZA in Guatemala zufiel. Noch knapp vor der Gemeinde Quetzaltenango findet man aber drei *municipios* des Dep. Sololá, namentlich Nahualá, Sta. Lucia Utatlán und Santiago Atitlán. Auffällig ist auch die weitestgehende Abwesenheit größerer Projektmittel zum Zweck der Eindämmung der Armut im Dep. Quiché, obwohl man gerade dort armutsmindernde Initiativen erwartet hätte. Ganz im Gegensatz zum ebenfalls sehr armen Dep. San Marcos, wo die drei Grenzgemeinden Ixchiguán, Tacaná und Tajumulco, die sowohl 1994 als auch noch 2002 zu den al-

lerärmsten *municipios* von Guatemala zählten, vergleichsweise große Projektmittel erhielten. Bei den Gemeinden des Dep. Huehuetenango fällt hingegen auf, dass die Mehrheit von ihnen zumindest kleinere Beträge verbuchen konnte. Dieser Eindruck beruht im Wesentlichen auf einem einzigen Projekt, welches von der EU und der oberösterreichischen Landesregierung kofinanziert wurde, wobei in meine Analyse nur jener Anteil der Gelder einfluss, welcher vom Land Oberösterreich und dem Projektträger Initiative Eine Welt Braunau eingebracht wurde, da es sich bei den EU-Förderungen nicht um Geld aus Österreich handelte.

Abbildung 31 stellt nun die Armutszahlen von 2002 auf Departementsebene dar. Außerdem findet man die Projektmittel, welche im Jahr 2006 nach Guatemala überwiesen wurden und in den hier gezeigten Gemeinden zum Einsatz kamen.

Abb. 31: Summen der ÖEZA-Mittel zur „Armutsbekämpfung“ im Jahr 2006



Quelle: INE, 2005 sowie eigene Berechnungen, eigene Darstellung

Gerade im direkten Vergleich mit Abb. 30, erkennt man doch einige bemerkenswerte Veränderungen zu den vier vorangegangenen Jahren: Joyabaj, im Süden des Dep. Quiché, war in diesem Jahr das *municipio* mit den allerhöchsten Projektmitteln aus Österreich, wofür größtenteils das starke Engagement der Katholischen Männerbewegung Linz in dieser Gemeinde verantwortlich war. Aber auch davon abgesehen, profitierten 2006 mehrere Gemeinden des Quiché von den Geldern aus Österreich, wohingegen die Bedeutung des Dep. Quetzaltenango in diesem Jahr etwas geringer ausfiel.

Das *municipio* Livingston erhielt den zweithöchsten Betrag, was damit zu tun hatte, dass statt der jahrelangen privaten Unterstützung der Q'eqch'í durch die Dreikönigsaktion ab Jahresanfang ein Horizont3000-Projekt begann, welches eine substanzielle staatliche Kofinanzierung erhielt.

Bereits an dritter Stelle folgte das *municipio* der ehemaligen Hauptstadt Antigua (Guatemala). Dafür verantwortlich waren zwei Projekte des ICEP, die beide mit dem Ausbildungszentrum *Las Gravileas* am Rande der Departementshauptstadt zu tun hatten. Eigentlich wurden die Gelder dazu verwendet, die Kurse des Ausbildungszentrums in mehrere periphere Gemeinden des Dep. Sacatepéquez hineinzutragen und dort anzubieten. Nachdem ich aber keine Informationen darüber erhielt, in welchen *municipios* die Projekte zum jeweiligen Zeitpunkt tatsächlich tätig waren, entschied ich mich dazu, in der Karte das Zentrum der Tätigkeiten, also die Ausbildungsstätte *Las Gravileas*, darzustellen.

Hohe Geldbeträge wurden auch in die Gemeinden Jocotán, Camotán (beide Dep. Chiquimula) und La Unión (Dep. Zacapa) investiert. Es handelte sich dabei um ein größeres Projekt von Horizont3000, bei dem ganz gezielt die indigene Bevölkerung der Chortí gefördert wurde.

Die oben skizzierten Projekte in Antigua, in Livingston und das Horizont3000-Projekt in Chiquimula und Zacapa zeigen schlussendlich auch die Schwächen einer derartigen geographischen Analyse auf. Projekte müssen nicht unbedingt in Gemeinden angesiedelt sein, in denen die Armut statistisch gesehen besonders groß ist, um sich tatsächlich armutsreduzierend auswirken zu können. Wenn die Zielbevölkerung innerhalb der ausgewählten Gemeinde sehr treffsicher selektiert wird, und dies ist wohl bei den allermeisten Projekten der Fall, die sich ausschließlich auf den indigenen Anteil der Bevölkerung konzentrieren, kann man praktisch überall einen veritablen Beitrag zur Reduktion von Armut und extremer Armut leisten.

Umgekehrt ist die Herausforderung ein tatsächlich treffsicheres Projekt zur Armutsreduktion zu entwerfen ungleich größer, wenn man dieses in Guatemala Ciudad ansiedelt, als wenn man

ein Produktivprojekt für ländliche Entwicklung in einer Grenzgemeinde im Norden von San Marcos, im Nordwesten und Norden von Huehuetenango oder in beinahe jeder beliebigen Gemeinde des Dep. Quiché oder von Alta Verapaz ansiedelt, wo zwischen 75 und 99% der Menschen als ökonomisch arm bezeichnet werden müssen.

Ob die untersuchten Projekte also tatsächlich treffsicher waren und einen gewichtigen Beitrag zur Armutsminderung leisteten, darüber können weder die hier vorgestellte Analyse der erhobenen Daten noch die präsentierten Karten eine Auskunft geben. Eine viel detailreichere Untersuchung der einzelnen Projekte und eine unabhängige Erhebung über die Veränderung der Lebenssituation der Zielbevölkerung während und in der Folge des Projekts wären dazu nötig.

6 Zusammenschau und Schlüsse aus der Untersuchung

6.1 Ergebnis hinsichtlich der Existenz von Development Hotspots der ÖEZA in Guatemala

Die zentrale Aufgabenstellung dieser Arbeit lag darin, alle Development Hotspots der ÖEZA in Guatemala zu identifizieren, die zumindest in der Zeitspanne von 2002 bis 2006 existiert hatten. Die daran anschließende Forschungsfrage lautete, ob solche Development Hotspots in jenen Gemeinden lagen, die während desselben Zeitraums als besonders arm galten.

Zunächst gilt es sehr klar zu unterscheiden, ob man von den Gemeinden spricht, in denen die lokalen Partnerorganisationen ihren Sitz hatten und wo die Überweisungen aus Österreich zunächst ankamen, wo also ein Gutteil dieser Mittel für die laufenden Kosten der guatemaltekischen NGOs hängenblieb, oder ob wir jene *municipios* betrachten, in denen die verbliebenen EZA-Gelder auch faktisch zum Einsatz kamen. Würde man sich nur erstere Gemeinden ansehen, müsste man zwangsläufig zu dem Ergebnis gelangen, dass sich Bebbingtons Beobachtungen auch für Guatemala auf extreme Weise bestätigen. Unter den (in Abb. 24 ersichtlichen) Gemeinden befinden sich kaum *municipios*, die besonders stark von Armut geprägt waren und wenn doch, so erhielten sie vergleichsweise geringe Summen, weswegen man sie wohl kaum als Development Hotspots bezeichnen könnte.

Da Bebbington in seinem Artikel aber nur über die Projektgebiete der niederländischen EZA geschrieben hatte, sollte sich der hier angestellte Vergleich auch mit den Zielgemeinden der ÖEZA in Guatemala beschäftigen. Ein Zitat von Eberl hatte nahegelegt, dass das Gebiet des Departement Quiché ein äußerst beliebtes Ziel von EZA-Projekten sei. Und wie aus Tab. 18 ersichtlich wird, traf dies auch auf die ÖEZA im Zeitraum 2002-2006 zu, in welcher das Dep. Quiché mit der zweithöchsten absoluten Summe bedacht wurde. Selbst wenn man die empfangenen Summen mit der jeweiligen Bevölkerungszahl gewichtet, ändert sich wenig an der Reihenfolge der Departements. Nachdem die Bevölkerung von Guatemala im Jahr 2002 eine Größe von 11.237.196 Personen erreicht hatte, kann man durchaus sagen, dass im Rahmen der ÖEZA (2002 - 2006) rund ein Euro pro Guatemaltekin eben dorthin überwiesen wurde. Im Fall von San Marcos betrug der Vergleichswert hohe 2,57€, im Quiché 2,50€, in Sololá waren es 2,20€ und in Quetzaltenango immerhin noch 2,01€. Diese Hochlanddepartements waren also die primären Empfänger der ÖEZA in Guatemala und erhielten zusammengekommen rund 49% der gesamten EZA-Leistungen.

Würde man noch die entsprechenden Anteile aus jener Summe hinzurechnen, die dem westlichen Hochland im Allgemeinen zugeschrieben wurde, da die genaue Aufteilung zwischen den Hochlanddepartements nicht eruiert werden konnte, würde sich der Anteil dieser vier Departements an der Gesamtsumme vermutlich sogar auf rund 60% erhöhen. Somit ist klar, dass diese vier Departements die relativ größten Profiteure der ÖEZA in Guatemala waren. Ergänzt man die Liste noch um Huehuetenango (nur 1€/Kopf), handelt es sich auch absolut um die fünf Hauptrezipienten auf Departementsebene.

Tab. 19: Die 25 guatemaltekischen Municipios, die von 2002 - 2006 am stärksten von den Geldern der ÖEZA profitiert hatten, im Vergleich zu ihren jeweiligen Armutsindizes

Zielgebiet beinhaltete das Municipio	Zugehörig zum Departement	Summe 2002 - 2006	Armutsindex 1994	Extreme Armutsindex 1994	Armutsindex 2002	Extreme Armutsindex 2002
San Marcos	San Marcos	612.811	69,1	47,5	28,3	3,6
Quetzaltenango	Quetzaltenango	560.537	20,3	2,7	25,9	3,2
San Pedro Sacatepéquez	San Marcos	324.955	55,8	16,4	53,3	11,0
Livingstón	Izabal	318.627	64,3	17,2	61,8	10,9
Jocotán	Chiquimula	287.240	78,6	26,5	82,1	18,6
Camotán	Chiquimula	276.240	53,6	7,4	88,9	38,2
Antigua	Sacatepéquez	207.102	25,6	3,4	21,9	3,5
Nahualá	Sololá	204.347	82,2	33,2	85,8	38,0
Chichicastenango	El Quiché	185.588	85,8	43,6	83,5	28,7
Joyabaj	El Quiché	167.334	84,4	36,2	87,1	42,4
Santa Lucia Utatlán	Sololá	167.054	46,1	6,3	66,1	13,4
Santiago Atitlán	Sololá	153.064	73,3	18,9	79,8	26,3
Guatemala Ciudad	Guatemala	144.906	4,7	0,2	6,3	0,4
La Unión	Zacapa	138.120	37,4	2,8	76,2	17,1
San Juan Cotzal	El Quiché	126.575	86,2	38,1	83,9	29,1
San Antonio La Paz	El Progreso	124.207	64,5	21,7	48,1	6,7
Coatepeque	Quetzaltenango	118.688	53,1	12,3	42,8	6,1
Chajul	El Quiché	116.914	79,4	24,2	92,8	40,6
Santa Cruz del Quiché	El Quiché	107.000	54,0	13,0	68,3	21,3
Nebaj	El Quiché	107.000	68,5	16,2	85,5	29,5
Sacapulas	El Quiché	107.000	91,7	60,2	85,1	33,2
Uspantán	El Quiché	107.000	77,1	21,3	87,7	36,6
Zacualpa	El Quiché	107.000	85,9	48,8	84,4	34,0
Tacaná	San Marcos	105.621	98,5	88,7	84,4	32,4
Ixchiguán	San Marcos	105.621	97,2	86,3	88,5	38,1
Prozentueller Anteil in der Gesamtbev. v. Guatemala			54,3	22,8	56,2	15,7
Grenzwerte der höchsten Kategorie in Prozent			75 - 99	58 - 94	75 - 99	32,4-64,9
Anzahl an Gemeinden, die zu den Kernzonen von Armut und extremer Armut gehörte			11	3	15	9

Quelle: Eigene Berechnungen kombiniert mit Daten der Volkszählungen laut INE, 2002 und INE, 2005

Untersucht man nun die darunterliegende Verwaltungsebene, also jene der Gemeinden von Guatemala, und betrachtet man die Gesamtbeträge, die zwischen 2002 und 2006 in Guatemala in den einzelnen *municipios* zum Einsatz kamen (siehe Abb. 27 und Tab. 19), zeigt sich ein wesentlich heterogeneres Bild. Während man vor allem im Quiché, aber teilweise auch in Quetzaltenango, eine große Anzahl an Gemeinden vorfindet, die von verhältnismäßig hohen Beträgen profitierten, sind es in San Marcos und in Sololá nur einzelne Gemeinden, die besonders hohe Summen erhielten, wohingegen viele andere ganz leer ausgingen. In Huehuetenango zeigt sich wiederum ein ganz anderes Bild: Ein Großteil der *municipios*, von denen recht viele sehr hohe Armutsindizes aufwiesen, partizipierte an den Mitteln der ÖEZA, doch waren die Beträge pro Gemeinde verhältnismäßig gering. Man findet sie daher auch nicht in Tab. 19 und kann sie wohl kaum zu den Development Hotspots der ÖEZA zählen.

In Tab. 19 wurden jene 25 von insgesamt 81 Gemeinden angeführt, denen auf dieser Verwaltungsebene Projektmittel zugeordnet werden konnten und in denen zwischen 2002 und 2006 jeweils eine Summe von mehr als 100.000 Euro an österreichischen EZA-Geldern zum Einsatz kam. Es ist dies gewiss eine etwas willkürlich gewählte Abgrenzung der Development Hotspots gegen die übrigen 56 von Projekten betroffenen *municipios*, die allesamt geringere Summen erhalten hatten. Für die Einschätzung ihrer Zugehörigkeit zu den Kernzonen von Armut und extremer Armut bediente ich mich der Grenzwerte der jeweils obersten Klasse, in welcher die besonders hohen Werte zusammengefasst waren, wie sie auch in den Abbildungen 20, 21, 22 und 23 Verwendung fanden.

Es ist wenig verwunderlich, dass die fünf Departementshauptstädte (inklusive Guatemala Ciudad), welche in dieser Liste vorkommen, nicht zu den ärmsten Gemeinden von Guatemala zählten. Auch Livingston, Jocotán und San Antonio La Paz gehörten definitiv nicht zu den Kernzonen der Armut, aber immerhin galten sie innerhalb ihrer eigenen Departements als verhältnismäßig arme Gemeinden. Doch findet man in Tab. 19 auch mehrere Gemeinden, die tatsächlich zu den Kernzonen der Armut in den Jahren 1994 und 2002 gehörten. Die Zahl erhöht sich sogar, wenn man die aktuelleren Zahlen von 2002 heranzieht und nicht die, erst seit dem Jahr 2001 bekannten, veralteten Zahlen von 1994. Dasselbe gilt auch für die Zugehörigkeit zu den Kernzonen der extremen Armut, wenngleich man hinzufügen muss, dass die entsprechenden Grenzwerte von 1994 zu 2002 stark abgesenkt wurden. Immerhin neun *municipios* gehörten im Jahr 2002 in beiden Armutsindizes zur Gruppe der am stärksten betroffenen Gemeinden von ganz Guatemala.

Man findet also innerhalb der Development Hotspots der ÖEZA einige reiche Gemeinden, solche die in ihrem Departement als relativ arm galten, aber auch eine beträchtliche Anzahl an *municipios*, die zur Gruppe der ärmsten Gemeinden des Landes zählten. In der Tat gehörten Chajul und die Gemeinde Tajumulco, welche an 26. Stelle landete und daher gerade nicht mehr in Tab. 19 aufgenommen wurde, zu den zehn guatemaltekischen Gemeinden, die am allerstärksten von Armut betroffen waren. Ein so eindeutiges Urteil, wie es Bebbington über die niederländische EZA fällte, dass die ÖEZA de facto gar nicht in den ärmsten Gemeinden tätig gewesen wäre, erscheint daher völlig unzulässig. Allerdings lässt sich auch festhalten, dass die Anzahl der Development Hotspots in den *municipios*, die Höchstwerte bei der extremen Armut aufwiesen, deutlich geringer ausfällt. In den zehn Gemeinden mit den allerhöchsten Werten bei der extremen Armut im Jahr 2002 ließ sich weder ein Development Hotspot, noch eines der übrigen, weniger finanzstarken ÖEZA-Projekte finden.

In Tab. 20 wurden die absoluten Summen der von Anfang 2002 bis Ende 2006 empfangenen Beträge durch die jeweilige Bevölkerungszahl des *municipio* im Jahr 2002 dividiert. Somit erhält man einen Durchschnittsbetrag, der theoretisch pro Kopf ausgegeben wurde. Eigentlich sollte man vermuten, dass Stadtgemeinden wie San Marcos, Quetzaltenango, Antigua Guatemala oder Guatemala Stadt, welche in Tabelle 19 sehr prominente Plätze einnahmen, in der nachfolgenden Tabelle fehlen würden, weil sie aufgrund ihrer höheren Bevölkerungsdichte auch hohe Bevölkerungszahlen aufweisen würden. Tatsächlich fällt aber nur Guatemala Stadt gänzlich heraus, während San Marcos auch in dieser Reihung den ersten Rang belegt. Betrachtet man die Bevölkerungszahlen der aufgelisteten Gemeinden, so sieht man sofort, dass einige eher rurale *municipios* mit den Departementhauptstädten hinsichtlich der Einwohnerzahl durchaus mithalten können.

Jedenfalls findet man in der Tabelle nun auch einige Gemeinden, die bislang wegen der geringen absoluten Höhe an empfangenen Geldern kaum Berücksichtigung fanden, sich nun aber wegen ihrer geringen Bevölkerungszahl und dem daraus resultierenden hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Betrag bemerkbar machen. So zum Beispiel Patzún (Quiché), San Pablo La Laguna (Sololá) oder zwei *municipios* von Huehuetenango. Trotzdem findet man auch in Tab. 20 mehrere Gemeinden, die wir bereits zuvor gewissermaßen als „absolute“ Development Hotspots identifiziert hatten, die man nun aber auch als „relative“ Development Hotspots bezeichnen könnte. Insgesamt 14 *municipios* kommen in beiden Tabellen vor. Immerhin vier von diesen gehörten im Jahr 2002 sowohl zur Kernzone von Armut, wie auch von extremer Armut, nämlich Camotán, Nahualá, Zacualpa und Ixchiguan.

Tab. 20: Die 25 guatemaltekischen Municipios, die von 2002 - 2006 die höchsten ÖEZA-Gelder pro Kopf erhielten, im Vergleich zu ihren Armutsindizes im Jahr 2002

Zielgebiet beinhaltet das Municipio	Zugehörig zum Departement	Summe 2002 - 2006	Bev. im Jahr 2002	EUR pro Kopf	Armut 2002	Extreme Armut 2002
San Marcos	San Marcos	612.811	38.547	15,90	28,3	3,6
Río Blanco	San Marcos	57.363	4.980	11,52	53,6	10,2
Santa Lucia Utatlán	Sololá	167.054	19.018	8,78	66,1	13,4
San Antonio La Paz	El Progreso	124.207	15.348	8,09	48,1	6,7
Cajolá	Quetzaltenango	40.840	5.317	7,68	81,6	25,4
Camotán	Chiquimula	276.240	38.159	7,24	88,9	38,2
Jocotán	Chiquimula	287.240	42.969	6,68	82,1	18,6
San Pablo La Laguna	Sololá	19.276	2.925	6,59	85,0	32,2
Livingston	Izabal	318.627	51.019	6,25	61,8	10,9
San Juan Cotzal	El Quiché	126.575	21.276	5,95	83,9	29,1
Santiago Chimaltenango	Huehuetenango	17.883	3.161	5,66	83,9	37,4
La Unión	Zacapa	138.120	24.647	5,60	76,2	17,1
San Pedro Sacatepéquez	San Marcos	324.955	59.662	5,45	53,3	11,0
Antigua	Sacatepéquez	207.102	41.747	4,96	21,9	3,5
Ixchiguán	San Marcos	105.621	21.535	4,90	88,5	38,1
La Esperanza	Quetzaltenango	40.840	8.351	4,89	19,2	1,3
Santa Ana Huista	Huehuetenango	17.883	3.982	4,49	63,7	13,6
Concepción Chiquirichapa	Quetzaltenango	40.840	9.114	4,48	76,5	22,6
Santiago Atitlán	Sololá	153.064	34.366	4,45	79,8	26,3
Quetzaltenango	Quetzaltenango	560.537	130.690	4,29	25,9	3,2
Zacualpa	El Quiché	107.000	25.819	4,14	84,4	34,0
Cabricán	Quetzaltenango	40.840	10.391	3,93	84,0	32,8
Patzitité	El Quiché	9.914	2.623	3,78	88,6	29,4
Nahualá	Sololá	204.347	54.319	3,76	85,8	38,0
Iztapa	Escuintla	20.000	5.452	3,67	61,1	11,8
Grenzwerte der höchsten Kategorie in Prozent					75 - 99	32,4-64,9
Anzahl an Gemeinden, die zu den Kernzonen von Armut und extremer Armut gehörte					14	6

Quelle: Eigene Berechnungen kombiniert mit Daten der Volkszählung laut INE, 2005

An der geographischen Treffsicherheit der Projektgebiete ändert sich insgesamt aber wenig durch die Gewichtung der Projektgelder mit der jeweiligen Bevölkerungszahl. Sie nimmt im Vergleich zu Tab. 19 sogar leicht ab, nachdem in dieser 15 Gemeinden zur Kernzone von Armut und immerhin neun Gemeinden zu jener der extremen Armut im Jahr 2002 zählten.

Nachdem viele Projekte aber gar keinen Anspruch darauf erhoben, die Armut in ihrem Zielgebiet direkt zu reduzieren, sollte man noch einmal den Kreis der Empfängergemeinden ein-

schränken und dann erneut einen Vergleich mit den Kernzonen der Armut wagen. Bebbington hatte offenkundig auf eine solche Unterscheidung zwischen den verschiedenen Projektzielen verzichtet. Es erscheint mir dennoch lohnend zu erforschen, ob sich die geographische Treffsicherheit der ÖEZA hinsichtlich der Armut in Guatemala dadurch erhöhen lässt. Zu diesem Zweck folgt in Tab. 21 ein Vergleich der 21 *municipios*, in denen die höchsten Beträge an österreichischen Projektmitteln mit dem Ziel der Reduktion von Armut eingesetzt wurden. Zur Abgrenzung gegen die 51 Gemeinden, die von 2002 bis 2006 geringere Summen erhalten hatten, wählte ich in Tab. 21 den Grenzwert 50.000 Euro. In Anlehnung an Tab. 19 findet man im rechten Teil der Tabelle die spezifischen Armutsindizes der einzelnen Gemeinden aus den Jahren 1994 und 2002.

Tab. 21: Die 21 guatemaltekischen Municipios, die von 2002 bis 2006 am stärksten von den ÖEZA-Mitteln zur Armutsreduktion profitiert hatten, im Vergleich zu ihren Armutsindizes

Zielgebiet beinhaltete das Municipio	Zugehörig zum Departement	Summe 2002 - 2006	Armut 1994	Extreme Armut 1994	Armut 2002	Extreme Armut 2002
Livingston	Izabal	318.627	64,3	17,2	61,8	10,9
Jocotán	Chiquimula	287.240	78,6	26,5	82,1	18,6
Camotán	Chiquimula	276.240	53,6	7,4	88,9	38,2
Antigua	Sacatepéquez	207.102	25,6	3,4	21,9	3,5
Nahualá	Sololá	204.347	82,2	33,2	85,8	38,0
Joyabaj	El Quiché	167.334	84,4	36,2	87,1	42,4
Santa Lucia Utatlán	Sololá	167.054	46,1	6,3	66,1	13,4
Santiago Atitlán	Sololá	153.064	73,3	18,9	79,8	26,3
Quetzaltenango	Quetzaltenango	138.600	20,3	2,7	25,9	3,2
La Unión	Zacapa	138.120	37,4	2,8	76,2	17,1
San Antonio La Paz	El Progreso	124.207	64,5	21,7	48,1	6,7
Coatepeque	Quetzaltenango	118.688	53,1	12,3	42,8	6,1
Tacaná	San Marcos	105.621	98,5	88,7	84,4	32,4
Ixchiguán	San Marcos	105.621	97,2	86,3	88,5	38,1
Guatemala Ciudad	Guatemala	93.444	4,7	0,2	6,3	0,4
Colomba	Quetzaltenango	90.335	80,9	38,1	69,2	16,3
Génova	Quetzaltenango	87.342	73,6	19,0	76,8	18,1
Tajumulco	San Marcos	86.878	98,7	82,4	93,3	48,9
Mixco	Guatemala	82.392	5,8	0,3	9,0	0,5
Chichicastenango	El Quiché	63.588	85,8	43,6	83,5	28,7
Río Blanco	San Marcos	57.363	87,3	50,5	53,6	10,2
Prozentueller Anteil in der Gesamtbev. von Guatemala			54,3	22,8	56,2	15,7
Grenzwerte der höchsten Kategorie in Prozent			75 - 99	58 - 94	75 - 99	32,4-64,9
Anzahl an Gemeinden, die zu den Kernzonen von Armut und extremer Armut gehörte			9	3	11	6

Quelle: Eigene Berechnungen kombiniert mit Daten der Volkszählungen laut INE, 2002 und INE, 2005

Diese Tabelle wird nun weniger stark von Departementhauptstädten dominiert, die aber dennoch in der Liste als Gemeinden unter anderen Gemeinden aufscheinen. Einige ärmliche *municipios* landen in dieser Tabelle auf den oberen Plätzen (Jocotán, Camotán, Nahualá u. Joyabaj) und doch ändert sich wenig am Verhältnis zwischen den gemäßigt armen Gemeinden und den wirklich armen und extrem armen Gemeinden. Dies beruht v.a. darauf, dass in Tab. 21 einige Gemeinden des Dep. Quiché nicht vorkommen, welche die unteren Ränge von Tab. 19 belegt hatten.

In der unteren Hälfte von Tab. 21 befinden sich mehrere Gemeinden des Dep. San Marcos, die durchwegs hohe Armutszahlen aufwiesen und im internen Vergleich des Departements offensichtlich sehr treffsicher ausgewählt wurden. Insgesamt ändert die Beschränkung auf jene Gemeinden, in denen das Ziel der Armutsbekämpfung tatsächlich verfolgt wurde, wenig an der geographischen Treffsicherheit der entsprechenden Projekte der ÖEZA. Auch Tab. 21 besteht ca. zur Hälfte aus Gemeinden, die zu den Zeitpunkten der beiden Volkszählungen zu den Kernzonen der Armut gehörten, jedoch enthält sie deutlich weniger Gemeinden als Tab. 19, die auch noch 2002 von extremer Armut geprägt waren.

Da die Mittel, welche dem Zweck der Armutsreduktion dienten, rein theoretisch nur statistisch armen Personen zukommen hätten dürfen, wurden ihre Gesamtbeträge von Anfang 2002 bis Ende 2006 in Tab. 22 mit der absoluten Anzahl an armen Menschen der dazugehörigen Gemeinde im Jahr 2002 gewichtet. Zur Reihung der *municipios* diente nun der durchschnittliche Betrag in Euro, welcher statistisch gesehen auf jede in Armut lebende EinwohnerIn der betroffenen Gemeinde aufgewandt wurde. Aus vielerlei Gründen bewegt man sich bei dieser Berechnung in einem Bereich, der mit der tatsächlichen Projektrealität nur noch sehr wenig zu tun hat (siehe hierzu auch die Anmerkungen am Anfang von Kap. 5.4 zum verwendeten Datenmaterial). Hinzu kommt im vorliegenden Fall, dass man vom Idealfall ausgeht, dass tatsächlich ausschließlich arme Menschen von den überwiesenen ÖEZA-Geldern profitierten. Zudem zeigt sich, dass in Tab. 22 tendenziell Gemeinden präsent sind, die eher geringere relative Armutszahlen aufwiesen, wo also vergleichsweise hohe Beträge durch eine möglichst geringe Anzahl an armen Menschen geteilt werden musste. Trotz dieser Einschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft der Tabelle, sollen die Ergebnisse der entsprechenden Berechnung hier präsentiert werden, gerade um den Vergleich mit Tab. 21 zu ermöglichen.

Tab. 22: Die 21 guatemaltekischen Municipios, die von 2002 bis 2006 die durchschnittlich höchsten Beträge pro armem/r EinwohnerIn zum Zweck der Armutsreduktion erhielten

Zielgebiet beinhaltet das Municipio	Zugehörig zum Departement	Summe 2002 - 2006	Arme 2002 absolut	EUR pro armem/r EinwohnerIn	Armut 2002 relativ	Extreme Armut 2002
La Esperanza	Quetzaltenango	40.840	1.603	25,47	19,2	1,3
Antigua	Sacatepéquez	207.102	9.143	22,65	21,9	18,6
Río Blanco	San Marcos	57.363	2.669	21,49	53,6	10,2
San Antonio La Paz	El Progreso	124.207	7.382	16,82	48,1	6,7
Salcajá	Quetzaltenango	18.550	1.395	13,30	17,2	1,0
Santa Lucia Utatlán	Sololá	167.054	12.571	13,29	66,1	13,4
Livingston	Izabal	318.627	31.530	10,11	61,8	10,9
Cajolá	Quetzaltenango	40.840	4.339	9,41	81,6	25,4
Camotán	Chiquimula	276.240	33.923	8,14	88,9	38,2
Jocotán	Chiquimula	287.240	35.278	8,14	82,1	18,6
Olintepeque	Quetzaltenango	40.840	5.097	8,01	40,4	3,9
San Pablo La Laguna	Sololá	19.276	2.486	7,75	85,0	32,2
La Unión	Zacapa	138.120	18.781	7,35	76,2	32,4
Santa Ana Huista	Huehuetenango	17.883	2.537	7,05	63,7	13,6
Santiago Chimaltenango	Huehuetenango	17.883	2.652	6,74	83,9	37,4
Iztapa	Escuintla	20.000	3.331	6,00	61,1	11,8
Concepción Chiquirichapa	Quetzaltenango	40.840	6.972	5,86	76,5	22,6
Santiago Atitlán	Sololá	153.064	27.424	5,58	79,8	26,3
Ixchiguán	San Marcos	105.621	19.058	5,54	88,5	38,1
Flores Costa Cuca	Quetzaltenango	32.672	5.957	5,48	58,4	11,3
Cabricán	Quetzaltenango	40.840	8.728	4,68	84,0	32,8
Grenzwerte der höchsten Kategorie in Prozent					75 - 99	32,4 - 64,9
Anzahl an Gemeinden, die zu den Kernzonen von Armut und extremer Armut gehörte					10	5

Quelle: Eigene Berechnungen kombiniert mit Daten der Volkszählung laut INE, 2005

Unter den vier bisher präsentierten Tabellen weist Tab. 22 die bislang geringsten Zahlen an Gemeinden aus, die zu den Kernzonen von Armut und extremer Armut zählten. Das oberste Drittel der Tabelle ist zur Gänze von *municipios* besetzt, die noch nicht einmal zur Kernzone der Armut zählten. Nur neun Gemeinden kommen sowohl in Tab. 21 als auch in Tab. 22 vor.

Insgesamt gelangt man doch zu einem durchaus ähnlichen Resultat wie jenes Hauptergebnis, zu dem Bebbington in seinem Artikel über die niederländische EZA in Bolivien und Peru gelangte (vgl. Bebbington, 2004). Auch die ÖEZA-Gelder flossen zum Großteil in die weiter oben aufgezählten Development Hotspots, die sich im Wesentlichen und mit ein paar gewichtigen Ausnahmen im westlichen Hochland von Guatemala befanden. Dies entspricht zwar der selbstaufgelegten Bevorzugung dieser Region innerhalb der ÖEZA mit Guatemala, anderer-

seits erfolgte diese Schwerpunktbildung ja nur deshalb, weil man meinte, dass die ÖEZA dadurch noch treffsicherer zur Reduktion der Armut beitragen würde. Projektgelder flossen aber nur selten in die allerärmsten Gemeinden des Landes, insbesondere wenn diese auch noch von extremer Armut gebrandmarkt waren. Dies wird einem in besonderem Maße durch die beinahe vollständige Abwesenheit von ÖEZA-Projekten in Alta Verapaz, dem Departement mit den höchsten Indizes von extremer Armut im Jahr 2002, vor Augen geführt.

Zuletzt sei noch angemerkt, dass lediglich acht Gemeinden in allen vier Tabellen des vorliegenden Teilkapitels vorkommen. Diese waren somit sowohl absolut als auch relativ die Development Hotspots der ÖEZA der Jahre 2002 bis 2006. Zu ihnen zählen: Antigua (Sacatepequez), Camotán und Jocotán (beide Chiquimula), Ixchiguán (San Marcos), Livingston (Izabal), San Antonio La Paz (El Progreso) sowie Santa Lucia Utatlán und Santiago Atitlán (beide Sololá). Von diesen liegt nur die Hälfte im westlichen Hochland und nur zwei der genannten *municipios* zählten im Jahr 2002 zur Kernzone von extremer Armut.

6.2 Ein Vergleich mit den weiteren Ergebnissen Bebbingtons

Eine weitere Einschätzung Bebbingtons besagte, dass sich Development Hotspots in jenen Gegenden befinden würden, die verkehrstechnisch leicht erreichbar waren (vgl. Bebbington, 2004). Vergleicht man nun Abb. 27 mit Abb. 6, so erhärtet sich der Verdacht, dass die Summe der überwiesenen Beträge tatsächlich mit der Dichte des Verkehrswegenetzes in einem losen Zusammenhang stehen könnte. Dies wäre auch eine Erklärung dafür, warum nur vergleichsweise geringe Summen in den entlegenen Gemeinden von Huehuetenango landeten bzw. warum Alta Verapaz fast vollständig leer ausging, wohingegen ein paar Gemeinden von Sololá, Quetzaltenango, aber auch die *municipios* San Marcos oder Antigua zu den Development Hotspots der ÖEZA zählten. Gegen die Existenz eines Zusammenhangs sprechen hingegen das Vorkommen von Development Hotspots der ÖEZA im nördlichen Grenzgebiet von San Marcos und die Existenz eines guten Teils der Hotspots im Dep. Quiché, welche sich ganz eindeutig in Gegenden mit geringer Straßendichte befanden.

Eine andere Erklärung für die Existenz von Development Hotspots meinte Bebbington in langjährigen, guten Beziehungen zwischen den Projektpartnern zu erkennen (vgl. Bebbington, 2004). Ich habe bereits am Ende von Kap. 5.3 darauf hingewiesen, dass Vergleichbares auf jeden Fall auch für die ÖEZA in Guatemala zutrifft. Dazu muss man sich vor Augen halten, dass die Liste an Organisationen (siehe Anfang von Kap. 5.4), die im Zeitraum von 2002 bis

2006 Projekte in Guatemala unterstützten, zwar lang klingen mag, dass die ÖEZA in Guatemala aber dennoch überschaubar organisiert ist und der Löwenanteil der hier analysierten Beträge von einer Handvoll österreichischer NGOs nach Guatemala überwiesen wurde. Man wusste von einander, man koordinierte sich und teilweise gab es sogar gegenseitige Unterstützung oder Kooperation, mitunter tendierten die Beziehungen aber auch in Richtung einer „Koopkurrenz“.

Was für die österreichischen Organisationen, Vereine, Pfarren und engagierten Einzelpersonen zutrifft, lässt sich durchaus auch auf die Beziehung zwischen den guatemaltekischen Projektpartnern und ihren österreichischen Konterparts übertragen. Eine Projektkooperation entsteht nur in den seltensten Fällen von einem Tag auf den anderen. Meistens gibt es eine mehrjährige Phase der gegenseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen, in der mitunter auch schon kleinere Beträge abgewickelt werden, bevor man sich auf eine noch engere und finanziell voluminösere Zusammenarbeit einlässt. In jedem Fall benötigt der oder die Projektverantwortliche der österreichischen NGO genaue Informationen über die Ausrichtung der Arbeit des zukünftigen lokalen Projektpartners und über dessen Verlässlichkeit. Häufig erfolgt die erfolgreiche Kontakthanbahnung daher mittels Weiterempfehlungen seitens der bestehenden ProjektpartnerInnen. Daher sollte man auch die Verbindungen der guatemaltekischen Counterparts untereinander und deren Auswirkung auf EZA-Strukturen nicht unterschätzen.

Hinsichtlich der geographischen Treffsicherheit von Projekten in Guatemala scheint es auch keinen signifikanten Unterschied zwischen den mehrheitlich öffentlichen und den rein privat finanzierten Projekten gegeben zu haben. Wenn überhaupt, dann tendierten die öffentlich geförderten Projekte etwas häufiger dazu, auch jene Gemeinden zu begünstigen, die besonders schwer von Armut und extremer Armut betroffen waren. Dies beruht wahrscheinlich darauf, dass die staatlich (ko-)finanzierten Projekte größere Volumina umsetzten und daher auch eine genauere Analyse der Armutssituation im Vorfeld erforderlich war. Demgegenüber waren die rein privaten Projekte noch stärker von langjährigen Beziehungen zwischen Guatemala und Österreich sowie der Existenz von einzelnen Vertrauenspersonen vor Ort abhängig. Der Unterschied ist wahrscheinlich auch deshalb nicht allzu groß, weil die staatliche ÖEZA in Guatemala zumindest von 2002 – 2006 kaum eigenständige Projekte durchführte, sondern in den allermeisten Fällen die Projekte der privaten NGOs (ko-)finanzierte, wenn diese auch nur halbwegs zur offiziellen Ausrichtung der öffentlichen EZA in Guatemala passten.

Einige der in Kap. 6.1 und weiter oben genannten Phänomene, so auch die Abkehr von den allerärmsten Gemeinden, führte Bebbington auf die zunehmend stärkere Orientierung auf kurzfristig erreichbare Indikatoren zurück, was seiner Meinung nach mit den Ärmsten der Armen schlichtweg nicht funktionieren könne. Er behauptete auch, dass eine gleichzeitige Abkehr von den extrem armen Menschen innerhalb der Gemeinden stattfinde (vgl. Bebbington, 2004). Die hier vorliegende Arbeit hatte nicht zum Ziel, diesbezügliche Aussagen über die Projekte der ÖEZA in Guatemala zu treffen. Daher wurden auch keine Daten in dieser Hinsicht erhoben.

Aber zumindest eine Tendenz in Richtung von (Pseudo-)Belegbarkeit der eigenen Effektivität meinte Herret bereits vor ein paar Jahren unter den österreichischen Nichtregierungsorganisationen zu erkennen: „Der Druck auf die entwicklungspolitischen NGO sich hier dem Mainstream unterzuordnen und sich zunehmend kommerziell zu orientieren wird größer. Auch wenn viele NGO in ihrer Projektzusammenarbeit ebenfalls alternative Ansätze verfolgen, so tun sie dies (wie die DKA) oft hinter vorgehaltener Hand. Gerade in der Darstellung der Arbeit nach Außen folgen viele NGO bereits jetzt dem Trend die Effizienz ihrer Arbeit mit (im westlichen Kulturkreis kommunizierbaren) messbaren Kriterien zu unterlegen" (Herret, 2007: 105).

Fraglich ist, inwieweit es sich dabei nicht nur um Makulatur zur Befriedigung der öffentlichen Meinung handelt und ob derlei messbare Kriterien stets einer unabhängigen wissenschaftlichen Überprüfung standhalten würden. In seiner Diplomarbeit untersuchte Heinrich Stubenböck die Anwendung von Evaluierungsverfahren in internationalen und österreichischen Entwicklungsorganisationen. Dabei gelangt er zu dem Schluss, dass quantitative Methoden gerade in der internationalen EZA häufiger zum Einsatz gelangen als qualitative Erhebungsmethoden. Es wurden für die Diplomarbeit 65 Evaluationsberichte von sieben österreichischen Entwicklungsorganisationen aus den Jahren 1988 bis 2001 ausgewertet (vgl. Stubenböck, 2004: 140). Dabei hielt Stubenböck beispielsweise fest, dass man in 62% der Fälle von Evaluationen der Projekte, die von österreichischen Organisationen durchgeführt wurden, nicht einmal eine hinreichende Erläuterung der angewandten Evaluierungs-Methodik vorfindet (vgl. Stubenböck, 2004: 141).

Ist die starke Orientierung auf messbare Indikatoren also nicht sogar hinderlich für substanzielle Fortschritte bei der Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens, weil man schlussendlich sehr viel Zeit und Ressourcen darauf verwendet, eigene Erfolge nach- und in der Öff-

fentlichkeit vorzuweisen? In jedem Fall erscheint Kleins Argumentation einleuchtend: „Die viel diskutierte Frage, ob zu wenig Geld für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung steht oder ob das vorhandene Geld zu ineffektiv eingesetzt wird, ist wenig zielführend, weil beides der Fall ist. Nach wie vor kommt viel zu wenig Geld bei den Menschen an, die es am meisten benötigen würden und bis es dort ankommt, durchwandert es eine Wertschöpfungskette, die zu großen Teilen den Industrieländern zugute kommt und nur zu einem sehr geringen Teil den Entwicklungsländern. Die Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit bleibt weiterhin ein Feld ungenutzter Potenziale“ (Klein, 2007: 145).

Auch Bebbington, Rojas und Hinojosa kamen zu einem ähnlichen Ergebnis: „Project negotiations all too frequently include (implicit or spoken) pressures to increase estimated impacts and coverage, but rarely do funders offer the resources that would really be necessary to transform a municipality or a province, or even a community. In many instances, there are only sufficient funds to transform the livelihoods of a few households“ (Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002: 174). Man darf sich daher von der ÖEZA in Guatemala keine gesellschaftsverändernden Wunder erwarten. Solche zu leisten ist sie, aus mehreren Gründen, nicht in der Lage. „Entwicklungsprojekte können nicht viel mehr als Tropfen auf heiße Steine sein; sie für die Trockenheit zu kritisieren, ist vermessen“ (Novy, 2007: 44). Begreifen wir die ÖEZA lieber als das, was sie ist und was sie zu leisten im Stande ist: Ein Ausdruck unserer Solidarität mit den unterprivilegierten Menschen in Guatemala und anderen Ländern der Erde.

Eine letzte, ganz wichtige Erkenntnis von Bebbington war jene, dass man in den ruralen Gebieten der Andenländer einen Übergang in den *livelihood strategies* beobachten kann und die althergebrachten, ausschließlich agrarisch orientierten Lebensweisen einer zunehmenden Flexibilisierung weichen, in der die kleinbäuerliche Tätigkeit nur noch eine Variante unter mehreren Wegen darstellt, um das (Über-)Leben der eigenen Familie abzusichern (vgl. Bebbington, Rojas u. Hinojosa, 2002 sowie Bebbington, 2004). Ich habe in der vorliegenden Arbeit im Rahmen der Kapitel 2.1 und 2.2 sehr ausführlich dargelegt, dass und warum ich der Meinung bin, dass man auch in Guatemala von einer derartigen Transition sprechen kann. Weiters habe ich in Kapitel 3.5 die Bedeutung der internen und internationalen Wanderungsbewegungen der Guatemalteken und Guatemaltekinen für diesen Übergang beleuchtet. Aus Kapitel 3.6 geht hervor, wie rasch die Überweisungen von Verwandten und Freunden aus dem Ausland sich vervielfachten, welche Rolle diese Gelder heute in der finanziellen Absicherung der guatemaltekischen Haushalte spielen und welches enorme Potential zur Reduktion der Armut in diesen finanziellen Rückflüssen steckt.

6.3 Neue Erkenntnisse für die vier Zugänge zu Guatemala

Die vorliegende Arbeit bietet allen vier (in Kap. 1.1) aufgezählten Zugängen eine inhaltliche Bereicherung an, egal ob es sich um wirklich neue Erkenntnisse oder zumindest um eine spezifisch-geographische Perspektive auf die neueren Erkenntnisse handelt.

1.) Gerade der **friedenstheoretische Zugang** mit seiner Idee des indigenen Widerstands gegen Entwicklung im Allgemeinen wurde in dieser Arbeit sehr ausführlich behandelt und in mancherlei Hinsicht kritisiert. Ich habe in Kap. 2.2 dargelegt, warum ich der Meinung bin, dass es dieses etwas verklärt dargestellte *Guatemala profunda* nicht oder zumindest schon länger nicht mehr gibt. In Kap. 2.1 wird hingegen der *Sustainable Livelihoods Approach* als alternatives Erklärungsmodell für das Verhalten der ländlichen Bevölkerung von Guatemala im Untersuchungszeitraum (2002-2006) und bis zum heutigen Tag vorgestellt. Darüber hinaus beschäftigt sich Kap. 2.3 mit einigen Entwicklungstheorien, insbesondere mit den Ideen des Postdevelopmentalismus, zu dem man die VertreterInnen des friedentheoretischen Zugangs hinzurechnen darf. Demgegenüber präsentiere ich im selben Kapitel meine eigene Vorstellung von der dreiteiligen Bedeutung des Begriffs Entwicklung, nämlich gesamtgesellschaftlicher Wandel, die Entwicklung des Individuums in seinem gesellschaftlichen Umfeld und die geplante, zielgerichtete und normative Ausprägung von Entwicklung. Aus diesem Verständnis heraus wird klar, warum ich meine, dass man Entwicklung keinesfalls per se, sondern maximal ihre zuletzt genannte Bedeutung, im Grunde sogar nur die dahinter stehenden Normen, ablehnen kann.

2.) In dieser Arbeit steckt aber auch, ganz im Sinne des sogenannten **solidarischen Zugangs** mit marxistischem Ansatz, ein Bekenntnis zu dieser dritten Teilkomponente von Entwicklung: ihrem normativen Gehalt. Die Argumentation geht dahin, dass man die sinnentleerte Worthülse der „Entwicklung“, zu welcher der Begriff in den letzten Jahrzehnten verkam, mit neuen Inhalten befüllen sollte. Inhalten nämlich, die unseren Träumen von einer gerechteren, solidarischen Welt entsprechen. Diese ganze Arbeit ist davon geprägt, dass ich ganz bewusst in meiner Argumentation Partei ergreife für jene GuatemaltekeInnen, die zuerst einen 36-jährigen Bürgerkrieg erlitten, um während des Untersuchungszeitraums und bis zum heutigen Tag die mehrheitlich nachteiligen Folgen der Globalisierung auf sich nehmen zu müssen.

Für den solidarischen Zugang am interessantesten sind wahrscheinlich die Kapitel 3 und 4, in denen allerhand wissenschaftliche Erkenntnisse zusammengetragen wurden, die zwar wegen

des gewählten Untersuchungszeitraums nicht mehr brandaktuell sind, die es aber in der hier gewählten Form der Zusammenschau meines Erachtens nach im deutschsprachigen Raum bislang nicht gibt. Einige Erkenntnisse aus diesen beiden Kapiteln bestärken erneut die Argumente für eine parteiische Solidarität mit Guatemala.

Ernesto „Che“ Guevara hatte dereinst gesagt, Solidarität sei die Zärtlichkeit zwischen den Völkern. Ich behaupte, dass es keine Zärtlichkeit zwischen so abstrakten Größen wie „den Völkern“ geben kann, sondern dass dahinter stets ganz konkrete Menschen stehen, die miteinander in Kontakt treten und sich in der Folge solidarisch erklären. Und gerade deshalb, weil die Vertreter der Solidaritätsgruppen häufig in persönlichen Kontakt mit den Menschen Guatemalas traten und standen (bzw. nach wie vor stehen), ging nicht selten aus der Solidaritätsarbeit das eine oder andere Entwicklungsprojekt der ÖEZA hervor. Daher meine ich auch, dass die Erkenntnisse aus den Kapiteln 5 und 6, insbesondere die kartographische Darstellung der Ergebnisse meiner Untersuchung, für einige Personen aus diesem Umfeld von Interesse sein könnten.

3.) Der dritte Zugang zu Guatemala ist in Wahrheit weit weniger nüchtern und diplomatisch, als man dies bei Baldauf herauslesen könnte. In Wirklichkeit ist die Grenze zwischen dem solidarischen und dem **entwicklungspolitischen Zugang** zu diesem Land wesentlich fließender und durchlässiger, als man durch die theoretische Vierteilung der Zugänge vermuten würde. In einigen Fällen agierten die Solidaritätsgruppen selbst als Projektträger. In jedem Fall besitzen die Projektverantwortlichen der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich, welche in Guatemala während der hier betrachteten Zeitspanne tätig waren, gewiss profunde Kenntnisse über die Strukturen der Armut und vermutlich auch über ihre großräumige Verteilung innerhalb der Landesgrenzen. Kap. 3 und Kap. 4 werden diesen ExpertInnen daher wenig neue Erkenntnisse liefern. Für diese Personengruppe könnte es hingegen spannend sein, wie sich Armut und extreme Armut auf die guatemalteckischen Gemeinden in den Jahren 1994 und 2002 verteilten, da man davon ausgehen darf, dass diese Karten weniger bekannt sind als ihre Entsprechungen auf Departementsebene.

Bereits während der Phase der Datenerhebung bemerkte ich ein reges Interesse an den zu erwartenden Ergebnissen dieser Arbeit. In diesem Sinne werden sich die Projektverantwortlichen der einzelnen Organisationen wohl insbesondere für die Kap. 5.4 und Kap. 6 interessieren und nachlesen, ob die eigenen Projektgebiete als „treffsicher“ eingestuft wurden. In Kap. 5.4 werden die generellen Resultate der Datenanalyse präsentiert, kartographisch abge-

bildet und mehrmals der Verteilung von Armut gegenübergestellt. Erst in Kapitel 6.1 werden mehrere Gemeinden namentlich genannt, die man als Development Hotspots der ÖEZA bezeichnen könnte. Dabei geht es aber niemals um eine Beurteilung, ob eine EZA-Organisation geographisch treffsicherer agierte als eine andere. Die Akteure der ÖEZA wissen selbst wohl am besten, in welchen Gemeinden sie tätig waren und können daher für sich und zukünftige Projektinitiativen in Guatemala eigene Schlüsse aus der vorliegenden Arbeit ziehen.

4.) Für den vierten aufgezählten Zugang zu Guatemala, die **Perspektive der TouristInnen** auf dieses Land und seine Bewohner, mag diese Arbeit auf den ersten Blick nicht aktuell genug erscheinen. In der Tat benötigen TouristInnen frische Informationen über den gesellschaftlichen Zustand des Ziellandes ihrer Reise, über die momentane Sicherheitslage vor Ort usw. All das kann die vorliegende Arbeit bestimmt nicht bieten. Ich habe in Kap. 1.1 aber auch kritisiert, dass die touristische Perspektive häufig Gefahr läuft, in die Falle der Reproduktion von Klischees zu tappen und dass die österreichischen BesucherInnen (genauso wie TouristInnen anderer Länder) also nur die bereits bestehenden Bilder von Guatemala bestätigt sehen wollen. Aber selbstverständlich trifft dies nicht auf alle (österreichischen) TouristInnen zu, die sich auf den Weg nach Guatemala machen. Die vorliegende Arbeit könnte allen interessierten Menschen als erste Ausgangsbasis für eine eingehendere Beschäftigung mit diesem Guatemala jenseits der folkloristischen Klischees dienen.

Die tatsächliche Bedeutung einer bestimmten Entwicklung lässt sich häufig erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung bestimmen. Die Jahre nach der Jahrtausendwende, insbesondere der Untersuchungszeitraum von 2002 – 2006, wurden in dieser Arbeit näher betrachtet. Gesellschaften befinden sich stets in einem Entwicklungsprozess, der im Raum verortet und in seinem zeitlichen Rahmen festgehalten werden kann. Wer daher die aktuelle Situation in dem räumlichen Gefäß namens „Guatemala“ begreifen will, tut bestimmt gut daran, die jüngste und jüngere Geschichte zu studieren.

Welche Empfehlungen lassen sich nun für die zukünftige ÖEZA in Guatemala (und sinngemäß wohl auch für die EZA in anderen Ländern des Südens) ableiten? Zunächst wäre da der Vorschlag, dass Schwerpunktgebiete nicht unveränderlich festgeschrieben werden sollten. Empfehlenswert wäre hingegen ein regelmäßiger Abgleich zwischen den tatsächlichen Einsatzgebieten und den aktuellsten, verfügbaren Daten. Im Fall Guatemalas hat sich die Zeitspanne der statistischen Aufbereitung von Volkszählungsdaten, also vom Zeitpunkt ihrer Erhebung bis zu deren Veröffentlichung, vom Zensus im Jahr 1994 bis zu jenem im Jahr 2002

deutlich verkürzt. Man darf also darauf hoffen, dass auch die Daten zukünftiger Volkszählungen und der *Encuestas Nacionales de Condiciones de Vida* (ENCOVI) relativ rasch zur Veröffentlichung gelangen und danach als wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stehen werden.

Demgegenüber steht die (bislang wissenschaftlich nicht überprüfte) Ansicht, dass die ÖEZA (zumindest im Fall von Guatemala) mehrheitlich durch persönliche Kontakte zu konkreten Menschen vor Ort entstand. Nachdem solche Kontakte aber erst einmal hergestellt werden müssen, unterliegt Projektarbeit einer räumlichen Konstanz selbst dann, wenn die strategische Entscheidung zur Veränderung des Schwerpunktgebietes längst getroffen ist. Trotz dieser bestehenden Latenz bei einer geographischen Umorientierung lohnt es sich allenfalls, die Treffsicherheit von Projektarbeit immer wieder zu hinterfragen. Ob man dabei in jenen Raumeinheiten agiert, in denen die Armut statistisch gesehen am höchsten war oder nicht, mag dabei nur eine unter mehreren relevanten Fragen sein. Es ist aber zweifellos eine berechtigte Frage. Gerade wenn es um eine zweckmäßige Verwendung von öffentlichen oder Spendengeldern geht. Nämlich häufig zum (gern beschworenen) Zweck der Armutsreduktion in den Zielgebieten.

Angesichts dessen, dass die staatliche ÖEZA ihren sukzessiven Rückzug aus ganz Zentralamerika angekündigt hat und dieses Gebiet nur noch bis 2012 den Status einer Schwerpunktregion der ÖEZA beibehalten soll (vgl. BMeiA, 2010: 17), drängt sich jedoch die Frage nach der Zukunft der ÖEZA in Guatemala auf. Aus dieser Arbeit geht ganz deutlich hervor, dass ein Großteil der Mittel, die zwischen 2002 und 2006 nach Guatemala flossen, von Seiten des österreichischen Staates beigesteuert wurde. Wenn eine derartige öffentliche Kofinanzierung ab 2013 nicht mehr gewährleistet sein sollte, könnte die private EZA mit Guatemala anfangs sogar noch ansteigen auf Grund des Versuchs der nichtstaatlichen NGOs, das Ausbleiben der staatlichen Mittel finanziell halbwegs zu kompensieren und erreichte Projektfortschritte abzusichern. Doch es ist kaum erwartbar, dass die privaten Mittel die gesamte Lücke ausfüllen werden. Und langfristig wird wohl auch die private EZA mit Guatemala deutlich abnehmen, gerade weil einige professionelle österreichische EZA-Organisationen von Kofinanzierungen abhängig sind, um das eigene Fortbestehen abzusichern. Die ÖEZA mit Guatemala sieht also, falls das österreichische Außenministerium die jetzigen Pläne tatsächlich realisieren sollte, gewaltigen Umbrüchen entgegen.

7 Zusammenfassung

7.1 Zusammenfassung auf Deutsch

Das vorrangige Ziel dieser Arbeit bestand darin, die geographische Verteilung von Projekten der ÖEZA auf das Territorium Guatemalas, im Zeitraum von 2002 bis 2006, zu untersuchen. Die Untersuchung sollte zur Identifikation sogenannter *Development Hotspots* führen, welche als Orte definiert wurden, in denen besonders viele österreichische Projekte realisiert wurden und vergleichsweise hohe Summen an Hilfsgeldern zwischen 2002 und 2006 zum Einsatz kamen. Die Hauptfrage lautete, ob diese *Development Hotspots* in jenen Gegenden zu finden waren, in denen besonders hohe Indizes an Armut und extremer Armut festgestellt wurden. Ausgehend von Bebbingtons Beobachtungen der privaten und öffentlichen niederländischen EZA in Bolivien und Peru, lautete die zugrundeliegende Hypothese, dass man *Development Hotspots* meistens in Gemeinden findet, die nicht zu den allerärmsten des Landes zählen.

In einem ersten Schritt stellt die vorliegende Arbeit relevante Konzepte wie den *Sustainable Livelihoods Approach*, Post-Developmentalismus oder auch den Entwicklungsbegriff selbst vor, wobei gerade letzterem eine dreifache Bedeutung verliehen wird. In der Folge werden die natürlichen, kulturellen, infrastrukturellen, politischen, widerrechtlichen und bevölkerungsrelevanten Gegebenheiten in Guatemala zu Beginn des neuen Jahrtausend analysiert, wobei ein ganz besonderes Augenmerk der internen und der internationalen Migration bzw. den daraus resultierenden finanziellen Überweisungen geschenkt wird. Eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Arbeit lautet, dass Migration die Lebensgewohnheiten in Guatemala derart stark verändert hat, dass heutige Entwicklungsprojekte ihre Auswirkungen stets berücksichtigen müssen. Kap. 4 erläutert die Strukturen von (extremer) Armut in Guatemala, welche den Untersuchungszeitraum prägten und zeigt auf, welche Departements und Gemeinden die höchsten Armutsindizes aufwiesen. Kap. 5 stellt die Auswertung der erhobenen Daten von insgesamt 120 ÖEZA-Projekten in Form von Karten dar, während erst in Kap. 6 einige *Development Hotspots* benannt werden. Nachdem man diese aber in sehr unterschiedlichen Gemeinden findet, also gleichermaßen in den zwei größten Städten Guatemalas wie auch in völlig peripheren Gebieten, ist das Ergebnis dieser Untersuchung uneindeutig. In der Tat betrafen einige wenige Projekte Gemeinden, die zu den ärmsten des Landes zählten, während andere in statistisch wohlhabenden Gemeinden angesiedelt waren. Am ehesten lässt sich behaupten, dass man *Development Hotspots* der ÖEZA nicht in jenen Gemeinden findet, welche die allerhöchsten Indizes an extremer ökonomischer Armut im Zeitraum 2002 bis 2006 aufwiesen.

7.2 Abstract in English

The main goal of this thesis was to investigate into the geographical distribution of Austrian development projects within the boundaries of Guatemala for a period of five years that span from 2002 to 2006. This investigation would then lead to the identification of so called *development hotspots*, being defined as places in which project-cooperation from Austria would be especially concentrated, measured by total number of projects in the specific municipality and the quantity of development aid spent there from 2002 to 2006. The main question was, if the identified *development hotspots* would geographically overlap with those municipalities that were especially struck by poverty or extreme poverty. Departing from the observations of Bebbington about the structure of private and public development aid from the Netherlands in Bolivia and Peru, the underlying hypothesis was that *development hotspots* are more often found in places that do not belong to the very poorest.

As a first step, the present thesis tries to establish a common understanding of such relevant ideas as the sustainable livelihoods approach, post developmentalism and development itself, while proposing that the term *development* does in fact implicate a threefold meaning. Chapter 3 analyses the natural, cultural, infrastructural, political, illegal and populational situation of Guatemala during the period investigated, putting especial emphasis on migrational fluxes and financial transfers from abroad to the homecountry. This thesis argues that internal and international migration has led to a major shift in Guatemalan livelihoods and must not be disregarded when planning development projects. Chapter 4 gives insight into the structures of (extreme) poverty in Guatemala at the end of the last and the beginning of the new millennium. It also points out the specific departments and municipalities that were especially characterized by economic poverty.

Chapter 5 analyses the data of 120 Austrian development projects in Guatemala and presents their geographical distribution in a series of maps. In chapter 6 the Austrian *development hotspots* are finally identified. Due to their presence in a wide range of municipalities from the two biggest cities to the remotest places of Guatemala the findings are rather ambiguous. Some Austrian development projects did actually take place in municipalities that were amongst the poorest of Guatemala, while others affected places that were statistically wealthier. The main finding of this thesis might be that very few Austrian projects were found in municipalities which showed very high percentages of extremely poor population.

7.3 Resumen en Español

El objetivo principal de la tesina presente, que contempla un periodo de cinco años de 2002 a 2006, era examinar la distribución geográfica de proyectos de cooperación en Guatemala apoyados por Austria. El análisis llevó a la identificación de lugares especialmente concurridos (denominados *development hotspots*) por la cooperación internacional para el desarrollo, en este caso por las agencias austriacas. Para su identificación se examinó el número de proyectos y la suma de contribuciones financieras que se implementaron en cada municipio durante el periodo en cuestión - con el objetivo de averiguar si dichos *development hotspots* coincidieron con las áreas donde los niveles de pobreza y de pobreza extrema estuvieron especialmente altos. Partiendo de las observaciones de Bebbington sobre las estructuras de la ayuda privada y pública de Holanda en el Perú y en Bolivia, la hipótesis era que los *development hotspots* no se encuentran en los lugares más pobres.

En un primer paso esta tesina discute ideas significantes como el *sustainable livelihoods approach*, pos-developmentalismo y el desarrollo como tal, proponiendo una interpretación del termino *desarrollo* con triple significado. En capítulo 3 se analiza las estructuras naturales, culturales, políticas, ilegales, la infraestructura y fenómenos poblacionales de Guatemala, con particular énfasis en la migración interna e internacional y las remesas recibidas del extranjero. Ahí se recomienda siempre considerar los efectos de la migración (especialmente hacía los países del norte) al planificar nuevos proyectos de desarrollo en Guatemala ya que ésta cambió significativamente los modos guatemaltecos de vivir y de sobrevivir. Capítulo 4 abarca un breve análisis de las estructuras de la pobreza (extrema) en Guatemala alrededor del cambio de milenio identificando los departamentos y municipios que mostraron las tasas más altas de dicho fenómeno.

En capítulo 5 se analiza los datos de 120 proyectos austriacos y su distribución geográfica está presentado mediante una serie de mapas. En seguida se identifica los *development hotspots* de la cooperación austriaca-guatemalteca. Dado que se los encuentra tanto en las dos ciudades más grandes como en los municipios más periféricos del país, ésta investigación no permite llegar a una conclusión definitiva. Sin embargo se realizó algunos proyectos en municipios muy pobres, al mismo tiempo se realizó otros en municipios estadísticamente bastante prósperos. La conclusión principal de la tesina presente es que solo muy pocos proyectos austriacos durante el período 2002-2006 afectaron a la gente de municipios con las tasas más altas de población en pobreza extrema de toda Guatemala.

8 Literaturverzeichnis

8.1 Literatur

ADA, 2006: Zentralamerika – Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven, eine Themensammlung der Austrian Development Agency, Wien

ADA, 2007: Die Aufwendungen österreichischer Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) für Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2005, Wien

Adams, R. H., 2004: Remittances and Poverty in Guatemala. World Bank Policy Research Working Paper 3418, Weltbank, Washington D.C.

AGEZ (Hg.), 2006: Die Rolle der NGOs in der Entwicklungszusammenarbeit – Perspektiven 2015. Dokumentation der Fachtagung von AGEZ und EU-Plattform Februar 2006 in Wien, Südwind-Verlag, Wien

Alwang, J., P. Siegel, D. Woodall-Gainey, 2005: Spatial Analysis of Rural Economic Growth Potential in Guatemala. Sustainable Development Working Paper No. 21, Weltbank, Washington D.C. http://siteresources.worldbank.org/LACEXT/Resources/258553-1123248799864/Guat_Spatial_Siegel_COMPLETE.pdf (zuletzt besucht am 19.03.2012)

Baldauf, B., 2005: Guatemala-Perzeption in Österreich. In: Drekonja-Kornat, G., 2005: Lateinamerikanistik. Der österreichische Weg, Band 1, LIT Verlag, Wien S. 279-285

BAOBAB Weltbilder – Medienstelle (Hg.), 2003: Ferne Nachbarn: Guatemala, Wien

Barreda, C., 2007: <http://www.albedrio.org/htm/documentos/CarlosBarreda-001.pdf> (zuletzt besucht am 19.03.2012)

Bartra, A., 2011: Milpa-Menschen. In: Lateinamerika Nachrichten (Hg.), 2011: Landhunger und satte Gewinne, Dossier Nr.4 in den Lateinamerika Nachrichten 447/448, Berlin

Battistón, D., 2010: Remesas y Migración Internacional en América Latina: Simulación de los Efectos en la Pobreza y la Desigualdad. Erschienen in: CEDLAS, Documento de Trabajo No. 110, Universidad Nacional de La Plata

Bebbington, A., 2002: Geographies of Development in Latin America? In: KNAPP, G. (Hg.): Latin America in the 21st Century: Challenges and Solutions, Vol. 27 of the Yearbook of the Conference of Latin Americanist Geographers, University of Texas at Austin

Bebbington, A., 2003: Global networks and local developments. Agendas for Development Geography, In: Tijdschrift voor Economische et Sociale Geografie, Vol. 94., No. 3, 297-309

Bebbington, A., 2004: NGOs and uneven development – geographies of development intervention, in Progress in Human Geography, Ausgabe 28, S. 725-745, Hodder Arnold Journals, Manchester

- Bebbington, A., R. Rojas, L. Hinojosa, 2002: Contributions of the Dutch Co-Financing Program to Rural Development and Rural Livelihoods in the Highlands of Peru and Bolivia – Synthesis Report, Boulder, Colorado
- Bebbington, A., S. Hickley u. D. C. Mitlin, 2008: Can NGOs make a difference? The challenge of development alternatives, Zed Books Ltd, London & New York
- Bechtold, U., 2003: Xelaqué: Analyse des “Sozialen Impakts” des EZA-Projekts XelaAgua in Quetzaltenango, Guatemala. Diplomarbeit an der Universität Wien
- Berghammer, D., 2007: Internationale Menschenrechtsbeobachtung auf dem Prüfstand. Fallbeispiel: Guatemala. Diplomarbeit an der Universität Wien
- Bernstein, H., 2007: The Antinomies of Development Studies. In: FISCHER, K. (Hg.), 2007: Perspectives on Development Studies, JEP 2007, Band 2, S. 12-27
- Biekart, K., 2008: Learning from Latin America: Recent Trends in European NGO Policy-making, In: BEBBINGTON, A., S. HICKLEY u. D. C. MITLIN: Can NGOs make a difference? The challenge of development alternatives, Zed Books Ltd, London & New York
- Birk, F., 1995: Guatemala – Ende ohne Aufbruch, Aufbruch ohne Ende?, Vervuert Verlag, Frankfurt am Main
- BMAA, 2003: Grundzüge der ÖEZA in Guatemala, vormals nachzulesen unter <http://www.bmaa.gv.at>, mittlerweile nicht mehr online zugänglich, jedoch wird der genannte Text auch unter diesem Link zitiert:
http://www.8goals4future.at/newdesign1.php?kthid=10005&s=1&real_artikel_kthid=&no_sub_kats=1&activate_noaddline=1&suchtext=&artikelid=97318 (zuletzt besucht am 19.3.2012)
- BMAA, 2005: 300. 000 Euro Wiederaufbauhilfe für Pakistan und Zentralamerika, nachzulesen auf der Homepage des Außenministeriums unter:
<http://www.bmeia.gv.at/index.php?id=63605&L=0> (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- BMeiA, 2010: Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2010-2012. Fortschreibung 2010, Wien
- Borsdorf, A., 1989: Kurswissen Dritte Welt und Weltwirtschaft, 2. Aufl., Klett Verlag, Stuttgart
- Borsdorf, A., 2000: The Human Geographical Research on Latin America in German speaking Countries. An Overview with Emphasis on Urban Geography. In: BORSDORF, A. (Hg.): Perspectives of Geographical Research on Latin America for the 21st Century (= ISR-Forschungsberichte), Insitut für Stadt- und Regionalforschung, Akademie der Wissenschaften, Wien 2000, S. 9-20
- Borsdorf, A., 2004: Landflucht als Teil der Mobilitätstransformation. Das Beispiel Lateinamerika. In: Praxis Geographie 34, S. 9-14, Westermann Verlag, Braunschweig
- Borsdorf, A., 2007: Geographisch denken und wissenschaftlich arbeiten, 2. Aufl., Spektrum Akad. Verl., Heidelberg

- Boueke, A., 2006: Guatemala – Journalistische Streifzüge. Horlemann Verlag, Bad Honnef
- Brunner, M., W. Dietrich u. M. Kaller, 1993: Projekt Guatemala – Vorder- und Hintergründe der österreichischen Wahrnehmung eines zentralamerikanischen Landes. Brandes & Apsel, Frankfurt a. M.
- Burda, H., 2003: MigrantInnendollars und lokale Entwicklung. In: STUMPF, M., et al. (Hg.), 2003: Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden. Brandes&Apsel, Frankfurt a. M., S. 160 - 165
- Cabanas, A., 2008: La encrucijada de Guatemala: regresión autoritaria o democracia participativa, in Cuadernos Bakeaz No. 87, Bakeaz, Bilbao
- Castillo Méndez, I., 1999: Desde los Siglos del Maíz Rebelde: Fundamentos Teóricos de la Explotación del Campesinado Indígena en la Circulación de Mercancías. Ediciones CEIBAS, Guatemala Ciudad
- Caumartin, C., 2005: Racism, Violence, and Inequality: An Overview of the Guatemalan Case, CRISE Working Paper No.11, University of Oxford, Oxford. Siehe auch: <http://www.research4development.info/PDF/Outputs/Inequality/wp11.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- CEPAL, 2001: Guatemala: población y desarrollo. Un diagnóstico sociodemográfico, erschienen in der Reihe: Población y Desarrollo No 20, Santiago de Chile <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/1/9261/lcl1655.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- CEPAL, 2003: Trabajo, desigualdad y pobreza. Tendencias recientes en la región norte de América Latina, LC/MEX/L.553, México. D.F. Siehe auch: <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/9/13909/L586-1.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- CEPAL, 2010: Migración y salud en zonas fronterizas: Guatemala y México, erschienen in der Reihe: Población y Desarrollo No 91, Santiago de Chile. Siehe auch: <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/1/42051/lcl3246-P.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- Cetino, V., 2011: Opinión - El Valle del Polochic llora sangre. Erschienen in: La Hora, Guatemala, am 16.04.2011
- CONRED, 2005: Boletín informativo. Estado de Calamidad Pública, Datos actualizados "Tormenta Tropical Stan", Coordinadora Nacional para la Reduccion de Desastres, Guatemala
- Cowen, M. P. u. R. W. Shenton, 1996: Doctrines of Development, Routledge, London
- Coy, M. (2000): Aufgaben der Geographie für Entwicklungsländerforschung und Entwicklungspolitik. In: Blotevogel, H. H., et al (Hg.): Lokal verankert – weltweit vernetzt..., Hamburg
- DFID, 1999: Sustainable Livelihoods Guidance Sheet No.1, Department for International Development. Siehe auch: <http://www.eldis.org/vfile/upload/1/document/0901/section1.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Diario de Centro América, 2009: Cuatro décadas para ver la luz del desarrollo. Erschienen am 28.08.2009, Guatemala Ciudad http://dca.gob.gt:85/diariopdf/20090825_DCA.pdf (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Dörfler, Th., O. Graefe u. D. Müller-Mahn, 2003: Habitus und Feld, Anregungen für eine Neuorientierung der geographischen Entwicklungsforschung auf der Grundlage von Bordieus „Theorie und Praxis“. In: Geogr. Helvetica 58, 1, 10-23

Drews, B., 2002: Evaluierung von Projekten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Nepal und Bhutan dargestellt anhand der Kleinwasserkraftwerke Thame-Namche Bazar (Nepal) und Rangjung (Bhutan). Diplomarbeit an der Universität Wien

Eberl, A., 1999: Friedensprozeß in Guatemala, Fragmente der Entwicklungskooperation der EU. Diplomarbeit an der Universität Wien

Eberl, A., 2003: SuperMan(n) der Entwicklung, In: Stumpf, M. et al (Hg.), 2003: Guatemala - Ein Land auf der Suche nach Frieden. Brandes&Apsel, Frankfurt a. M., S. 151-159

Escobar, A., 1992: Imagining a Post-Development Era? Critical Thought, Development and Social Movements, In: Social Text No. 31, Duke University Press, Durham

Escobar, A., 1995: Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World, Princeton University Press, Princeton

Esteva, G., 1995: Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Herausgegeben und übersetzt von Brunner, Dietrich u. Kaller, 2. erweiterte Auflage, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M.

Falla, R., 1992: Masacres de la Selva. Ixcán, Guatemala (1975-1982). Editorial Universitaria: Universidad de San Carlos de Guatemala, Guatemala

FIAN International, 2005: The Human Right to Food in Guatemala, Heidelberg

FIAN Österreich / Evangelische EZA (Hg.), 2005: Umsetzung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Österreich, Teil II: Erfüllung extra-territorialer Staatenpflichten, Wien

Fichtenbauer, M., 2005: Zivildienst-Einsatz in Guatemala. La Trinidad..., In: ConnectU, das Magazin der Katholischen Jugend der Erzdiözese Wien, Nr. 2/Juli 2005, S. 22 – 24

Fichtenbauer, M. et al, 2009: Geschichte und Friedensprozess Guatemalas, Teilmodul der Ausbildung zum Menschenrechtsbeobachter im Rahmen des Begleitprojekts der Guatemala Solidarität Österreich, Siehe hierzu auch: www.guatemala.at

Fischer, K., I. Hanak u. Ch. Parnreiter (Hg.), 2002: Internationale Entwicklung - Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M.

Fischer, K., G. Hödl u. W. Sievers (Hg.), 2008: Klassiker der Entwicklungstheorie – Von Modernisierung bis Post-Development. Mandelbaum Verlag, Wien

Gauster, S., 2003: Guatemalas Landfonds – (K)eine Lösung der ungleichen Landverteilung. In: Stumpf, M., et al. (Hg.), 2003: Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden. Brandes&Apsel, Frankfurt a. M., S. 140 - 148

Garoz, B. u. S. Gauster, 2002: FONTIERRAS - Structural adjustment and access to land in Guatemala. An analysis and future perspectives, Guatemala Ciudad

Geiser, A. J., 2001: Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Österreich. Historische Entwicklung und Struktur der Österreichischen ODA, mit besonderer Berücksichtigung der 90er Jahre und der Einbindung in den internationalen Kontext, Diplomarbeit an der Universität Wien

Gobierno de la República de Guatemala, 2001: Estrategia de la Reducción de la Pobreza – El Camino de la Paz. Secretaría de Planificación y Programación de la Presidencia (SEGEPLAN), Guatemala Ciudad

González Molina, Marta G., 2011: El Martirio de una Reina y la Guerra de la Vergüenza. Novum Publishing GmbH, Palma de Mallorca

Gorry, C., 2001: Lonely Planet – Guatemala. Lonely Planet Publications, Melbourne, Oakland, London, Paris

Government of the Rep. of Guatemala, 2001: Poverty Reduction Strategy - The Road to Peace. Guatemala Ciudad

Grünberg, G., 2000: Alter Wein in neue Schläuche – zur Kulturverträglichkeit von Entwicklungsprojekten mit indianischen Völkern in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik XVI/1., S.93-100, Mandelbaum, Wien

Grünberg, G., 2002: Indianer und Land in Guatemala: eine ausgegrenzte Mehrheit. Bericht über den Vortrag am 35. Lateinamerika-Tag des LAI, mit dem Titel „Begegnungen mit Guatemala“, am 09.11.2002

Grünberg, G., 2006: Zentralamerika als Empfängerregion: Armutsbekämpfung und Erhaltung der Umwelt. In: Fialho-Gomes et al. (Hg.), 2006: Entwicklungszusammenarbeit – Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Mandelbaum Verlag, Wien

Herret, C., 2007: Die Rolle von kirchlichen NGO in der österreichischen Entwicklungspolitik am Beispiel der Dreikönigsaktion, dem Hilfswerk der Katholischen Jungschar. Diplomarbeit an der Universität Wien

Hirschmann, B., 2007: Vom Indio zum Maya - Identitätspolitik der Mayabewegung in Guatemala, Diplomarbeit an der Universität Wien
http://othes.univie.ac.at/476/1/Diplomarbeit_Hirschmann.pdf (zuletzt besucht am 28.04.2012)

ICO, 2009: Guatemala – Data for crop/calendar year commencing 2009. Statistics on coffee. <http://www.ico.org/countries/guatemala.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)

INE, 2002: Encuesta Nacional de Condiciones de Vida 2000 – Perfil de la Pobreza en Guatemala. Instituto Nacional de Estadística, Guatemala Ciudad

- INE, 2005: XI Censo de Población y VI Censo de Habitación 2002. Instituto Nacional de Estadísticas, Guatemala Ciudad
 Siehe auch: <http://www.nd.edu/~cmendez1/poblacion.pdf> (zuletzt besucht am 05.02.2012)
- INE, 2007a: Encuesta Nacional de Condiciones de Vida – 2006. Resultados Departamentales. Instituto Nacional de Estadísticas, Guatemala Ciudad
- INE, 2007: Encuesta Nacional de Condiciones de Vida - Principales Resultados 2006. Instituto Nacional de Estadísticas, Guatemala Ciudad
- IOM, 2003: Encuesta Nacional sobre Remesas Familiares 2003. In der Reihe Cuadernos de Trabajo Sobre Migración No. 17, Guatemala Ciudad
- IOM, 2004: Encuesta sobre Impacto de Remesas Familiares en los Hogares Guatemaltecos 2004. In der Reihe Cuadernos de Trabajo Sobre Migración No. 19, Guatemala Ciudad
- IOM, 2005: Encuesta sobre Remesas 2005 y Microempresas. der Reihe Cuadernos de Trabajo Sobre Migración No. 21, Guatemala Ciudad
- IOM, 2008: Encuesta sobre Remesas 2008 y Medio Ambiente. In der Reihe Cuadernos de Trabajo Sobre Migración No. 26, Guatemala Ciudad
- JEP, 2001: Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit. In: Journal für Entwicklungspolitik, Bd. 17, Nr. 2, Mandelbaum Verlag, Wien
- JEP, 2003: Neue Internationale Armutsprogramme. In: Journal für Entwicklungspolitik, Bd. 19, Nr. 2, Mandelbaum Verlag, Wien
- Kaller-Dietrich, M., 1998: Recht auf Ernährung. In: Kaller-Dietrich, M. (Hg.), 1998: Recht auf Entwicklung? Atención, Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika Instituts, Brandes&Apsel, Frankfurt a.M.
- Kesselring, Th., 2003: Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung, Verlag C.H. Beck, München
- Klein, Th., 2007: Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit, erschienen in der Reihe ÖFSE-Forum als Bd. 33, Südwind-Verlag, Wien
- Knapp, G. (Hg.), 2002: Latin America in the 21st Century: Challenges and Solutions, Vol. 27 of the Yearbook of the Conference of Latin Americanist Geographers, University of Texas at Austin
- Kohler, P., 2005: Geographie. In: Drekonja-Kornat, G. (Hg.), 2005: Lateinamerikanistik. Der österreichische Weg, Band 1, LIT Verlag, Wien, S. 279-285
- Konrad Adenauer Stiftung, 2007: Demokratie-Index Lateinamerika 2007. Licht und Schatten in der demokratischen Entwicklung. Berlin. Siehe auch: http://www.kas.de/wf/doc/kas_11925-544-1-30.pdf?111005110419 (zuletzt besucht am 28.04.2012)

- Kreutzmann, H., 2003: Theorie und Praxis der Entwicklungsforschung. Einführung zum Themenheft. In: Geogr. Helvetica 58, 1, 2-10
- Krüger, F., 2003: Handlungsorientierte Entwicklungsforschung: Trends, Perspektiven, Defizite. In: Petermanns Geographischen Mitteilungen 147, 1, 6-15
- Küblböck, K. u. M. Obrovsky, 2000: Austria. In: Randel, J. u. German, T. (Hg.), 2000: The Reality of Aid 2000: An Independent Review of Poverty Reduction and Development Assistance. Earthscan, London, S. 92-96
- KURIER, 2006: Bildung bringt die Kinder von der Straße weg. Erschienen im Kurier am 07.05.2006, Wien
- Laimer, M., 2005: Die dezentrale Entwicklungszusammenarbeit in Italien - am Beispiel der Entwicklungszusammenarbeit der autonomen Provinzen Bozen-Südtirol mit der Provinz Sanguié-Burkina Faso, Diplomarbeit an der Universität Wien
- Lamberg, S., 2010: Subsistenzökonomie in Nicaragua. Perspektiven in einer sich transformierenden Gesellschaft. Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt am Main
- Luciak, I., 2004: After the Peace Accords: Gender and Democracy in Guatemala. In: Journal für Entwicklungspolitik XX/2., S.52-73, Mandelbaum, Wien
- MENAMIG, 2004: Balance hemerográfico 2002-2003. Migración internacional: los rostros y los cuerpos de la globalización, Guatemala Ciudad
- MENAMIG, 2009: La migración internacional en tiempos de crisis, in der Reihe Voz Itinerante, No. 81, Guatemala Ciudad
- MENAMIG, 2010: ¿De la Crisis a la Reforma Migratoria? Balance hemerográfico y análisis de tendencias 2009, Guatemala Ciudad
- Milborn, C., 2001: Represión. Der Krieg gegen die Maya im Guatemala der 1980er Jahre und seine historischen Wurzeln. Diplomarbeit an der Universität Wien
- Molden, B., 2007: Geschichtspolitik und Demokratisierung in Guatemala. In der Reihe: Borsdorf et al. (Hg.), Investigaciones – Forschungen zu Lateinamerika, Band 9, LIT-Verlag, Wien
- Moller, J., 2009: Rescatando nuestra Memoria – Represión, Refugio y Recuperación de las Poblaciones Desarraigadas por la Violencia en Guatemala. F&G Editores, Guatemala Ciudad
- Mordt, M., 2001: Livelihoods and Sustainability at the Agrarian Frontier. The evolution of the agrarian frontier in Southeastern Nicaragua, Department of Geography, Göteborg University, Series B, no. 99, Göteborg
- Nuscheler, F., 2005: Entwicklungspolitik, 6. Auflage, J.H.W Dietz Verlag, Bonn
- Novy, A., 2007: Entwicklung gestalten – Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. 4. Überarbeitete Auflage, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M.

- ÖFSE (Hg.), 2003: Armutsbekämpfung zur Umsetzung der Millenium Development Goals. Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe, 1. Aufl., Südwindverlag, Wien
- ÖFSE (Hg.), 2006: Österreichische Entwicklungspolitik 2005 - Mehr Wirksamkeit in der EZA. Quantensprung oder Rhetorik?, Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe, 1. Aufl., Südwindverlag, Wien
- ORF, 2011: Ex-Polizeichef von Guatemala festgenommen. In: Chronik ORF-Oberösterreich. Siehe auch: <http://ooe.orf.at/stories/517356/> (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- Parnreiter, C., 2005: Stadtforschung. In: DREKONJA-KORNAT, G. (Hg.), 2005: Lateinamerikanistik. Der österreichische Weg, Band 1, LIT Verlag, Wien, S. 227-237
- Peet, R. (Hg.), 2004: Liberation ecologies. Environment, development, social movements. Routledge, London
- Peet, R. u. E. Hartwick, 1999: Theories of Development, Guilford Press, New York/London
- Power, M., 2003: Rethinking Development Geographies, Routledge, London and New York
- Purkarthofer, P. u. M. Stumpf, 2004: Parteienspektrum in Guatemala. In: Journal für Entwicklungspolitik XX/2., S.74 - 79, Mandelbaum, Wien
- Radlingmayer, J., 2007: Du weißt wann du kommst, aber nicht wann du gehst. Der Einfluss der Entwicklungszusammenarbeit auf die lateinamerikanische Migration nach Österreich. Diplomarbeit an der Universität Wien, Wien
- Rassmann, V., 2003: Terminologie der Entwicklungszusammenarbeit Österreichs mit Guatemala anhand ausgewählter Projekte, Deutsch – Spanisch, Diplomarbeit an der Universität Wien
- Rauch, Th., 1993: Überwindung von Unterentwicklung durch Projekte? Problematik und Perspektiven der EZA. In: Geographische Rundschau 45, 5, 278-283
- Rauch, Th., 2003: Bessere Rahmen Bedingungen allein beseitigen Armut nicht! Eine theoriegeleitete Vier Ebenen-Strategie für entwicklungspolitische Interventionen. In: Geogr. Helvetica 58, 1, 35-46
- Rauch, Th., M. Bartels, A. Engel, 2001: Regional rural development. A regional response to rural poverty, Wiesbaden
- Republik Österreich, 2002: Bundesgesetzblatt Nr. 49 zur Veröffentlichung des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes, Wien. In der novellierten Fassung von 2003 siehe auch: http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA_Gesetz.pdf (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- Romero, H., 2000: Environment, Regional and Urban Planning in Latin America. In: Borsdorf, A. (Hg.): Perspectives of Geographical Research on Latin America for the 21st Century (= ISR-Forschungsberichte), Insitut für Stadt- und Regionalforschung, Akademie der Wissenschaften, Wien 2000, S. 29-58

Sanford, V., 2008: From Genocide to Femicide: Impunity and Human Rights in Twenty-First Century Guatemala, In: Journal of Human Rights, Routledge. Siehe auch: http://www.fygeditores.com/sanford/doc/Selected_Guatemala/2008%20From%20Genocide%20to%20Femicide%20-%20Impunity%20and%20Human%20Rights.pdf (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Schmutzhardt, C., 2005: Der Nutzen von Entwicklungsprojekten, der Versuch einer Beantwortung anhand der ex-post Evaluation des Entwicklungsprojektes "Programm zur integralen Gesundheitsversorgung der ländlichen Gebiete von Rosita Nicaragua", Diplomarbeit an der Universität Wien

Scholz, F., 2004: Geographische Entwicklungsforschung, Methoden und Theorien, Studienbücher der Geographie, Gebrüder Borntraeger Verlagsbuchhandlung, Berlin, Stuttgart

Scoones, I., 1998: Sustainable Rural Livelihoods: A Framework for Analysis', IDS Working Paper 72, Brighton www.ids.ac.uk/download.cfm?file=wp72.pdf (zuletzt besucht am 28.04.2012)

SEDLAC, 2011: Socio-Economic Database for Latin America and the Caribbean, <http://sedlac.econo.unlp.edu.ar/eng> (zuletzt besucht am 28.04.2012)

SEGEPLAN, 2001: Mapas de pobreza de Guatemala – Un auxiliar para entender el flagelo de la pobreza en el país. Secretaría de Planificación y Programación de la Presidencia (SEGEPLAN), Guatemala Ciudad

SEGEPLAN, 2005: Mapas de pobreza y desigualdad de Guatemala, Secretaría de Planificación y Programación de la Presidencia (SEGEPLAN), Guatemala Ciudad

Seiwald, R., 2006: Projektabwicklung in der österreichischen Entwicklungs-zusammenarbeit – Eine empirische Untersuchung über Partnerschaft und Partizipation in drei ausgewählten Nichtregierungsorganisationen, Diplomarbeit an der Universität Wien

Siegel, P. B., 2005: Using an Asset-Based Approach to Identify Drivers of Sustainable Rural Growth and Poverty Reduction in Central America: A Conceptual Framework, World Bank Policy Research Working Paper No. 3475, Washington, DC

Sinnmayer, S., 2005: Frauenrechte in Guatemala, Diplomarbeit an der Universität Wien

Solidarität mit Guatemala e.V. (Hg.), 2006: Fijáte No. 375

Solidarität mit Guatemala e.V. (Hg.), 2008: Fijáte No. 405, Überlegungen zur Straflosigkeit in Guatemala

Solidarität mit Guatemala e.V. (Hg.), 2009: Fijáte No. 442

Sova, R., 2003: Eine solidarische Annäherung an Guatemala. In: Stumpf, M. et al (Hg.), 2003: Guatemala - Ein Land auf der Suche nach Frieden. Brandes&Apsel, Frankfurt a. M., S. 109-116

Sova, R., 2003: Unterdrückung und Widerstand. Guatemalas Weg zur Demokratie. In: Stumpf, M., et al. (Hg.), 2003: Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden. S. 17-24

- Sterr, A., 1994: Guatemala - Lautloser Aufstand im Land der Maya. ISP Verlag, Köln
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.), 1991: Die Herausforderung des Südens – Der Bericht der Südkommission. Eine Welt, Bonn – Bad Godesberg
- Stubenböck, H., 2004: Ein Beitrag zur Methodologie der Evaluation von Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit, Diplomarbeit an der Universität Wien
- Stumpf, M., et al. (Hg.), 2003: Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden. Brandes&Apsel, Frankfurt a. M.
- Stumpf, M., 2003: Wer hat Angst vor einer Agrarreform? In: Stumpf, M., et al. (Hg.), 2003: Guatemala – Ein Land auf der Suche nach Frieden. Brandes&Apsel, Frankfurt a. M., S. 129-139
- SÜDWIND Agentur, 2005: De Patojos y Chapinas. Hintergrundinformation zur Erlebnis-ausstellung Guatemala – Lebenswelten. Südwind Agentur, Wien
- SÜDWIND-Entwicklungspolitik (Hg.), 2011: Thema Post-Development. In: Südwind-Magazin 11/11, Südwind Agentur, Wien, S. 35-44
- UNDP, 2001: Bericht über die Menschliche Entwicklung 2001. Neue Technologien im Dienste der Menschlichen Entwicklung, UNO-Verlag, Bonn
- UNDP, 2005: Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads, United Nations Development Programme, New York
- UNDP, 2007: Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008. Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer gerechten Welt, UNO-Verlag, Bonn
- UNDP, 2010: Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung. UNO-Verlag, Bonn
- United Nations, 2002: World Urbanization Prospects – The 2001 Revision. Eine Studie des Department of Economic and Social Affairs, Population Division, New York
- United Nations, 2005: Demographic Yearbook 2005. Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division, New York
- UNOSAT, 2003: Guatemala – conflict and ethnicity. Siehe auch:
http://unosat-maps.web.cern.ch/unosat-maps/GT/guatemala_conflict_ethnicity_admin.jpg
 (zuletzt besucht am 28.04.2012)
- Vandana, D. u. R. B. Potter (Hg.), 2002: The Companion to Development Studies, Arnold, London
- Vogt, C., 1999: Guatemalas verbotene Ressourcen. Eine handlungstheoretische Untersuchung. In: Innsbrucker Geographische Studien, Bd. 29., Selbstverlag des Instituts für Geographie der Universität Innsbruck, Innsbruck

Weltbank, 2003: Inequality in Latin America and the Caribbean: Breaking with History? Washington, DC

Weltbank, 2005: Drivers of Sustainable Rural Growth and Poverty Reduction in Central America: Guatemala Case Study". Gray Cover Report No. 31191-GT (Volumes I & II). Washington, DC

Weltbank, 2006: Understanding the drivers of sustainable rural growth and poverty reduction in Honduras. In: En breve, February 2006, No. 87. Siehe auch: <http://siteresources.worldbank.org/INTENBREVE/Newsletters/20904756/87-FEB06-DiversHN2.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Weltbank, 2007: World Development Report 2008. Siehe auch: http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/WDR_00_book.pdf (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Yanni, D., 2004: Guatemala: Blockierter Friede? Der Friedensprozess 1986 - 1996, Diplomarbeit an der Universität Wien

Ziegler, J., 2006: The right to food. Report of the Special Rapporteur on the right to food, Jean Ziegler, Mission to Guatemala, United Nations, Washington. Siehe auch: <http://www.righttofood.org/new/PDF/Guatemala%20PDF.pdf> (zuletzt besucht am 28.04.2012)

8.2 Internetadressen

CEPAL, Comisión Económica para América Latina, allerlei Statistiken unter: <http://www.eclac.org/estadisticas> (zuletzt besucht am 30.04.2012)

CGD, Center for Global Development, unter: http://www.cgdev.org/section/initiatives/_active/cdi (zuletzt besucht am 28.04.2012)

CIA, Länderdaten unter: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html> (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Guatemala Solidarität Österreich, unter: www.guatemala.at (zuletzt besucht am 30.04.2012)

INE, Instituto Nacional de Estadísticas, unter: www.ine.gob.gt (zuletzt besucht am 30.04.2012)

IWF, Internationaler Währungsfonds, unter: www.imf.org/external/data.htm (zuletzt besucht am 28.04.2012)

Resistencia de los Pueblos bietet eine Online-Karte aller aktuellen und zukünftigen Megaprojekte der Ressourcenausbeutung in Guatemala, unter: <http://resistenciadlp.webcindario.com> (zuletzt besucht am 30.04.2012)

Solidariät mit Guatemala e.V., unter: www.guatemala.de/Fijate (zuletzt besucht am 28.04.2012)

9 Anhänge

9.1 Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Matthias Fichtenbauer
Geboren am: 09.08.1979
Familienstand: verheiratet
Wohnhaft in: Hirschstettnerstr. 93., 1220 Wien

Schulausbildung

09.1990 – 06.1997 BRG. 22., Bernoullistr., 1220 Wien
7. Juni 1997 Reifeprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg

Studium

seit Okt. 1997 Studium der „Theoretischen und Angewandten Geographie“ an der Universität Wien, individuelle Schwerpunktbildung im Bereich: Entwicklungs(länder)forschung / Entwicklungszusammenarbeit mit Schwerpunkt Lateinamerika, als Wahlfächer: Regionalentwicklung und Wirtschaftsgeographie
13. Juni 2001 erste Diplomprüfung

Studienbegleitende Tätigkeiten

seit 1998 ehrenamtliche Mitarbeit bei der Guatemala Solidarität Österreich, Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen und Benefizfesten, Organisation und Durchführung von Schulungen, Projekterfahrung und langjähriges Vorstandsmitglied
10.2000 – 03.2002 geringfügige Beschäftigung bei der CARITAS als Nachtportier im Haus St. Josef, Lacknerg., in 1180 Wien
03.2002 – 05.2003 14-monatiger Auslandszivildienst in Guatemala, Mitarbeit in zwei Projekten: einerseits als Menschenrechtsbeobachter im ZeugInnenbegleitprojekt von ACOGUATE und andererseits als Hilfskraft in einem Projekt zur Etablierung von nachhaltiger Landwirtschaft (Kaffee, diverse Feldfrüchte, Fischzucht usw.) in der Boca Costa.
08.2003 – 01.2008 geringfügige Beschäftigung bei der CARITAS als Nachtportier im Haus St. Josef, Lacknerg., in 1180 Wien

03. 2006 – 06.2006 Tutor bei Fr. Prof. Aufhauser in „Grundzüge d. Wirtschaftsgeographie“
03. 2007 – 06. 2007 Tutor bei Fr. Prof. Aufhauser in „Grundzüge d. Wirtschaftsgeographie“

Praxis

- 04.2006 – 04.2007 Teilzeitbeschäftigung bei der Dreikönigsaktion der Kath. Jungschar Österreichs als Karenzvertretung der Projektassistenten für die spanischsprachigen Länder Lateinamerikas. Vielfältige Bürotätigkeiten, administrative Projektverwaltung, Kommunikation mit den Projektpartnern in Übersee per Email, Telefon oder Briefverkehr, zeitweise Urlaubsvertretung der ProjektreferentInnen und sporadische Besucherbetreuung.
- 01.2008 – 12.2010 Erneute Beschäftigung bei der Dreikönigsaktion der Kath. Jungschar Österreichs als Projektassistent für alle Länder Lateinamerikas. Zumeist im Ausmaß von 30 Wochenstunden, kurzzeitig aber auch in Vollzeit.
- 06.2009 – 08.2009 Zusätzlich zur Projektassistenten Vertretungsaufgaben vom Projektreferenten für die Länder Zentralamerikas (während dessen Bildungskarenz) übernommen.
- 09.2011 – 09.2012 Vollzeitliche Karenzvertretung des langjährigen Projektreferenten für die Länder Zentralamerikas.

Zusätzliche Qualifikationen

- WS 2004/05 Proseminar Projektmanagement
- WS 2005/06 Proseminar Project Management in Development Cooperation,
Proseminar Waldwirtschaftliche Beratung in der EZA,

EDV-Kenntnisse

Microsoft Office, Power Point, Adobe Illustrator, Internet Explorer, Projektverwaltung (PV_Neu) sowie Erfahrung mit SPSS und ArcGIS

Sprachen

- Englisch: fließend in Wort und Schrift
- Spanisch: fließend in Wort und Schrift (Erfahrung mit Übersetzungstätigkeiten)
- Portugiesisch: gehobenes Maturaniveau
- Französisch: Maturaniveau

9.2 Fragebogen

Fragebogen zu einem Projekt in Guatemala, das zwischen 2002 und 2006 finanzielle Mittel aus Österreich erhielt – bitte jeweils einen Fragebogen pro Projekt ausfüllen.

- 1) Wie lautete der Titel dieses Projekts?
- 2) Welche österreichische Org. / Verein / Landesamt / Technisches Büro war für die Umsetzung des Projektes verantwortlich?
- 3) Welche finanziellen Mittel wurden insgesamt für das Projekt pro Jahr aufgewendet? Wenn die Projektlaufzeit über mehrere Jahre ging bitte ich darum, die entsprechenden Beträge für die einzelnen Jahre gesondert einzutragen. Die Beträge bitte in Euro angeben!

Jahr	Eigene Mittel	Kofinanzierungsbeitrag von öffentlichen Stellen	Mittel Gesamt
2002			
2003			
2004			
2005			
2006			
Gesamte finanzielle Mittel zwischen 2002 und 2006			

- 4) Gab es eine lokale Partnerorganisation vor Ort die sich um die Realisierung des Projekts kümmerte? Wenn ja, in welcher Gemeinde (Municipio) hatte diese Organisation ihren Sitz?
- 5) Auf welche guatemaltekischen Gemeinden (Municipios) erstreckte sich das Zielgebiet des Projektes bzw. in welchen Gemeinden wurden Aktivitäten realisiert? Falls sich die betroffenen Gemeinden im Lauf der Jahre verändert haben sollten, würde ich darum bitten dies klar ersichtlich zu machen.
- 6) War es eines der erklärten Ziele des Projekts die Armut im Zielgebiet zu reduzieren? Eventuell auch nur durch sekundäre Effekte in Folge der Umsetzung des Projekts.